Mittwoch, 9. Juli 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 156 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 56,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT:



Verlieren wir den Drogen-Krieg?

Der Präsident des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, Heinrich Boge, glaubt nicht, daß die Gefahr in der Drogenszene gebannt oder daß die Entwicklung in diesem Bereich rückläufig ist. In einem Interview zu der WELT-Serie zum Thema Rauschgift und zur Allensbach-Umfrage in sieben europäischen Ländern erklärt Boge: „Europaweit müssen wir eher von einer Zuspitzung ausgehen." Seite 6

Heute in der WELT

Der Mittelstand

Die Stärke des Mittelstandes ist seine Vielfalt. Er ist wendig, innovativ und risikobewußt. Wo er schwach ist, kränkelt auch die Demokratie. Was ist der Mittelstand, wer trägt dort Verantwortung, welches sind seine Probleme und wie sind sie lösbar? Die Antworten gibt ein WELT-Report. Seiten I – XX

POLITIK

Asylbewerber: Mit neuen Methoden versuchen über die „DDR" in die Bundesrepublik einreisende Asylbewerber, ihre Abschiebung zu verhindern. Sie werfen nach den „DDR"-Kontrollen ihre Pässe weg und erklären, nicht als Asylanten, sondern zur Existenz-Gründung einzureisen. (S. 4)

Europa: Bundeskanzler Helmut Kohl hat an die Europäer appelliert, den Prozeß der Einigung Europas auch unter Verzicht auf nationale Rechte voranzutreiben. Bei einem Festakt zum Gedenken an Robert Schuman in Straßburg nannte er als Beispiel für nötiges gemeinsames Handeln die Außen- und die Sicherheitspolitik.

Erschöpft: Das Berliner Landgericht hat den Prozeß gegen den ehemaligen Baustadtrat Wolfgang Antes (CDU) unterbrochen, weil sich der Angeklagte als nicht verhandlungsfähig erklärte. Der Prozeß geht am Freitag weiter.

Konflikt: Moskau sieht nach Ansicht von Generalinspekteur Altenburg einen örtlich begrenzten konventionellen Konflikt wieder in den Bereich des Möglichen kommen. Indiz dafür seien die „außerordentlich großen Anstrengungen" der UdSSR auf dem Gebiet konventioneller Rüstung.

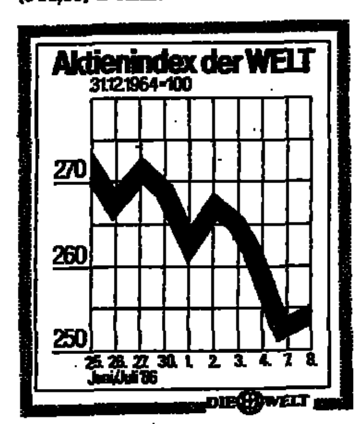
Libyen: Die Zahl der Diplomaten an der libyschen Botschaft in Athen soll nach einer von Libyen getroffenen Entscheidung um 15 bis 20 Personen verringert werden. Dies teilte der griechische Regierungssprecher mit, ohne Gründe zu nennen. Zuvor war angedeutet worden, ein solcher Schritt erfolge auf Athener Druck.

Flucht: Zwei Soldaten der CSSR-Grenzwache sind nach einer Sportveranstaltung über die Sperranlagen nach Bayern geflüchtet. Sie haben nach Angaben der Bayerischen Polizei in der Bundesrepublik um Asyl gebeten.

WIRTSCHAFT

Steuerreform: Die FDP will bei einer Neuauflage der Koalition mit der CDU/CSU eine Steuersenkung von netto 20 Milliarden Mark durchsetzen, die 1989 zumindest teilweise wirksam werden soll. Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundestag, Hans Gatermann (FDP), sieht in den Plänen seiner Partei keinen Gegensatz zu Finanzminister Gerhard Stoltenberg. (S. 9)

Börse: Trotz weiter bestehender Nervosität bei der privaten Kundschaft sorgten Käufe institutioneller Anleger für etwas festere Kurse. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 255,50 (253,78). BHF Rentenindex 106,733 (106,737). BHF Performance Index 105,220 (105,194). Dollarmittelkurs 2,1735 (2,1694) Mark. Goldpreis pro Feinunze 347,85 (344,85) Dollar.



KULTUR

Holographie: Gags, die auf Sinnestäuschung und Illusion abzielen, daneben abstrakte Farbkompositionen von enormer Leuchtkraft und Tiefe. Eine Ausstellung in Nürnberg. Wege in eine künstlerische Zukunft? (S. 17)

Uraufführung: Die „Troerinnen" des Euripides in der Fassung von Franz Werfel liegen Aribert Reimanns „Troades" zugrunde. Eine Uraufführung zur Eröffnung der Münchner Opernfestspiele. Stürmischer Beifall. (S. 17)

SPORT

Basketball: Das Team von Bundestrainer Klein kämpft heute bei der Weltmeisterschaft im Spanien gegen Italien um den Einzug in die Zwischenrunde. Klein fordert Sperren für Spieler, die für Länderspiele absagen. (S. 15)

Tennis: Boris Becker ist nach seinem Wimbledon-Sieg auf den vierten Rang der Weltrangliste geklettert. Sein Londoner Finalgegner Ivan Lendl bleibt Nummer 1 vor dem Schweden Wilander und dem Franzosen Noah.

AUS ALLER WELT



Zärtlich, ketzerisch: Ein ganz anderer Zirkus ist's, der sein deutsches Publikum mit Poesie und frecher Parodie in seinen Bann schlägt: „Cirque de Barbarie" (Foto), der einzige Frauenzirkus der Welt, jetzt in Bonn. (S. 18)

Seveso: 120 000 Menschen müssen sich noch jahrelang regelmäßig ärztlicher Untersuchungen unterziehen, etwa 1000 Hektar Acker- und Gartenland dürfen bis heute nicht bebaut werden. Zehn Jahre nach dem Unglück. (S. 18)

Mitterrand erinnert Moskau an die Menschenrechte

„Moralische Verpflichtung" / Gorbatschow stellt „Gemeinsamkeiten" heraus

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Der Besuch von François Mitterrand unterscheidet sich deutlich von den Moskau-Visiten anderer westlicher Staatsoberhäupter. So beschrieben die sowjetischen Blätter gestern anstelle der üblichen Standardformeln ausführlich die „Atmosphäre" des Zusammentreffens. Die Medien folgten damit der Linie von Kreml-Chef Michail Gorbatschow, „Gemeinsamkeiten" zwischen Moskau und Paris herauszustellen.

In seiner 20minütigen Tischrede am Abend des ersten Besuchstags – die Zeremonie wurde erstmals im internationalen Pressezentrum übertragen – fand Gorbatschow Worte des Lobes für die besondere Haltung Frankreichs zur NATO. „Die Europäer sind der Spannungen und der Konfrontation überdrüssig", so der KPdSU-Chef. Denn auf ihrem Kontinent reife die Kriegsgefahr. Die Europäer lebten auf einer „Ansammlung von Montblanc-Waffenbergen". Die jüngsten sowjetischen Vorschläge erlaubten es, die Befürchtung zu überwinden, daß „eine Beseitigung der Atomwaffen auf dem Kontinent ein Umschwenken des Gleichgewichts zugunsten der sozialistischen Länder nach sich zöge, die eine Überlegenheit auf dem Gebiet der herkömmlichen Waffen hätten".

Gorbatschow spielte dann auf eines der Hauptargumente der Franzosen an: „Europa verfügt über ein ausreichendes wirtschaftliches und politisches Potential, um auf konkretere und selbstsichere Art im eigenen Namen zu sprechen."

Erstmals sprach Gorbatschow den Gedanken aus, daß man in Europa „einen Krieg mit konventionellen Waffen nicht ausschließen" könne. Denn auf dem europäischen Territorium befänden sich mehr als 150 Atommeiler, Hunderte von chemischen Rüstungsanlagen. Ein gewöhnliches Geschoß reiche bereits aus, um vielen Menschen den Tod zu bringen. In jeder Form, so Gorbatschow, würde „ein bewaffneter Streitfall zur Weltkatastrophe". Seine Folgerung: „Das Ziel der heutigen Diplomatie ist Entspannung."

Immer wieder beschwor der Kreml-Führer den „Geist von Helsinki", ja er sprach sogar davon, daß die Sowjetunion versuchen werde, einseitig die humanitären Fragen zu lösen. Das Beispiel des mißglückten Berner KSZE-Treffens führte er als Beleg für seine These an, daß die USA die sowjetischen Positionen ins Gegenteil verkehrten.

Mitterrand antwortete, Frankreich sei der Überzeugung, daß Regierungen eine „moralische Verpflichtung" hätten, die Rechte ihrer Bevölkerung zu schützen. Menschenrechtsfragen seien grenzüberschreitend. Die Parteizeitung „Prawda" druckte gestern diese Passage aus der Mitterrand-Rede voll ab.

Der französische Staatspräsident betonte, sein Land sei stolz auf seine Unabhängigkeit. Es stehe zu seinen Bündnispflichten, wolle aber seine autonome Entscheidungsfähigkeit erhalten. Mit Interesse habe er, Mitterrand, die von Gorbatschow gemachten Abrüstungsvorschläge auf konventionellem Gebiet aufgenommen. Sein Vorschlag: Zunächst sollten auf der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen Ergebnisse erzielt werden.

DER KOMMENTAR

Klares Bild

PETER RUGE

Es geht beim Besuch von Mitterrand in Moskau um Vertiefungen: Im Meinungsaustausch mit den Franzosen bei der Abrüstung, im Handelsverkehr, vor allem aber bei den französisch-sowjetischen Beziehungen. Auffällig sind die moderaten Töne auf beiden Seiten, die alle Härten auch beim Thema Tschernobyl vermeiden. So sind die Tischreden überladen mit Versicherungen des guten Willens, hinter den Kulissen wird vertraulich geredet – so geheim, daß Generalsekretär Gorbatschow den Vorschlag bisher ablehnte, das Tête-à-tête der ersten beiden Begegnungen zu erweitern.

Das Wort Deutschland fiel bisher nur einmal, und das bei Mitterrand, als er die Freundschaft mit der Bundesrepublik als eine erste Etappe zum Aufbau Europas nannte. Gorbatschow erinnerte an den Beginn der Nachkriegsbeziehungen mit Frankreich, auf den Tag vor 20 Jahren beim de-Gaulle-Besuch in Moskau. Damals galt auf französischer Seite die Ansicht, die Sowjets brauchten Paris für eine Politik gemeinsamer Sicherheit in Europa.

Wollte der Kreml-Herr daran jetzt anknüpfen, an die Tradition vom „privilegierten Gesprächspartner", in der Frankreich eine neue Sonderrolle zwischen den Blöcken zuwachsen könnte?

Die Definition, wo der Feind heute steht, nämlich im Osten, wo ein militärisches Übergewicht den Frieden niederzuwalzen droht, diesen Wandel seit de Gaulle hat inzwischen nicht nur die französische Armee vollzogen. Frankreichs Haltung ist eindeutig: Kommunisten analysieren immer das Verhältnis der Kräfte. Nur wenn man ihnen keinen Vorteil läßt, sind sie bereit, vernünftig mit sich reden zu lassen.

In Moskau muß die Führung zur Kenntnis nehmen, daß Frankreich seinen engsten Partner in der Bundesrepublik Deutschland sieht, mit dem es sich seit Februar 1982 verpflichtet hat, eine möglichst gemeinsame Sicherheits- und Ostpolitik zu betreiben. Es gilt, dies in Erinnerung zu rufen, wenn der deutsche Außenminister Genscher in 14 Tagen nach Moskau reist: Ein Wettlauf zu Herrn Gorbatschow auf Kosten des anderen findet nicht statt.

Waldheim: Ich reiche allen die Hand

Österreichs neuer Präsident ruft Parteien zur Versöhnung auf / Sozialisten verweigern Beifall

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Der neue österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim hat in seiner ersten Rede nach seiner Vereidigung vor der Bundesversammlung im Wiener Parlament die politischen Parteien zur Zusammenarbeit und Versöhnung aufgerufen. Nach einem Dank an seinen Amtsvorgänger Rudolf Kirchschläger, der kurz zuvor nach zwölfjähriger Amtszeit verabschiedet worden war, sprach Waldheim auch seinem unterlegenen sozialistischen Gegenkandidaten, Kurt Steyrer, der unter den Zuhörern gesehen wurde, seine Hochachtung für persönliche Fairneß aus.

„Die Demokratie kennt weder Triumph, noch Demütigung", sagte Waldheim. Entschieden werde nur darüber, wer die Verantwortung zu tragen habe. Er, Waldheim, wolle als Staatsoberhaupt der Diener des Staates und ein Bundespräsident für alle Österreicher sein. Der Bundespräsident, so definierte Waldheim seine künftige Rolle an der Spitze der Republik, müsse bei Konflikten versöhnend wirken, zugleich aber auch seine politische und moralische Autorität in die Waagschale werfen, „wenn die Gegensätze Gefahr laufen, in lähmende Konfrontation auszuarten".

Waldheim fand auch kritische Worte über den Zustand von Staat und Gesellschaft im heutigen Österreich. Der wachsende Wohlstand habe nicht immer zur Festigung der Republik beigetragen, sondern auch zu Mißgunst, Neid und Erosionserscheinungen geführt. Der neue Präsident proklamierte stattdessen Begriffe wie Moral, Toleranz und Leistung.

SEITE 3:
Amtsantritt in Wien

Österreich als ein „zur freien Welt gehörendes demokratisches Land" befinde sich in einer heiklen, aber auch chancenreichen geopolitischen Lage. Es könne stolz auf die Bewahrung seiner Neutralität und auf seinen Beitrag zur Entspannungspolitik sein. Scharf wandte sich Waldheim gegen jede Form von Antisemitismus. Dieser, so der Präsident, habe zur planmäßigen Vernichtung Millionen jüdischer Menschen durch das NS-Regime geführt. Daher sei er eine „furchtbare Geisteshaltung". Schon als UNO-Generalsekretär habe er erfahren, daß Unheil nicht erst durch Kriege entstehe, sondern bereits dann, wenn Haß gesät werde. Schließlich forderte Waldheim die Österreicher zu innerem Frieden und zu Solidarität auf: „Ich reiche allen die Hand für gemeinsame Arbeit im Dienst am Vaterland."

Obwohl der Fraktionschef der Sozialisten im Parlament, Sepp Wille, Waldheim in einer Ansprache kurz zuvor als „Bundespräsidenten aller Österreicher" bezeichnet und zu gegenseitigem Vertrauen aufgerufen hatte, gab es für den neuen Präsidenten kaum Beifall aus den Reihen der sozialistischen Parlamentarier. US-Botschafter Lauder und der israelische Botschafter Elizur haben als Zeichen ihres Protests die Vereidigungszeremonie boykottiert.

Bonn lehnt Klage gegen Cattenom ab

Auswärtiges Amt verweist auf französische Zusagen über Einhaltung niedrigerer Grenzwerte

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Cattenom im Dreiländereck Bundesrepublik–Frankreich–Luxemburg durch eine Klage zu verhindern. Das erklärte Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) vom Auswärtigen Amt gegenüber der WELT zu der Forderung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Volker Hauff an die Bundesregierung, der Klage der saarländischen Landesregierung beizutreten und dabei „die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten des Euratom-Vertrags zu nutzen" (WELT vom 5. Juli).

Stavenhagen fügte hinzu, die Bundesregierung sehe keinen Klagegrund, da die französische Regierung nichts verletze, wozu sie sich bereits gegenüber der Regierung Schmidt/Genscher, der Hauff als Parlamentarischer Staatssekretär und Minister angehörte, verpflichtet habe.

Ungeachtet des in Frankreich zulässigen Grenzwertes für die flüssige Ableitung von 15 Curie je Block und Jahr habe Paris für Cattenom eine Begrenzung auf drei Curie zugesagt. Zu einem gleichlautenden Beschluß sei es in der Mosel-Kommission gekommen. Nach Auffassung Stavenhagens sind beide Zusagen völkerrechtlich verbindlich. Dennoch hält er den rheinland-pfälzischen Entschließungsantrag, wonach die Zusagen „auch in Form einer völkerrechtlichen Vereinbarung abzusichern" seien, für „sinnvoll".

SEITE 4:
Vogel will verhandeln

Die deutsche Strahlenschutzkommission, so Stavenhagen, hat im Juni 1985 abschließend erklärt, daß bei Einhaltung der von Paris gegebenen Zusagen für die Einleitung in die Mosel auch unter ungünstigen Annahmen der Grenzwert der „Strahlenschutzverordnung deutlich unterschritten, allenfalls zur Hälfte erreicht" werde. Auch die bereits 1976 gegründete Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK), in der auch Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland vertreten sind, sei zu dem Schluß gekommen, daß für die deutsche Bevölkerung trotz unterschiedlicher technischer Lösungswege in beiden Ländern infolge der für Cattenom vorgesehenen Maßnahmen zu Sicherheit, Strahlen-, Umwelt- und Abfallschutz „ein gleich hohes Maß an Sicherheit zu erwarten ist wie bei deutschen kerntechnischen Anlagen".

Stavenhagen erinnerte daran, die von Bundeskanzler Helmut Kohl vorgeschlagene Konferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) im September in Wien habe auch zum Gegenstand („schwierigster Punkt"), auf internationaler Ebene höchstmögliche Sicherheitsstandards verbindlich festzulegen. Durch Tschernobyl sei „drastisch belegt" worden, daß diese im Ostblock noch nicht erreicht seien.

Fiat sieht die Alfa-Felle schwimmen

HEINZ HORRMANN, **Mailand**

Im Gerangel zwischen dem Fiat-Konzern und Ford um die Übernahme des hochverschuldeten, aber immer noch renommierten Automobilherstellers Alfa Romeo wurde die Ebene höflicher Sachlichkeit verlassen. In der Auseinandersetzung fliegen jetzt die Fetzen mit italienischer Heftigkeit. So haben Vertreter des Staatskonzerns IRI, zu dem Alfa gehört, Fiats Einwände gegen eine mögliche Aktienmehrheit des amerikanischen Konzerns an Alfa als „Sabotage und Sperrfeuer, um eigene Marktanteile zu retten," bezeichnet. Die Gegenangebote des Mailänder Konzerns, „um Alfa zu retten", wurden als „scheinheilig" abgetan.

Ins gleiche Horn stieß Fausto Bertinotti von der Hauptgewerkschaft CGIL, als er in einer öffentlichen Diskussion feststellte, daß Fiat sich zwar als „Retter der italienischen Industrie" aufspielen, in Wirklichkeit aber einen Rivalen vom Markt verschwinden lassen wolle.

Fiat hatte mit dem Gewicht eines Großkonzerns die Regierung in Rom aufgefordert, auf eine italienische Lösung zu dringen. Fiats Vorschlag war, die Alfa-Werke zu trennen und die Produktion in Neapel als selbständiges Unternehmen laufen zu lassen. Die Mailänder Fertigungsstätte sollte zur Montage für Lancia und die Modelle eines skandinavischen Kooperationspartners (Saab oder Volvo) genutzt werden.

Der Generaldirektor der amerikanischen Außenhandelskammer, Alexander Good, drohte Gegenmaßnahmen der US-Regierung für den Fall an, daß die Verkaufsverhandlungen zwischen Ford und Alfa Romeo durch politische Intervention verhindert werden sollten.

Die Bestandsaufnahme einer Ford-Kommission vor dem gewünschten Kaufabschluß verlief äußerst positiv. Neben dem anerkannten Firmenimage der alten Traditionsmarke Alfa Romeo fanden die Ford-Ingenieure hervorragende Motoren-Konzepte, Entwürfe und Studien in der Entwicklungsabteilung des Mailänder Werkes.

Ford will die Alfa-Werke bestehen lassen und plant keine „Kooperations-Mischlinge", sondern reinrassige Sportwagen dieser Marke nach Amerika zu importieren. 50 000 sollen es jährlich sein. Das ist ein Drittel der Fahrzeugeinheiten, die Alfa jetzt jährlich absetzt. Hinzu kommt ein Vorteil auf dem italienischen Markt. Nach dem Schulterschluß würde der Anteil mehr als zehn Prozent betragen: Fiat sieht seine Interessen bedroht.

Sowohl das Management bei Alfa Romeo als auch der Präsident der Staatsholding IRI, Romano Prodi, ziehen Ford dem Fiat-Konzern vor. Prodi nennt die Gründe: Ford biete die größeren Garantien für die Nutzung der Anlagen beider Werke in Nord- und Süditalien, und das Projekt sei weniger risikoreich und weniger kostspielig für die IRI und den italienischen Steuerzahler.

Duarte zur WELT: Kaum Hoffnung

DW. **San Salvador**

Der salvadorianische Präsident Duarte hat trotz des angekündigten dritten Dialogs mit der marxistischen Guerrilla-Bewegung FMLN wenig Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Bürgerkriegs im Land. „Der zweite Dialog Ende 1984 (war) ein Fehlschlag, weil die FMLN Maximalforderungen stellte, zum Beispiel die Machtbeteiligung", sagte Duarte in einem WELT-Interview. „Ehrlich gesagt, ich erwarte höchstens eine Humanisierung des Krieges."

Seite 5: Machtübernahme

Israel begrüßt Vorgehen Ammans

DW. **Jerusalem**

Israels Verteidigungsminister Rabin hat die Schließung von 25 PLO-Büros in Jordanien als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet, der im israelisch besetzten West-Jordanien den Terrorismus zurückdrängen werde. Amman hatte die Schließung damit begründet, daß die Fatah, eine PLO-Organisation, sich gegen die jordanische Nahost-Politik gestellt habe. Im Februar hatte Jordaniens König Hussein seine Gespräche mit PLO-Chef Arafat eingestellt.

Seite 2: Hinauswurf

Riesenhuber: Kein Streit mit Genscher

DW. **Bonn**

Auf Initiative von Bundeskanzler Kohl bemüht sich gegenwärtig eine Bonner Expertenkommission, ein deutsch-sowjetisches Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Besuch von Bundesaußenminister Genscher in der Sowjetunion Ende Juli unterschriftsreif zu machen. Forschungsminister Riesenhuber nannte Berichte über Unstimmigkeiten zwischen ihm und Genscher nicht richtig.

Seite 4: Kanzler zeigt Interesse

Neuer Entwurf für EG-Haushalt

DW. **Brüssel**

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich gestern morgen auf einen neuen Etatentwurf geeinigt, der noch in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 35,1 Milliarden Ecu vorsieht. Die Ministerrunde erzielte nach Angaben des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Tietmeyer, einen Kompromiß zwischen der Aufstockung der Ausgaben für den Agrarhaushalt und für den Strukturfonds.

Seite 9: Einigung

Steinkühler nominiert

gba. **Bonn**

Franz Steinkühler wird auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag im Oktober für den Vorsitz der Gewerkschaft kandidieren. Der IG-Metall-Vorstand hat ihn gestern einstimmig nominiert. Steinkühler ist Stellvertreter des 64jährigen IG-Metall-Chefs Hans Mayr, der aus Altersgründen ausscheidet. Auch der Stahl-Experte Rolf Judith (62) geht. Alle übrigen Vorstandsmitglieder kandidieren wieder.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

FDP dringt auf Steuerreform

HH, **Bonn**

Die FDP ist ungeachtet wachsender Haushaltsschwierigkeiten „wild entschlossen", zusammen mit der Union in der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform mit einer Nettoentlastung von 20 Milliarden Mark durchzusetzen. Finanzausschuß-Vorsitzender Gattermann (FDP) plädierte für Kürzungen der Subventionen, geringere Ausgabensteigerungen und notfalls auch Eingriffe in Ausgabengesetze.

Seite 9: Große Steuerreform

Die USA vermuten Marcos „hinter den Kulissen"

Ex-Präsident bestreitet Kontakt zu Putschisten in Manila

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Reagan-Administration hat gestern nach der mißlungenen Revolte des Arturo Tolentino in Manila den ehemaligen Präsidenten der Philippinen, Ferdinand Marcos, in scharfer Form zur Ordnung gerufen. Obwohl das State Department einräumte, daß keine Beweise für eine direkte Beteiligung von Marcos an diesem Coup vorliegen, warnte es Marcos, daß „seine politischen Aktivitäten unvereinbar sind mit seinem Status als Gast der Vereinigten Staaten".

Ein Beamter des State Department: „Wir haben zwar keinen ‚rauchenden Colt' in seiner Hand entdeckt, doch wir nehmen an, daß er irgendwie hinter den Kulissen eine Rolle spielt." Zugleich jedoch erklärte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, daß man nicht den Schluß ziehen könne, daß Marcos den Versuch der Revolte initiiert habe.

Marcos lebt seit seinem Sturz als Gast der amerikanischen Regierung in Honolulu. Die amerikanische Regierung hat wiederholt versucht, ihm einen anderen ständigen Wohnsitz in einem anderen Land zu verschaffen, scheiterte dabei jedoch am Widerstand der jeweiligen Regierungen. Die neue Regierung auf den Philippinen ist im übrigen daran interessiert, daß Marcos vorläufig weiterhin Gast in den USA bleibt, da sie eine Reihe von Prozessen vor amerikanischen Gerichten gegen ihn einleitet wegen angeblich massiver illegaler Finanz-Transaktionen.

Nach Angaben informierter Kreise leidet Marcos unter schweren Depressionen und einem Realitätsverlust, der ihn veranlaßt, sich weiterhin für den legitimen Präsidenten der Philippinen zu halten. In diese Richtung zielt offensichtlich auch die Mahnung des Sprechers des amerikanischen Außenministeriums, Bernhard Kalb, der erklärte, daß „Marcos einsehen soll, daß er Teil der Vergangenheit der philippinischen Politik ist" und aufhören solle, Ärger zu verbreiten.

Marcos im amerikanischen Fernsehen: „Ich erkläre kategorisch, daß ich zu keinem Zeitpunkt eine Rebellion oder einen Staatsstreich auf den Philippinen versucht habe."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Steinkühler vorn

Von Günther Bading

Hans Mayr hat sich entschieden. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall kandidiert er nicht wieder für den Vorsitz der mit 2,5 Millionen Mitgliedern größten Gewerkschaft der Welt. Er folgt damit dem ungeschriebenen Gesetz, daß Gewerkschaftsführer nicht über das Ruhestandsalter von 65 Jahren hinaus im Amt bleiben.

Mayr hat bis zum letzten Moment gezögert, das Steuer in einer Zeit aus der Hand zu geben, in der es für die Gewerkschaften schwer geworden ist, in den hohen Wogen einer neuen technologischen Revolution, Umgestaltung der Arbeitswelt und Neuordnung von Parteiformationen auf dem Kurs der unabhängigen, wenn auch nicht neutralen Einheitsgewerkschaft zu bleiben. Die Kursbestimmung hat Mayr in den vergangenen Wochen mehrfach vorgenommen, zuletzt im Gespräch mit der WELT zu Wochenbeginn: Einheitsgewerkschaft trotz Parteiengezänks; Kooperationsbereitschaft trotz Differenzen über die Tagespolitik. Das klang schon wie eine Kompaßzahl für seinen Nachfolger Franz Steinkühler.

Der zweite Vorsitzende der IG Metall wird auf dem Gewerkschaftstag im Oktober keinen Gegenkandidaten haben. Seine Wahl ist sicher. Klassenkampfvokabeln haben Steinkühler in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Worte wie jenes aus dem abendlichen Fernsehgespräch mit Günter Gaus, daß es keine Sozial-„Partner" geben könne in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, lassen aufhorchen. Auch das Wort von der Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse über das Vehikel der 35-Stunden-Woche.

Die eindeutig scheinende ideologische Drohgebärde täuscht. Und das ist ihr Zweck im Leben eines Pragmatikers, der mit Parteibuch-versteckenden „Panzerschrank-Kommunisten" ebensowenig im Sinn hat wie mit Neomarxisten aus gewerkschaftlichen Bildungsstätten. Es ist eher der Ganzheitsanspruch der Gewerkschaften, der ihm zu schaffen machten dürfte. Für Arbeitgeber wie politischen Widerpart bietet das eine Chance: Im Zweifel wird der künftige IG-Metall-Vorsitzende immer erst Gewerkschafter und danach erst Sozialdemokrat sein.

Hinauswurf für die PLO

Von Peter M. Ranke

Genau achtundvierzig Stunden Zeit bekam Abu Jihad, ein Terrorführer der Fatah-Organisation, dann muß er Jordanien verlassen. Andere Palästinenser, die zu PLO-Chef Arafat halten, müssen mit ihm gehen. Die fünfundzwanzig Büros und Trainingscamps, Werbezentren und Verbindungsstellen im Königreich wurden geschlossen. Kurz: König Hussein hat Arafat mit seinem Fatah-Anhang vor die Tür gesetzt, weil sie wie 1970 zur Gefahr für die innere Sicherheit geworden sind.

Schon im Februar hatte König Hussein die Bemühungen aufgegeben, mit Arafat zu einem Arrangement für eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation zu kommen. Jetzt hat er endgültig mit ihm gebrochen. Nach Syrien und Libanon fliegt Arafat auch aus Jordanien hinaus.

Damit gewinnt Hussein weitere Sympathien in Syrien, nicht aber bei vielen Palästinensern auf dem besetzten Westjordan-Ufer, die immer noch glauben, Arafat könne die israelische Besetzung beenden und ihnen ein eigenes Staatswesen schaffen. Die Israelis jedoch erklären, daß mehr als Autonomie nicht drin sei. Sie beobachten jetzt mit Sorge, wie schroff und feindlich einander nun die Gefolgsleute des Königs und Arafats gegenüberstehen.

In diesem Machtkampf will der König die Palästinenser in sein Lager zwingen und den PLO-Einfluß zerstören. Er bietet dafür Entwicklungshilfe und Bürgermeister, die mit den Israelis begrenzt und realistisch zusammenarbeiten wollen – so wie der von der PLO ermordete El-Masri in Nablus. Anders kommt er nicht zu Verhandlungen und zu einer Friedenslösung, weiß Hussein aus Erfahrung. Es geht nur ohne Arafat.

Das sagt man auch in Damaskus. Syrien erstrebt die Kontrolle über alle PLO-Gruppen. Zunächst sind die Syrer aber daran interessiert, die Rückkehr der Arafat-Terroristen nach West-Beirut und nach Südlibanon zu stoppen, wo die Palästinenser ihre Kriegsspiele gegen Israel wieder aufnehmen könnten; zu Lasten der Schiiten, der Drusen und der Christen, um die Damaskus in Libanon wirbt. Nicht zuletzt deshalb überwachen syrische Posten in Beirut wieder die Straße gen Süden. Assad und Hussein arbeiten Hand in Hand gegen Arafat.

Greenpeaceful

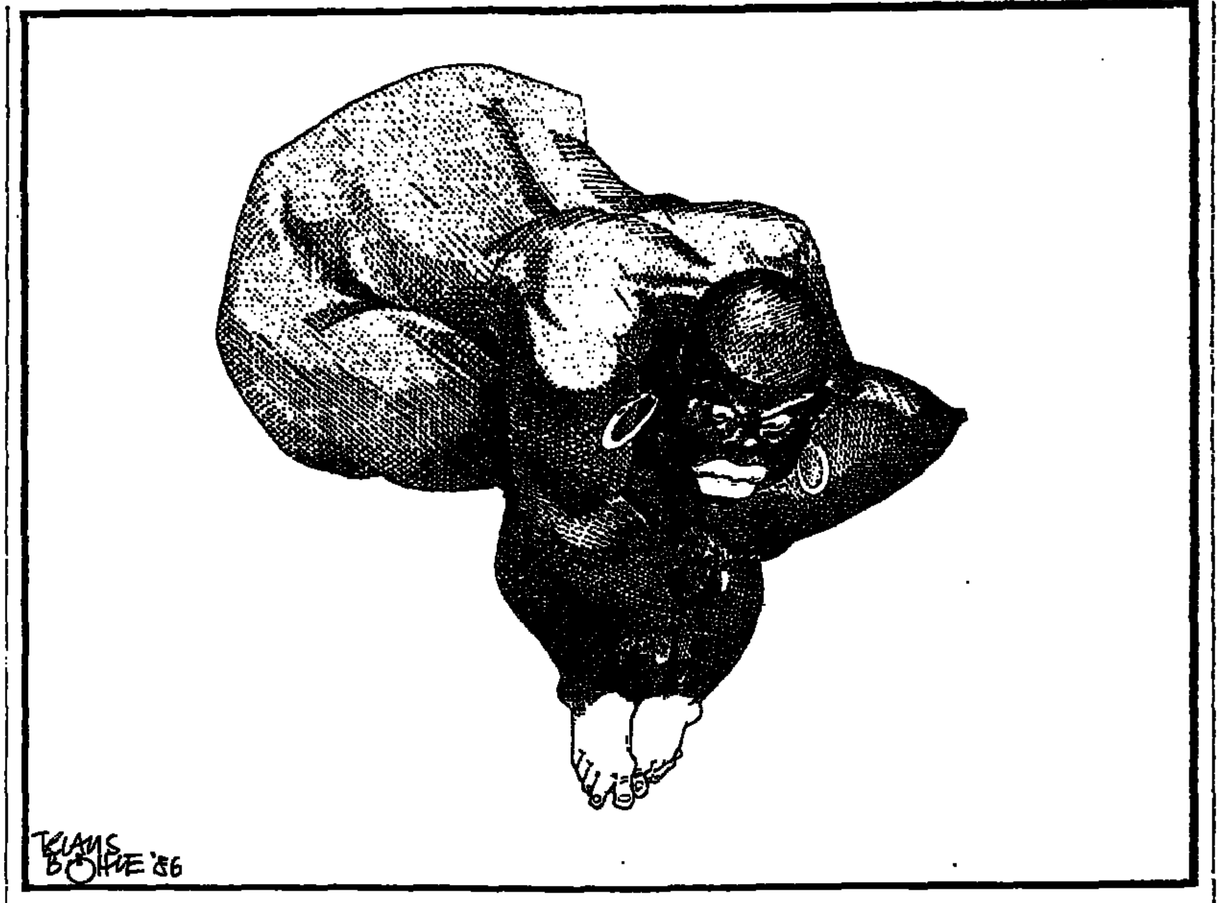
Von Jochen Leibel

Was die meisten europäischen Länder in der Kontroverse um die Apartheid in Südafrika als „unwirksam" ablehnen, hat Frankreich in seinem Konflikt mit Neuseeland zu einem spektakulären Erfolg verholfen: die Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen.

Wenn unsere beiden Agenten nicht freigelassen werden, so hatte Frankreichs Premierminister Chirac seinen neuseeländischen Kontrahenten David Lange kalt wissen lassen, verhindern wir die Einfuhr neuseeländischer Landwirtschaftserzeugnisse in den EG-Raum. Eine derart brutale Warnung war ein neues Erlebnis für den Sozialisten Lange. Chiracs sozialistischer Vorgänger hatte nach dem Fiasko im Hafen von Auckland vor allem auf „persönliche Kontakte" unter den sozialistischen Bruderparteien gesetzt. Doch da hatte sich der Neuseeländer hart gezeigt. Die Wählerstimmung in seinem Lande – achtzig Prozent waren für eine Verbüßung der Strafe der „Greenpeace"-Attentäter – zählte stärker als sozialistische Solidarität. Den Genossen in Paris wurde kein „Geschenk" gemacht; es blieb bei dem ursprünglichen Gelöbnis, Neuseeland werde die beiden Agenten nicht vorzeitig entlassen.

Gaullist Chirac ging das Problem anders an. Er drohte mit der Strategie eines Butter-Boykotts. Gleichzeitig aber zeigte er seinem neuseeländischen Gegner – da ist die französische Diplomatie unübertrefflich – einen ehrenhaften Ausweg. Die UNO in der Person ihres Generalsekretärs sollte als Vermittler eingeschaltet werden.

Angesichts einer prekären Wirtschaftslage, die durch einen von Frankreich bewirkten EG-Boykott noch verschlimmert worden wäre, und angesichts der Tatsache, daß Neuseeland sich nach seinem Konflikt mit den USA wegen der Atomschiffe nicht noch einen Feind dieses Kalibers leisten kann, griff David Lange nach diesem diplomatischen Rettungsring. Womit er nicht unbedingt an internationalem Prestige verloren haben muß. Immerhin kann er sich jetzt als Parade-Demokrat präsentieren, der einen bilateralen Konflikt der UNO zur Entscheidung überlassen hat – entsprechend der Charta, die seine Vorgänger unterzeichnet haben.



KLAUS BÖHLE

Papstfieber in Kolumbien

Von Günter Friedländer

Alle Erwartungen, wie die tief im Katholizismus verwurzelten Kolumbianer den Papst während der sieben Tage seines Besuchs umjubeln würden, wurden noch übertroffen. Ein populärer Journalist der politischen Linken sprach von einem Fall „akuten Papstfiebers".

Auch protestantische und jüdische Geistliche, die der Papst für den Morgen nach seiner Ankunft eingeladen hatte, waren beeindruckt, ebenso wie die Politiker aller Parteien. Selbst die Soldaten vergaßen zuweilen ihre Aufgabe, ihn zu beschützen, wie in Chiquinquira, wo sie sich als erste auf den hohen Gast stürzten, um ihm die Hand zu küssen und ihn zu fotografieren, während der Hubschrauber den roten Empfangsteppich in die Lüfte riß. Eine Tageszeitung nennt als eine Quelle der Bewunderung die physische Leistung des Papstes bei der Blitzfahrt durch das Land, bei der er zahlreiche Predigten und Ansprachen hielt. „El Tiempo", die liberale führende Tageszeitung des Landes, versichert, in mancher Hinsicht werde Kolumbiens Geschichte sich nun in „vor" und „nach" dem Papstbesuch teilen; sie vermerkt mit Erstaunen, daß die Reden des Papstes, jede einzelne gezielt an eine andere Bevölkerungsgruppe, eine innere religiöse Logik verbindet, trotz gewisser Gegensätzlichkeiten ihres Wortlauts.

Diese traten nirgends so zutage wie bei der Behandlung der Guerrilla. Gewiß, der Papst beschwor sie, die Gewalttätigkeit aufzugeben, sagte aber gleichzeitig, daß auch die Rebellen „wohl von Idealen der Gerechtigkeit" getrieben werden. Die Erklärung, daß die Unterdrückung armer Nationen durch reiche Nationen Quelle des Terrors ist, wird von der Guerrilla in Zukunft ebenso zitiert werden wie die tadelnden Worte an die Politiker des Landes, daß seit dem Besuch Pauls VI. vor 18 Jahren die sozialen Reformen, die hierzulande jeder Politiker in seinem Programm fordert, sich nicht einstellen wollten.

Die Reden des Papstes richteten sich an ganz Lateinamerika, wo im 21. Jahrhundert die Mehrheit der Katholiken leben wird. Überall wird man Sätze wie „Was die Menschen künstlich trennt, beispielsweise die ungerechte Verteilung der Güter oder der Klassenkampf, gehört nicht zum neuen Christsein" zur eigenen Rechtfertigung anführen. Zur brennenden Schuldenfrage kann jedes Schuldnerland zitieren: „Die armen Völker können nicht unerträgliche soziale Kosten tragen und damit ihr Recht auf eine Entwicklung opfern, die ihnen ausweicht, während andere Völker Überfluß genießen." Aber die Schulden nahmen die Länder auf sich, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die dann – nicht immer ohne das Verschulden der jeweiligen Länder – ausblieb. Der Papst kritisierte denn auch die Kapitalflucht der Wohlhabenden aus Ländern der Dritten Welt als einen Faktor der heute herrschenden Lage. Aber er versäumte den Hinweis, daß Kapital dort bleibt (oder dorthin geht), wo es günstige Arbeitsmöglichkeiten hat.

Auch in der Frage der Befreiungstheologie gab es einen weiten Fächer von Erklärungen. Der Papst nannte sie sogar „nützlich und notwendig", um dann „aber daran zu erinnern, daß sie sich harmonisch und ohne Brüche innerhalb der Traditionen der Theologie der Kirche und in Übereinstimmung mit ihrer sozialen Lehre bewegen muß". Das freilich hat sie bisher oft nicht getan, und die Ermahnung des Papstes, daß „der programmierte Klassenkampf" dem Evangelium fremd ist, stört viele in der Hierarchie nicht. In manchen Fragen wie der Familienplanung wurden die bekannten Lehren wiederholt. Aber einen großen Durchbruch gab es in einer Rede an die Indios, die in Lateinamerika immerhin noch sechzig Millionen Seelen zählen.


Für jede Gruppe etwas: Johannes Paul II. FOTO: DPA

„Ihr kämpft für die Verteidigung eurer Kultur, die sich in euren Sprachen, euren Gebräuchen und eurer Lebensart ausdrückt", erkannte der Papst an. „Ihr kämpft für die Verteidigung eurer Menschenrechte und eurer Bürgerrechte, die man euch schuldet." Das war ein großes Stück vorwärts auf dem Weg, den „Südamerikas Rat der Indios" als strategisches Nahziel in seinem Kampf um die Gleichberechtigung der Indios aufgestellt hat: Spanien und der Vatikan sollen Erklärungen abgeben, in denen sie um Vergebung der Schuld bitten, die sie bei der Vernichtung indianischer Kulturen im Lauf der Eroberung Lateinamerikas auf sich luden. Der Rat hatte soeben kritisiert, daß er bei Spaniens König Verständnis, beim Vatikan aber keine Antwort gefunden habe. Hier erhielten die Indios nun doch eine befriedigende Teilantwort.

In Kolumbiens liberalen Kreisen, die trotz häufiger Kritik an der Kirche doch katholisch blieben, werden die Papstreden als eine erstaunliche Mischung konservativer Theologie mit progressiver Soziallehre empfunden. Marxistische Politiker interessieren sich wenig für Theologie, für sie ist die fortschrittliche Note in sozialen Fragen ein Geschenk des Himmels. In den bürgerlichen Kreisen aber, die für die sozialen Probleme Lateinamerikas durchaus nicht blind sind, wird die harte Kritik an den Reichen und den Großgrundbesitzern ebenso wie die Kennzeichnung der von den USA geforderten freien Marktwirtschaft als „seelenlos" und „unempfänglich" für moralische Werte nicht so leicht verwunden werden.

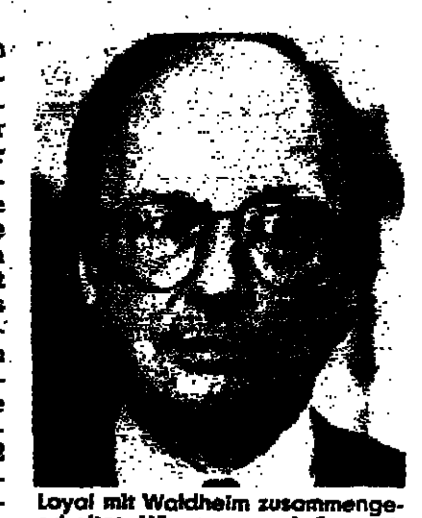
Alle jedoch bewundern die politische Geschicklichkeit des Papstes, der jedem etwas, wenn auch nicht immer jedem dasselbe zu sagen schien. Ganz Kolumbien ist stolz darauf, daß der Papst es aussuchte, um das Panorama seiner Lehren für alle Gebiete des modernen Lebens vorzutragen.

IM GESPRÄCH Peter Jankowitsch

Viel zu reparieren

Von Gitta Bauer

Im Nahost-Kriegsjahr 1973 saßen die beiden Österreicher Kurt Waldheim und Peter Jankowitsch nebeneinander im Weltsicherheitsrat. Der eine als UNO-Generalsekretär, der andere als Präsident des Sicherheitsrates. Jankowitsch hatte mit gerade vierzig Jahren Waldheims Nachfolge als Botschafter Österreichs bei den Vereinten Nationen angetreten. Jetzt leisteten die beiden Diplomaten aus der neutralen Kleinrepublik Geburtshilfe bei einer der wesentlichen Nahost-Resolutionen, die dieses Gremium je hervorgebracht hat. Ihre Nummer ist 338. Sie repräsentiert neben der berühmten Resolution 242 das einzige UNO-Dokument, das Israel die Sicherheit seiner Grenzen verbrieft.


Loyal mit Waldheim zusammengearbeitet: Wiens neuer Außenminister Jankowitsch FOTO AP

Jankowitsch, der aus Wien stammende Jurist mit dem Knabengesicht, gehörte zwar nicht zu der „österreichischen Mafia", wie im Glaspalast die um den Generalsekretär im 38. Stockwerk versammelten Diplomaten rüde genannt wurden. Aber der junge Sozialist eher linker Prägung versagte dem Landsmann der konservativen Richtung die Loyalität nicht – eine Probe aufs Exempel der gegenwärtigen Konstellation: Kurt Waldheim, mit Mehrheit gewählter Bundespräsident, Peter Jankowitsch Österreichs Außenminister in einer Zeit, da das Ansehen der Nation im Ausland gelitten hat.

Für die Beruhigung der so unnötig aufgewühlten Wogen bringt Jankowitsch zwei Voraussetzungen mit: Erfahrung im diplomatischen Dienst und durch seine sechs UNO-Jahre gute Beziehungen in der ganzen Welt. Als Vertreter Österreichs in der OECD in Paris von 1978 bis 1983 vertiefte er diese Kontakte auf wirtschaftlichem Gebiet. Seine Beliebtheit bei der New Yorker Presse als ein stets zu Kommentar und Analyse bereiter Kenner politischer Hintergründe kann er jetzt als Außenminister ausbauen, wenn er die bei in- und ausländischen Medien populären Presselounges im Nobelrestaurant „Le Périgord" fortsetzt, die seine Vorgänger anläßlich der Vollversammlung eingeführt haben.

Das Interesse an der Dritten Welt, den Nord-Süd-Fragen, das politische Bekenntnis spiegelten sich in der Gastlichkeit der beiden Doctores Jankowitsch – auch seine aparte Frau Odile ist promoviert – wider. Man konnte ihrer Anwesenheit sicher sein, wenn es um Protestkonzerte ging, wie die der chilenischen „Inti Illimani" gegen Pinochet. Aber sie war unverkrampft. Zwischen dem Botschafter und dem Außenminister liegt jedoch harter Frondienst bei der Partei, der SPÖ. Dies und das sehr lange Warten auf ein nie aus den Augen verlorenes und oft versprochenes Ziel mögen seinen Charme ein wenig angekratzt haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie wertet die japanische Wählerentscheidung auf ihre besondere Art:

Es bedurfte im modernen Japan keines Militärputsches, um aus dem, was im Westen Demokratie genannt wird, eine Karikatur zu machen.

JAKARTA POST

Die indonesische Zeitung folgert aus dem „Hotel-Putsch" von Manila:

Die zurückhaltende Art und Weise, die die Regierung Aquino bei der Handhabung des fehlgeschlagenen Hotel-Coups an den Tag gelegt hat, weist folgerichtig darauf hin, daß Tolentino keineswegs die Unterstützung genießt, die nötig wäre, um die gegenwärtige Machtstruktur zu verändern.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zu Waldheims Amtsantritt befindet sie:

Indes ist Waldheim in Kenntnis dieser Gedächtnislücken zum Präsidenten gewählt worden. Damit hat die übrige Welt sich abzufinden. Es geht nicht an, weiterhin Tag für Tag mit neuen Enthüllungen zu kommen oder zu drohen. Wer hieb- und stichfeste Beweise besitzt, der kann Waldheim auch weiterhin bei einem Gericht anzeigen; wer sie nicht vorweisen kann, sollte nun schweigen

Frankfurter Allgemeine

Sie fragt nach Hesselbachs Rolle:

Kann es dabei bleiben, daß Walter Hesselbach, der frühere Vorstandsvorsitzende der Bank für Gemeinwirtschaft, der in allen von der Affäre betroffenen Institutionen eine führende Rolle spielt, den Staatsanwälten erklärt, er habe sich um die Verwendung der Gelder seinerzeit nicht gekümmert – obwohl er Vorstandsvorsitzender jener israelischen Stiftung ist, die mit den Millionen bedacht wurde? Kann es dabei bleiben, daß Hesselbach das Anerbieten der Staatsanwälte ausschlagen muß, das Ermittlungsverfahren einzustellen, wenn er wenigstens im nachhinein plausible Verwendungsnachweise für die Gelder aus Bonn liefert? Daß er dazu schweigen muß? Hundertmal hat sich doch schon erwiesen, daß in solchen Fällen hernach die Tatsachen Stück um Stück ans Licht gezerrt werden. Das Desaster ist geradezu mit Händen zu greifen – will es die SPD darauf wirklich ankommen lassen?



Das Massenblatt meint zur SPD-Parteispendenaffäre:

Seit Sonntag mittag haben „Bild"-Reporter versucht, einen amtierenden SPD-Führer zum Parteispenden-Skandal zu befragen. Rau, Brandt, Vogel. Fehlanzeige. Nur Parteisprecher Clement wurde als Minenhund vorgeschickt. Für die Vorwürfe gibt es keinen Beleg! Schweigen, wenn's um mögliche eigene Fehler geht. Aber wenn es heißt, lobende Worte über die Sandinisten von Nicaragua zu finden, ist die halbe Stunde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sofort gebucht.

LE FIGARO

Zu der Begegnung zwischen Gorbatschow und Mitterrand bemerkt das Pariser Blatt:

Gorbatschow kann nur aus der Sackgasse der gegenseitigen Verdächtigungen herauskommen, wenn er eine „andere Option" findet. Der Westen muß jene Waffensysteme reduzieren, bei denen er einen Vorteil hat, während die Sowjetunion ohne Zögern jene Überschüsse eliminieren wird, bei denen sie im Vorteil ist.

Der griechisch-türkische Streit ist eine Zeitbombe

Westeuropa unterschätzt die Bedeutung des Konflikts / Von Evangelos Antonaros

Zwölf Jahre lang hat auf der zweigeteilten Mittelmeerinsel Zypern Frieden geherrscht. Seit der Türken-Invasion im Sommer 1974 ist kaum ein Schuß gefallen. Die „Grüne Linie", die die Insel in einen türkischen und einen griechischen Sektor teilt, wirkt fast idyllisch. Und doch ist diese Ruhe trügerisch. Die Ereignisse der letzten Tage erinnerten wieder daran, daß auf Zypern eine anomale Situation herrscht: Zwanzigtausend türkische Soldaten vom Festland halten siebenunddreißig Prozent des Inselterritoriums besetzt, obwohl die türkische Minderheit weniger als zwanzig Prozent ausmacht.

Türkenführer Rauf Denktasch landete Ende letzter Woche unmittelbar nach der Zypern-Reise des türkischen Regierungschefs Özal einen neuen Coup: Er schloß alle Grenzübergänge zu seinem Mini-Staat und verweigerte sogar den UNO-Angehörigen und ausländischen Diplomaten die Einreise. Was dahintersteckt, liegt auf der Hand: Der frustrierte „Präsident" der bisher nur von der Türkei anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern" will durchsetzen, daß die Vereinten Nationen einen separaten Vertrag mit seinem sezessionistischen Teilstaat abschließen. Dadurch könnte er seine Isolation durchbrechen.

Denktaschs Entscheidung ist gefährlich, weil sie die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkten UNO-Blauhelme weitgehend ihrer Eingreifmöglichkeiten beraubt, die bisher sozusagen eine Garantie für die Friedenssicherung auf der Insel waren. Zudem ist die Hochspannung auf der Insel symptomatisch für die Zuspitzung der Dauerkrise zwischen Griechenland und der Türkei.

Tatsächlich ist seit einigen Monaten zwischen Athen und Ankara ein vergiftetes Klima entstanden, wie es dergleichen seit dem Zypern-Krieg nicht gab. Die beiden Regierungen beschimpfen sich nur noch gegenseitig. Es wird nicht mehr nach Gemeinsamkeiten gesucht, die den Dialog ermöglichen, sondern nach neuen Reibungspunkten, die den Konflikt anreichern und den Eindruck entstehen lassen, es herrsche eine kriegsähnliche Atmosphäre.

Verantwortlich für diese Situation sind beide Länder. Die Türkei hat bisher so gut wie keine überzeugenden Anstalten gemacht, den in der Tat stellenweise maximalistischen und daher nicht immer realistischen Wunschvorstellungen der Griechen in Sachen Zypern entgegenzukommen, die Besetzung des Inselnordens zu beenden und die griechischen Befürchtungen aus der Welt zu schaffen, daß sie die ganze Insel sich einzuverleiben beabsichtigt.

Papandreou seinerseits, dessen Worte und Taten von einem tiefsitzenden Türkenhaß geprägt zu sein scheinen, widersetzt sich beharrlich der Aufnahme des Dialogs mit Ankara, „solange die türkischen Truppen auf Zypern stationiert sind". In diesem Sinne hat er alle Avancen seines türkischen Amtskollegen Turgut Özal – und es gab deren immerhin doch einige – zurückgewiesen.

Kaum hatten die Türken die Westeuropäer davon überzeugt, daß die Demokratie in ihrem Land funktioniert – wenn auch mit Schönheitsfehlern –, setzte Papandreou seine nächste, noch wirksamere Waffe ein. Diesmal will er von seinen EG-Vorrechten Gebrauch machen und die von Ankara gewollte Normalisierung der Beziehungen zur EG torpedieren.

Papandreou ist sich seiner Macht bewußt und davon überzeugt, daß er so die Türken in die Knie zwingen, also zu Konzessionen gegenüber Athen bewegen kann. Offenbar hat er sich jedoch verkalkuliert. Der bisher immer moderat handelnde Özal trat, auch mit innenpolitischen Zwängen konfrontiert, die Flucht nach vorn und jene vielkritisierte Reise nach Zyperns Norden an; er gibt sich auch nicht mehr so dialogbereit wie bisher.

„Wenn die Griechen die Konfrontation wollen", so sagte er neulich, „sollten sie daran denken, daß wir ein Volk von fünfzig Millionen Menschen sind." Aber gerade solche Äußerungen dienen den Griechen als Beweis für die immer wieder an die Wand gemalte „Aggressionslust" der Türkei. Daß sich die Situation derart zugespitzt hat, bedeutet nicht nur, daß viele auch der Krisenbewältigung dienende Kommunikationskanäle verstopft sind. Sondern beide Seiten haben obendrein Maximalpositionen aufgebaut, von denen sie nicht mehr ohne weiteres herunterkommen.

Diese Fakten widerlegen die in vielen westeuropäischen Außenministerien verbreitete These, daß man mit dem griechisch-türkischen Konflikt „gut und ungefährlich leben" könne. Der Streit der beiden NATO-Nachbarn hat einen Kulminationspunkt erreicht, der nicht überschritten werden darf. Wird die Zeitbombe in der Ägäis nicht rechtzeitig entschärft, so sollte sich später niemand über die Explosionen wundern, die mit größter Wahrscheinlichkeit kommen werden.

Genosse Iwan und die Moral von der Partei

Striptease fällt etwas aus dem Rahmen sozialistischer Moral-Vorstellungen. Wie Striptease dennoch zur sozialistischen Errungenschaft werden könnte, darüber kursieren im Sowjet-Reich Witze, die den Schriftsteller Ota Filip zu folgender Betrachtung angeregt haben.

Von OTA FILIP

Von einer seiner zahlreichen Reisen ins kapitalistische Ausland kam Genosse Gorbatschow wieder einmal mit neuen Ideen, wie man die Wirtschaft der UdSSR beleben und den sowjetischen Alltag freundlicher und angenehmer gestalten könnte.

Im Rahmen von Verbesserung der Lebensqualität bekam Iwan Fjedorenko, im Moskauer Stadtsowjet für Kultur zuständig, vom ZK der KP den Befehl in der Hauptstadt der UdSSR ein Striptease-Lokal einzurichten.

Mit der Entschlossenheit eines im Klassenkampf und in Erfüllung von Parteiprogrammen erprobten Genossen ging Genosse Iwan Fjedorenko sofort an die Arbeit. Die Möbel für das neue Lokal bestellte er in der Bundesrepublik Deutschland, die Beleuchtung samt Lichteffekten in Paris, die Sound-Anlage in Japan, die Rock-Band engagierte er in San Francisco.

Am ersten Abend war das erste Striptease-Lokal östlich von Warschau bombenvoll. Am zweiten Abend kamen nur einige Kolchosniki aus Georgien, die in Moskau den Blumenmarkt beherrschen. Am dritten Abend war das westlich aufgeputzte Lokal leer.

Genosse Iwan Fjedorenko wurde am vierten Tag zum Parteisekretär des Moskauer Stadtsowjet beordert. „Genosse Iwan Fjedorenko, Sie haben kläglich versagt, ihre Parteipflicht nicht erfüllt. Wie wollen Sie mir die Tatsache erklären, daß unser sozialistisches Striptease-Lokal leer ist? Das ist, Genosse, Sabotage!" schrie ihn der Parteisekretär an.

„Genosse, ich bin unschuldig, ich kann es mir nicht erklären", bebte Iwan Fjedorenko, „ich habe meine Parteipflicht erfüllt. Die Möbel, das Beste, was es gab, habe ich in der Bundesrepublik Deutschland gekauft, die Beleuchtung in Paris, die Sound-Anlage in Japan und die Musikanten sind aus San Francisco, in Amerika die einsame Spitze ..."

Der Parteisekretär musterte seinen unglücklichen und verängstigten Untergebenen; er tat ihm leid. „Und die Mädchen?" fragte er mit einem versöhnlichen, jedoch immer noch ein wenig mißtrauischen Ton.

Iwan Fjedorowitsch richtete sich auf, sein Klassenbewußtsein, seine Ergebenheit stützten ihn, seine Stimme wurde fester, wie es sich für einen echten Bolschewiken gehört: „Ich habe sie, Genosse, auch persönlich ausgesucht. Alles noch zu Lenins Lebzeiten politisch überprüfte, der Partei ergebene Genossinnen!"



Sorgen um die Zukunft: Werftarbeiter der vom Konkurs bedrohten Flensburger Schiffbau-Gesellschaft
FOTO: DIRK HENTSCHEL

„Wir hoffen, weil wir hoffen müssen. Was bleibt uns sonst?"

Der Vergleich ist angemeldet, der Konkurs droht und Hilfe aus Bonn oder Kiel ist kaum in Sicht: Wenn die Harmstorf-Werftengruppe nicht gerettet werden kann, steigt in Flensburg die Arbeitslosen-Rate auf über zwanzig Prozent.

Von GEORG BAUER

Auf dem Schreibtisch des Betriebsratsmitglieds Gregor Rölke liegt ein Buch über das Konkursrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Ab und an blättert er hastig darin, um im Dickicht der Paragraphen die gesuchte Passage zu finden. Kollegen der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hocken bei ihm. Ratlosigkeit spricht aus ihren Blicken.

Ihrer Werft, der stolzen FSG, wie sie in der Branche heißt und die als Flaggschiff der drei Harmstorf-Werften in Büsum, Flensburg und Lübeck galt, droht das Aus. Der Vergleich ist angemeldet. Doch noch weiß niemand, ob es dabei bleiben wird. Vom Konkurs des 1100 Mitarbeiter starken Betriebes ist auch die Rede.

Olaf Christensen, der Vorsitzende des Betriebsrates, versucht den Leuten Zuversicht einzuimpfen. „Die Stimmung", so meint der 57jährige, dessen Großvater und Vater bereits auf der traditionsreichen Werft arbeiteten, „ist von Verzweiflung in Hoffnung umgeschlagen". Alle hätten mit einem Antrag auf Konkurs gerechnet und nicht mit einem Vergleichsantrag. Doch diese Hoffnung hängt an einem seidenen Faden. Die Mitarbeiter wissen es.

So mancher von ihnen hat seinen Urlaub unterbrochen oder ihn ganz beendet, aufgeschreckt durch Zeitungsmeldungen in den Urlaubsländern. Hans-Jürgen Berg kam aus Dänemark, ein Kollege aus Frankreich. Nun sitzen sie im Büro und bestürmen den Betriebsrat mit Fragen über die Zukunft der FSG.

Ihre Hoffnungen auf ein Überleben der Werft knüpfen sie auch an den Bau zweier Flottendienstboote der Bundesmarine. Doch im Herbst wird die Arbeit getan sein, und neue Aufträge sind nicht in Sicht. Der internationale Schiffbaumarkt ist leergefegt, und die Reeder sind mit Schiffen übersättigt.

Aus Bonn ist keine Hilfe zu erwarten. Aus ordnungspolitischen Gründen hat die Bundesregierung die Werftindustrie aufgefordert zu sagen, wie sie sich einen Schrumpfungsprozeß vorstellt. Bei einem Konzept mit Aussicht auf Erfolg könne Bonn eventuell mit flankierenden Maßnahmen eingreifen, machte Wirtschaftsminister Martin Bangemann klar.

Auch Kiel hat die Schotten dicht gemacht. Ohne ein Konzept will die Landesregierung keinen Pfennig mehr geben. Bereits im Februar hatte sie eine Bürgschaft in Höhe von 31 Millionen Mark für die Harmstorf-Gruppe beschlossen. Die Zeit geschickt nutzend, hatte die Unternehmensgruppe Ministerpräsident Uwe Barschel vor der Kommunalwahl vor die Alternative gestellt: Entweder bekommen wir Geld, oder wir machen zu.

Der Christdemokrat gab nach, mehr der Not gehorchend denn innerer Einsicht. Mit seiner Unterstützungsaktion hoffte Barschel wohl auch, Bonn zur Hilfe bewegen zu können. Doch heute fragt sich jeder: Wo sind die bereits ausgezahlten 25 Millionen Mark geblieben?

Parteien und Verbände überschlagen sich jetzt mit Konzepten. Im Zusammenschluß der Werften, möglicherweise unter dem großen Dach der Howaldtswerke Deutsche Werft, sehen viele das Heil. Erbost über solche Vorschläge sind vor allem die Gewerkschafter. Wolfgang Thomsen von der FSG: „Wir haben das schon vor Jahren gesagt. Wir haben gewarnt und nochmals gewarnt." Jetzt aufeinmal, wo der Karren im Dreck sei, laufe es auf Zusammenschlüsse und Diversifikationen hinaus.

Die meiste Kritik richtet sich an die Adresse der Landesregierung. Deftige, unschöne Worte fallen hier, geboren aus einer tiefsitzenden Verbitterung. Der Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, Olaf Cord Dielewicz, stellt sich hingegen schützend vor die Landesregierung. Den Schlüssel, so der Sozialdemokrat, habe Bonn in der Hand. Die Argumentation, die Branche müsse ordnungspolitisch betrachtet werden, hält er für wenig sinnvoll. Und als Beweis nennt Dielewicz die Subventionen, die Länder wie Frankreich, England oder, viel massiver, Japan und Korea gewähren. Dielewicz: „Wenn wir uns auf die Marktwirtschaft berufen, dann gehen wir zu Grunde, und die anderen freuen sich."

Sollte die Schiffbau-Gesellschaft ihre Pforten schließen, so wäre das für die nördlichste Stadt der Republik ein Schlag, der sie im Mark träfe. Schon jetzt weiß der Oberbürgermeister nicht, wo er das Geld für den Haushalt hernehmen soll. Die Arbeitslosen-Rate liegt bei rund 18 Prozent. Und die Schulden stehen der Stadt bis zum Hals. Im Rathaus der Stadt, die mit rund 16 Prozent an der FSG beteiligt ist, ist von einer „Katastrophe" die Rede, wenn die FSG schließen sollte. Die Arbeitslosen-Rate würde dann mit einem Sprung die 20-Prozent-Hürde nehmen.

Helfen kann Flensburg nicht. Schon einmal, bei der Rettungsaktion im Februar, griff die Stadt in die Tasche, als sie 4,5 Millionen Mark zuschusterte. Jetzt ist aber auch sie am Ende. Wie Hohn nimmt sich ein Plakat aus, das für Flensburg wirbt. Dort heißt es: „Handel, Handwerk, Industrie, Schiffbau und Schiffahrt sowie Dienstleistungsbetriebe bilden heute eine solide Grundlage für weiteres Gedeihen des Oberzentrums Flensburg." Das Plakat steht in einer Ecke der Pressestelle im Rathaus.

Das Problem ist vor allem, für Flensburg ebenso wie für die Westküste: wo sind die Alternativen? Hans Brings, seit 23 Jahren bei der FSG, meint: „Wo soll ich anfangen?" Der Vater von vier Kindern macht sich wenig Hoffnungen, schon wegen seines Alters von 47 Jahren. Er klammert sich an den Glauben, daß die FSG überlebt, wenn auch mit weniger Personal. „Was bleibt uns denn sonst? Wir hoffen, weil wir hoffen müssen."

Amtsantritt in Wien – zwischen Hochrufen und KZ-Uniformen

Auch am Tage seiner Vereidigung stand Österreichs neuer Bundespräsident Kurt Waldheim zwischen heftigem Pro und Contra. Demonstranten, die Waldheim einer Nazi-Vergangenheit beschuldigten, stießen dabei auf eine Bevölkerung, die ihr neues Staatsoberhaupt feiern, nicht aber kritisieren will.

Von CARL G. STRÖHM

Die Militärkapelle des österreichischen Gardebataillons spielte das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden", als Kurt Waldheim gestern mittag als neuer österreichischer Bundespräsident einen Kranz am Ehrenmal an der Wiener Hofburg niederlegte: An jener Gedenkstätte, in der ein in Stein gehauener liegender Soldat mit typisch deutschem Stahlhelm die Toten beider Weltkriege symbolisiert. Draußen, vor den Reiterstatuen des Prinzen Eugen und Erzherzogs Karl – der österreichischen Heerführer, die über die Türken und über Napoleon siegreich waren – hatten Formationen der Garde, der Landwehr, des Bundesheeres und der Polizei zu einer Flaggen-Parade Aufstellung genommen.

Als Bundespräsident Waldheim vor der Truppe erschien, applaudierten hinter der Absperrung die Zuschauer, aber die Mitglieder der sozialistischen Bundesregierung rührten hier ebenso wie bei Waldheims Antrittsrede im Parlament die Hand nicht einmal zu einem Höflichkeits-Applaus. Die Wunden der Niederlage – das merkte man den SPÖ-Politikern an – sind noch nicht vernarbt. Alle Versuche, Waldheim zu verhindern, hatten nicht nur nichts genutzt. Sie hatten die Sozialistische Partei vielmehr in eine schwere Krise geführt, von der sie sich auch nach geschlagener Schlacht noch nicht erholt hat.

Wenige Meter entfernt, auf dem Ballhausplatz, wo einander – jetzt fast schon symbolisch – Bundeskanzleramt und Präsidialkanzlei im leopoldinischen Trakt der Hofburg gegenüberliegen, hatten sich einige amerikanisch-jüdische Demonstranten gesammelt. Sie trugen ein großes Foto als Transparent bei sich, das Waldheim als deutschen Oberleutnant in voller Uniform zwischen dem SS-General Phleps, dem Kommandeur der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen", und einem italienischen General zeigt. Ort der Handlung: Podgorica in Montenegro, das heutige Titograd, im Jahre 1943. Waldheim war damals als Italienisch-Dolmetscher zu den Verhandlungen beider Generäle abkommandiert.

Außerdem schwenkten die ausländischen Demonstranten auch noch eine Vergrößerung der Umschlagseite einer Kriegsverbrecherakte der UNO, in der Waldheim von den Jugoslawen beschuldigt wurde. Der jugoslawische Militärattaché hatte allerdings in voller Uniform – ebenso wie die militärischen Vertreter der Sowjetunion und der anderen Ostblock-Staaten – stramm salutiert, als Waldheim die Parade des Heeres abnahm.

Bei kaum einem der österreichischen Zuschauer fanden die Anti-Waldheim-Demonstranten Verständnis. Junge Leute, an ihren Anstecknadeln als Anhänger des neuen Präsidenten erkennbar, stellten sich vor den in frei nachempfundener NS-Konzentrationslager-Kluft gekleideten Demonstranten auf, schwenkten die österreichische Fahne und riefen im Sprechchor: „Hoch Waldheim, hoch unser Präsident!" Einfache Leute, manche im breiten Dialekt der Wiener Arbeiterbezirke, empörten sich: „Die haben doch keine Ahnung. Die haben nie einen Krieg mitgemacht. Die wissen nicht, was das ist." Es sei ein Unsinn, Waldheim als Nationalsozialisten zu verdächtigen.

„Wieso soll der Oberleutnant Waldheim ein Nazi sein, wenn sein Vorgänger ein deutscher Hauptmann war?" – „Die sollen heimgehen, woher sie gekommen sind", ereifert sich eine Frau in mittleren Jahren.

Das Häuflein der Anti-Waldheim-Demonstranten fühlt sich sichtlich unwohl. Anders als bei anderen Veranstaltungen solcher Art kommen ihre Argumente hier in der Menge nicht an. „Nach 50 Jahren dieser Blödsinn, was soll das?", fragt jemand. Die Älteren unter den Zuschauern sprechen von Kriegserlebnissen, von den Schrecken des Russen-Einmarsches in Wien, von den Greueln, die andere begangen haben – und nicht nur die Deutschen oder Österreicher. Jemand sagt: „Die graben das bloß aus, weil sie ihre eigenen Verbrechen vergessen machen möchten."

Dann hört man den Einwurf, in der Schweiz würde eine solche Demonstration gegen ein Staatsoberhaupt nicht geduldet, vor allem nicht von Ausländern. „Er ist unser Bundespräsident. Müssen wir uns gefallen lassen, daß die ihn beleidigen?" Die Antwort eines Besonnenen: „Laßt sie in Ruhe, laßt sie demonstrieren. Manche warten ja nur darauf, daß wir das verbieten, um wieder über uns herfallen zu können."

Die Wirkung der Anti-Waldheim-Demonstrationen wird auch nicht dadurch gesteigert, daß wohlbekannte Protestierer aus Österreich und dem Ausland versuchen, sich nun in Szene zu setzen: Beate Klarsfeld etwa, die seinerzeit den deutschen Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt hatte. Die Linksintellektuellen, die ein wenig am Rande des konventionellen Geschmacks angesiedelten Bildhauer und Bühnenautoren, die sich bisher gegen Waldheim exponierten, haben offenbar kaum die Chance, breite Zustimmung beim Volk zu finden.

Bei der Vereidigung im Wiener Parlament, vor den Mitgliedern der Bundesversammlung, hatte Waldheim eindrucksvoll vor jeder Form des Antisemitismus gewarnt und den Opfern der nationalsozialistischen Juden-Vernichtung seinen Respekt gezollt. Er hatte zugleich zur Zusammenarbeit aufgerufen und von der Notwendigkeit gesprochen, sich zu versöhnen und die aufgerissenen Gräben zuzuschütten. Im übrigen bekannte er sich zu Leistung, Toleranz, Weltoffenheit und Christentum.

Österreich, so sagte er, gehöre zu den pluralistischen Staaten der westlichen Demokratie – und er erinnerte an die vielen Hunderttausende von Flüchtlingen, die seit 1945 hier Zuflucht und Asyl fanden. Nach der Rede saßen die führenden sozialistischen Politiker regungslos – allen voran der ehemalige Bundeskanzler und jetzige Parteivorsitzende Fred Sinowatz. Es ist nicht nur die Niederlage, die offenbar so schmerzt. Es ist die Furcht vor einem Stück Machtwechsel, der sich hier vollziehen könnte.



Am Rande der Amtseinführung: Anti-Waldheim-Demonstranten vor der Wiener Präsidialkanzlei
FOTO: AP

Vogel will verhandeln und Lafontaine klagt

Dem Bundesrat liegen zwei Anträge zu Cattenom vor

ULRICH REITZ, Bonn

Von den am Freitag dem Bundesrat vorliegenden Entschließungsanträgen aus Rheinland-Pfalz und Saarbrücken zu der für diesen Herbst geplanten Inbetriebnahme des Kernkraftwerks im französischen Cattenom hat der Antrag aus Mainz erheblich bessere Aussichten auf Erfolg. Zwar gibt es teilweise Überschneidungen, doch lassen die beiden Anträge grundsätzlich unterschiedliche Positionen in der Atompolitik sichtbar werden. Mit einem Streit über Grenzwerte in der Ländervertretung ist zu rechnen.

Die CDU-Landesregierung in Rheinland-Pfalz setzt im Unterschied zum Saarland auf den Verhandlungsweg, um ihre Bedenken auszuräumen. Saarbrücken hat bereits Anfang Mai vor dem Verwaltungsgericht in Straßburg gegen das Vorhaben der Franzosen geklagt und verlangt, daß sie „den Stand der Technik nicht anwenden", wie es im Umweltministerium hieß. In Mainz hält man gerade die Klage für nicht sinnvoll: „Wer miteinander verhandeln will, muß nicht gegeneinander klagen", sagte Regierungssprecher Hanns Schreiner der WELT. Die beiden Anträge seien „nicht miteinander in Einklang zu bringen". Das Saarland signalisiere damit „den Ausstieg aus der Kernenergie, wir tun das nicht", so Schreiner.

Jedoch hat auch die Regierung von Ministerpräsident Bernhard Vogel indirekt Zweifel an einer unverbindlichen Zusage von Paris über die Begrenzung der Emissionen auf drei Curie pro Block und Jahr angemeldet. Im Juli 1985 hatte Paris erklärt, es habe die Genehmigung für die Emission von 15 Curie pro Block erteilt, jedoch hinzugefügt: „Tatsächlich sollte aber im Normalbetrieb eine jährliche Emissionen von drei Curie pro Block erreicht werden."

Saarland geht weiter

Daraufhin hatte die Moselschiffahrtskommission, der die Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Luxemburgs angehören, Bau und Betrieb von Cattenom zugestimmt. In der Bundesrepublik sei für neue Kraftwerke lediglich ein Grenzwert von einem Curie zulässig, so das Umweltministerium in Saarbrücken.

In ihrem Entschließungsantrag fordert die Mainzer Landesregierung jetzt die Bundesregierung auf, in Verhandlungen mit Paris dafür zu sorgen, „den bereits regierungsamtlich zugesicherten niedrigen Ableitewert ... auch in Form einer völkerrechtlichen Vereinbarung abzusichern".

Der saarländische Antrag geht dagegen wesentlich weiter. Danach soll Bonn gegenüber Paris durchsetzen, „daß die Konzeption der Nuklearzentrale in Cattenom nicht verwirklicht wird". Darüberhinaus soll Paris im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen gedrängt werden, die Inbetriebnahme des Blocks I „auszusetzen".

„Zentrale des Todes"

Zur Begründung ihrer Forderungen, die eine massive Einflußnahme Bonns auf Paris nötig machen würde, beruft sich die Landesregierung unter anderem auf eine Aussage des künftigen Betriebsdirektors von Cattenom, Alain Malfon. Danach seien zwar drei Curie technisch kein Problem, „aber wir haben deshalb 15 Curie in der Genehmigung drin, weil wir nicht jedes Mal Cattenom abschalten wollen, wenn wir über drei Curie kommen". Dies relativiere, so das Umweltministerium in Saarbrücken, die französische Zusicherung.

Mit ihrem Antrag für den Bundesrat, der energiepolitisch auch in der SPD eine Extremposition beschreibt, bleibt die saarländische Landesregierung ihrer Atom-Ausstiegslinie treu und stellt energiepolitische Ziele offenbar auch über das bisher ungetrübte saarländisch-französische Verhältnis. Regierungschef Oskar Lafontaine hält Cattenom für eine „Zentrale des Todes", und: Nur „ein Wahnsinniger" könne das Risiko eingehen, „unsere Erde für immer unbewohnbar zu machen", sagte der SPD-Politiker im Juni auf einer Veranstaltung in Saarbrücken.

Während der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Adolf Birkhofer, in der „Saarbrücker Zeitung" erklärte, in Cattenom werde mit anderer Technik ein „gleichwertiges Sicherheitsniveau" erreicht, verwies das Umweltministerium darauf, daß „die höheren französischen Emissionswerte auch zu einer erheblich höheren Strahlenbelastung" für die Bevölkerung führten. Mit „mehr als 30 Millirem" werde die Dosis in der Umgebung von Cattenom „mehr als 30 Mal höher sein als in der Umgebung deutscher Kraftwerke".

Kohl sichert Vertriebenen Unterstützung zu

gba. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will sich für verstärkte Kulturarbeit und geschichtliche Forschung über Ostdeutschland und die deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa einsetzen. In einer Aussprache mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) sagte der CDU-Vorsitzende, er stelle ein zunehmendes Bewußtsein für geschichtliche Zusammenhänge und wachsendes Verlangen nach Identität der Nation fest. Werte wie „Heimat" und „Vaterland" fänden bei der Jugend wieder Zuspruch.

In dem Gespräch mit der CDU-Spitze hatte der BdV zuvor Besorgnis darüber geäußert, „daß die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße in der öffentlichen Meinung und im Bewußtsein vieler Bürger immer mehr in den Hintergrund geraten". Der Kanzler sicherte den Vetriebenen auch zu, daß die Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland bei der Wiener KSZE-Folgekonferenz die Forderung nach Durchsetzung der Menschenrechte für die Deutschen in kommunistischen Diktaturen vertreten werde.

In der seit längerem vereinbarten zweistündigen Aussprache des BdV-Präsidiums unter Vorsitz von Herbert Czaja mit dem CDU-Präsidium wurde auch die Bitte der Vertriebenen vorgetragen, dem BdV-Vizepräsidenten und langjährigen Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka (CDU) wieder einen aussichtsreichen Listenplatz einzuräumen. Hupka war von seinem rheinischen CDU-Verband nicht mehr auf der Landesliste abgesichert worden. (WELT v. 25.6.). Das Thema wurde nur kurz erörtert; CDU-Chef Kohl verwies dabei auf seine Gespräche mit den Landespolitikern im Vorfeld der rheinischen Entscheidung, wie auf seine fortdauernden Bemühungen, Hupka die Rückkehr in den Bundestag zu sichern.

Möglich scheint allenfalls noch die Absicherung des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien auf der umfangreichen Liste eines großen CDU-Landesverbandes, etwa dem Niedersachsens.

Begrüßt hat gestern der Bund der Mitteldeutschen, daß sein Präsident, der CDU-Abgeordnete Bernd Wilz, für die Bundestagswahl von der nordrhein-westfälischen CDU auf einem günstigen Listenplatz abgesichert wurde.

Berlin quillt von Asylanten über. Sozialminister ruft Krisensitzung ein

Turnhallen als Notunterkünfte / Warten noch Tausende Iraner in Istanbul auf ein Ticket?

Von DIETER DOSE

Dramatisch zugespitzt hat sich die Asylanten-Situation in Berlin. Zum ersten Mal mußten Turnhallen von zwei Schulen belegt werden, nachdem allein am letzten Wochenende rund 450 Asylbewerber, vor allem Iraner, eintrafen. Rund 300 waren es gestern! Damit sind bisher in diesem Jahr fast 16 000 Asylbewerber nach Berlin gekommen. 1985 waren es knapp 23 000.

Für heute hat Sozialsenator Ulf Fink (CDU) die Sozialstadträte der zwölf Bezirke zu einer „außerordentlichen Sitzung" zusammengerufen, denn dringend werden weitere Unterkünfte benötigt. Bereits am Montag hatte der Senator die Bezirke ultimativ aufgefordert, weitere Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, und mit der Beschlagnahme von Gebäuden („Ordnungsmaßnahmen") gedroht, falls die Bezirke der Aufforderung nicht nachkommen.

Inzwischen hat der Senat die ersten Angebote erhalten. Öffentliche Einrichtungen, die gegenwärtig leerstehen, sollen als Notunterkünfte für die Asylbewerber dienen. Da bis zum 17. August in Berlin Schulferien sind, sollen u. a. weitere Turnhallen in Anspruch genommen werden. Auch an nicht belegte Abteilungen von Krankenhäusern und Schwesternwohnheime ist gedacht.

Restlos belegt sind auch schon die Container im Stadtteil Neukölln, die auf einem Parkplatz der vorjährigen Bundesgartenschau aufgestellt worden sind. Unweit davon sollen in den nächsten Tagen weitere Container aufgestellt werden, die 50 Asylanten Platz bieten. „Wir werden versuchen, von einer Firma noch weitere Container anzumieten", heißt es bei der Sozialbehörde. Es wird damit gerechnet, daß der Asylantenansturm auch in den nächsten Tagen anhält.

Der Berliner Senat hat nochmals an die Bundesregierung appelliert, die Asylverfahren in den Bundesländern zu beschleunigen.

Vergangenen Sonntag mußte das Deutsche Rote Kreuz kurzfristig 47 freiwillige Helfer mobilisieren, um in den Turnhallen Notunterkünfte einzurichten. Zu diesem Zeitpunkt campierten über hundert Asylbewerber, darunter viele Kinder, vor einem Wohnheim. In dem schon völlig überbelegten Heim konnten sie aber nicht mehr aufgenommen werden.

Aussagen von in den letzten Wochen in Berlin eingetroffenen Iranern sind für die Behörden nicht nachprüfbar, werden aber ernst genommen: Sie berichten, daß sich mehrere tausend Landsleute von ihnen in Istanbul aufhalten und nach Deutschland wollen. Sie warten dort auf eine Flugmöglichkeit. Derzeit gibt es wöchentlich sieben Flüge der „DDR"-Fluglinie Interflug und der Turkish Airlines von Istanbul und einen von Ankara nach Ost-Berlin-Schönefeld. Da diese Linienflüge aber auch von vielen in West-Berlin ansässigen türkischen Urlaubern in Anspruch genommen werden, ist das Platzkontingent für die Asylanten begrenzt. Manche haben wochenlang gewartet, ehe sie von Istanbul nach Ost-Berlin fliegen konnten.

Der Ansturm jeweils am Wochenende erklärt sich aus den Flugplänen zwischen der „DDR" und der Türkei: Sechs der wöchentlich acht Maschinen treffen samstags und sonntags, spätabends oder in den Morgenstunden, in Ost-Berlin ein.

Von den bisher rund 15 500 in diesem Jahr nach Berlin gekommenen Asylanten sind über 4000 aus Iran. Allein letzten Sonntag mußten auf einen Schlag 97 Personen mit 43 Kindern (!) untergebracht werden.

„Die politischen Verhältnisse in Iran erklären die hohe Zahl der Asylbewerber aus diesem Land", sagt der Referatsleiter der Ausländerbehörde, von Chamier. „Den meisten ist die legale Ausreise von Teheran aus nicht möglich. Deshalb wählen sie den Umweg über Pakistan und vor allem die Türkei. Das erkennt man auch daran, daß kaum einer ordnungsgemäße Papiere hat." Sogar über Bagdad, obwohl zwischen Iran und Irak Krieg herrscht, kommen manche.

Insgesamt stellten im vergangenen Jahr 3520 Iraner in Berlin Asylanträge. Jetzt, nach sechs Monaten, sind es schon über 4000!

Der größte Teil von ihnen gibt an, daß sie eigentlich gar nicht in die Bundesrepublik wollen. Die USA, Australien und die skandinavischen Länder nennen sie vor allem als Reiseziel. Aber der Weg nach Schweden und Dänemark ist seit Anfang Januar 1986 versperrt. Beide Länder verweigern ohne Sichtvermerk die Einreise. Berlin bleibt als einziges Schlupfloch ...

Die Ausländerbehörde („Berlins größtes Reisebüro") hat im Juni 2871 Asylanten an die anderen Bundesländer verteilt. Dennoch platzt das Amt im Stadtteil Wedding aus den Nähten. Hunderte stehen jeden Morgen lange vor Dienstbeginn an. „Das Personal ist schon verstärkt worden, aber die Kapazität der Büros ist erschöpft", sagt von Chamier. Rund 1000 Asylanträge können derzeit nicht bearbeitet werden.

Berlin ist am Rande seiner Aufnahme-Kapazität: Seit gestern müssen Asylanten in Baucontainer einquartiert werden. FOTO: DPA

RCDS erinnert Union an ihren Schulbeschluß

P.F.R. Bonn

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat an Bund und Länder appelliert, für eine Verkürzung der Ausbildungszeiten Sorge zu tragen. Der RCDS-Bundesvorsitzende Christoph Brand erinnerte gestern in Bonn an den bisher nicht eingelösten Hamburger Parteitagsbeschluß der CDU von 1981, die Schulzeit des Gymnasiums von 13 auf zwölf Jahre zu straffen. Vor allem Helmut Kohl und Ernst Albrecht, die sich mit besonderem Engagement für das Zustandekommen dieses Beschlusses eingesetzt hätten, stünden im Wort.

Der RCDS regt einen Schulversuch an, der Wege aufweise, in nur noch zwölf Jahren zur Hochschulreife zu führen, wie es fast überall in Europa der Fall sei. Auf das Bildungssystem kämen neue Aufgaben zu: neben der besseren Förderung von Begabungen vor allem Umwelt- und Medienerziehung. „Hierzu muß das Bildungswesen auch selbst einen Beitrag leisten und Reserven für die erforderlichen Anpassungen freimachen", forderte Brand. Es gehe nicht um weitere Streichungen von Lehrerstellen, sondern um „Umbau von Kapazitäten".

Durch „überlange Ausbildungszeiten" werde „bewirkt, daß junge Menschen immer länger in der Position des rezeptiv Lernenden verharren, der zwar von der Gesellschaft voll alimentiert wird, jedoch nur selten Gelegenheit zur Selbstverwirklichung findet, scheinbar von niemandem gebraucht oder gefordert wird". Man dürfe mit einer Reform nicht warten, bis im Zuge der Niederlassungsfreiheit in der EG jüngere Absolventen aus anderen Ländern der Gemeinschaft den erheblich älteren Bewerbern aus der Bundesrepublik die Stellen wegnähmen.

Der RCDS plädiert dafür, vor allem die Mittelstufe des Gymnasiums zu straffen. Er hat für drei Gymnasialtypen entsprechende Stundentafeln ausgearbeitet.

An den Hochschulen müsse das „exemplarische Lernen" wiederentdeckt werden, um auch hier zu Verkürzungen zu kommen. Es gebe „kaum ein traurigeres Beispiel" für das Versagen von Staat und Universität als die bisherige „Unfähigkeit, ein sinnvolles Studienangebot zu organisieren, das Studenten auch in einer überschaubaren Zeit bewältigen können", kritisierte Brand.

Bayern will Neue Heimat nicht kaufen

AP, München

Der Freistaat Bayern wird nach einem Bericht des Innenministeriums in München „auf keinen Fall" als Erwerber der Neuen Heimat Bayern mit auftreten und Steuergelder aufwenden. In der gestern veröffentlichten Erklärung hieß es: „Die aus der skandalösen Mißwirtschaft des Neue Heimat-Konzerns entstandenen Verluste werden in Bayern nicht sozialisiert werden, Bayern wird also dem schlechten Beispiel SPD-regierter Länder nicht folgen." Bei einem Verkauf der Neuen Heimat Bayern sei die Staatsregierung „bloßer Vermittler", hieß es weiter. Sie hoffe zwar, daß sich Erwerber finden würden, doch stünden keine bereit.

Entgegen Spekulationen des FDP-Bundestagsabgeordneten Josef Grünbeck werde die bayerische Staatsregierung nicht vorrangig auf den Verkauf an Versicherungsgesellschaften setzen und auch nichts verzögern. Vielmehr werde sie „mit so viel Fingerspitzengefühl handeln, wie nötig ist, damit sich der Verkauf der Neuen Heimat Bayern nicht zerschlägt und die Mieter das Nachsehen haben".

In dem Bericht hieß es weiter, daß Mitte April auf Wunsch der Konzernspitze der Neuen Heimat ein erstes aufklärendes Gespräch zwischen Strauß und den Konzerngeschäftsführern stattgefunden habe.

Den Streit mit Österreich löst Bayern krachledern

WERNER KAHL, Bonn

Beim verbalen Fingerhakeln um das Einreiseverbot für Demonstranten aus Österreich an der bayerischen Landesgrenze setzt Bayern jetzt den Tourismus als Joker zur Pflege der traditionellen gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit der Alpenrepublik ein.

Wie das Vorstandsmitglied des bayerischen Fremdenverkehrsverbandes, Walter Rundler, in Bonn gegenüber der WELT erklärte, werden Trachtenkapellen in den weißblauen Farben des Freistaates bei Werbeveranstaltungen in Linz und Wien aufspielen und die Österreicher zum Besuch der romantischen Landschaften und Kunstschätze zwischen fränkischer Saale und Oberammergau einladen.

Von „Piefke"-Parolen und einem bayerisch-österreichischen Konflikt sei beim „Kissinger Sommer", den erstmals stattfindenden Festspielen des fränkischen Staatsbades, nichts zu spüren, sagte Rundler, der zugleich Vorsitzender des Bayerischen Heilbäderverbandes ist. Das Wiener Burgtheater, Erika Pluhar, der Musical-Star Dagmar Koller und andere österreichische Künstler hätten ihre Verpflichtungen in Bayern erfüllt und sich mit „Servus" verabschiedet.

Düstere Prognosen eines dramatischen Rückganges ausländischer Gäste in diesem Sommer wegen der russischen Atomkatastrophe und terroristischer Anschläge seien nicht eingetreten, stellte der Bayerische Fremdenverkehrsverband unter Vorsitz des früheren bayerischen Finanzministers Rudolf Eberhard fest. Auch wenn einige Orte durch das Ausbleiben amerikanischer Reisegruppen „hart getroffen" worden seien, zeichneten sich in der Tendenz „keine Einbrüche" ab, erläuterte Kurdirektor Rundler die Zwischenbilanz des Fremdenverkehrs. Im Frühjahr waren 1,7 Prozent weniger Gäste und Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres registriert worden. Das Ergebnis von 1985 werde jedoch insgesamt erreicht werden.

Statt ausgebliebener Amerikaner, bei denen der gefallene Dollarkurs als eigentlicher Grund für den Verzicht auf Europa-Touren vermutet wird, kommen mehr Japaner und Italiener. Japaner kaufen in Rothenburg ob der Tauber eine von Amerikanern heiß begehrte Spezialität – deutschen Weihnachtsschmuck. Um das italienische Interesse an Besuchen weiter anzukurbeln und die Amerikaner für 1987 wieder stärker zu Reisen in die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in das traditionelle Reiseziel Bayern zu animieren, werden Trachtenkapellen auch über den Brenner gen Süden ziehen und in die USA bis nach Denver fliegen.

Neuer Chef für IG Metall

Mayr kandidiert nicht mehr / Steinkühler wahrscheinlich Nachfolger

gba. Bonn

Der-IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr wird auf dem Gewerkschaftstag vom 19. bis 25. Oktober in Hamburg aus dem Amt scheiden. Der geschäftsführende Vorstand der IG Metall nominierte den bisherigen 2. Vorsitzenden Franz Steinkühler am Dienstag einstimmig zum neuen Kandidaten für den Vorsitz der mit 2,5 Millionen Mitgliedern größten deutschen Gewerkschaft. In der Klausurtagung des Vorstands begründete der 64jährige Mayr sein Ausscheiden ausschließlich mit Altersgründen. Mayr ist am 13. Dezember 1921 geboren, würde also wenige Monate nach dem Gewerkschaftstag 65 Jahre alt. Die Amtsperiode der Vorsitzenden beträgt derzeit drei Jahre.

Steinkühler war zusammen mit Mayr beim letzten Gewerkschaftstag im Oktober 1983 in München gewählt worden. Mayr hatte damals den aus Altersgründen ausscheidenden Ersten Vorsitzenden Eugen Loderer abgelöst. Er war bis dahin dessen Stellvertreter; Steinkühler war vor seiner Wahl in das Führungsamt Stuttgarter Bezirksleister der IG Metall gewesen. Dort hatte er sich den Ruf eines hervorragenden Tarifexperten erworben.

Mit Mayr wird auch Vorstandsmitglied Rudolf Judith ausscheiden. Er ist bisher im Vorstand für den Stahlbereich und für Mitbestimmungsfragen zuständig gewesen. Alle übrigen Vorstandsmitglieder werden erneut kandidieren. Das überrascht, weil man auf Grund der seit Jahren gespannten persönlichen Beziehungen zwischen dem für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmitglied Hans Janßen und dem künftigen Vorsitzenden Steinkühler nicht mit einer erneuten Kandidatur des heute 62jährigen Janßen gerechnet hatte. In einem Gespräch mit dem „Handelsblatt" hat Steinkühler überdies erkennen lassen, daß er Janßen nicht erneut den Bereich der Tarifpolitik übergeben möchte.

Naturschutzabgabe ist rechtmäßig

AP, Berlin

Die Rechtmäßigkeit von Naturschutzabgaben hat jetzt das Bundesverwaltungsgericht in Berlin grundsätzlich bestätigt. Wie das höchste deutsche Verwaltungsgericht mitteilte, lag der Entscheidung die Klage eines baden-württembergischen Kiesbauunternehmens zugrunde. Die Firma, die eine Kiesgrube in der Nähe des Bodensees betreibt, plante eine Erweiterung. Das Landratsamt Konstanz verlangte nicht nur die Rekultivierung der in Anspruch genommenen Flächen, sondern außerdem eine Abgabe in Höhe von 68 100 Mark als Ausgleich für Landschaftsschäden. Die Klage des Unternehmens wurde abgewiesen. (Az: Bundesverwaltungsgericht 4 C 50.83)

Namibia verteidigt Grünen-Festnahme

Co. Bonn

Der Informationsminister der Übergangsregierung in Namibia, Kozonguizi, hat bedauert, daß die grüne Bundestagsabgeordnete Annemarie Borgmann und der parlamentarische Assistent Michael Vesper in Windhuk vorübergehend festgenommen worden seien. Er äußerte die Erwartung, „daß Besucher aus dem Ausland mithelfen werden, derartige Verwicklungen zu vermeiden, indem sie sich an das Recht halten".

Nach Darstellung Kozonguizis hatte eine südwestafrikanische Polizeieinheit Frau Borgmann, Vesper und vier andere Personen festgenommen, weil sie auf einer nicht angemeldeten politischen Veranstaltung sprechen wollten.

Polizisten im „Prüfungsstreß"

dpa, München

Eine Ausbildungs-Hundertschaft der Bayerischen Bereitschaftspolizei hat sich nach mehreren Wackersdorf-Einsätzen in einer Eingabe an den Bayerischen Landtag über erhöhten Prüfungsstreß beklagt und um künftige Einsatzbefreiung gebeten. Die Petition an das Parlament unterzeichneten 136 der 140 Lehrlings-Beamten.

Die jungen Polizisten machen „schwerwiegende Probleme" im Unterricht durch Rufbereitschaften und wiederholte Demonstrationseinsätze am Baugelände der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) geltend. Sie befürchteten Nachteile bei der entscheidenden Anstellungsprüfung für den mittleren Polizeidienst.

Kanzler zeigt großes Interesse an einem Wissenschafts-Abkommen mit Moskau

Das Papier soll noch zu Genschers Besuch bei Gorbatschow unterschriftsreif sein

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl ist an dem baldigen Abschluß eines deutsch-sowjetischen Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit besonders interessiert. Auf seine Initiative und in enger Abstimmung mit ihm sowie allen beteiligten Ressorts bemüht sich gegenwärtig eine Bonner Experten-Delegation in der Sowjethauptstadt darum, das Abkommen bis zum Moskau-Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vom 20. bis 22. Juli unterschriftsreif zu machen.

Angeblicher Streit

Dies schälte sich gestern aus Darstellungen und Gegendarstellungen im Zusammenhang mit einem angeblichen Streit zwischen Forschungsminister Heinz Riesenhuber und Genscher heraus. Riesenhuber selbst versicherte, Berichte über Unstimmigkeiten seien nicht richtig. Er sei sich mit Genscher in dem Wunsch nach einem baldigen Abschluß einig.

Sollte es während der Genscher-Reise zu der angestrebten Unterzeichnung kommen, würde damit ein nunmehr 13 Jahre dauerndes Tauziehen um die Einbeziehhung West-Berlins beendet. Ein Abkommensentwurf liegt seit 1973 vor. Aber trotz mehrfacher Anläufe ist es seitdem nie gelungen, von den Sowjets die Zustimmung zur Beteiligung von Mitarbeitern der in West-Berlin ansässigen Bundesinstitutionen zu erhalten.

Bundeskanzler Kohl hatte sich schon im Juli 1983 in Moskau bemüht, die Hürden wegzuräumen, als er bei dem damaligen sowjetischen Parteichef Andropow die Wiederaufnahme der Verhandlungen erreichte. Experten in Bonn arbeiteten daraufhin ein Lösungsmodell aus, das Außenminister Genscher zehn Monate später seinem Amtskollegen Gromyko in Moskau vorlegte. Beide Seiten schienen damals bereit zu sein, trotz weiterbestehender grundsätzlicher Differenzen eine praktikable Berlin-Regelung zu verwirklichen.

Das auch von Gromyko grundsätzlich positiv beurteilte Modell sah für das wissenschaftlich-technische Abkommen die sogenannte Frank-Falin-Formel vor, die besagt, daß die Einbeziehung West-Berlins entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen geregelt sei. Da aber die Frage, ob darunter auch in Berlin angesiedelte Bundesbehörden fallen, zwischen West und Ost strittig ist, sollten neben dem Rahmenabkommen noch mehrere Ressort-Abkommen über Teilbereiche der Zusammenarbeit abgeschlossen werden. Diese Ressort-Abkommen sollten mit Programmabsprachen verbunden sein, in deren Rahmen auch Wissenschaftler von Westberliner Bundesinstitutionen aufgelistet werden sollten.

Diese „personenbezogene" Lösung kam dann aber auf Grund einer inzwischen eingetretenen politischen Abkühlung zwischen Bonn und Moskau doch nicht zustande. Nach Angaben des Bonner Regierungssprechers Herbert Schmülling ist nun vor kurzem auf Grund jüngster Kontakte zwischen Gorbatschow und Kohl eine Wiederaufnahme der Verhandlungen vereinbart worden. „Die Gespräche werden geführt auf der Grundlage einer mit den zuständigen Ressorts abgestimmten und vom Bundeskanzler gebilligten Verhandlungslinie", erklärte Schmülling.

Der Sprecher entschärfte damit die vom Auswärtigen Amt als „absolut schädlich" bezeichneten Indiskretionen über angebliche Differenzen zwischen Riesenhuber und Genscher.

Auszüge veröffentlicht

„Bild" hatte Auszüge eines Briefes des Forschungsministers an den Außenminister wiedergegeben, in dem Zweifel daran geäußert wurden, ob es möglich sein werde, bis zum Genscher-Besuch ohne wesentliche Abstriche die komplizierte Materie zu regeln. Einem „Riesenhuber-Vertrauten" wurde die Bemerkung zugeschrieben, der bisherige Vertragsentwurf sei „schlampig und unseriös". Genscher wolle sich „an Kanzler und Kabinett vorbei als Entspannungspolitiker profilieren".

Die Richtigkeit dieser Darstellung wurde sowohl vom Kanzleramt und vom Auswärtigen Amt als auch von Riesenhuber selbst bestritten. Tatsächlich laufen die am Montag begonnenen Verhandlungen positiv.

Falls die Sowjets einer befriedigenden Regelung zustimmen, will Genscher zehn Tage später in Moskau das Abkommen unterzeichnen. Drei Ressortabkommen über die Zusammenarbeit im Agrar-, Gesundheits- und Nuklearbereich sollen paraphiert, aber erst später von den Ressortministern unterzeichnet werden.

25 Jahre Techniker als Bundesrichter

lz. München

Ein Rechtsstreit um genau 445 Mark und 12 Pfennig führte vor einem Vierteljahrhundert zu einer Grundgesetzänderung und in deren Folge zu der Einrichtung des Bundespatentgerichts. Gestern feierte das jüngste unter den deutschen Bundesgerichten im Münchner Gasteig in Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker seinen 25. Geburtstag, und Bundesjustizminister Hans A. Engelhard sagte in seiner Gratulationsrede: „Wie so oft hat auch hier ein Bagatellfall Rechtsgeschichte gemacht."

Bis Ende der 50er Jahre war bei Patentangelegenheiten stillschweigend die noch aus der Kaiserzeit stammende Praxis geübt worden, wonach Beschwerdesenate, die in das Deutsche Patentamt integriert waren, abschließend über Streitfälle urteilten, obwohl das Grundgesetz die rechtsprechende Gewalt allein Richtern vorbehält. Engelhard: „Man war sich zwar stets der Problematik bewußt, meinte aber, die bis dahin bewährte Organisationsform sei in die staatliche Ordnung integriert und damit verfassungsgemäß."

Als aber eine Antragstellerin gegen den 1. Beschwerdesenat des Patentamts, der ihren Erstattungsbetrag um 445,12 Mark auf 547,96 Mark gekürzt hatte, Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht München erhob, kam eine Lawine ins Rollen: Auch das Bundesverwaltungsgericht akzeptierte das Patentamt nicht als Gericht, die Entscheidungen seiner Beschwerdesenate konnten von Verwaltungsgerichten angefochten werden.

Die Regierung handelte schnell, die Zahl der Bundesgerichte wurde durch eine Grundgesetzänderung erhöht und das Bundespatentgericht mit Sitz in München am 1. Juli 1961 eröffnet. Daraus entwickelte sich das größte Bundesgericht mit 31 Senaten und 156 Richtern, die im vergangenen Jahr über 6055 Verfahren entschieden. Fast zwei Drittel der Richter stehen der Technik näher als den Paragraphen: 103 von ihnen sind Techniker mit Hochschulabschluß und mindestens fünfjähriger praktischer Berufserfahrung, sie besitzen nach ihrer Benennung durch den Bundesjustizminister aber dennoch sämtliche Rechte und Pflichten eines Berufsrichters.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Rom zeichnet sich ein Ende der Krise ab

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der bisherige Verlauf der italienischen Regierungskrise wird von einigen Beobachtern in Rom als „Spiel mit dem brennenden Streichholz" zwischen Christdemokraten und Sozialisten dargestellt. Da sich keiner die Finger verbrennen, aber auch niemand die Flamme ausblasen wolle, sei jeder bemüht, das Hölzchen möglichst schnell an den anderen weiterzugeben. Nach der Veröffentlichung einer vagen Stellungnahme des sozialistischen Parteivorstandes, die jede Antwort auf vorher erhobene Forderungen der Democrazia Cristiana umging, im Ton aber durchaus entgegenkommend wirkte, halten jetzt wieder die Christdemokraten dieses Streichholz in der Hand.

Gegen Neuwahlen

In der ersten Runde der Krisenkonsultationen hatten die Christdemokraten drei alternative Optionen aufgezeigt: Erstens die Beauftragung eines christdemokratischen Politikers mit der Regierungsneubildung; zweitens die Bildung eines neuen, bis Ende dieses Jahres befristeten Kabinetts unter Führung des sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi unter der Voraussetzung, daß sich die Sozialisten vorher verpflichten, von Anfang nächsten Jahres an einen christdemokratischen Regierungschef hinzunehmen; drittens die feste Zusage der Sozialisten, die jetzige Fünf-Parteien-Koalition bis 1993 fortzusetzen – bis 1988 unter Craxi und die nächsten fünf Jahre dann unter einem christdemokratischen Ministerpräsidenten.

Auf keine dieser Forderungen ist der sozialistische Parteivorstand eingegangen. Er bekundete jedoch die feste Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung der Fünferallianz, sprach sich eindeutig gegen jede – auch von der Democrazia Cristiana abgelehnte – Vorziehung von Neuwahlen aus und stellte in vager Form „Erweiterungen" der vor Ausbruch der Krise getroffenen Koalitionsabsprachen in Aussicht. Heute will der von Staatspräsident Cossiga mit der Vertiefung der Konsultationen beauftragte Senatspräsident Fanfani das Ergebnis seiner Sondierungen vorlegen.

Neues Vertrauensvotum?

Inzwischen scheint im Lager der Fünferkoalition die Ansicht immer mehr an Boden zu gewinnen, daß die Rückverweisung des alten Kabinetts ans Parlament für ein neues Vertrauensvotum die beste Methode wäre, um die Flamme des brennenden Streichholzes zum Erlöschen zu bringen. Nach den Sozialdemokraten und den Republikanern haben jetzt auch die Sozialisten und einige Christdemokraten ihre Bereitschaft zu dieser Lösung zu erkennen gegeben.

Umstritten scheint dabei freilich noch ein Punkt zu sein: soll die eventuelle Erneuerung des Mandats für Craxi, wie das die Christdemokraten wollen, ausdrücklich bis Ende des Jahres begrenzt werden? Angesichts der italienischen Meisterschaft im Sich-Arrangieren dürfte es in dieser Frage schließlich zu einem Kompromiß kommen – vorausgesetzt, alle Beteiligten wollen wirklich, wie sie versichern, vorzeitige Neuwahlen vermeiden.

Tschernobyl: In kleinen Dosen klärt der Kreml auf

Einzelheiten über die Evakuierung / Millionen-Spenden

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Fast drei Monate nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl erfährt die sowjetische Bevölkerung immer neue Einzelheiten über das Ausmaß dieser Katastrophe. So bestätigte jetzt Tass erneut, daß 100 000 Menschen evakuiert waren. Für die Evakuierten sollen 7000 Häuser gebaut werden. Auch wolle man „alles mögliche unternehmen", um die Arbeiten auf dem Gelände des Kernkraftwerkes zu beschleunigen. Man habe einen „Generalplan für den Bau einer Siedlung für die im Kraftwerk Tätigen" erstellt.

Daß weite Gebiete im benachbarten Weißrußland auch längst zur Gefahrenzone erklärt wurden, geht aus einem Bericht des sowjetischen Gewerkschaftsorgans „Trud" vom Wochenende hervor. Erstmals wird darin nun bestätigt, daß die Einwohner von Gomel evakuiert worden sind, was bisher nirgends klar ausgesprochen worden war. Bisher hieß es in den Berichten immer nur lapidar, daß viele Einwohner wegen der anhaltend starken Radioaktivität „zur Beobachtung und Vorbeugung" in Krankenhäuser eingewiesen worden seien. Jetzt liest es sich anders. So berichtete „Trud", daß unter die „Kategorie" der Evakuierten vor allem Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern, Schwangere, Schüler, Alte und Invaliden fielen. Man hätte sie in Pionierlagern und Erholungsheimen untergebracht. „Pro Tag sind bis zu 10 000 Kinder abgereist."

Alarmierende Maßnahmen

Allerdings wird zu dieser Darstellung wieder der beruhigende Satz eingeräumt, daß „die Strahlungslage" in Gomel nach dem Nuklearunfall vom 26. April „keine objektive Gefahr" hervorgerufen habe. Zwar wäre das Niveau der Strahlenbelastung „natürlich erhöht gewesen, aber nur minimal". Sehr alarmierend jedoch sei gewesen, das Baden in offenen Wasserreservoirs, das Sonnenbaden, aber auch das Sammeln von Pilzen, wildwachsenden Kräutern, Blumen und Beeren zu verbieten. Ein Großteil der evakuierten Kinder sei in der Gegend um Moskau untergebracht worden.

Der weißrussische Gesundheitsminister Sawtschenko hatte erst vor kurzem starke Vorwürfe gegenüber „Wirtschaftsleitern und Bürgern" erhoben. Sie hätten im Umgang mit Lebensmitteln „Sorglosigkeit und medizinisches Analphabetentum" an den Tag gelegt. Die Behörden der weißrussischen Sowjetrepublik hätten sich bemüht, diese Lücken über die Massenmedien nachträglich auszufüllen.

Inspektionsreise

Auch wenn ab und zu nun Berichte über die Ausmaße von Tschernobyl auf das benachbarte Weißrußland erscheinen, wird nach wie vor äußerst ungenau über diese erweiterte „Gefahrenzone" berichtet. Auch „Trud" nennt keine konkreten Zahlen über die Evakuierten. „26 Staffeln" hätten zur Verfügung gestanden, heißt es.

Am Wochenende meldete Tass, daß der ukrainische Parteichef Wladimir Schtscherbitzkij, der entgegen allen Spekulationen im Amt verblieb, jetzt „das Gebiet um das Tschernobyler Kernkraftwerk" inspiziert habe. Begleitet wurde er vom ukrainischen Ministerpräsidenten Alexander Ljaschko. Vor Ort habe man sich mit der eingesetzten Regierungskommission getroffen. Dabei sei die Notwendigkeit unterstrichen worden, beschleunigt eine Siedlung für die Evakuierten zu bauen.

Die Spendenaufrufe für die Tschernobyl-Opfer laufen weiter an. Die „Iswestija" veröffentlichte ein Interview mit dem Vorsitzenden der Staatsbank, Viktor Dementsew. Er bestätigte, daß derzeit mehr als 320 Millionen Rubel auf dem Spendenkonto Nr. 904 lägen. Doch nicht nur aus sowjetischen Bevölkerungskreisen kämen diese Spenden, sondern auch aus dem Ausland. Auf der „Vnjeschtorgbank" (Außenhandelsbank) hätten sich bereits mehr als 600 000 Rubel in „ausländischer Währung" angesammelt. „Von fortschrittlich denkenden Menschen flossen diese Beträge auf die Konten", so Dementsew. „Wir haben Vietnamesische Dong, Polnische Zloty, Indische Rupien und Japanische Yen erhalten, ebenso Englische Pfund und US-Dollar."

Verstärkt Moskau Hilfe für Syrien?

rtr, Damaskus

Der stellvertretende Chef der sowjetischen Luftverteidigung, Generaloberst Jewgeni Jurasow, hält sich zu einem zweitägigen Besuch in Damaskus auf, wo er mit dem syrischen Verteidigungsminister Mustafa Tlas und dessen Generalstabschef Generalmajor Hikmat Shehabi zusammentraf. Dies berichteten syrische Zeitungen. Offensichtlich ging es um die Erweiterung der Verteidigungshilfe Moskaus an Damaskus, die der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow im Mai dieses Jahres in Aussicht gestellt hatte. Die UdSSR ist nicht nur Syriens wichtigster strategischer Verbündeter und Waffenlieferant, sondern auch Nuklear-Schutzmacht des Landes im Rahmen eines 1980 geschlossenen Abkommens.

Papst: Aufschrei in Kolumbien

AFP, Barranquilla

Mit einem eindriglichen Friedensappell an die Guerrilla in Kolumbien hat der Papst seinen Besuch in dem Land beendet. Vor dem Rückflug nach Rom sagte Johannes Paul II. in der Hafenstadt Barranquilla in Abweichung von seinem vorbereiteten Redetext, er habe während seines Aufenthalts in Kolumbien einen „Aufschrei" des Volkes gehört, das endlich ein Ende der Gewalt verlange. Die Guerrilla forderte er auf, sich „aufrichtig an der Suche nach dem Frieden" zu beteiligen und die Waffen niederzulegen. Er sprach sich für eine „nationale Aussöhnung" und die Respektierung des menschlichen Lebens aus. Im Anschluß feierte der Papst bei einer Zwischenstation auf Santa Lucia noch eine Messe.

Duarte: Eine Machtübernahme durch die Marxisten ist nicht mehr möglich

WELT-Interview mit dem Präsidenten von El Salvador / Ernüchterung über Sandinisten

Der renovierte Präsidentenpalast verbreitet eine friedliche Atmosphäre. Der Hofgarten blüht. Ein Springbrunnen plätschert, Vögel zwitschern, Schmetterlinge schwirren durch die milde Morgenluft. „Es ist schön geworden", bekennt die junge Empfangsdame im Foyer. „Hier kann man es aushalten." Nach einer kurzen Pause: „Leider muß sich Duarte noch mit den alten Problemen plagen."

José Napóleon Duarte begrüßt uns in seinem Arbeitszimmer im zweiten Stock. Volksnah wie immer verteilt er seinen Besuchern „Abrazos" (Umarmungen). Sein markantes Mestizengesicht zeigt jedoch die Spuren des strapaziösen Amtes. Der Präsident trägt einen grauen, altmodischen Anzug.

Der Dialog mit der marxistischen Guerrilla-Bewegung „Farabundo Marti" (FMLN) steht zur Zeit im Mittelpunkt der politischen Diskussionen in El Salvador.

WELT: Herr Präsident, wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten des Dialogs ein?

Duarte: Ich bin nicht allzu optimistisch. Wir wollen zunächst herausfinden, ob sie (die Rebellen) an ernsthaften Gesprächen interessiert sind oder nur an einem Propaganda-Manöver. Wie Sie wissen, war der zweite Dialog (Ende 1984) ein Fehlschlag, weil die FMLN Maximalforderungen stellte, zum Beispiel die Machtbeteiligung. Ehrlich gesagt, ich erwarte höchstens eine Humanisierung des Krieges. Das ist in diesem Augenblick meine einzige Hoffnung.

WELT: Wo und wann wird verhandelt? Werden Sie persönlich teilnehmen?

Duarte: Zeitpunkt und Ort sind noch unbekannt. Kann sein, daß wir noch in diesem Monat zusammenkommen, wenn nicht, im August. Meine Beteiligung hängt von der Ebene des Dialogs ab. Wenn wir auf höchster Ebene verhandeln wie (beim ersten Dialog) in La Palma, bin ich dabei.

WELT: Warum setzen Sie den Dialog fort, wenn Sie sich so wenig davon versprechen?

Duarte: Die Demokratie ist ein permanenter Dialog. Man muß auch mit seinen Feinden sprechen. Wir haben nichts zu verlieren.

Duarte erläutert, daß er die dritte Verhandlungsrunde bereits im letzten Jahr anberaumen wollte, die Guerrilleros hätten die Pläne jedoch durchkreuzt: „Das Massaker in der Zona Rosa, die Entführung von Ines." Im Juni 1985 hatte ein Terroristenkommando in dem Vergnügungsviertel Zona Rosa der Hauptstadt 13 Nachtklub-Gäste ermordet, unter ihnen vier amerikanische Marineinfanteristen. Im September wurde die älteste Tochter des Präsidenten, Ines, von den Rebellen verschleppt, ein 44tägiges Trauma für den Präsidenten. Duarte: „Erst im April konnte ich den Erzbischof (Arturo Rivera y Damas) wieder um Vermittlungsbemühungen bitten." Auf die Frage, ob die Militärs nach dem spektakulären Angriff auf das Kasernengelände der Provinzhauptstadt San Miguel Ende Juni – mehr als 50 Soldaten kamen ums Leben – keine Einwände hatten gegen den dritten Dialog, antwortet Duarte: „Überhaupt nicht. Die Streitkräfte stehen hinter dieser Demokratie. Sie wollen sie stärken und festigen. Sie wissen, daß auch sie von dem demokratischen Prozeß profitieren. Mein Verhältnis zu den Streitkräften ist besser denn je. Wir unterhalten ständigen Kontakt. Jeden Morgen um acht Uhr treffe ich den Verteidigungsminister (General Carlos Eugenio Vides Casanova) und andere wichtige Offiziere."

WELT: Zeigt der Zwischenfall in San Miguel, daß die FMLN-Truppen wieder stärker geworden sind?

Duarte: An der militärischen Lage hat sich nichts geändert. Wir haben seit zwei Jahren die Initiative. Die Möglichkeit, daß die Marxisten die Macht übernehmen, besteht nicht mehr. 1980 gab es noch 15 000 Guerrilla-Kämpfer, heute nur noch 5000 bis 6000. In den letzten zwei Jahren sind 4700 Partisanen zu uns übergelaufen, viele mit ihren Gewehren. Wir zahlen 1000 Colones (200 Dollar) pro Waffe. Das zahlt sich aus.

WELT: Können die Streitkräfte die Situation bald völlig unter Kontrolle bringen?

Duarte: Das ist nicht einfach. Die FMLN ist zurückgekehrt zum Terrorismus. Sie wissen, wie schwer sich der Terrorismus kontrollieren läßt. Die Bundesrepublik konnte auf diesem Gebiet auch ihre Erfahrungen sammeln. Ich erinnere nur an den Bombenanschlag in West-Berlin.

Der christdemokratische Präsident El Salvadors glaubt, daß sich der Mittelamerika-Konflikt heute wieder auf Nicaragua konzentriert, den Ausgangspunkt der regionalen Krise.

WELT: Wie ist jener Gipfel Ende Mai in der guatemaltekischen Provinzmetropole Esquipulas verlaufen, nachdem trotz zehnstündiger Diskussionen hinter verschlossenen Türen nur ein dürres Kommuniqué veröffentlicht wurde?

Duarte: Für mich war dieses Treffen ein hochinteressantes Ereignis, weil wir näheres über die Denkweise des nicaraguanischen Präsidenten (Daniel Ortega) erfahren konnten. Das war lehrreich und deprimierend zugleich.

WELT: Einer gegen vier?

Duarte: Nein, Vinicio Cerezo (der guatemaltekische Präsident) hat sich als Gastgeber zurückgehalten. Er dachte aber ähnlich wie Azcona Hoyo, Arias und ich.

Jose Azcona Hoyo und Oscar Arias sind die Präsidenten von Honduras und Costa Rica. Duarte bittet seine Sekretärin um seine Gesprächsnotizen von Esquipulas. Sie reicht ihm eine blaßgelbe Aktenmappe.

Duarte: Also das hat uns Ortega damals gesagt: Nicaragua sympathisiere mit den Guerrilla-Bewegungen Mittelamerikas, unterstütze sie aber sonst nicht. Nur einmal, während der Carter-Ära, hätten die salvadorianischen Rebellen Waffen in kleinen Mengen von Nicaragua erhalten. Die sandinistische Revolution will „keine Demokratie wie in Costa Rica" errichten. Sie strebt nach einer „anderen Machtstruktur", nach einem „anderen Justizsystem", nach einer „anderen Freiheit". Dann sagte Ortega: „Wir werden unsere Demokratie mit allen Mitteln verteidigen und keine andere Demokratie akzeptieren." Das nicaraguanische Volk sei „ein bewaffnetes Volk". Schließlich: „Wir sind mit Waffen an die Macht gekommen. Man wird uns nur mit Waffen von der Macht vertreiben können."

José Napoleon Duarte (59). Mit ihm sprach Werner Thomas
FOTO: W. SCHÜRING

WELT: Wie beurteilen Sie unter diesen Umständen die Lösung des Nicaragua-Konfliktes?

Duarte: Ich glaube, daß die Sandinisten das Volk unterschätzen. Das Volk wird entscheiden. Nicht die Sandinisten haben den Krieg gegen Somoza gewonnen, sondern das Volk. Das Volk hat sich Ende der siebziger Jahre gegen die Somoza-Diktatur erhoben.

Der Präsident spannt einen Bogen von Esquipulas zu Contadora.

Duarte: Dieser Gipfel demonstrierte die Probleme Contadoras. Die Contadora-Staaten versichern, daß die Einführung demokratischer Verhältnisse zu ihren Schlüsselforderungen zählt. Nun haben wir es aber mit zwei Arten von Demokratie zu tun. Wir müssen uns jetzt erst einmal klar werden, wie wir die Demokratie definieren.

WELT: Werden Sie sich in diesem Punkt je mit Ortega einigen können?

Duarte: Ich fürchte nein.

Für die restlichen zwei Jahre seiner Amtszeit wünscht sich Duarte, „daß wir die wirtschaftlichen Probleme lindern, den Frieden sichern und die Demokratie stabilisieren können. Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Demokratie. Es gibt keinen Frieden ohne Demokratie. Es gibt keinen Fortschritt ohne Demokratie."

Israels Parlament debattiert über Naphtali-Stiftung

hav, Tel Aviv

Der Vorwurf gegen die israelische Fritz-Naphtali-Stiftung, sie habe der Friedrich-Ebert-Stiftung als „Geldwaschanlage" gedient, beschäftigte gestern das Parlament in Jerusalem. Der Vorsitzende der Regierungskoalition, der Abgeordnete Chaim Kaufmann, forderte die Einsetzung einer öffentlichen Untersuchungskommission. Sie soll klären, wohin das Geld geflossen ist, das die Stiftung angeblich auf dem Umweg über die Friedrich-Ebert-Stiftung bekommen haben soll.

Kaufmann reichte gestern einen Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung der Knesset ein. Sein Ziel: Eine Debatte über „illegale Geschäfte zwischen israelischen Anstalten und der sozial-demokratischen Partei Deutschlands".

Kaufmann, der dem Likud-Block angehört, meinte, die Beträge, um die es sich handele, seien so groß, daß sie möglicherweise den Ausgang der letzten Wahlen beeinflußt und die Demokratie in Israel entstellt hätten.

Der geschäftsführende Leiter der Fritz-Naphtali-Stiftung in Tel Aviv, Chaim Krupski, hat für seine Amtszeit (seit 1982) ausgeschlossen, daß die Stiftung als „Geldwaschanlage" gedient habe. Auf die Frage, wieviel Geld die Naphtali-Stiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1967 aus allen Quellen und insbesondere von der Friedrich-Ebert-Stiftung bekommen habe, gab Krupski allerdings keine Antwort. Auch der ständige Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel, Hans-H. Duncke, machte dazu keine Angaben.

Die Naphtali-Stiftung wurde vor 19 Jahren auf Anregung von Walter Hesselbach, damals Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, gegründet. Seit dieser Zeit, heißt es in einem offiziellen Bericht an das internationale Kuratorium, habe die Stiftung „in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 35 Millionen Mark für größere erzieherische und gesellschaftliche Projekte in Israel verausgabt".

Diese Projekte füllen eine lange Liste. Sie umfaßt die Gründung von Lehrstühlen an drei Universitäten, die Förderung von mehrjährigen Lernprojekten an Schulen (auch an arabischen), ein größeres Forschungsprojekt am Forschungsinstitut für den Kibbuz und vieles andere mehr.

Peretz (vormals Fritz) Naphtali, in Deutschland geboren, war bis zu seinem Tode 1961 ein führendes Mitglied der Arbeiterpartei und Minister ohne Geschäftsbereich. Hesselbach gilt als sein Schüler. Die beiden Stiftungen und die Arbeiterbank (das israelische Gegenstück zur Bank für Gemeinwirtschaft) sind eng miteinander verflochten.

Verlieren wir den Drogen-Krieg? / Eine internationale Allensbacher Umfrage zum Rauschgift-Problem

Die Prediger einer Bewußtseins-Erweiterung durch Drogen sind leiser geworden, aber noch immer ist die Szene von den Parolen jener System-veränderer geprägt, die sich seit Jahren – und manchmal buchstäblich mit Gewalt – für einen radikalen Wertewandel stark gemacht haben. Für den, der Drogen nimmt, verlieren traditionelle Gemeinschaftstugenden wie Ehrlichkeit, Treue, Recht und Ordnung, Vaterlandsliebe oder Religiosität ihren Stellenwert. Die Allensbach-Umfrage zum Drogen-Problem ist hiermit abgeschlossen. Zwei weitere Beiträge folgen morgen in der WELT: Was können Eltern tun? Wie kommt der Stoff ins Land?

Treue ist nur noch die Hälfte wert

Von ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Im Vergleich mit einem Essay über Rauschgiftgefahr oder einer Reportage über die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern ist die Demoskopie schwerfällig mit ihren statistischen Analysen. Aber sie führt zu Entdeckungen, sie führt uns auf Neuland, und wenn ein bestimmter Zusammenhang in ganz verschiedenen Ländern überall zu beobachten ist, dann stehen wir auf festem Boden.

Was bedeutet der Zusammenhang zwischen Besorgnis über die Rauschgiftgefahr und Nähe zwischen Eltern und Kindern? Die Nähe zwischen Eltern und Kindern ist immer ein Gradmesser für den Wertewandel in einer Gesellschaft. Bei starkem Wertewandel entfernen sich Eltern und Kinder voneinander.

In der Mitte der 60er Jahre wurde an den Unis und in intellektuellen Kreisen Drogenkonsum wie eine neue politische Heilslehre propagiert. Es ging um Bewußtseinserweiterung und neue irrationale Energien, mit denen man das – wie es hieß – verkrustete Establishment, die alten, eingefahrenen sozialen und politischen Denkweisen und Institutionen auflösen wollte.

Dieser progressiv politische, ideologische Impetus wird heute nicht mehr so offensichtlich und lautstark mit der Einnahme von Drogen verbunden. Trotzdem wird anhand einer sozialempirisch differenzierten Profilanalyse jenes Personenkreises, der zur Zeit über Drogenerfahrung verfügt, auch jetzt noch ein deutlicher ideologischer Zusammenhang sichtbar. Das ideologische Umfeld der Drogenszene ist nämlich eindeutig jene Bewegung, die in den letzten Jahrzehnten – manchmal sogar buchstäblich mit Gewalt – für einen radikalen Wertewandel eingetreten ist.

Wertewandel – Auf die Frage: „Was halten Sie persönlich für gut, was ist nach Ihrer Ansicht besonders wichtig?" antworten 75 Prozent der erwachsenen Deutschen mit „Ehrlichkeit". Von denen, die irgendwann schon einmal die eine oder andere Droge ausprobiert haben (nach Drogenabhängigkeit wurde in der Umfrage nicht gefragt), verweisen nur 49 Prozent auf die „Ehrlichkeit" als persönlich wichtigen Wert. 63 Prozent der Deutschen sprechen von „Treue" als einem hohen Wert; 31 Prozent derjenigen, die sich schon einmal auf Drogen eingelassen haben, sprechen ebenso von der „Treue". 45 Prozent unserer Bevölkerung halten „Recht und Ordnung" für besonders wichtig; von denen, die Drogenerfahrung haben, tun das nur 24 Prozent. Bei „Disziplin" geht der Vergleich 42 zu 18 Prozent, bei „Vaterlandsliebe" 27 zu 7 Prozent und bei „Religiosität" geht der Vergleich 24 zu 4 Prozent aus.

Was sind die neuen Werte? – Nur bei den Punkten „Gerechtigkeit", „Hilfsbereitschaft" und „Solidarität" gibt es auch bei Befragten mit Drogenerfahrung ganz große, zum Teil sogar noch größere Zustimmung als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Wie man sozial und politisch Gerechtigkeit verwirklichen soll, ohne dabei Wert auf Recht und Ordnung, Ehrlichkeit und Disziplin zu legen, darüber scheint bei der Umwertung der hergebrachten Werte nicht nachgedacht zu werden.

Während sich bei insgesamt 19 Prozent der Bundesdeutschen die Ansicht findet, es gebe in der politischen Auseinandersetzung immer wieder Situationen, in denen man auch als Privatmann um eines wichtigen politischen Zieles willen durchaus Gewalt anwenden dürfe – zumindest Gewalt gegen Sachen –, bekannten sich in der Allensbacher Umfrage von den Befragten mit eigenen Drogenerfahrungen immerhin 36 Prozent zu einer solchen Position.

Der ideologische Kontext der Droge, der äußerlich unsichtbar geworden zu sein scheint, geht heute bis in die Parteienlandschaft hinein. Die Grünen zum Beispiel sind von allen Parteien am wenigsten bereit, das Drogenproblem in seinem ganzen Gewicht anzuerkennen. Und dies, obwohl eine außerordentlich große Zahl der Grünen-Wähler (37 Prozent) von ganz konkreten Fällen aus der Bekanntschaft berichten kann, bei denen jemand infolge von Drogen suchtkrank und mehr oder weniger lebensunfähig geworden ist.

Aber noch direkter zeigt sich das auch heute noch politisch-ideologische Umfeld der Droge daran, daß immerhin 34 Prozent der Grünen-Wähler eigenen Aussagen zufolge selbst schon Haschisch und LSD ausprobiert haben. Von den konservativen Wählern sagen das drei Prozent, von den sozialdemokratisch orientierten Wählern vier Prozent.

Absinkende Besorgnis in der Bundesrepublik gegenüber Drogengefahr, kein Anzeichen, daß die Gefahr wirklich nachgelassen hat – das ist die Lage. Zugleich breiten sich im Zuge des Wertewandels gerade jene Einstellungen weiter aus, die den Gebrauch von Rauschgift so verlockend machen. Auf die Frage: „Man fragt sich ja manchmal, wofür man lebt, was der Sinn des Lebens ist. Worin sehen Sie vor allem den Sinn Ihres Lebens?" antwortet seit 1974 eine ständig wachsende Zahl in der deutschen Bevölkerung: Den Sinn meines Lebens sehe ich darin, „das Leben zu genießen" und: „daß ich glücklich bin, viel Freude habe". (Siehe Tabelle 11.)

Die Vorstellung, man könne glücklich sein, Lebensfreude im direkten Zugriff gewinnen, macht den Drogengebrauch besonders verführerisch. Zur Zeit warten, wie die Polizei weiß, etwa 20 Tonnen Kokain auf ihren Absatz in Europa. Der Verbrauch der harten Droge Heroin liegt in der Bundesrepublik, nach Angaben des Bundeskriminalamtes, auf einem beängstigend hohen Niveau. Der Verbrauch von neuen synthetischen Drogen steigt ständig. Das Drogenproblem, das heute in den Medien wesentlich seltener behandelt wird als am Ende der 70er Jahre und das von vielen in der Bundesrepublik als nicht gar so schwerwiegend angesehen wird, steht uns – wenn man sich die jetzt schon abschätzbare Entwicklung des europäischen Drogenmarktes vor Augen führt – erst noch bevor. Kann man über Strahlenschäden besorgt sein und unbesorgt über Drogen?

ENDE

11. Vergnügen hat Vorfahrt

FRAGE: „Man fragt sich ja manchmal, wofür man lebt, was der Sinn des Lebens ist. Worin sehen Sie vor allem den Sinn Ihres Lebens? Könnten Sie es nach dieser Liste hier sagen?"

	Bevölkerung insgesamt				
	1974	1979	1982	1985	1986
AUSZUG AUS DEN ANTWORTEN:					
Daß ich glücklich bin, viel Freude habe	48	51	52	57	62
Das Leben genießen	27	36	38	45	44

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1232, 3072, 4011, 4059, 4067

BKA rechnet mit „Zuspitzung"

Von WERNER KAHL

Die WELT fragte Dr. Heinrich Boge, den Präsidenten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, nach den Chancen im Kampf gegen das Rauschgift.

WELT: Crack, eine neue gefährliche Droge aus Kokain, verführt derzeit immer mehr Jugendliche in Übersee. Unter den bisher bekannten Synonymen der Drogenszene ist dieser „Schnellimbiß" aus Kokain und Backpulver hier noch nicht erwähnt. Ist das Bundeskriminalamt bei uns auf diesen Suchtstoff gestoßen?

Boge: Bislang ist der Konsum von Crack in der Bundesrepublik noch nicht festgestellt worden. Das schließt nicht aus, daß wir sehr schnell damit konfrontiert werden können. Wir beobachten die Entwicklung sehr sorgfältig.

WELT: Im Bundeskriminalamt ist im Rahmen eines neuen Konzeptes eine eigenständige Abteilung „Rauschgift-Bekämpfung" eingerichtet worden. Reicht die gegenwärtige Ermittlungskapazität im Bereich der besonders schwierigen und sensiblen Auslandsermittlungen aus?

Boge: Wir haben zur Zeit in der Abteilung Rauschgift-Bekämpfung rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese Zahl reicht noch nicht aus. Ich erwarte, daß wir durch Umgruppierung und Stellenvermehrungen den Personalbestand mittelfristig auf 300 Bedienstete erhöhen werden. Die internationale Verflochtenheit der Drogenkriminalität macht einen doch sehr personalaufwendigen Einsatz erforderlich. Wenn wir unser Konzept realisiert haben, glaube ich, daß wir in der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ein ganzes Stück vorankommen werden.

WELT: Werden Sie zum Beispiel aus der Abteilung „Terrorismus-Bekämpfung" Zielfahnder und andere ermittelnde Beamte mit zur Rauschgiftbekämpfung einsetzen?

Boge: Die Terrorismus- und Extremismuslage ist derzeit so angespannt, daß ich hier keine wesentlichen Umstrukturierungen vornehmen kann. Das für das neue Rauschgiftkonzept notwendige zusätzliche Personal muß ich anderweitig gewinnen.

WELT: Das BKA hat seit einiger Zeit acht Rauschgiftverbindungsbeamte in mehreren Ländern. Warum so wenig?

Boge: Wir wollen das System der Rauschgiftverbindungsbeamten behutsam und sorgfältig aufbauen. Bis Ende dieses Jahres sind immerhin schon 15 Beamte für den Auslandseinsatz eingeplant. Bis 1989 werden es voraussichtlich 30 bis 35 Beamte sein. Wir planen den Einsatz lageangepaßt und gezielt an den Brennpunkten im Ausland. Jeder einzelne Beamte muß sorgfältig auf seine Aufgabe vorbereitet werden.

WELT: Im Endausbau 35. Das wäre eine beachtliche Steigerung.

Boge: Ja, der Einsatz von Rauschgiftverbindungsbeamten ist ein Teil



Dr. Heinrich Boge, Präsident des BKA

des Bekämpfungskonzeptes. Die Beamten werden uns in die Lage versetzen, Ermittlungsansätze zu gewinnen ... auch in Bereichen, an die wir bisher nicht ausreichend herangekommen sind. Wenn das Gesamtkonzept greift, zielen unsere Maßnahmen gegen Anbau, Produktion, Transport und Konsum.

WELT: Im Zusammenhang mit dem Drogentransport wird immer wieder die „Balkanroute" genannt. Wie steht es um die Zusammenarbeit mit den an dieser Route liegenden Ländern Türkei, Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien?

Boge: Die Zusammenarbeit mit den Ländern an dieser Route ist gut. Und zwar sowohl in Arbeitsgruppen, in denen diese Länder vertreten sind, als auch bilateral, das heißt in direktem Kontakt. Alle Länder an dieser Route haben erkannt, daß Transitländer auf die Dauer auch Konsumländer werden. Wir haben also alle ein gemeinsames Interesse.

WELT: Es hieß, daß die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten einen Beitritt zu Interpol erwägen. Würde dies bei der Rauschgiftbekämpfung hilfreich sein?

Boge: Zur Zeit sind bereits Rumänien und Ungarn Mitglied von Interpol. Die Zusammenarbeit zwischen dem BKA und diesen beiden Ländern läuft problemlos. Soweit ich weiß, hat Polen ebenfalls sein Interesse für den Beitritt bekundet. Rauschgiftbekämpfung ist ein wesentlicher Teil der Aufgabe von Interpol. Die Mitgliedschaft erleichtert die Kontakte zwischen den Polizeien.

WELT: Eine Frage stellt sich immer wieder, wie die aus dem Drogengeschäft stammenden enormen Gewinne der Händler und Schmuggler aufgespürt und beschlagnahmt werden können?

Boge: Hier sind unsere konzeptionellen Vorstellungen noch nicht ganz verwirklicht. Das Abschöpfen der Gewinne aus dem Rauschgiftgeschäft würde Schmuggler und Händler am empfindlichsten treffen. Die bisherige Rechtslage erfordert es noch, daß wir den Nachweis erbringen, daß eine ganz bestimmte Geldsumme aus einer ganz bestimmten Rauschgiftstraftat stammt. Der polizeiliche Zugriff könnte dadurch erleichtert werden, daß der Straftäter zu einer Offenlegung seiner Vermögensverhältnisse verpflichtet wird. Über diese Frage der Offenlegung wird zur Zeit intensiv diskutiert. Ich hoffe, daß das Ergebnis die Effektivität unserer Arbeit steigert.

WELT: In den letzten Jahren gab es immer wieder unterschiedliche Trendmeldungen zur Rauschgiftsituation. Hat sich die Lage geändert und gar gebessert?

Boge: Ich schließe aus solchen Meldungen nicht, daß die Gefahr gebannt ist oder daß die Entwicklung rückläufig ist. Veränderungen wird es auf regionaler Ebene aus unterschiedlichen Gründen immer geben. Wir legen bei unserer Bewertung größere kriminalgeographische Räume zugrunde. Beispielsweise europaweit müssen wir eher von einer Zuspitzung der Rauschgiftlage ausgehen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zum Thema Nicaragua

„Die Sandinisten verhandeln erst, wenn sie müssen"; WELT-Interview mit dem Lateinamerika-Chef im State Department, Elliott Abrams; WELT vom 24. Juni

Es ist aberwitzig, wenn, wie jetzt auch im Interview Elliott Abrams, das mächtigste Land der Welt die Legende von der Bedrohung durch dieses kleine und arme Nicaragua ausschmückt. Ausschmückt vor dem



Senator Dr. Henning Scherf, SPD
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Hintergrund, daß in eben diesem Nicaragua sogenannte Freiheitskämpfer Terroranschläge verüben, denen jetzt auch jene acht unbewaffneten Deutschen zum Opfer gefallen waren. Aus welchen Gründen auch immer ist Nicaragua zum ideologischen Faustpfand der Weltmacht USA geworden. Ein nüchterner, vielleicht europäischer Beobachter diagnostiziert Widersprüche über Widersprüche.

Sie beginnen schon in besagtem Abrams-Interview: Einerseits malt er das Bild einer düsteren kommunistischen Diktatur, in der die von den USA bezahlte Contra die einzige Opposition darstelle, dann aber redet er an anderer Stelle selbst von „sechs oppositionellen politischen Parteien ... die Hilfe verdienen". Und wer die Unschuld der nachgewiesen mordenden und bombenden Contra beweisen will, indem er nur behauptet, daß sie die entführten Deutschen freilassen wollte, verschweigt den ersten Halbsatz: daß eben diese Contra die Deutschen zuvor entführt hatte. Keine Spur mehr von der Behauptung, die Deutschen seien bewaffnet gewesen. Jetzt plötzlich befanden sie sich nur noch in militärisch geschützten Landwirtschaftsbetrieben.

Der Widersprüche wären noch mehr. Fatal aber ist dahinter die Sichtweise einer Großmacht, die die Welt nur in Freund- und Feindbildern zu begreifen versteht. Probleme der Dritten Welt ernst zu nehmen heißt aber, ihnen die Chance zu geben, nicht in das Ost-West-Raster gedrückt zu werden. Vielleicht haben hierbei die Europäer eine Chance, mit Blickrichtung auf Washington wie mit Blickrichtung auf Moskau, die berechtigten Forderungen aus der Dritten Welt nach Unabhängigkeit zu unterstützen. Vielleicht erkennt man dann, daß dieses kleine Nicaragua ganz andere Sorgen hat, als die tausendmal mächtigeren USA zu bedrohen. Die Sandinisten haben nach hartem Kampf die schreckliche Somoza-Diktatur abschütteln können. Viele der alten Schergen finden sich heute in den Reihen der Contras. Solche Terroristen sind ein schlechter Umgang für eine freiheitliche Demokratie.

Dr. Henning Scherf,
2. Bürgermeister und Senator für Jugend und Soziales, Bremen

*

„Deutsche waren in Militärstellungen": WELT vom 24. Juni

Die deutschen „Aufbauhelfer" in Nicaragua sollten sich fragen, für welche Ziele sie sich in Gefahr begeben und was sie helfen „aufzubauen". Die Ziele der Revolution in Nicaragua im Juli 1979 waren: Demokratie und Rechtsstaat, gemischte Wirtschaftsverfassung, Pluralismus, Blockfreiheit – Ziele, die von der Bundesregierung, auch materiell, unterstützt wurden und die ein persönliches Engagement rechtfertigten. Die Sandinisten



Dr. Heiner Geißler, MdB, CDU
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

haben diese Ziele verraten und in Nicaragua eine marxistisch-leninistische Diktatur geschaffen. Das Verbot der letzten, noch nicht gleichgeschalteten Zeitung „La Prensa" hat dies noch einmal deutlich gemacht. Einige Sozialdemokraten beginnen jetzt – sehr spät –, sich von den Sandinisten zu distanzieren. Die marxistische Linke aber will und braucht Idole.

In Nicaragua wiederholt sich heute ein Vorgang, der zum ersten Mal in den Jahren nach der sogenannten Oktober-Revolution in Rußland beobachtet werden konnte: Sozialistische Intellektuelle reisen in ihr „gelobtes Land", finden, daß dort alles zum Besten steht, absolvieren allenfalls noch einen „Ernteeinsatz", reisen dann wieder ab und verkünden ihre frohe Botschaft den Genossen, die zu Hause bleiben mußten. Diese Gesinnungsreisenden in Sachen Sozialismus sind nicht daran interessiert, wahrheitsgemäße Informationen weiterzugeben: Sie nehmen nur solche Fakten zur Kenntnis, die in ihr Weltbild passen; Tatsachen, die das Bild des jeweils gelobten Landes verdunkeln könnten, werden nicht gesehen, oder aber so interpretiert, daß die Schuld an Mißständen keinesfalls den jeweiligen sozialistischen Machthabern anzulasten ist. Schuldig sind immer die anderen, schuldig ist der noch immer nicht ganz überwundene Kapitalismus, schuldig sind die Gegner des Sozialismus.

Erst wenn wieder einmal das Scheitern des Sozialismus für niemanden zu leugnen ist, erst wenn zum Beispiel Zehntausende auf Booten Vietnam verlassen, um dem Terror zu entgehen, erst dann zieht die Karawane der Sozialismus-Pilger weiter. Gestern waren es Kuba und Vietnam, heute ist es Nicaragua: im Namen der Freiheit bleibt zu hoffen, daß Nicaragua die letzte Station für diese Art von politischem Tourismus ist.

Dr. Heiner Geißler,
Generalsekretär der CDU, Bonn

Die Folgen

„Nur Wunder rettet Harmstorf"; WELT vom 1. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

als die Arbeitgeberverbände, insbesondere die Werftindustrie, während der Tarifverhandlungen wegen der 1985 in Kraft getretenen Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich und bei der diesjährigen Verhandlungsrunde verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt verkündeten, falls nicht angemessene Tarifabschlüsse getätigt würden, wurde dieses von den Gewerkschaften als klassenfeindliches Handeln dargestellt.

Die Folgen sind an der Küste jetzt erkennbar, denn eine Werft nach der anderen meldet Krisensituation an. Arbeitsplätze sind gefährdet und der wirtschaftliche Raum Küste in seiner Lebensfähigkeit bedroht.

Statt wenigstens jetzt mit den Arbeitgebern nach Sicherungsmöglichkeiten der Arbeitsplätze zu streben, steht eine neue Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung an.

Hochachtungsvoll
Heinrich Strack,
Holtland

Sterbehilfe

„Ohne Apparate wären meine Patienten längst tot"; WELT vom 26. Juni

Technik ist nicht an sich moralisch oder unmoralisch. Erst die Art und Weise, wie der Mensch zu ihr in Beziehung tritt, verkörpert Moral oder Unmoral. Bezüglich der Sterbehilfe nimmt es daher nicht wunder, daß sowohl deren Gegner als auch deren Befürworter stets „ihre" überzeugenden Beispiele haben, wie in dem Artikel „Ohne Apparate wären meine Patienten längst tot".

Ethik ist jedoch keine Frage der Technik oder deren (utopischer) Eliminierung. Der medizinische Fortschritt brachte es jedoch mit sich, daß die Beziehung zwischen Arzt und Patient nicht mehr von der Frage des Nutzens oder des Schadens für den Patienten – von ethischen Kalkülen also – bestimmt wird, sondern sich auf reine Aspekte der Medizintechnik reduzieren kann. Ethisch kann Medizin aber nur sein, wenn der Wille dessen respektiert und beachtet wird, um dessen Leben oder Sterben es geht.

Unmoralisch ist in jedem Fall ein bevormundendes Verhältnis des Arztes gegenüber dem Patienten. Es ist inzwischen ein beträchtliches Raffinement an Argumenten entwickelt worden, damit ein Arzt zumindest bei den äußerungsunfähig Sterbenden egoistisch entscheiden kann, was der Sterbende (mutmaßlich) zu wollen hat und was nicht – auch wenn schriftliche Verfügungen den Willen des Betroffenen eindeutig dokumentieren.

Gerade im Sterben ist uns die Unnatur der Technik zur Natur geworden. Dagegen bietet die „passive Sterbehilfe" Hilfe durch den Abbruch lebensunterstützender Maßnahmen bei zureichender Schmerzbekämpfung. Der Verzicht auf Technik ist dann gar ethisch zwingend, wenn sie nicht mehr helfen kann.

Hans Henning Atrott,
Präsident der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) e. V., Augsburg

Wort des Tages

» Sich im Gleichgewicht halten, sich anpassen, ohne sich aufzugeben: das kann ein Zweck des Philosophierens sein. «

Bertolt Brecht, deutscher Autor (1898–1956)

Personen

MILITÄR

Für den General der Infanterie **Friedrich Olbricht** wird im Heeresamt der Bundeswehr in Köln eine Gedenktafel enthüllt. Olbricht gehörte zum Kreis der führenden Männer des Widerstandes gegen Adolf Hitler und den Nationalsozialismus und wurde am 20. Juli 1944 erschossen. Der General war Amtschef des Allgemeinen Heeresamtes im Oberkommando des Heeres und des Wehrersatzamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Der Festakt mit der Enthüllung der im Freien angebrachten Gedenktafel findet am Freitag, dem 11. Juli im Kölner Heeresamt statt. Olbrichts Witwe sowie Angehörige und Bekannte der Familie werden daran teilnehmen.

VERANSTALTUNGEN

Der Oppositionsführer der SPD, **Hans-Jochen Vogel**, hatte zum Bürgerfest nach Berlin-Neukölln eingeladen. Der Anlaß: Vogels „Bürgerbüro", untergebracht in einem ehemaligen Friseursalon, besteht fünf Jahre. Über 15 000 Menschen, viele auch aus Ost-Berlin und Mitteldeutschland, haben bisher in dem Büro um Rat und Hilfe nachgesucht. Mit exakt 1535 Besuchern sprach Vogel, Berliner Bundestagsabgeordneter, persönlich. Das Büro mit einem Haupt- und mehreren ehrenamtlichen Mitarbeitern wird zu einem nicht „unerheblichen" Teil aus Vogels Aufwandsentschädigung und von einem Förderkreis finanziert. Vielen Berlinern, die im Büro vorsprachen, konnte bei der Familienzusammenführung mit Angehörigen aus Mitteldeutschland geholfen werden. Vogel trug ihre Fälle dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden **Erich Honecker** vor. „Der bekommt von mir die entsprechenden Unterlagen", schildert Vogel den Ablauf.

*

Am 13. Juli tritt nun auch die in Essen erscheinende „NRZ" („Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung") in das reifere Alter der Vierzigjährigen ein. Verleger und Herausgeber der von der britischen Militärregierung lizenzierten Regionalzeitung war **Dietrich Oppenberg** (heute Herausgeber), erster Chefredakteur **Erich Brost**. Der heutige Chefredakteur, **Jens Feddersen**, leitet das Blatt seit 1961. Unter dem Motto „Gehobene Kost, leichtere Kost, leibliche Kost" wird anläßlich dieses Geburtstages am Freitag, den 11. Juli, im Saalbau zu Essen festlich geschmaust. Zuständig für das Gehobene, werden sich der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Professor **Kurt H. Biedenkopf** und der Fraktionsvorsitzende der SPD von Nordrhein-Westfalen Professor **Friedhelm Farthmann** ein (hoffentlich interessantes) Wortgefecht zum Thema „Zukunft des Landes – Land der Zukunft?" liefern. Kabarettist **Hans Dieter Hüsch** plaudert in Sachen leichterer Kost über die „NRZ" und die Menschen an Rhein und Ruhr. Neben rund 150 Persönlichkeiten des so oft zitierten öffentlichen Lebens wird ebenso jene Zeitungsbotin vertreten sein, die exakt seit 40 Jahren ohne Unterbrechung die „NRZ" austrägt, wie jener Duisburger Facharbeiter, der vom ersten Erscheinungstag an Abonnent dieser Zeitung ist.

WAHL

Rolf Schauenburg, eine der markantesten Persönlichkeiten der freien Wohnungswirtschaft und langjähriger Vorsitzender des Bundesverbandes Freier Wohnungsunternehmen e. V. (BFW), ist zum Ehren-



Rolf Schauenburg

präsidenten des BFW gewählt worden. Schauenburg ist seit über 25 Jahren im Verwaltungsrat der Europäischen Union der Freien und Privaten Wohnungsunternehmen in Brüssel tätig; als deren Präsident amtiert er seit 1985.

*

Dr. **Erwin Reich** (61), Professor für Betriebsorganisation und Unternehmensführung im Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim, ist zum neuen Präsidenten der Universität Hohenheim gewählt worden. Die Wahl des Universitäts-Präsidenten war nach dem Wechsel des bisherigen Präsidenten Professor Dr. **Georg Turner** in das Amt des Berliner Senators für Wissenschaft und Forschung notwendig geworden. Professor Reich lehrt seit 22 Jahren in Hohenheim und leitet seit 1980 das Tropenzentrum der Universität.

EHRUNGEN

Der Stuttgarter Verleger **Ernst Klett** ist mit der selten vergebenen Bürgermedaille seiner Heimatstadt ausgezeichnet worden. Bei der Verleihung im Rathaus würdigte Oberbürgermeister **Manfred Rommel** die kulturellen und literarischen Verdienste des Schulbuchverlegers, der am Montag seinen 75. Geburtstag feierte. Ihm verdanke Stuttgart „eine beachtliche geistige Klimaverbesserung", sagte Rommel. In seiner Laudatio pries der Stuttgarter Literaturwissenschaftler **Fritz Martini** Offenheit, Souveränität, Wagemut und kritischen Weitblick des Jubilars.

*

Für besondere Verdienste im Naturschutz haben Fachleute und engagierte Jugendliche in Frankfurt am Main den mit 100 000 Mark dotierten Bruno-H.-Schubert-Preis erhalten. Bürgermeister **Hans-Jürgen Moog** überreichte die Auszeichnung, die der Frankfurter Industrielle **Bruno H. Schubert** gestiftet hat. In der mit 40 000 Mark ausgestatteten Kategorie wurde einer der Pioniere des Nationalparks in der Bundesrepublik Deutschland, Professor **Wolfgang Haber**, Landschaftsökologe an der Technischen Universität München in Weihenstephan, ausgezeichnet. Je 15 000 Mark gingen an **Simon Halbinger** aus Pfarrkirchen für seine „weitsichtigen Flußausbauten" und Erfolge im ökologischen Uferschutz und **Claus Reuther** aus St. Andreasberg für sein Bemühen um das Überleben der vom Aussterben bedrohten Fischotter. Der engagierte junge Naturschützer **Andreas Megerle** und eine Jugendgruppe aus Schefflenztal des Deutschen Bundes für Vogelschutz teilen sich die mit 30 000 Mark dotierte dritte Kategorie des Preises.

KIRCHE

Der Erzbischof-Koadjutor von Kalocs in Südungarn, **Laszlo Paskai**, ist neuer Vorsitzender der ungarischen Bischofskonferenz. Der 1927 geborene neue Vorsitzende war in seiner Jugend dem Franziskanerorden beigetreten und ist seit 1951 Priester. Von 1973 bis 1978 war Paskai Rektor des Katholischen Zentralseminars in Budapest und lehrte Philosophie an der Theologischen Akademie der Hauptstadt. Papst **Paul VI.** ernannte ihn 1978 zum Titularbischof und Apostolischen Administrator von Veszprem. Ein Jahr darauf berief ihn **Johannes Paul II.** zum Diözesanbischof von Veszprem und 1982 zum Erzbischof-Koadjutor mit Nachfolgerecht des jetzt 85jährigen Erzbischofs **Jozsef Ijjas von Kalocs**. Kardinal **Laszlo Lekai** war am 1. Juli gestorben.

Kreml wirbt um Satelliten-Kunden

rtr, Moskau

Die Sowjetunion hat sich entschlossen, ausländische Satelliten ins All zu schießen. Außerdem richtete Moskau eine besondere Handelsgesellschaft ein, die sich um Aufträge kümmern soll. Die amtliche Nachrichtenagentur Nowosti meldete gestern, die Gesellschaft mit dem Namen Cosmos werde Aufträge für den Start, die Flugüberwachung und Steuerung entgegennehmen. Auch könnten ausländische Forschungseinrichtungen an Bord sowjetischer Satelliten untergebracht werden. Unter Berufung auf die Außenhandelsorganisation Litsenzintorg hieß es, Ausländer könnten auch ganze Systeme sowjetischer Satelliten mieten.

Die Sowjetunion hat in jüngster Zeit wachsendes Vertrauen in ihre Weltraumindustrie gezeigt. Dazu gehört auch ein Angebot an Großbritannien, einen britischen Astronauten mit auf eine sowjetische Weltraummission zu nehmen.

Beispiel Niger – Im Sahel geht es wieder aufwärts

ACHIM REMDE, Niamey

Die Fleischverkäufer, die am Straßenrand in Niamey auf Eisenrosten grillen, gehen um 6 Uhr nachmittags nach Hause. Dann stürzen Horden von Kindern herbei und machen sich über die Roste her. Hier und da ist noch ein Stückchen Fleisch hängengeblieben, genug, um den Hunger fürs erste zu lindern.

Gutes Erntejahr

Nach Jahren der Dürre hat es im westafrikanischen Wüstenstaat Niger, der fünfmal so groß wie die Bundesrepublik ist, aber nur sieben Millionen Einwohner hat, eine gute Ernte gegeben. Und auch die Kampagne zur Propagierung des Anbaus von Nahrungsmitteln in der Trockenzeit mit Hilfe künstlicher Bewässerung war ein Erfolg. Trotzdem muß die Bevölkerung den Gürtel noch eng schnallen. Das Bündel Feuerholz kostet immer noch umgerechnet 6 Mark, ist dem Umfang nach aber auf fast die Hälfte zusammengeschmolzen. Das gleiche gilt für die Flasche Bier. Das nun übliche Kleinformat hat im Volksmund den Namen „Konjunkturbier" erhalten.

Ein paar elegante Großbauten, das Hotel Gaweye mit seiner Kongreßhalle und das Gebäude der Urangesellschaft, zeugen davon, daß Niger Anfang der siebziger Jahre bessere Zeiten gesehen hat. Noch immer ist es einer der größten Uranproduzenten der Welt. Doch die Uranpreise sind im Keller; immerhin, sie stabilisieren sich wieder. Ein Großteil der Produktion kauft Frankreich zu einem Preis über dem Weltmarktniveau. Die Lieferungen an Libyen scheinen dagegen eingestellt worden zu sein, nachdem Mitte vergangenen Jahres ein Einfall von Tuareg-Kämpfern, hinter dem der libysche Revolutionsführer Khadhafi vermutet wurde, beträchtliche Unruhe gestiftet hat.

„Freunde kann man wählen, nicht aber Nachbarn", meint Präsident Kountché diplomatisch, wenn er nach seinen Beziehungen zum expansionslüsternen nördlichen Nachbarn gefragt wird. Die Grenze ist über Tausende von Kilometern unwegsamen Wüstengeländes unkontrollierbar; im Osten grenzt Niger an Tschad, dessen Nordhälfte Libyen besetzt hält – kein Wunder, daß Kountché sein Land durch Khadhafis Vision von einem Nomadenstaat in Sahara und Sahel bedroht sieht.

Furcht vor Libyen

Kountché, selbst durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen, ist innenpolitisch nicht ungefährdet. Ständig auf der Hut, hat er einen perfekten Polizeistaat aufgebaut, den er geschickt mit der vagen Ideologie von einer „Entwicklungsgesellschaft" tarnt. Die traditionell nomadisierenden Tuareg will er seßhaft machen, um sie besser unter Kontrolle zu haben. Sie hängen an ihrer angestammten Lebensform und wenden sich deshalb dem Sohn des von Kountché gestürzten Hamani Diori zu, der von Libyen aus Umsturzpläne schmiedet.

In der Lebensführung betont anspruchslos, auf Disziplin und harte Arbeit bedacht, ließ Kountché es gerne geschehen, wenn deutsche Botschafter ihn zum „Preußen von Niger" hochstilisierten. In der Tat geht er gegen Korruption im Beamtenapparat hart vor. Nur einmal, als 1983 sein Intimus Bonkano einen Staatsstreich versuchte, trat klar hervor, daß auch einige hochgestellte Leute sich maßlos bereichern.

Auch in den anderen Ländern der Sahelzone ist die große Dürre inzwischen überwunden. Die Ernten waren gut. Es gibt wieder ausreichend Nahrung in Mali, in Tschad oder auch in Mauretanien. Um so klarer treten die politischen Probleme hervor, die – neben der ökologischen Instabilität – die Region so überaus anfällig machen. Dies gilt in besonderem Maße für den vom jahrelangen Bürgerkrieg zerrissenen Tschad. Immerhin, es gibt wieder Lichtblicke.

Polen warnen Moskau

„Ein Aufstand ist möglich" / 28seitiger Brief an Gorbatschow

AFP/AP, Warschau

Einen offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow hat der ehemalige Vorsitzende des polnischen Journalistenverbandes, Stefan Bratkowski, geschrieben. In dem 28seitigen Dokument fordert Bratkowski Gorbatschow auf, Polen die „Freiheit und Souveränität" zu gewähren. Gleichzeitg warnt er den Kreml-Chef vor einem möglichen „Aufstand der Polen".

Die Polen, heißt es in dem Appell, seien zur weiteren Mitgliedschaft im Warschauer Pakt bereit. Auch könnten sowjetische Truppen in Polen stationiert bleiben, sie müßten jedoch ihre Rolle des „politischen Überwachers" aufgeben.

Das Dokument wurde nach Darstellung Bratkowskis in den vergangenen drei Jahren von polnischen Intellektuellen erarbeitet, darunter auch Vertretern aus Warschauer Regierungskreisen, die jedoch anonym bleiben wollten. Bratkowski, der im November 1981 aus der polnischen KP ausgeschlossen worden war, hatte das Dokument im Juni der sowjetischen Botschaft in Warschau übergeben.

Arbeiterführer Lech Walesa und 13 polnische Intellektuelle protestierten gestern in einem offenen Brief gegen die Behandlung des polnischen Journalisten Marian Terlecki. Dem 33jährigen ehemaligen Filmregisseur wird vorgeworfen, er habe nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" eine Videoausrüstung unterschlagen. Terlecki befindet sich seit Mai 1985 ohne Anklageerhebung in Haft. In dem Schreiben Walesas heißt es, die Inhaftierung Terleckis habe „keine moralische Legitimation" und widerspreche den Gefühlen der Gerechtigkeit und Moral. Die polnische Regierung vertritt die Ansicht, Terlecki hätte die Videoausrüstung den neugebildeten regimetreuen Gewerkschaften aushändigen müssen.

Karpows massive Kritik an Bonn kam für die Diplomaten überraschend

Genscher: Bundesrepublik ist als Stationierungsland an Raketenverhandlungen interessiert

BERNT CONRAD, Bonn

Bei dem Bonner Besuch des sowjetischen Abrüstungsunterhändlers Victor Karpow hat sich eine auffällige Diskrepanz zwischen der freundlichen Atmosphäre seiner Gespräche im Auswärtigen Amt und dem Ton seiner später geübten Kritik ergeben.

Parallel zu früheren sowjetischen Auftritten, meldete Karpow wenige Stunden, nachdem er gegenüber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Wunsch nach engeren deutsch-sowjetischen Konsultationen auf den verschiedenen Abrüstungsforen geäußert hatte, vor Journalisten in der Bonner Sowjetbotschaft ernste Zweifel an der Abrüstungsbereitschaft der Bundesregierung an.

Kontaktbereitschaft

Vor allem die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen würden durch zusätzliche Forderungen Bonns weiter kompliziert. Dies lasse Fragen aufkommen, ob die Bundesrepublik ein reales Interesse daran habe, „daß es in Europa weder die amerikanischen noch die sowjetischen Mittelstreckenraketen gibt".

Der Moskauer Chefunterhändler in Genf meinte ferner, die Positionen der Bundesregierung bei der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) und bei den Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR) seien nicht hilfreich. Deshalb sei er auch mit den Ergebnissen seiner Unterredungen „nicht ganz zufrieden".

Bonner Diplomaten zeigten sich überrascht, denn Karpows Gespräch mit Genscher hatte deutlich im Zeichen zunehmender Kontaktbereitschaft Moskaus gestanden. So erklärte der Sowjet-Diplomat, sein Außenminister Schewardnadse habe ihm in einer vierstündigen Unterredung ausdrücklich versichert, welche große Bedeutung die Sowjetregierung dem bevorstehenden Besuch Genschers in Moskau beimesse.

Auch eine Unterredung Karpows mit dem Bonner Abrüstungsbeauftragten Friedrich Ruth war sachlich und kooperativ verlaufen. Daß der Sowjetexperte später öffentlich Kritik übte, ist offensichtlich auf den noch nicht überwundenen Ärger Moskaus über die Einwirkung Bonns auf die Amerikaner in der Frage der Mittelstreckenraketen zurückzuführen. Die Bundesregierung hatte nämlich darauf gedrängt, daß Washington in Beantwortung eines sowjetischen Vorschlags auf einem globalen Abbau der Mittelstreckenraketen beharrte und keiner Sonderbehandlung der sowjetischen SS-20-Raketen in Asien zustimmte.

Zwischenabkommen?

Genscher bemerkte dazu gestern im Deutschlandfunk: „Früher wie heute hat das westliche Bündnis immer auch eine Einbeziehung der sowjetischen Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der Sowjetunion gefordert." Doch die augenblickliche Bewegung könnte es ermöglichen, in diesem Jahr zu einem Zwischenabkommen zu gelangen. Als Stationierungsland sei die Bundesrepublik Deutschland an Fortschritten bei den Mittelstreckenraketen besonders interessiert.

Frankreich sagt Sonnenenergie jetzt adieu

dpa, Paris

Frankreich verzichtet vorerst auf die Stromgewinnung aus Sonnenenergie im großen Stil. Der Direktor der Agentur für die Beherrschung der Energie (AFME), Michel Rolant, bestätigte jetzt das endgültige „Aus" für das erste französische Pilot-Sonnenkraftwerk „Themis" in den Pyrenäen, das vor drei Jahren an das öffentliche Stromnetz gekoppelt worden war. Zur Begründung führte er vor allem zu hohe Kosten von etwa 2,50 Francs (rund 80 Pfennig) für die Kilowattstunde Sonnenstrom an.

Vor dem Hintergrund billigen Atomstroms und sinkender Ölpreise habe sich bestätigt, daß diese Form der Elektrizitätserzeugung unrentabel sei, sagte Rolant. Selbst an einem idealen Ort wie in Kalifornien oder Saudi-Arabien würde die Stromerzeugung kaum billiger. Mit 250 Millionen Francs (rund 80 Millionen Mark) habe das Kraftwerk um das Vierfache über dem ursprünglichen Kostenansatz gelegen. Allerdings, so Rolant, habe das Forschungs-Sonnenkraftwerk mit einer Leistung von 20 Megawatt die erhofften technischen Erkenntnisse geliefert.

Experten haben Zweifel an rascher Einigung über Verbot von C-Waffen

Sowjetischer Botschafter Israelian in Bonn / Fragen der Kontrolle umstritten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Viktor Israelian, sowjetischer Botschafter bei der Genfer Abrüstungskonferenz der vierzig Staaten, kommt morgen nach Bonn. In Gesprächen mit Bundesaußenminister Genscher und Regierungsexperten sollen die Aussichten einer weltweiten Ächtung chemischer Waffen ausgelotet werden. Sein Besuch wird mit großem Interesse erwartet, da zwei Tage zuvor der sowjetische Chefunterhändler bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, Viktor Karpow, in Bonn eine Vereinbarung über das Verbot von C-Waffen noch für dieses Jahr für realisierbar erklärte.

Vorschneller Optimismus

Ähnlich positiv äußerte sich Minister Genscher gestern im Deutschlandfunk. Er sagte: „Sowohl die sowjetische Regierung wie wir sind der Auffassung, daß ein Abkommen jetzt abgeschlossen werden kann, noch in diesem Jahr."

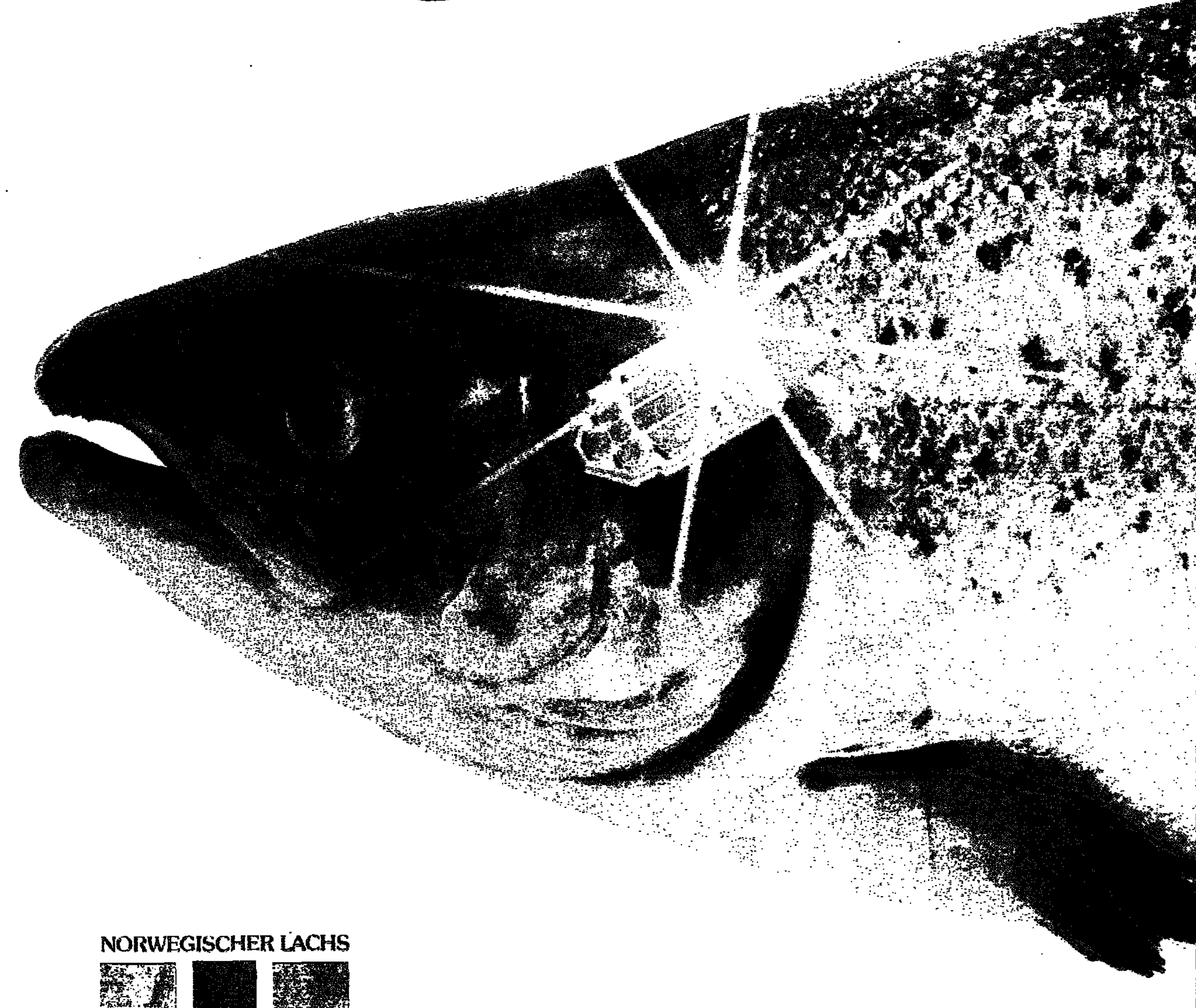
Dieser Optimismus findet nach Informationen der WELT unter Experten jedoch keine Unterstützung. Nach ihrer Auffassung sind die Differenzen bei der Genfer Konferenz der vierzig Länder, die vorrangig über die Kontrolle der C-Waffen berät, über ein C-Waffen-Abkommen derart gravierend, daß sie nicht mit einem Abschluß in absehbarer Zeit rechnen. Zum einen führen sie dies auf unverändert große Meinungsunterschiede zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR zurück, zum anderen aber auch auf Differenzen unter den westlichen Ländern selbst. Namentlich wurde von ihnen die japanische Weigerung erwähnt, die Definitionsliste für giftige Stoffe zu akzeptieren. Da Japan offensichtlich Nachteile für seine chemische Industrie befürchte, wenn in den Fabriken ausländische Inspektoren erscheinen und die Produktionsverfahren und Produkte erkennen, sei das Land mit einer umfassenden Auflistung giftiger Stoffe vorerst jedenfalls nicht einverstanden.

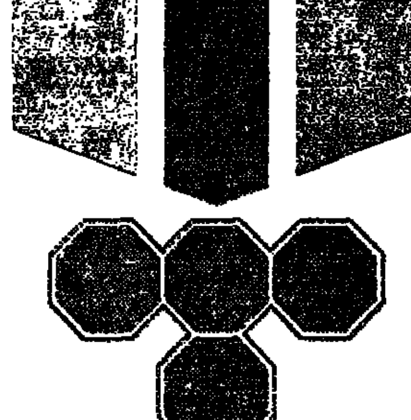
Auch Karpow erwähnte in Bonn als Hindernisse für ein Abkommen das Problem der Überprüfbarkeit von Vereinbarungen und die Frage, wie westliche Fabriken kontrolliert werden sollen. Die USA vertreten bisher den Standpunkt, daß bei Verdacht einer Vertragsverletzung unter allen Umständen Inspektionen vor Ort, also in den chemischen Fabriken oder in Militäreinrichtungen, wo chemische Munition zusammengesetzt werden könnte, stattfinden müssen. Die Sowjetunion dagegen will sich dazu nur auf der Basis von Freiwilligkeit bereitfinden.

Unhaltbarer Verdacht

Ein Kompromißvorschlag, der unter anderem auch von Großbritannien ausgearbeitet wurde, sieht vor, daß eine Inspektion nur dann abgelehnt werden kann, wenn eine „offensichtliche Böswilligkeit" erkennbar ist, oder das Land, gegen das ein Verdacht geäußert wird, unbezweifelbar dessen Unhaltbarkeit schriftlich belegen kann.

Als weiteren Grund dafür, daß noch in diesem Jahr ein Verbotsabkommen nicht möglich sei, wurden die unterschiedlichen sowjetischen und amerikanischen Auffassungen über die Überprüfbarkeit der künftigen Nichtproduktion von C-Waffen angeführt.





Überstundenzahl auf dem niedrigsten Stand

Blüm spricht von Erfolg durch befristete Arbeitsverträge

HEINZ HECK, Bonn

Arbeitsminister Norbert Blüm wird dem Bundeskabinett heute bei der Verabschiedung des „Überstunden-Berichts 1986" keine gesetzlichen Schritte zum weiteren Abbau vorschlagen. Denn „die Zahl der Überstunden bewegt sich auf dem niedrigsten je erreichten Stand", heißt es in dem Bericht. Auch der seit 1983 anhaltende kräftige Wirtschaftsaufschwung habe entsprechend „den üblichen Reaktionsmustern" zum raschen Abbau der Kurzarbeit und zum kräftigen Anstieg der Beschäftigung, aber nicht zu einer Zunahme der Überstunden in nennenswertem Umfang geführt. Blüm sieht darin auch die positiven Wirkungen des seit Mai 1985 möglichen Abschlusses befristeter Arbeitsverträge.

Die Zahl der Überstunden ist vom Höchststand 1970 mit 3,5 Milliarden oder 8,4 Prozent der geleisteten Arbeitsstunden auf 1,5 Milliarden oder vier Prozent 1985 zurückgegangen. In der Bauwirtschaft, im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Handel und Verkehr werden überdurchschnittlich viele, in privaten Dienstleistungsbetrieben und beim Staat dagegen weniger Überstunden geleistet.

Ungeachtet der aus Blüms Sicht günstigen Entwicklung bleibt Überstundenabbau für ihn „weiterhin die klare Zielrichtung". Er will das allgemeine Problembewußtsein fördern und konkretisieren: Überstunden und zusätzlicher Arbeitsanfall sind möglichst in zusätzliche Beschäftigung umzusetzen. Fallen dennoch Überstunden an, ist grundsätzlich Freizeitausgleich vorzusehen. Definitive Überstunden sind auf ein Minimum zu beschränken.

Viele Betriebe hätten sich bereits dieses Ziel gesetzt. Fast 75 Prozent der befragten Unternehmen planten verschiedene Maßnahmen zur Vermeidung von Überstunden, etwa Produktivitätssteigerung, Einstellung von Voll- und Teilzeitkräften, Verstetigung des Betriebsablaufs und Qualifizierung des Personals. 60 Prozent der Arbeitnehmer, die zur Zeit Überstunden leisten, seien aus unterscheidlichen Gründen zum Abbau bereit. Blüms Fazit: „Über den weiteren Abbau von Überstunden besteht also ein breiter Zielkonsens."

Nicaragua: SPD verurteilt Zensur

dpa, Bonn

Die SPD hat das Verbot der nicaraguanischen Oppositions-Zeitung „La Prensa" und die Ausweisung eines katholischen Bischofs durch die sandinistische Regierung in Managua verurteilt. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, erinnerte gestern daran, daß er die Mißachtung des vom Internationalen Gerichtshof ausgesprochenen Nicaragua-Urteils durch die Vereinigten Staaten als bedrückend bezeichnet hatte. Die jüngsten Maßnahmen der Sandinisten seien aber ebenso bedrückend, erklärte Vogel. Er betonte, „La Prensa" habe die frühere Diktatur in Managua schon vor ihrem Sturz durch die Sandinisten bekämpft.

Kollektive Führung in Afghanistan?

AP, Islamabad

Der afghanische Ministerpräsident Sultan Ali Keschtmand hat die Notwendigkeit einer kollektiven Führerschaft unterstrichen. Keschtmand ist nach Nadschibullah und dessen Vorgänger Babrak Karmal, der weiterhin als Präsident des Revolutionsrates und damit als Staatsoberhaupt fungiert, die Nummer drei in der Führung des von sowjetischen Truppen besetzten Landes. Er kündigte an, daß auf einer bevorstehenden Sitzung des Zentralkomitees der Partei „wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Organisationsstruktur von Partei und Staat gelöst werden". Die Demokratische Volkspartei Afghanistans ist seit langem gespalten.

Union will das Thema „neue Armut" besetzen

Geißler: Wir sind die Anwälte der kleinen Leute

GÜNTHER BADING, Bonn

Die CDU will auch in der nächsten Legislaturperiode „Freund, Helfer und Anwalt der kleinen Leute sein". Mit dieser Kurzformel umriß CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am Dienstag vor der Presse in Bonn die sozialpolitischen Vorhaben seiner Partei in der nächsten Legislaturperiode.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung 1982 habe die Union mit dem Koalitionspartner zunächst einmal „die sozialen Sicherungssysteme in Ordnung bringen" müssen, sagte Geißler. Mit der wirtschaftlichen Konsolidierung habe die CDU begonnen, ihr Programm unter dem Stichwort „Neue Soziale Frage" umzusetzen. Erste Schritte seien die Einführung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rentenberechnung ebenso gewesen wie familienpolitische Maßnahmen, etwa die Lösung des Mutterschaftsgeldes von der Erwerbstätigkeit.

Die Bindung dieser Zuwendung an die Arbeitstätigkeit des Bezieherkreises entspreche der „alten sozialen Frage", in der es um die primäre Einkommensverteilung zwischen den von den Tarifvertragsparteien vertretenen Gruppen der Gesellschaft gehe. Mit der Neuen Sozialen Frage aber sollten nach dem Willen der CDU alle Gruppen erfaßt werden, deren Konflikte sich nicht im Spannungsfeld zwischen Kapital und Arbeit abspielten, die aber dennoch in der Gesellschaft benachteiligt seien: die nicht im Berufsleben stehenden Personen, kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter, ältere Menschen, voran Witwen, Behinderte und Pflegebedürftige und Dauerarbeitslose.

In seinen Vergleichen mit der SPD, die nach seinen Worten „bei der Lösung der Alten Sozialen Frage gescheitert ist und die Neue Soziale Frage nicht erkannt hat", machte der CDU-Generalsekretär deutlich, daß er das von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern unter dem Stichwort „neue Armut" anvisierte Wahlkampfthema positiv für die Union besetzen möchte.

An konkreten Vorhaben der Union für die nächste Legislaturperiode des Bundestages nannte Geißler:

- Verbesserung der sozialen Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen.
- Schaffung weiterer Erleichterungen im Steuerrecht; das Programm der Steuersenkung müsse zu einer umfassenden Steuerreform ausgebaut werden.
- Verbesserung der Bedingungen für private Vorsorgeleistungen, und
- Förderung der ambulanten Pflege Bedürftiger durch ihre Angehörigen oder durch Sozialstationen.



Ernst Heinkel ging als Pionier des Schnellflugzeugs und Erbauer des ersten Düsenflugzeugs der Welt in die Geschichte der Luftfahrt ein. Vor 75 Jahren, am 9. Juli 1911, startete der damals 23jährige Student (links im Foto am Steuer) auf dem Cannstatter Wasen bei Stuttgart zum erstenmal mit einem von ihm selbst konstruierten und gebauten Flugzeug. FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Bundesbank: Aus der Ausschreibung neuer Wertpapierpensionsgeschäfte wurden 14,5 Mrd. DM von den insgesamt eingegangenen Geboten von 26,4 Mrd. DM zugeteilt. Die neuen Geschäfte werden am 13. August fällig.

Phoenix: 270 000 Aktien haben die Bayer AG und die Deutsche Bank AG zum Preis von 175 DM je 50-DM-Aktie zur öffentlichen Zeichnung angeboten und plaziert. Die Deutsche Bank will in Zukunft zehn Prozent des Grundkapitals halten. (S. 11)

Währung: Rund 200 Mill. DM hat die französische Zentralbank gestern beim Fixing gegen Franc verkauft, um den Kurs bei 3,2075 Franc zu halten.

Euro-Anleihe: Die Toronto-Dominion-Bank begibt eine Euro-Anleihe über 20 Mrd. Yen, die an der Luxemburger Börse notiert wird. Die Titel (Laufzeit sieben Jahren, sechs Prozent Kupon) kommen zu 101,50 Prozent auf den Markt; Rendite: 5,73 Prozent.

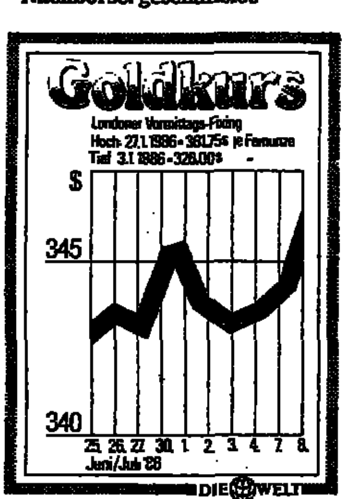
WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 255,50 (253,78); Chemie: 148,07 (148,23); Elektro: 290,72 (289,44); Auto: 706,29 (705,37); Maschinenbau: 142,89 (141,67); Versorgung: 150,74 (147,22); Banken: 376,94 (372,00); Warenhäuser: 142,65 (139,91); Bauwirtschaft: 469,30 (481,82); Konsumgüter: 159,71 (157,65); Versicherung: 1363,41 (1347,89); Stahl: 145,14 (145,12).

Kursgewinner:	DM	+ %
Bremer Vulkan	112,50	8,1
Horten	178,00	7,2
Westafr. Pfl.	69,00	6,1
Nordd. Hypo	240,00	5,7
Lufthansa Vz.	155,00	5,4

Kursverlierer:	DM	– %
Hanf Obera. Vz.	200,00	9,0
Maingas	245,00	7,5
Holzmann	500,00	7,0
Klöckner Werke	71,00	6,5
Bremer Wollk.	288,00	5,2

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: geschäftslos



WELTWIRTSCHAFT

British Steel: Der Staatskonzern hat zum ersten Mal seit elf Jahren im Geschäftsjahr 1985/86 wieder mit Gewinn abgeschlossen. Der Nettogewinn betrug 38 Mill. Pfund (143 Mill. DM).

Saatchi & Saatchi: Die Werbeagentur hat für die Übernahme von Ted Bates grünes Licht der britischen Wettbewerbsbehörde erhalten. Damit kann die größte Werbeagentur der Welt formiert werden.

US-Insiderhandel: Die ursprünglich für heute vorgesehene Urteilsverkündung für Dennis B. Levine ist bis Herbst verschoben worden. Levine habe sich bereit erklärt, in seinem Fall mit der Regierung zu kooperieren.

WAREN & MÄRKTE

Pkw-Markt: Die Zulassungszahlen sind im Mai weiter deutlich gewachsen. Von den inländischen Autoherstellern mußten VW, BMW, Daimler-Benz, Opel und Audi Marktanteile abgeben. Dagegen stieg der Anteil der ausländischen Hersteller auf 33 Prozent.

Benzin: Die Preise bleiben unter Druck. Unverbleites Normalbenzin kostet im Bundesdurchschnitt bereits wieder weniger als eine DM.

Mittelstandspolitik: Die SPD will die Marktposition der Selbständigen sowie kleiner und mittlerer Firmen stärken. Die Leitlinien, die gestern in Bonn vorgestellt wurden, richten sich unter anderem gegen die Konzentration im Einzelhandel.

Autoindustrie: Die Vertriebstöchter der deutschen Autohersteller in den USA haben eine positive Bilanz für das erste Halbjahr vorgelegt. (S. 10)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Robert Bosch GmbH: Im 100. Jubiläumsjahr wird die Gruppe rund 22 Mrd. DM Umsatz erzielen. Die Investitionen sollen auf 1,7 Mrd. DM steigen. Geschäftsschwerpunkte sind die „mobile Kommunikation" und die Kfz-Ausrüstung. (S. 11)

Blaupunkt: Die gesunkenen Preise für Unterhaltungselektronik ließen die Bosch-Tochter in die roten Zahlen rutschen. (S. 11)

Siemens: Als Antwort auf das Arrangement zwischen ITT und CGE will die deutsche Elektrogruppe den zweitgrößten Telekommunikationskonzern in Frankreich erwerben. Vorstandschef Karlheinz Kaske ist nach acht Monaten zuversichtlich, für 1985/86 ein „gutes Ergebnis" präsentieren zu können. (S. 10)

Dr. Mann: Der Berliner Pharma-Hersteller ist vom US-Unternehmen Bausch & Lomb für rund 97 Mill. Dollar übernommen worden. Er soll in Zukunft als selbständiges Tochterunternehmen geführt werden. (S. 11)

NAMEN



Philipp Holzmann: Senator E. h. Prof. Dipl.-Ing. Hermann Becker, Vorstandschef der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, wird heute 60 Jahre alt. In Kaiserslautern geboren und in München aufgewachsen, trat Becker unmittelbar nach dem Studium 1951 in die Münchner Niederlassung von Holzmann ein. 1966 wurde er Leiter der Auslandsabteilung in der Frankfurter Konzernzentrale und 1975 ordentliches Vorstandsmitglied. Seit 1980 ist Becker Vorstandssprecher.

Monopolkommission: Am 30. Juni endet die Amtszeit von Erhard Kantzenbach und Josef Murawski. Als Nachfolger wurden Winfried Haastert, Vorstandsmitglied der Thyssen Industrie AG sowie Carl Christian von Weizsäcker berufen, der ab 1. Oktober an der Universität zu Köln lehrt.

Der Unterschied zwischen Manager und Fliege? – Es gibt keinen. Beide kann man mit einer Zeitung erledigen.

Aus dem Sowjetischen

Monopolkommission will künftig Elefantenhochzeiten untersagen

Bundeswirtschaftsministerium: Die marktwirtschaftliche Ordnung funktioniert

HANNA GIESKES, Bonn

Die marktwirtschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert. Zu diesem Schluß kommt die Monopolkommission in ihrem sechsten Hauptgutachten, das sie gestern dem Bundeswirtschaftsminister überreicht hat. Wie es im Hause Bangemann heißt, sieht sich der Minister durch die Ergebnisse des Gutachtens „weitgehend in seiner wettbewerbspolitischen Linie bestätigt".

Die deutsche Wirtschaft sei durch einen „sehr langsamen, aber stetigen Konzentrationsprozeß gekennzeichnet", heißt es in dem Gutachten weiter. Dies gebe zur Zeit keinen Anlaß zur Sorge, vorausgesetzt, „daß auch in Zukunft durch eine liberale Außenhandelspolitik der internationale Wettbewerbsdruck auf den Märkten der Bundesrepublik erhalten bleibt".

So sehen die Konzentrationsforscher gegenwärtig weder die Notwendigkeit zu einer Ergänzung der „konsequenten" Wettbewerbspolitik durch staatliche Strukturplanung noch einen Handlungsbedarf in Sachen Kartellgesetz. Einzelkorrekturen am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wollen sie allerdings nicht ausschließen.

Überlegungen dazu werden aufgehängt am Zusammenschluß Daimler/AEG: „Die Nichtuntersagung dieses Zusammenschlusses wirft die Frage auf, ob das geltende Recht eine ausreichende Kontrolle konglomerater Fusionen erlaubt." Die Antwort erteilt sich die Kommission selbst mit dem allerdings nicht einstimmig gefaßten Vorschlag, der Gesetzgeber möge für „Elefantenhochzeiten" die Fusionskontrolle von der Eingriffsschwelle der Marktbeherrschung abkoppeln. Hintergrund dieses Vorschlags ist die Überlegung, daß ein Großunternehmen, auch wenn es auf einer Vielzahl von Märkten relativ kleine Anteile hat, als Ganzes so mächtig sein kann, daß von ihm wettbewerbs- und gesellschaftspolitische Risiken ausgehen.

Die Kommissare plädieren deshalb dafür, Großzusammenschlüsse dann zu untersagen, wenn durch die Fusion keine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen zu erwarten ist oder wenn die zu erwartenden Verbesserungen nicht ausreichen, um die wahrscheinlichen Verschlechterungen der Wettbewerbsbedingungen zu kompensieren. Dahinter steckt die Überzeugung, „daß Großzusammenschlüsse immer erhebliche Verschlechterungen der Wettbewerbsbedingungen bewirken". Das Kommissionsmitglied Josef Murawski teilt diese Ansicht nicht. Er weist darauf hin, daß dies auf ein faktisches Verbot für große konglomerate Zusammenschlüsse hinauslaufe, „und das gibt es in keiner Rechtsordnung der Welt".

Außerdem wiederholte die Kommission ihre Empfehlung, den Eigenbesitz von Banken am Kapital von Nichtbanken auf fünf Prozent zu begrenzen. Dies auch, weil „unter der Mitwirkung von Banken das Problem des Unterlaufens der Fusionskontrolle entstanden ist".

FDP plant 1989 große Steuerreform

Gattermann: Subventionen sollten möglichst zeitgleich gestrichen werden

HEINZ HECK, Bonn

Die FDP will bei einer erneuten Koalition mit der Union in der nächsten Legislaturperiode eine Steuersenkung von 20 Milliarden Mark netto durchsetzen, die 1989 wenigstens teilweise wirksam werden soll. In einer Pressekonferenz ließ der Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Hans Gattermann (FDP), keinen Gegensatz zu Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) erkennen, der für diese „große Steuerreform" wieder zwei Stufen plant.

Allerdings müsse die Streichung von Steuersubventionen „zeitgleich" mit der Korrektur des Steuertarifs in Kraft treten. Denn Subventionskürzungen seien politisch nur durchsetzbar, wenn sie dem Steuerzahler insgesamt eine Nettoentlastung brächten. Gattermann wiederholte den Präsidiumsbeschluß seiner Partei vom Vorjahr, wonach die Subventionen um rund 25 Milliarden Mark jährlich gekürzt werden sollen, so daß sich ein Bruttovolumen für die Reform von 45 Milliarden errechnet. Stoltenbergs Erwartungen liegen deutlich niedriger. Gattermann gibt Steuersubventionen gegenüber Finanzhilfen bei der Streichung „Priorität", weil dann die „Gegenrechnung klar" sei.

Er räumte allerdings ein, daß die Steuersenkung durch die Haushaltsentwicklung schwerer zu werden drohe. Die Geldwertstabilität verringere den Zuwachs der Steuereinnahmen, und die Dollar-Zins-Entwicklung drücke den Bundesbankgewinn. Der schwächere Dollar führe zugleich zu höheren Ausgaben, etwa bei der Kokskohlenbeihilfe.

Gattermann fordert daher, den Ausgabenzuwachs des Bundeshaushalts in der nächsten Legislatur unter die in der mittelfristigen Finanzplanung anvisierten 2,9 Prozent jährlich zu senken und „auch an strukturelle Ausgabensenkungen zu denken". Damit sind gesetzliche Einschnitte in Ausgabengesetze gemeint.

Auch zum Zeitplan hat er bereits feste Vorstellungen: Die wesentlichen Punkte sollten in einem Koalitionsvertrag im Februar 1987 festgeschrieben und entsprechende Aufträge an die Ministerien erteilt werden. Das Gesetzgebungsverfahren könne dann bis zum Frühherbst 1988 abgeschlossen werden. Bleibe man nach der Wahl „bei vagen Absichtserklärungen, wird nichts herauskommen. Die Würfel müssen dort fallen."

Kritik übte Gattermann an „gewissen finanzpolitischen Sünden" der Vergangenheit. Wäre die Steuersenkung 1986 (wie von FDP und CSU gefordert) in einer Stufe in Kraft getreten, wären die Haushaltszwänge so nachhaltig geworden, daß man solche Sünden „vielleicht vermieden" hätte. Dazu zählt Gattermann die Einführung eines rentensteigernden Babyjahrs insgesamt, das ihm vom Zeitpunkt her „etwas verfrüht" erscheint. Nachdem es allerdings zur Hälfte (jüngere Mütter) vollzogen worden sei, habe man „die zweite Hälfte nicht unterlassen dürfen".

Zur Nettokreditaufnahme äußerte er sich differenziert: Wenn sie zunehme, weil sozialpolitische Wohltaten verteilt würden, sei es „eine Katastrophe". Werde sie jedoch durch eine Steuersenkung verursacht, so sei es „keine Katastrophe".

Finanzplatz Deutschland

Von HARALD POSNY

Die Neugestaltung der Arbeitsgemeinschaft der Wertpapierbörsen in der Bundesrepublik war eine „schwere Geburt". Die Kommentare über tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten der acht Börsen, von denen zwei sehr bedeutend sind, die übrigen – vom Umsatz her – eher ein Schattendasein führen, füllen Bände. Lange, viel zu lange eigentlich, hatte man sich über Kompetenzen und Verantwortliche nicht einigen können, wurde das große Ziel „Finanzplatz Deutschland" vor lauter Traditionalismus und Provinzialismus aus den Augen verloren. Jetzt ist zwar die große Eintracht auch noch nicht ganz hergestellt, aber die Voraussetzungen für eine sachgerechte und dringend notwendige Arbeit sind geschaffen.

Jetzt kommt es darauf an, wie einige Börsen ihre Empfindlichkeiten zurückstekken, andere ihre Bedeutung nicht allzusehr hervorkehren, auch nicht dadurch, daß sich Frankfurt als umsatzstärkste Börse am Platz der Deutschen Bundesbank womöglich Vorteile sichert. Der künftige Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Rüdiger von Rosen, der wohl nach einiger Seelenmassage und Zuspruch durch seinen Dienstherrn Pöhl der Bundesbank den Rücken kehrt, muß dies im Auge haben, will er nicht gleich in Bremen oder München anecken.

Die Neuorganisation des Börsenwesens in der Bundesrepublik soll den Finanzplatz Deutschland stärker und attraktiver machen. Was jetzt noch fehlt ist die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer.

Neben der dem neuen Geschäftsführer zugewachsenen Kompetenz und der Schaffung eines Fachbeirats ist die Abkehr von der Einstimmigkeit von Beschlüssen zu Mehrheitsentscheidungen die hervorstechendste „Neuerung". Wie eifersüchtig man sich dabei aber immer noch im Visier hat, zeigt die ausgeklügelte Stimmenaufschlüsselung.

In der Mitgliederversammlung bestimmt der Börsenumsatz die Stimmenverteilung, wobei sich Frankfurt (50) und Düsseldorf (30) auf 80 addieren, was bei 100 möglichen Stimmen für die 75-Prozent-Mehrheit reicht, nicht jedoch für Satzungsänderungen. Da muß noch ein kleiner Börsenplatz überzeugt werden.

Rein stimmungsmäßig machte sich bei der Vorstellung der reformierten Satzung durch führende Vertreter der deutschen Börsen und Großbanken nicht gerade überschäumende Vorwärtsstrategie breit. Zuvieles blieb vage und indifferent, manche Antwort geriet recht zögerlich, als ob man erst jetzt an die Formulierung wichtiger Ziele geht.

Die Börsen jenseits der deutschen Grenzen, vor allem in London, Amsterdam und Toronto, haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um deutsches Geld auf ihre Mühlen zu leiten. Hier sind neue Akzente gefragt, um die Umkehr dieser Gelder zu bewirken und im Ausland neue Kunden zu gewinnen.

Hier müßte die Arbeitsgemeinschaft dafür sorgen, daß sie als Service-Zentrum zumindest dieselben, wenn nicht die besseren Dienste anbietet. Dies aber muß zunächst bei einer gemeinsamen Kursnotierung und Kassenabwicklung beginnen, bei der Vereinheitlichung der beiden Rechenzentren in Frankfurt und Düsseldorf, bei der Verbeserung des Effektengiroverkehrs, einem einheitlichen Kassenverein gegenüber dem Ausland statt deren sieben.

Die Bundesrepublik ist ein bedeutender Finanzmarkt. Er liegt nach dem Börsenumsatz an dritter Stelle hinter den USA und Japan. Aber trotz aller Dynamik während der letzten Jahre ist er noch zu stark national ausgerichtet. Um die Internationalisierung von Märkten und Marktinstrumenten voranzutreiben, müssen aber auch in Bonn Weichen gestellt werden. Die leidige Börsenumsatzsteuer. treibt Anleger wie Emittenten ins Ausland.

Jetzt können die Börsen „mit einer Stimme" leichter in Bonn argumentieren. Auch die Frage der Doppelbesteuerung der Aktie, der Gesellschaftssteuer und die Unsicherheiten im Optionshandel müssen mit Vorrang gelöst werden. Sonst drohen wir – ob mit oder ohne „Arbeitsgemeinschaft", mit oder ohne Börsenreform – den internationalen Zug zu verpassen. Spät genug ist es ohnehin.

Finanzminister einigen sich über EG-Haushalt

AP, Brüssel

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich in der Nacht zum Dienstag in Brüssel auf einen neuen Haushaltsentwurf für 1986 geeinigt. Wie nach Abschluß der mehr als zwölfstündigen Beratungen mitgeteilt wurde, kamen die Minister überein, die ursprüngliche Budgetvorlage um 2,4 Milliarden Ecu (5,1 Milliarden Mark) aufzustocken. Sie veranschlagten den Gesamtetat jetzt auf 35,1 Milliarden Ecu (75,1 Milliarden Mark).

Die neuerlichen Haushaltsberatungen waren erforderlich geworden, nachdem der Europäische Gerichtshof in der vergangenen Woche den vom Europäischen Parlament in Straßburg geänderten und verabschiedeten Etat für unrechtmäßig erklärt hatte. Das Straßburger Parlament hatte den letzten Haushalt um 629 Millionen Ecu für Sonderausgaben aufgestockt, was von den Richtern für unzulässig erklärt wurde.

In den von den Ministern neu gebilligten Sonderausgaben in Höhe von 2,4 Milliarden Ecu sind 1,1 Milliarden (2,3 Milliarden Mark) für Agrarsubventionen enthalten, die übrigen Mittel sind für Sozialprogramme und den Regionalfonds vorgesehen. Nach Angaben der EG-Kommission benötigt die Gemeinschaft höhere Subventionen für die Landwirtschaft.

AUF EIN WORT



„Die Bauern müssen mehr unternehmerisch denken und sich am Markt orientieren. Sie müssen von der Ablieferungsmentalität wegkommen, wenn sie die Zukunft meistern wollen."

Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesernährungsministerium. FOTO: DIE WELT

Überschuß der Leistungsbilanz verringert

H. WI. Bonn

Mit einem Aktivsaldo von 6 Mrd. DM zeigte die Leistungsbilanz der Bundesrepublik im Mai einen gegenüber dem Vormonat (8,2 Mrd. DM) – auch saisonbereinigt – deutlich geringeren Überschuß. Während die übrigen Komponenten der Leistungsbilanz (u. a. Auslandsreiseverkehr und Kapitalerträge zwischen In- und Ausland) diese Veränderung kaum beeinflußten, verringerte sich der Handelsbilanzüberschuß um 1,9 Mrd. DM. Zwar ergab sich für den Außenhandel im Saldo ein geringfügig positiveres Ergebnis als im entsprechenden Vorjahresmonat, die Werte für Im- und Export hingegen sind um 17,5 Prozent bzw. 13,5 Prozent zurückgegangen. Bereinigt man diese Angaben um den Effekt, daß der Mai zwei Arbeitstage weniger hatte als im Vorjahr und die Außenhandelspreise im Import um 20 Prozent, im Export um 2,5 Prozent gefallen sind, dann dürfte das Ausfuhrvolumen nur wenig abgenommen haben. Im Mai sind dann jedoch die Einfuhren gegenüber dem Vorjahr mengenmäßig kräftig gestiegen.

Im langfristigen Kapitalverkehr ergab sich im Mai nicht zuletzt aufgrund der verminderten Anlageneigung des Auslands in deutsche Wertpapiere ein Passivsaldo von 2,1 Mrd. DM.

Gesunder Prozeß

fu (London) – In den nächsten fünf Jahren wird in der produzierenden Wirtschaft Großbritanniens ein Verlust von mehr als 600 000 Arbeitsplätzen eintreten. Dafür werden, so lautet die Voraussage, im Dienstleistungsbereich in der gleichen Zeit rund 540 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Diese Voraussage aufgrund einer Befragung von 3000 Unternehmen zeigt sehr deutlich den Strukturwandel auf, der in den letzten zehn Jahren eingesetzt hat, sich ständig verstärkt und noch lange nicht abgeschlossen ist.

Mit der Verringerung der Beschäftigtenzahlen in den traditionellen Bereichen der verarbeitenden Industrie geht ein beachtlicher Anstieg der Selbständigenzahl in Großbritannien einher. Allein in den nächsten fünf Jahren soll sie sich um 300 000 erhöhen. Und während die großen Unternehmen weiterhin abspecken, werden kleine Firmen bis Ende 1990 rund 700 000 Beschäftigte mehr zählen. Eine sehr ähnlich Entwicklung vollzieht sich bekanntlich seit einiger Zeit in den Vereinigten Staaten.

Dies ist ein eher gesunder Prozeß. Denn die großen Unternehmen werden immer stärker dazu übergehen, Arbeiten in der Verarbeitung und im Dienstleistungsbereich als Unteraufträge an kleine Firmen zu vergeben. Damit erklärt sich auch, warum der Anteil von Teilzeit-Beschäftigten, mit großer Mehrheit Frauen, von 21 auf mehr als 25 Prozent der arbeitenden Bevölkerung steigen dürfte.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts, so die Studie, wird in Großbritannien der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung von 45 auf 50 Prozent steigen. Getrübte Freude: Ein erheblicher Teil dieser Frauenbeschäftigung wird dann vor allem Teilzeitarbeit und niedrig bezahlte Arbeit sein.

Deutscher Käse für Englands Genießer

HEINZ HILDEBRANDT, London

Deutsche Lebensmittel und Getränke sind in Großbritannien immer stärker gefragt. Ihr Umsatzvolumen, 1975 erst bei 175 Mill. Pfund gelegen, hat sich in nur einem Jahrzehnt verachtfacht und erreichte 1985 die Rekordmarke von 1,4 Mrd. DM. „Das alles ist nicht zuletzt ein Ergebnis der wesentlich verbesserten Distribution", stellt Kurt Bettin, Londoner Repräsentant der Centralen Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA), fest. „Deutsche Produkte gibt es eben nicht mehr nur in London, sondern auch in der Provinz."

Großbritannien ist zwar in der EG nach Italien, den Niederlanden und Frankreich nur der viertgrößte Exportmarkt für deutsche Lebensmittel, nimmt aber bereits elf Prozent dieser Ausfuhren auf. Größtes Wachstum verzeichnete dabei in den letzten Jahren der Käse-Bereich. Hier verdoppelte sich das Exportvolumen von 13 570 Tonnen im Jahr 1982 auf 28 100 Tonnen in 1985, bestehend vorwiegend aus Spezialitäten und vielen Weichkäse-Marken. Damit muß jedoch noch nicht die Obergrenze erreicht sein, denn der britische Pro-Kopf-Verbrauch an Käse liegt erst bei 6,2 kg pro Jahr und damit unter dem deutschen Konsum von 15,5 kg.

Bei den Backwaren, deren Exportvolumen mit 14 060 Tonnen in nur einem Jahr um 25 Prozent zunahm, erfreut sich vor allem deutsches Brot zunehmender Nachfrage. Die britische Hausfrau, durch kein vielseitiges heimisches Angebot verwöhnt, begeistert sich an den deutschen Vollkorn-Sorten, die frei von Konservierungsstoffen und trotzdem wochenlang haltbar sind. Eine neue Rekordmarke mit 7850 Tonnen verzeichneten auch Wurst- und Fleischwaren, die von den Briten als ausgesprochen deutsche Produkte geschätzt werden und deren Sortenbezeichnungen schon in ihren Wortschatz eingingen.

Die CMA, die diese Entwicklung als sehr ermutigend bezeichnet, verstärkt derzeit ihre Verkaufsförderungsaktivitäten im Lande, nicht nur bei der Fernsehwerbung, und mit Anzeigen in Frauenzeitschriften, sondern auch durch gezielte Aktionen im Handel. So laufen gegenwärtig Deutsche Wochen in den Supermärkten der Tesco, des zweitgrößten britischen Filialisten; ein „German Food and Drink Festival" wird die Lebensmittelabteilung des Londoner Nobelkaufhauses Harrods in Kürze veranstalten. Darüber hinaus verstärkt die CMA besonders ihre Bemühungen in Richtung Gastronomie, da hier erzielte Erfolge leicht einen Vervielfältigungseffekt haben.

Deutsche Pkw mit Erfolgen in USA

dpa/VWD, New York

Die Vertriebstöchter der deutschen Autohersteller in den USA können trotz des abgeschwächten Dollars für das ersten Halbjahr eine positive Bilanz vorlegen. Bei den japanischen Anbietern dagegen wurde das seit Jahren fast ununterbrochene Verkaufswachstum im Juni zum ersten Mal gebremst. Branchenexperten begründen diese Entwicklung mit den vier seit Herbst vorgenommenen Preiserhöhungen als Folge des scharfen Anstiegs des Yen.

Die Volkswagen of America Inc, Troy/Michigan, hundertprozentige Vertriebstochter der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, verkaufte in der ersten Jahreshälfte 77 576 Pkw. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 13,9 Prozent.

BMW of North America, Montvale/New Jersey, die Vertriebstochter der Bayerischen Motoren Werke AG, München, verkaufte mit 46 007 Stück 8,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Begründet wird dies mit einem gut ausgewogenen Angebot von Pkw der verschiedensten Preisklassen.

Mercedes-Benz of North America, ebenfalls Montvale, meldete für den Halbjahrsabschnitt ein Verkaufsplus von 0,7 Prozent auf 44 209 Stück. Als Grund für den vergleichsweise bescheidenen Anstieg führen Beobachter an, daß das Stuttgarter Unternehmen den US-Markt nicht schnell genug versorgen kann. Inzwischen hat der Mercedes 300 E mit 25,4 Prozent Verkaufszuwachs den 190 E als Bestseller abgelöst.

Porsche Cars North America Inc, Reno/Nevada, die Vertriebstochter der Porsche AG,Stuttgart, lieferte im Sechsmonatszeitraum 14 726 Modelle aus nach 12 122 im Jahr zuvor.

„Enttäuschend" in diesem Reigen fielen nur die Audi-Verkäufe aus, die im Sechsmonatsverlauf um 12,9 Prozent auf 32 308 sanken. Im Juni verkaufte Audi sogar 26 Prozent weniger Autos als noch ein Jahr zuvor. Die VW-Tochter belasten Beschwerden von Audi-Besitzern, die behaupten, Konstruktionsfehler hätten Unfälle verursacht, da das Auto sich plötzlich selbstständig beschleunigt hätte. VW erkennt diesen Vorwurf nicht an, hat aber Rückrufaktionen der Automatikserie Audi 5000 vorgenommen und anerkannt, dass Brems- und Gaspedal für amerikanische Verhältnisse zu dicht aneinander lägen. Die Unfälle seien, so VW, nicht auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen, sondern auf Fahrfehler.

Siemens will französisches Unternehmen erwerben

Antwort auf Arrangement zwischen ITT und CGE – Kraftwerksgeschäft löste Rückgang beim Umsatz aus

DANKWARD SEITZ, Rom

„Wir wollen für unsere Kunden im Bereich der Telekommunikation nicht der größte werden, sondern weiterhin der beste Anbieter bleiben." Auf den ersten Blick äußerst gelassen reagiert damit Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München, auf die Absicht des US-Mischkonzerns ITT, seine gesamten Fernmeldeaktivitäten einschließlich der Stuttgarter SEL AG an die staatliche französische Compagnie Générale d'Electricité (CGE) zu verkaufen.

Doch so ganz ohne weiteres wollen die Münchner dem Entstehen des dann nach dem amerikanischen AT&T-Konzerns zweitgrößten Telekommunikationsunternehmens der Welt, das auf einen Umsatz von rund 20 Mrd. DM käme, aber nicht zusehen. Statt, wie bisher vorgesehen, über eine Beteiligung mit der Cie. Générale de Constructions Téléfoniques (CGCT) zu kooperieren, ist es nun die erklärte Absicht von Siemens, dieses Unternehmen ganz zu erwerben. Die CGCT hält in Frankreich einen Marktanteil von 16 Prozent oder 18,5 Mrd. Franc; den Rest hält die CGE.

Wenn das Arrangement ITT/CGE zustande kommen sollte, dann muß Siemens, so Kaske, über die CGCT enbenfalls „im Gegenzug freien Zugang zum französischen Markt erhalten". Die Politiker könnten nicht nur immer über Europa reden, sondern müßten dann auch danach handeln. Kaske: „Eine europäische Lösung ist zu begrüßen, doch dann nur eine echte!"

Bezüglich des Geschäftsjahres 1985/86 (30. 9.) zeigte sich Kaske „recht zuversichtlich, ein gutes Ergebnis" präsentieren zu können, ohne eine Aussage zur möglichen Dividende machen zu wollen. Doch vermittelte er den Eindruck, daß an deren Höhe – für 1984/85 wurden zwölf (zehn) DM ausgeschüttet – nicht gezweifelt werden muß. Dies auch vor dem Hintergrund einer Umsatzrendite („wenn wir Glück haben") von 3,0 nach 2,9 Prozent, ein Wert, den Siemens zuletzt Ende der 60er Jahre erreicht hat. Auf jeden Fall werde man trotz eines Umsatzrückgangs *um „wahrscheinlich zehn Prozent"* (1984/85: 54,6 Mrd.DM) „in der Lage sein, den Gewinn absolut zu halten". Angesichts der durch den niedrigeren Dollarkurs entstehenden rechnerischen Umsatzlücke „von über zwei Mrd. DM" sei dies alles dann „ein durchaus befriedigendes Resultat".

In den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres mußte Siemens allerdings beim Umsatz ein Minus von 20 Prozent auf 29,5 Mrd. DM und einen um acht Prozent auf 33,8 Mrd. DM geringeren Auftragseingang verzeichnen. Umgesetzt wurden davon im Inland 14,0 Mrd. DM (minus 33 Prozent); der Auftragseingang nahm hier um acht Prozent auf 16,2 Mrd. DM ab. Erheblich beeinflußt wird diese Entwicklung allerdings vom Kraftwerksgeschäft der KWU.

> *Wenn man diesem laufenden Geschäftsjahr schon einen Namen geben kann, so ist es außer Zweifel das „Jahr der Investitionen". Wir riechen alle gewissermaßen nach Putz und Mörtel vom Besuch der Baustellen oder nach der Malerfarbe in den gerade bezogenen neuen Gebäuden.*
>
> Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG

Klammert man dies aus, dann ergibt sich ein Umsatzplus von einem Prozent und bei den Aufträgen nur ein Minus von zwei Prozent (Inland: plus neun bezw. plus sieben Prozent). Die Zahl der Mitarbeiter per Ende Mai erhöhte sich um 12 000 auf 356 000 Beschäftigte.

Alles in allem könne man, so Kaske, schon für 1986/87 damit rechnen, daß Siemens wieder „in den Wachstumstrend der Jahre 1980 bis 1985 mit durchschnittlich elf Prozent einscheren" werde. Und als eine Art „Vorbereitung auf die 90er Jahre" wertete er die sprunghafte Steigerung der Investitionen auf fast sechs (4,2 nach 2,4) Mrd. DM vor allem in den forcierten Ausbau der vier „strategischen *Wachstumsgebiete*": Mikroelektronik, Nachrichtennetze sowie Büro- und Fabrikautomatisierung. Mit Zuwachsraten von 20 Prozent in den nächsten Jahren sollen diese Bereiche bereits Ende 1989/90 zum Konzern-Umsatz von 63 bis 65 Mrd. DM (ohne KWU) etwa 31 bis 33 Md. DM beisteuern, nachdem es 1984/85 erst 17,5 Mrd. DM waren.

„Keine dramatischen Dinge" erwartet Kaske trotz des Reaktorunglücks von Tschernobyl vorerst für die KWU. Zumindest bis 1990 werde sie jedes Jahr ein Kernkraftwerk fertigstellen und abrechnen, so daß sie trotz möglicherweise zunehmender Beschäftigungsschwierigkeiten Siemens „nicht auf der Tasche liegen" werde. Auf dem Weltmarkt allerdings könnte sich die bereits starke Position der KWU angesichts der neuen Sicherheitsanforderungen sogar noch verbessern.

Urteil löst einen Kurssturz aus

Kongreß darf Ausgabenstreichungen nicht Beamten überlassen

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Washington, das Haushaltsausgleichsgesetz in einem wichtigen Punkt für verfassungswidrig zu erklären, ist von den US-Aktienmärkten als ein folgenschweres Fiasko gewertet worden. An der New York Stock Exchange kam es zu den bisher steilsten Kursstürzen. Entmutigt auch durch die schwache Konjunktur, sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um fast 62 Punkte.

Die Wall Street glaubt offensichtlich nicht, daß es dem Kongreß und der Exekutive ohne den in der Gramm-Rudman-Bill vorgesehenen automatischen Streichmechanismus *gelingen wird, das Defizit bis 1991 auf* Null zu reduzieren. Dafür fehle die Disziplin, heißt es. Für möglich wird gehalten, daß Amerikas Budget im laufenden Finanzjahr mit 212 Mrd. Dollar ein neues Rekordminus ausweisen wird. Im Haushaltsjahr 1987, das am 1. Oktober beginnt, werden vermutlich auch nicht die anvisierten 144 Mrd. Dollar erreicht.

Nach dem Urteilsspruch, der mit sieben gegen zwei Stimmen gefällt wurde und der Entscheidung der Vorinstanz entsprach, verstößt das Gesetz gegen das Prinzip der Gewaltenteilung. So durfte der Kongreß zwar Haushaltsvollmachten an den Präsidenten und ihm gegenüber verantwortliche Personen, aber nicht an Beamte delegieren, die er selbst durch *einfachen Mehrheitsbeschluß* absetzen kann. Für den Fall, daß die jährlich festgelegten Defizitziele nicht erreicht werden, sollte der Leiter des Bundesrechnungshofes (General Accounting Office) über die einzusparenden Mittel befinden. Die Hälfte der Schnitte wäre immer zu Lasten des Verteidigungsetats gegangen.

Abgeordnete sind gefordert

Durch die höchstrichterliche Entscheidung werden dem Gesetz mit dem Automatismus sozusagen die Zähne gezogen. Aufrechterhalten wurde aber die Verpflichtung zum Budgetausgleich, so daß nun die Senatoren und Abgeordneten, die sich mit Gramm-Rudman in die politische Isolierung begeben und sich nicht an den zu kürzenden Programmen die Finger verbrennen wollten, das letzte Wort zu sprechen haben.

Genau das schreibt die US-Verfassung vor und hat der demokratische Abgeordnete Mike Synar im vergangenen Jahr bei Einreichung der Klage im Auge gehabt. Seine Reaktion auf den richterlichen Mehrheitsspruch: „Nicht verantwortlich sind Computer, sondern die gewählten Volksvertreter."

Das Weiße Haus reagierte mit dem Hinweis, der Kongreß müsse in einem Wahljahr unbedingt die Lösung des Defizitproblems in Angriff nehmen. Die amerikanische Bevölkerung habe das Gesetz als ein Versprechen aufgefaßt. Der republikanische Senator Phil Gramm plädierte für eine Änderung des von ihm mitformulierten Gesetzes, indem der Chef des General Accounting Office durch das Budgetbüro des Weißen Hauses ersetzt würde. So kurz vor den Wahlen *ist solch ein Beschluß des Kongresses* jedoch unwahrscheinlich.

Verschärfte Haushaltskrise

Trotz der lauten Schwüre führender Kongreßmitglieder hat sich die *Haushaltskrise nach dem Urteil* deutlich verschärft. Denn der Gerichtshof annullierte auch die 11,7 Mrd. Dollar, die im Finanzjahr 1986 nach dem Kürzungsmechanismus gestrichen worden sind. Der Kongreß hat jetzt 60 Tage Zeit, die Axt noch einmal zu schwingen. Ob sie wieder trifft, ist allerdings fraglich. Hinzu kommt, daß es sich bei der kürzlichen Einigung über den Haushalt 1987 nur um eine Resolution handelt. Die Zahlen halten keinesfalls, was sie versprechen, zumal da die Verteidigungsausgaben von 296,7 auf 279,2 Mrd. Dollar gekappt werden sollen, was Präsident Ronald Reagan niemals zulassen wird.

Das Urteil unterstreicht, daß die Ursachen explodierender Haushaltsdefizite nicht mit legislativen Tricks zu korrigieren sind. Es gibt dafür keine einfachen Antworten. Die kommenden Wahlen zwingen ohne Zweifel zu einer gewissen Haushaltsdisziplin. Wie aber vom nächsten Jahr an viermal hintereinander 36 Mrd. Dollar *ohne höhere Steuern ausgeglichen* werden sollen, steht in den Sternen.

Zu den Kursstürzen an den US-Aktienmärkten beigetragen haben auch zwei bekannte „Gurus", die ihren Kunden zum erstenmal seit zweieinhalb Jahren die Verkleinerung ihrer Portefeuilles empfahlen. Als Gründe nannten sie Überteuerung und Konjunkturschwäche. Prozentual sank der „Dow" lediglich um 3,3 Prozent, was den Schock erheblich abmilderte. Nicht ausgeschlossen werden allerdings Korrekturen um fünf bis 20 Prozent.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

D-Mark verkauft

Paris (VWD) – Rund 200 Mill. DM hat die französische Zentralbank gestern beim Fixing gegen Franc verkauft. Nach Darstellung des Devisenhandels diente die Intervention dazu, den Kurs bei 3,2075 F zu halten nach 3,1986 F am Montag. Die Franc-Schwäche wird von Händlern auf eine größere Abgabe von Franc gegen DM durch ein französisches Institut zurückgeführt, das damit DM-Verbindlichkeiten tilgt.

„Aufschwung auch 1987"

Basel (dpa/VWD) – Die Konjunktur in den westlichen Industrieländern wird nach Einschätzung des Europäischen Zentrums für angewandte Wirtschaftsforschung Prognos in Basel auch 1987 weiter angekurbelt werden. Im laufenden Jahr 1986 rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem Zuwachs des realen Sozialprodukts um durchschnittlich gut einen halben Prozentpunkt auf 2,8 Prozent. Dieser Aufschwung wird sich 1987 – wenn auch leicht abgeschwächt – mit einer Wachstumsrate von durchschnittlich 2,6 Prozent fortsetzen.

Yen-Emission

London (VWD) – J. P. Morgan & Co. emittiert am Euromarkt eine 20-Mrd.-Yen-Anleihe mit einer Laufzeit von 7½ Jahren und sechs Prozent Kupon über ein Konsortium unter Führung von Monura International Ltd. Der Ausgabekurs beträgt 101⅜ Prozent, die Rendite 5,76 Prozent. Die nachgeordnete Anleihe wird am 7. Februar 1994 fällig und ist nicht vorzeitig tilgbar. Die Einführung der Anleihe an der Luxemburger Börse ist vorgesehen, wobei die Stückelung 1 bzw. 10 Mill. Yen beträgt. Valutierungstermin ist der 7. August.

Berliner Börse mit Rekord

Berlin (dpa/VWD) – Die Berliner Wertpapierbörse registrierte in der ersten Jahreshälfte 1986 das beste Halbjahresergebnis seit dem Krieg. Die Umsätze wurden mit plus 106 Prozent auf fast 10,5 Milliarden DM mehr als verdoppelt. Wie die Börse gestern mitteilte, betrug das Umsatzplus bei festverzinslichen Wertpapieren 88 Prozent und bei Aktien 115 Prozent.

Phoenix-Aktien plaziert

Frankfurt (VWD) – Die Bayer AG und die Deutsche Bank AG haben aus ihrem Besitz insgesamt 13,5 Mill. DM oder 270 000 Aktien der Phoenix AG, Hamburg, zum Preis von 175 DM je 50-DM-Aktie zur öffentlichen Zeichnung angeboten und plaziert. Die Deutsche Bank wird nach eigenen Angaben auch künftig eine Beteiligung von zehn Prozent des Grundkapitals von Phoenix halten. Die Phoenix-Aktien werden außer an den Börsenplätzen Hamburg und Berlin vom 11. Juli an zusätzlich an den Wertpapierbörsen von Düsseldorf, Frankfurt und München gehandelt und amtlich notiert. Ein entsprechender Börsenzulassungsprospekt ist am 5. Juli im „Bundesanzeiger" veröffentlicht worden.

British Steel mit Profit

London (dpa/VWD) – Zum ersten Mal seit elf Jahren hat der Staatskonzern British Steel im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (29. März) wieder mit Gewinn abgeschlossen. Der Nettogewinn betrug 38 Mill. Pfund (143 Mill. DM). Im Jahr zuvor hatte der Stahlkonzern noch einen Verlust von 383 Mill. Pfund (1,45 Mrd. DM) ausgewiesen.

In die roten Zahlen geraten

Blaupunkt: Gesunkene Preise bei Unterhaltungselektronik

nl. Stuttgart

Die Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, ist in den Bereich roter Zahlen abgerutscht. Trotz Rationalisierung und Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit hätten, wie es im Geschäftsbericht 1985 heißt, die negativen Auswirkungen des schrumpfenden Videorecorder-Geschäfts und der gesunkenen Verkaufspreise insbesondere im Produktbereich Rundfunk/Fernsehen nicht voll ausgeglichen werden können.

Es entstand ein Verlust von 28,1 Mill. DM nach 6,4 Mill. DM Gewinn im Vorjahr, der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags von der Mutter Robert Bosch GmbH übernommen wurde. Obwohl für das laufende Geschäftsjahr 1986 mit einem besseren Geschäftsverlauf, insbesondere im Inlandsmarkt, gerechnet wird, sei ein Verlust in gleicher Größenordnung zu erwarten.

Mitte dieses Jahres beginnt stufenweise ein Fertigungsverbund zwischen Blaupunkt und Grundig zu laufen, in dem Blaupunkt seine Farbfernseher bei Grundig und Grundig Autoradios bei Blaupunkt produzieren lassen werden. Im Berichtsjahr 1985 ist der Blaupunkt-Umsatz um 0,6 Prozent auf 1,77 Mrd. DM zurückgegangen. Die Exportquote vergrößerte sich auf 40 (37) Prozent. Weltweit nahm der Gruppenumsatz um 2,3 Prozent auf 2,2 Mrd. DM zu.

Im Bereich „Mobile Klangsysteme", also bei Autoradios, Autolautsprechern, Verstärkern und Klangreglern habe man einen Umsatzzuwachs verbucht, ebenso bei Lieferungen von Industrie- und Farbfernsehbauteilen. Dagegen habe sich das Geschäft im Produktbereich Rundfunk/Fernsehen rückläufig entwikkelt. In Sachanlagen investiert wurden 49 (65) Mill. DM. Beschäftigt werden rund 10 000 Mitarbeiter.

Investitionspedal wird durchgedrückt

Bosch-Gruppe plant noch größeres Engagement bei der „mobilen Kommunikation"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Stuttgarter Bosch-Firmengruppe, die über ihre traditionelle Stärke in der Kraftfahrzeug-Ausrüstung sowie in diversen Gebrauchs- und Produktionsgütern hinaus in der letzten Zeit in zügigem Tempo die Kommunikationstechnik durch verschiedene Engagements (Telenorma, ANT, Teldix) ausgebaut hat, peilt insbesondere auch verstärkte Aktivitäten im Bereich der „mobilen Kommunikation" an. Zu diesem Arbeitsgebiet zählt man bei Bosch neben der Unterhaltungselektronik (Blaupunkt) im Fahrzeug die Tätigkeitsgebiete des kommerziellen und privaten Funks, der Ortung, Navigation, Fahrzeug- und Verkehrsführung, Verkehrsbeeinflussung, Bordinformation sowie die Kommunikation mit Kfz-Steuerungs- und Regelsystemen.

Bosch, in den meisten jener Teilbereiche bereits heute schon tätig, betrachtet die mobile Kommunikation als ein interessantes Wachstumsgebiet, in dem nach Expertenschätzung das Absatzpotential in Europa derzeit auf etwa 6 Mrd. DM und längerfristig steigend auf mehr als 15 Mrd. DM jährlich veranschlagt wird. Bis 1988 wird Bosch auf diesem Sektor in der Entwicklung rund 200 Ingenieure zusätzlich benötigen.

Überhaupt drückt man bei Bosch immer stärker auf das Investitionspedal. Für das laufende Geschäftsjahr 1986, in dem das Unternehmen (im Herbst) sein 100jähriges Bestehen sowie den 125. Geburtstag des Firmengründers Robert Bosch feiert, ist eine weitere Aufstockung der Sachinvestitionen von 1,4 Mrd. DM (1985) weltweit auf rund 1,7 Mrd. DM vorgesehen. Dieses Volumen ist bisher leicht aus dem Cash-flow abzudecken, was Marcus Bierich, Vorsitzender der Bosch-Geschäftsführung, auch für das kommende Jahr erwartet, in dem man bei den Investitionen im Vergleich zu 1986 „noch eine Ecke drüber" liegen werde. Bosch wolle dies alles durch „Wachstum von innen heraus" bewältigen.

Starkes Gewicht kommt bei der Investitionstätigkeit dem Ausbau der Kapazitäten in der Kraftfahrzeugausrüstung zu, vor allem in der Einspritztechnik, dem Antiblockier-System (ABS) und der Elektronik. In der ABS-Sparte wird Bosch seine Produktion in diesem Jahr von 370 000 auf über 600 000 Stück steigern. Für das kommende Jahr wird eine Stückzahl von über einer Million anvisiert. Inzwischen hat Bosch mit seinem ABS-System auch auf dem amerikanischen Markt (General Motors) Fuß gefaßt. Rund zehn Prozent der Produktion werden dort abgesetzt.

Auf etwaiges Interesse des Hauses Bosch an einer Beteiligung eines unter Führung der französischen CGE möglicherweise entstehenden neuen europäischen Telekommunikationsverbundes, zu dem dann auch die seitherige ITT-Tochter SEL gehören würde, angesprochen, meinte Bierich: „Wir sind ziemlich sicher, daß wir uns damit befassen, wenn wir gefragt werden." Vielleicht sei es sinnvoll, zu einer Kooperation zu kommen, doch müsse auf alle Fälle vermieden werden, daß es Auswirkungen auf die Beschäftigung habe.

Der Umsatz der Bosch-Gruppe wird in 1986 nach Bierichs Prognose bei knapp 22 Mrd. DM liegen, das wäre nominal eine Steigerung um drei und real um rund sechs Prozent. In den ersten fünf Monaten lag das Umsatzplus bei nominal 2,9 Prozent, real bei 7,9 Prozent. Der Inlandsumsatz nahm real um 7,1 Prozent zu, wofür vor allem die starke Nachfrage nach Produkten der Kfz-Ausrüstung ausschlaggebend war. Weltweit stieg die Zahl der bei Bosch beschäftigten Mitarbeiter bis Ende Mai auf knapp 147 000, davon 99 000 im Inland.

Im Berichtsjahr 1985, das Bierich als „insgesamt günstig" bewertet, stieg der konsolidierte Bosch-Weltumsatz um 15,5 Prozent auf 21,2 Mrd. DM. Dabei übertraf das Wachstum im Ausland, dessen Umsatzanteil auf 54 (53) Prozent zunahm, mit 18 Prozent das des Inlands (plus 14 Prozent). Augenfällig ist das 30prozentige Umsatzwachstum in Nordamerika (auf 2,28 Mrd. DM), hervorgerufen durch die Nachfrage der amerikanischen Autoproduzenten.

Der Anteil der Kfz-Ausrüstung am Gesamtumsatz erhöhte sich denn auch auf 54,6 (52,5) Prozent. Bosch produzierte im Zeichen des Vormarsches der Einspritztechnik im Berichtsjahr mit 2,64 Mill. Benzin-Einspritzanlagen mehr als doppelt soviel wie in 1982. Im laufenden Jahr sollen 2,9 Mill. Anlagen produziert werden. Durch die starke Expansion der Kfz-Ausrüstung verminderte sich der Umsatzanteil der Kommunikationstechnik, die ein Plus von 7,1 Prozent erzielte, auf 22,4 (24,1) Prozent.

Wie gewohnt hoch war wiederum die Ertragskraft, wenngleich sich der Jahresüberschuß im Konzern auf 402 (446) Mill. DM verringerte. Hier stärkte Bosch die Vorsorge durch kräftige Erhöhung der Rückstellungen (plus 11,4 Prozent) und Abschreibungen im Zusammenhang mit den erhöhten Auslandsumsätzen und -risiken. Auf das Stammkapital von 800 Mill. DM der Robert Bosch GmbH, das zu rund 90 Prozent von der Robert Bosch Stiftung gehalten wird, werden wie im Vorjahr 40 Mill. DM Dividende sowie zusätzlich 4 Mill. DM Bonus ausgeschüttet. Die Eigenkapitalquote liegt bei knapp einem Drittel, verbessert hat sich die Anlagendeckung in der Weltbilanz auf 126,1 (125) Prozent.

Bosch-Gruppe Welt	1985	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	21 223	+ 15,5
dav. Kfz-Ausrüst. (%)	54,6	(52,5)
Komm.-Technik (%)	22,4	(24,1)
Gebrauchsgüter (%)	18,6	(19,1)
Produktionsgüter (%)	4,4	(4,3)
Auslandsanteil (%)	54	(53)
Beschäftigte (Jahresmittel)	140 374	+ 6,4
Sachinvest. (Mill. DM)	1406	+ 24,5
Sachabschreibungen	1009	+ 19,5
Cash-flow *)	2294	+ 10,0
Jahresüberschuß	402	- 9,9
in % vom Umsatz	1,9	(2,4)

*) Ausschüttung plus Erhöhung der lang- und mittelfristigen Rückstellungen plus Erhöhung der Rücklagen plus Gesamtabschreibungen.

Politische Betriebsamkeit

Rettungsversuche für gesunden Kern der Harmstorf-Gruppe

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Werften- und Schiffahrtsgruppe Harmstorf AG, Hamburg, die am Wochenanfang für sich und zahlreiche Tochtergesellschaften ein Vergleichsverfahren beantragt hat, beginnen jetzt hektische Bemühungen, einen lebensfähigen Teil der Gruppe zu erhalten. Angestrebt wird, die zahlreichen Unternehmen auf einen gesunden Kern zu reduzieren und unter das Dach einer Holding-Gesellschaft zu verbringen. Gelingt dies nicht, soll versucht werden, die Firmen einzeln zu verwerten.

Der finanzielle Zusammenbruch der Gruppe ist nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Bernd Kosegarten durch entscheidende Negativ-Abweichungen von dem Ende 1985 erstellten Überlebenskonzept eingetreten. Bei Harmstorf war man sowohl im Schiffbau als auch in der Schiffahrt davon ausgegangen, daß sich beide Bereiche auf niedrigen Niveaus stabilisieren werden. Inzwischen hat sich die Lage jedoch auf allen maritimen Märkten dramatisch verschlechtert. Hochrechnungen im Juni hätten für 1986 und 1987 stark negative Betriebsergebnisse ergeben, erklärt Kosegarten. Eine zweite Verhandlungsrunde um Hilfemaßnahmen sei wegen mangelnder Perspektiven nicht sinnvoll gewesen. Zudem habe die Zeit aufgrund Illiquidität gefehlt.

Ein Faß ohne Boden dürften vor allem die Harmstorf-Schiffahrtsaktivitäten gewesen sein. Die Harmstorf-Reederei ist in einem Kühlschiff-Pool tätig, in der Linienfahrt engagiert und an einer Flotte von mehr als 20 Schiffen beteiligt, die zur Beschäftigungssicherung auf den eigenen Werften gebaut worden sind. Der Verkauf eines Teils dieser Flotte, wie im Konzept vorgesehen, ist nicht gelungen. Der Schiffahrtsbereich, der in Hamburg rund 50 Arbeitsplätze bietet, ist mit Sicherheit nicht zu retten.

Von den Werftbetrieben ist die Flensburger-Schiffbau-Gesellschaft mit rund 1100 Mitarbeitern auf Dauer ebenfalls nicht zu halten. Nach Aberbeitung der vorhandenen Aufträge dürften der Schiffsneubau und auch die Reparatur eingestellt werden. Für die Stadt Flensburg, mit schon heute 18 Prozent Arbeitslosigkeit, ein schwerer Schlag.

Für die Büsumer Werft mit etwa 200 Mitarbeitern wird versucht, in Zusammenarbeit mit der gesunden Harmstorf-Tochter Hakolb, Lübeck, die Produktion von Rauchgasreinigungsanlagen aufzunehmen. Das Schicksal der Schlichting-Werft in Travemünde, die 850 Mitarbeiter beschäftigt, wird von den Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium abhängen, das an einem Erhalt der Werft interessiert ist. Personalabbau in großem Stil ist aber auch bei Schlichting unumgänglich.

Der Fall Harmstorf, der offenbar nur die Spitze des Eisbergs darstellt, hat in Schleswig-Holstein politische Betriebsamkeit ausgelöst. Wirtschaftsminister Wolfgang Biermann hat seinen Urlaub abgebrochen, um mitzuhelfen, den Schaden zu begrenzen. Die Kieler Landesbank ist aufgefordert worden, ein Konzept zur Rettung der Werften in den nächsten 14 Tagen zu erarbeiten. An Lösungsvorschlägen von Politikern fehlt es schon jetzt nicht. So wird unter anderem eine Zusammenfassung aller Werftbetriebe des Landes unter dem Dach der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel, angeregt. Biermann lehnt ein solches Modell „à la Bremen" ab.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Dr. Mann verkauft

Berlin (tb.) – Der Berliner Pharma-Hersteller Dr. Gerhard Mann, Chem.-pharm. Fabrik GmbH, ist an die amerikanische Firma Bausch & Lomb Inc., Rochester/New York, zu einem Preis von etwa 97 Mill. Dollar verkauft worden. Das teilten Sprecher beider Unternehmen gestern in Berlin mit. Dr. Mann ist in der Bundesrepublik im Bereich Augenmedikamente führend, Bausch & Lomb der weltweit größte Hersteller von Kontaktlinsen und deren Pflegemitteln. Das Berliner Unternehmen setzte 1985 mit rund 150 Mitarbeitern 60 Mill. DM um. Der Umsatz der US-Gesellschaft liegt bei rund 1,4 Mrd. DM. In Berlin soll die Produktion weiter ausgebaut werden.

Hohner ohne Dividende

Trossingen (VWD) – Erneut keinen Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 1985 enthält die Einladung zur HV des Musikinstrumenteherstellers Matth. Hohner AG, Trossingen. Die Verwaltung des Unternehmens schlägt vielmehr vor, den geringen Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 auf neue Rechnung vorzutragen. Hohner hatte zuletzt für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von sechs Prozent gezahlt. Die HV findet am 28. August 1986 in Trossingen statt.

Pelikan wieder flügge

Zug/Düsseldorf (dpa/VWD) – Die dem Metro-Gründer Otto Beisheim gehörende schweizerische Holding Condorpart AG, Zug, steuert nach eigenen Angaben 1986 einen Konzernumsatz von 1 Mrd. DM und einen Gewinn von 50 Mill. DM nach Steuern an. Im abgelaufenen Geschäftsjahr verbuchte die Unternehmensgruppe mit ihren rund 8000 Mitarbeitern einen Umsatz von 900 Mill. DM. Allein der 1984 übernommene Büroartikelhersteller Pelikan AG, Hannover, trug dazu 349 Mill. DM bei. Im laufenden Jahr will Condorpart seine Investitionen um 15 Mill. auf 65 Mill. DM steigern. Die Pelikan-Sanierung sei „in kurzer Zeit und in außerordentlicher Weise" ohne Staatshilfe gelungen. Pelikan sei wieder „flügge". Die in 24 Ländern tätige Pelikan-Gruppe wird inzwischen von der Pelikan International Corporation, Zug, gesteuert. Hannover bleibt jedoch Konzernzentrale für die deutschen Pelikan-Gesellschaften.

Bierabsatz stagniert

Homburg (dpa/VWD) – Die zu den größten Privatbrauereien in der Bundesrepublik zählende Karlsberg Brauerei KG Weber, Homburg/Saar, hat im vergangenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) trotz stagnierenden Bierabsatzes den Umsatz um 2,1 Prozent auf 368 Mill. DM gesteigert. Der Gesamtbierausstoß (Eigenprodukte und Handelsware) sank auf 1,722 (1,7744) Mill. Hektoliter. Der Ausstoß an alkoholfreien Getränken erhöhte sich dagegen um 3,6 Prozent auf 847 000 Hektoliter. Dadurch konnte der Gesamtgetränke-Ausstoß von rund 2,57 Mill. Hektoliter vom vorigen Geschäftsjahr gehalten werden. Die Zahl der Beschäftigten bei der Karlsberg-Brauerei hat sich im vergangenen Geschäftsjahr um rund 100 auf 1350 Mitarbeiter erhöht.

Nachfragebelebung im Kreditgeschäft

dpa/VWD, Frankfurt

Die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt, die unter Aufsicht der Bundesregierung agrarbezogene Vorhaben aller Art finanziert, meldet für 1985 eine deutliche Nachfragebelebung im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft. Das Zusagevolumen stieg um 1,1 Mrd. DM oder 35 Prozent. Zum Wachstum trugen das normale Kreditgeschäft mit über 900 Mill. DM und die Sonderkreditprogramme mit knapp 200 Mill. DM bei. Insgesamt beliefen sich die Kreditzusagen auf 5,3 Mrd. DM, einschließlich neuer Zinsvereinbarungen für in früheren Jahren zugesagte Kredite in Höhe von 987 Mill. DM.

Innerhalb der Sonderkreditprogramme bildete das Programm „Landwirtschaft" (Investitionen, die der nachhaltigen Existenzsicherung dienen) mit einem Zusagevolumen von 601 (Vorjahr: 344) Mill. DM den größten Posten. Etwa ein Drittel der Zusagen fiel in den Bereich räumliche Strukturmaßnahmen. Eine untergeordnete Rolle spielte die Dorferneuerung. Insgesamt wurden im letzten Jahr Darlehen in Höhe von rund einer Mrd. DM von der Landwirtschaftlichen Rentenbank zu Vorzugskonditionen vergeben. Ende 1985 beschäftigte das Frankfurter Institut 174 Mitarbeiter. Die Bilanzsumme stieg auf 25,6 (22,3) Mrd. DM.

PERSONALIEN

Carl Starcke, Senator e.h. der Technischen Universität Hannover und Ehrenmitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland, vollendet heute sein 90. Lebensjahr.

Willy Wilms, Direktor für das Finanz- und Rechnungswesen im Hause Teekanne, Düsseldorf, wurde 60 Jahre alt.

Rolf Göpfert wurde per 1. Juli zum Geschäftsführer der SMS Hasenclever Maschinenfabrik GmbH, Düsseldorf, ernannt. Er ist Nachfolger von **Hans-Dieter Sterba**, der zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Mutter SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf/Hilchenbach, berufen wurde.

Senator e. h. Prof. **Hermann Bekker**, Sprecher des Vorstands der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Dr. **Kurt Trinkaus**, Leitender Verwaltungsdirektor, Abteilungsleiter in der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln, wird heute 60 Jahre.

Hans Heinrich Meyer-Sebeck, verantwortlich für die kaufmännische Verwaltung in der Geschäftsführung der Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg, ist Ende Juni in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger wurde **Horst Brunnenkamp** bestellt.

Abkehr von langen Vertragslaufzeiten

Die Iduna Vereinigte Lebensversicherung erhöht erneut die Überschußbeteiligung

HARALD POSNY, Hamburg

Den Eindruck, die Iduna Vereinigte Lebensversicherung VVaG, Hamburg, tue sich im Neugeschäft bereits im zweiten Jahr hintereinander deutlich schwerer als der Wettbewerb, wollte der Vorstand nun doch nicht auf sich sitzen lassen. Die Vorstandsmitglieder Hermann Schlee (Leben) und Uwe Bodenburg (Außendienst) betonten eine noch nicht lange verfolgte Absatzstrategie: weg von allzu langen Vertragslaufzeiten (35 und 40 Jahre), hin zu „beitragsintensiveren Verträgen mit kürzeren Laufzeiten", die auch die Gefahr von vorzeitigem Vertragsausstieg mindern.

Und die ist bei der Iduna groß. Schließlich sind 25 Prozent der Verträge mit jungen Leuten unter 20 und über 50 Prozent mit jungen Menschen bis 25 Jahre abgeschlossen, aber dies zu 95 Prozent mit den lang laufenden und dazu teureren Kapitallebensversicherungen.

Beweis für den Erfolg der Strategie ist, daß die Beiträge stärker gestiegen sind als die Bestandsentwicklung, und das bei überdurchschnittlich hoher Abschlußsumme. Ein kleinerer Teil des 1985 „fehlenden" Geschäfts stammte bisher von Fremdvermittlern, von denen man sich getrennt hat. Sie hatten auch teilweise für das jetzt gestoppte Frühstorno (im 1. oder 2. Jahr nach Abschluß) gesorgt.

Der fünftgrößte deutsche Lebensversicherer zeigte auch schon auf den ersten Blick erkennbarere Akzente. Günstige Risiko- und Verwaltungskostenentwicklung brachten zusammen mit den gestiegenen Kapitalerträgen insgesamt 634 (547) Mill. DM Bruttoüberschuß. Die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zufließenden 476 (407) Mill. DM machen 34,1 (30,5) Prozent der Beiträge aus. Diese anhaltend gute Ertragslage erlaubt es, den Versicherten nach 1984 und 1985 ab 1987 zum 3. Mal höhere Überschüsse „abzukehren". Die Ablaufleistungen aus der Überschußbeteiligung steigen dann – bei 3 Prozent Rechnungszins und erklärten Zinsüberschußanteilen von bis zu 5,25 Prozent – bei Verträgen mit 30 Jahren Laufzeit um durchschnittlich 25 Prozent. Der Jahresüberschuß, von 13 (2) Mill. DM, aufgebläht durch die Veräußerung des Schiffs „Nils Holgerson", fließt voll in die Rücklagen.

Im laufenden Jahr macht sich bei den Neuabschlüssen bezüglich der allgemeinen „Tarif-Reform" zwar keine abwartende Haltung breit, wenn auch die Iduna ihr Vorjahresneugeschäft bis Ende Mai noch um 5,9 Prozent verfehlt hat. Tendenziell nehme dieses Minus ab.

Die Iduna Allgemeine Versicherung AG war 1985 nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Horst Becker bei leichtem Beitragsplus von 2,6 (2,4) Prozent auf 477 Mill. DM (brutto) und etwas entspannter Schadensituation sowie erneut verbesserten Kapitalerträgen „rundum zufrieden". Die technische Rechnung nach Dotierung der Schwankungsrückstellung von 5,5 (14,1) Mill. DM brachte 5,8 Mill. DM Überschuß (nach 7,5 Mill. DM Verlust), der sich mit den Überschüssen aus der allgemeinen Rechnung auf einen Jahresüberschuß von 14,5 (8,5) Mill. DM summiert. Daraus gehen 9 Mill. DM in die freien Rücklagen. Außer der Dividende von 12 (12) Prozent werden 3 (3) Prozent Bonus ausgeschüttet. Im laufenden Jahr ist der Beitragszuwachs etwas verhaltener bei eher günstigerer Schadensituation.

Im Jahr 1985 brachte zwar die Trennung vom Kraftfahrtgeschäft und die Bereinigung von Beständen ein Beitragsminus. Gleichzeitig aber profitierte die technische Rechnung. Seit 1984 halte man sich deutlich von industriellen Haftpflicht-, Feuer-, Transport- und Einbruch/Diebstahl-Risiken sowie schadenträchtigen Kfz-Flottengeschäften zurück. Dabei werden auch Prämienverluste in Kauf genommen. Wesentliche Verbesserungen zeigten das Wohngebäude- und Unfall-, aber auch das Kfz-Geschäft mit einer Verringerung der Verluste von 11,5 auf 7,2 Mill. DM.

Iduna Leben	1985	± %	
Versicherungsbestand (Mill. DM)	46 311	+ 4,0	
Eingel. Neugeschäft	5484	- 10,7	
Beitragseinnahmen	1397	+ 4,7	
Aufw. f. Vers.Fälle	576	+ 15,0	
Kapitalanlagen [1])	10 474	+ 9,4	
Kapitalerträge [2])	778	+ 10,8	
Aufw. f. Beitr.Rückerst.	476	+ 16,9	
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	1546	+ 21,5	
in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Stornoquote [3])	7,1	7,4	7,0
Verw.Kostenq. [4])	5,7	6,2	6,5
Abschl. Kostenq.[5])	45,5	45,6	45,7
Überschußquote [6])	45,4	40,6	37,6

[1]) ohne Depotford.; [2]) netto; Durchschnittsrendite: 7,8 (7,7) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugeschl.; [6]) Bruttoüberschuß einschl. 145 (134) Mill. DM Direktgutschrift in % d. Beiträge.

Inlandszertifikate

	Ausg. 8.7.	Rückn. 8.7.	Rückn. 7.7.
AAR-UNIV.F.I	161,06	151,95	151,94
Adifonds	65,57	62,45	62,27
Adirenta	25,21	24,48	24,48
Adirewa	104,84	101,79	101,50
Aditec	112,47	107,11	108,29
Adiverba	172,85	164,62	164,84
Aegis Eink.-Fds.	38,35	36,51	36,89
Aegis Wachst.-Fds.	65,44	62,32	62,57
AGI Fonds	171,56	163,38	163,38
Akkumula	201,55	191,96	195,15
Albingia Rendite Fds.	51,30	49,22	49,35
Alte Kapital Fds.	35,97	33,44	33,39
Allianz-Rentenfonds	125,34	122,28	unerh.
Analytik Fonds	33,47	31,12	31,48
Aro-Rendit.	59,26	57,20	57,20
AriDeka	53,87	51,71	51,62
Assecura I	unerh.	unerh.	unerh.
Austr. Pazifik	45,19	43,97	45,15
Berenberg-U-Fonds	404,61	392,83	394,68
Berenberg-U.-Eff.-F.	50,54	49,07	49,11
Berenberg-U-Renten	122,99	119,99	120,18
BW-Renta-Univ.	54,43	53,10	53,10
BW-Wertberg-Univ.	130,71	125,99	125,99
Colonia Rentenfonds	51,41	49,66	49,69
Concentra	35,27	34,41	34,16
dbi-Fonds V I	–	58,86	58,86
DekaFonds	50,43	44,91	47,71
DekaRent	33,20	32,25	32,24
DekaSpezial	241,55	229,48	230,57
DekaTresor	61,77	60,26	60,25
DespaFonds	84,62	80,38	80,38
DEVIF-Invest	99,00	94,25	94,02
DEVIF-Rent	56,50	54,79	54,74
DIFA-Fonds	178,80	169,80	169,80
DIFA GRUND	105,12	99,86	99,86
DIT Fonds f. Verm.	75,43	74,32	61,91
DIT Rohstoffonds	64,59	63,01	64,56
DIT Pazifikfonds	115,80	112,43	112,15
DIT Spezial	67,69	65,78	65,89
DIT Technologiefonds	82,66	80,25	81,55
DIT Wachstumsfonds	66,18	64,25	64,51
DIT Fds.f. Wd.u.Opt.A	132,49	129,26	129,95
Dt. Rentenfonds	85,24	83,57	83,56
Dt. Vermögensb. Fds. A	37,31	35,53	35,39
dgl. 1	51,02	48,59	48,55
dgl. R	27,97	27,15	27,18
DWS Bayern Spezial	94,70	90,15	90,50
DWS Energiefonds	85,45	83,33	83,80
DWS Provesta	81,25	77,35	77,91
DWS Rohstoff Fds.	75,25	73,39	74,21
DWS Technologie Fds.	89,20	86,99	88,78
Fondak	68,68	65,41	65,24
Fondirent	88,95	86,36	86,35
Fondis	64,59	61,51	61,94
Fondra	110,60	105,33	104,98
FT Accuzins	140,67	134,57	134,80
FT Am Dynamik	24,21	22,15	22,83
FT Frankf. Eff. F	136,12	129,31	131,21
FT Interspezial I	28,62	26,19	26,53
FT Interspezial II	33,71	30,39	30,76
FT Interzins	45,89	44,55	44,54
FT Nippon Dynamik	99,90	91,41	90,90
FT Re-Spezial	190,92	181,37	182,18
Gerling Dynamik	67,67	64,75	65,58
Gerling Rendite	56,72	55,07	55,09
GKD-Fonds	72,60	69,78	69,71
Gotharent	101,57	98,04	98,02
Grundbesitz-Invest.	73,90	70,30	70,30
Grundwert-Fonds	133,40	126,45	126,45
Hbg.-M. Rentenfonds	59,40	57,12	57,10
Hansainternational	54,54	52,70	52,85
Hansarenta	49,59	47,72	47,72
Hansasecur	65,76	60,72	62,61
Hansazins	50,25	48,53	48,53
Haus-Invest	68,80	65,45	65,45
IfI-Fonds Nr. 1	114,28	110,60	110,60
dgl Nr. 2	75,20	71,60	71,60
Industria	62,29	60,48	59,37
INKA-Global	81,00	77,00	78,90
INKA-Rent	57,80	54,10	54,10
INKA-Re-Invest	136,20	132,10	132,70
Inrenta	74,10	72,28	72,27
Interglobal	154,52	150,02	151,28
Inter-Renta	40,30	39,09	39,14
Intervest	103,40	98,48	99,75
Interkapital	27,70	26,00	26,50
Int. Rentenfonds	84,72	82,65	82,56
Investa	65,80	62,63	62,41
Investors Fds.	15,08	14,02	14,13
Iverafonds	61,05	55,84	56,48
Japan-Pazifik-Fds.	80,73	77,59	79,10
Kapitalf. Spezial	137,31	127,01	128,17
Magdeb. W.-Fd.DIT	81,98	78,08	76,62
Medico-Invest	114,84	107,30	109,50
Merkur I	unerh.	unerh.	unerh.
NB Rent	57,77	56,08	56,08
Nordcumula	73,75	71,58	72,72
Nordrenta Int.	60,08	58,33	58,54
Nordstern-F. RK	51,62	49,86	49,89
Nürnberger Rentenfds.	50,55	48,05	48,15
Opperh. Int. Rent.	102,53	99,53	99,47
Opperh. Priva-Rent	113,42	110,11	110,27
Oppenheim-Privat	56,04	53,36	54,14
Oppenheim-Spez. I	129,70	125,91	126,84
Oppenheim-Spez. II	88,60	84,45	85,48
Plusfonds	73,71	70,20	69,90
Privatfonds	64,75	61,73	63,34
Re-Inrenta	169,75	164,61	165,12
Renditdeka	35,50	34,47	34,44
Rentak	164,43	156,21	156,21
Rentex	110,90	107,56	107,56
Rentensparfonds	58,02	56,33	56,33
Ring Aktien-Fds. DWS	48,00	45,83	44,36
Ring Renten-Fds. DWS	48,10	45,92	45,96
Schickler-U-Fonds	178,19	173,00	173,00
SMH-Rentenfonds	53,18	51,65	51,42
Südinvest I	64,53	61,46	61,40
dgl. II	75,62	72,02	71,60
dgl. III	27,27	26,48	26,47
dgl. IV	83,37	80,16	80,98
Thesaurent	69,01	67,33	66,80
Thesaurus	219,29	213,94	212,89
Transatlanta	32,50	31,35	32,23
Unifonds	30,90	29,35	29,25
Uniglobal	103,60	98,60	101,27
Unikapital	85,05	82,96	82,97
Unirak	85,55	81,46	82,96
Unirenta	42,70	41,41	41,35
Unispezial I	–	52,95	53,62
Universal-Eff.-F.	96,79	94,89	94,89
Unizins	114,50	111,60	111,10
Verm.-Aufbau-F.	121,22	115,45	116,29
Verm.-Ertrag-F.	101,86	97,94	97,70
VICTORIA Rent-Adig	74,27	71,76	71,74

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,90	31,95	32,10
Bond Valor DM	112,46	110,37	110,25
Convert Fund A DM	35,40	33,40	–
Convert Fund B DM	104,70	99,60	–
CS Money Market DM	1088,72	1088,71	1088,59
Eurinvest DM	94,60	90,60	90,80
Euronion DM	190,85	183,28	183,88
Formatar Sel. DM	85,61	80,05	80,05
GT Inv. Fund DM	71,70	67,80	67,40
Interspar DM	27,92	26,52	26,72
Japan Sel. DM	444,75	415,85	415,85
Unico DM	79,00	76,68	76,68
Amerika-Valor sfr.	481,50	465,75	477,75
Asia Fd. $	346,15	329,67	332,78
Automation sfr.	125,50	114,50	116,00
Bond-Invest sfr.	64,75	63,25	65,00
Bond Valor Yen	10668,00	10664,00	10643,00
Bond Valor $	125,87	123,53	123,38
Bond Valor sfr.	108,20	106,20	106,10
Bond Valor Ster.	140,75	138,10	107,80
CSF-Bonds sfr.	79,25	76,50	76,00
CS Gold Valor	92,92	91,20	91,52
CS Money Market $	1150,85	1150,84	1150,69
CS Money Market Ster.	1115,95	1115,94	1115,66
CS Money Market Yen	105408,0	105407,0	105397,0
Convert Valor sfr.	140,75	138,10	138,00
Convert Valor $	155,65	152,72	151,42
Dreyfus $*	14,36	13,50	geschl.
Dreyfus Internat. $*	50,67	47,65	geschl.
Dreyfus Intercont. $*	54,22	50,97	geschl.
Dreyfus Leverage $*	22,86	20,92	geschl.
Energie-Valor DM	170,39	161,79	162,12
Europa Valor sfr.	192,25	183,00	184,00
Fonsa sfr.	198,00	193,00	193,50
Founders Growth $*	10,37	10,37	geschl.
Founders Mutual $*	11,66	11,66	geschl.
Goldmines hfl.	–	188,00	192,00
Intercont. Tr. sfr.	–	358,25	361,50
Interswiss sfr.	165,50B	165,00G	165,00G
Intervalor sfr.	86,75	85,75	84,75
Japan Portfolio sfr.	1400,50	1354,25	1333,75
Kemper Growth $*	14,75	13,50	geschl.
Pacific-Valor sfr.	195,00	183,00	181,25
Pharmafonds sfr.	346,80	321,00	323,00
Pioneer Fund $*	25,43	23,27	geschl.
dgl. II $*	20,83	19,06	geschl.
Schweizeraktien sfr.	499,00	473,00	473,80
Siat-Inm. sfr.	1750,00B	1720,00G	1720,00G
Siat 63 sfr.	1335,00B	1325,00G	1325,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2595,00	2480,00	2480,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1335,00	1270,00	1270,00
Swissvalor sfr.	414,40	402,50	405,00
Technology $*	14,93	13,66	geschl.
Technogrowth Fd.	105,17	97,34	97,34
Templeton Growth $*	13,38	12,24	geschl.
Universal B.S sfr.	79,50	77,00	77,00
Universal Fund sfr.	125,38	121,78	122,91
Ussec	812,00	775,80	785,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 8. 7. 1986
2011 Optionen = 106 800 (87 350) Aktien, davon 902 Verkaufsoptionen = 46 300 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 10-300/17; 320/13,50B; 330/8; 340/7,40; 360/6G; 380/2G; 1-300/30; 360/10B; 400/5G; 4-320/33,20; 340/25G; 360/20G; BASF 10-240/25; 250/17; 260/16; 270/11; 280/7; 290/6; 310/2; 320/1; 1-260/22; 280/18; 300/15; 310/14,60B; 320/8; 4-300/18; 320/14; Bayer 10-260/35B; 280/18,40; 290/10,05; 300/10; 320/7,10; 1-290/28; 300/22; 320/14,90B; 330/12; 4-240/75B; 260/55B; 280/40B; 300/30B; 320/22; BBC 10-320/30B; BHF 1-550/58B; Bekula 10-110/19; 1-110/20G; 130/12B; BMW 10-600/11G; 1-600/20G; Bay. Vereinsbk. 10-550/7G; 4-600/6G; Commerzbk. 10-300/15; 320/10; 340/7; 360/5; 1-300/37; 320/25B; 340/15; 360/13,40B; Conti 10-200/65G; 220/50; 230/48B; 240/42; 260/24,80; 280/15; 300/7B; 320/3; 1-280/25G; 300/13; 4-320/14; Daimler 10-1185,50/90; 1200/85G; 1300/65; 1400/30; 1485,50/21; 1500/20; 1-1300/120; 1400/80G; 1500/50; Dt. Babcock St. 10-190/19B; 200/10; 4-200/22B; Dt. Babcock Vz. 1-200/7B; Deutsche Bk. 10-750/30; 800/25; 850/15; 888/10B; 1-800/45; 850/26; 900/15; Degussa 10-460/10B; Dresdner Bk. 10-410/25; 420/19; 430/16B; 440/12; 460/10; 480/5,50B; 490/4,40; 500/3G; 1-400/44,10G; 420/35; 440/25,40; 460/25; 500/15; GHH St. 10-220/20B; 240/8B; GHH Vz. 10-200/5B; 220/3,90B; Hoechst 10-240/20B; 250/15; 260/12B; 270/5B; 280/3; 290/2,70; 300/2,30; 310/0,90B; 320/0,65B; 330/0,50B; 1-250/25; 260/15; 280/12; 290/10B; 300/8; 310/5; 4-260/30B; 300/15; Hoesch 10-160/14; 170/10; 175/6,10B; 180/6; 185/4,50B; 190/4,10; 195/4B; 205/3,50; 215/2G; 1-140/36G; 170/19; 180/13B; 190/11,90B; 195/10B; 200/7; 235/2G; 4-160/33B; 170/29B; Karstadt 10-360/25B; 400/13; KHD 10-240/6,30; 1-231/14G; 240/10; 260/7G; Klöckner 10-80/6; 85/5; 90/4B; 95/3,50B; 120/1,50; 160/0,65; 1-80/10G; 85/8G; 90/7,80; 95/4,50B; 100/4G; 110/2G; 4-80/15B; 90/10; Lufthansa St. 10-180/18; 200/8B; 220/5B; 230/4G; 1-200/18; Lufthansa Vz. 10-190/5G; 1-180/10,90; 4-160/20B; Linde 1-700/5G; Mercedes 10-1200/65; 1300/35; 1-1300/45B; Metallges. 1-320/5G; 4-300/20G; Mannesmann 10-190/20; 200/10; 214/9,50B; 220/9; 1-200/17,60; 220/11; 4-220/20; Nixdorf 10-600/50B; 1-600/40B; Preussag 10-170/18G; 180/13B; 1-200/12B; RWE St. 10-200/202B; 210/13G; 220/6B; 250/5; 255,20/3B; 240/2G; 1-220/22B; 240/5; 4-240/15,90B; RWE Vz. 10-217,20/1B; 1-220/13,60B; 240/5B; 4-200/20B; 220/15G; Schering 10-550/45B; 600/20B; Kali + Salz 10-260/6,60G; 270/5B; 4-260/10G; 280/4G; Siemens 10-600/45; 630/35B; 650/29,20; 700/11; 750/8; 800/3,90; 838/2,50; 850/2; 1-600/55B; 650/45; 700/25B; 750/11,40G; 800/8G; 4-650/70B; Thyssen 10-155/10; 160/8; 170/6; 175/5; 185/2,20B; 190/2B; 200/1B; 1-160/14; 170/10; 180/6B; 190/5; 200/4,60; 4-170/15; Veba 10-270/9G; 280/8; 290/6; 300/5B; 310/4G; 320/3,40; 350/0,80B; 1-260/27; 280/10G; 320/5G; 360/2G; 4-320/12; VEW 10-160/12; 1-160/20G; 170/16G; 200/2G; VW 10-440/38; 450/28; 500/20; 530/12; 560/9; 590/8; 600/7,40G; 1-500/50; 550/30; 600/20; 650/18; Alcan 10-70/3,40; 80/2; 1-75/5; 4-80/8G; Chrysler 1-90/7; 100/5G; Eff 10-70,80/25B; 100/10B; 1-100/12B; General Motors 10-180/6; 190/5; IBM 10-330/15; 340/12,50B; 360/8B; 400/3; 1-340/20,20; 360/13,60; Litton 1-190/8B; Norsk Hydro 10-40/10,50B; 43,10/5B; 45/4,10; 50/1,50G; 1-45/6,40; 50/4,20; 55/2,50; 4-45/7,50G; 50/5,90; 55/4; Philips 10-40/8,60B; 45/4,30; 50/3; 55/1,50; 1-45/6; 50/4,30; 55/2,50; 60/2G; 4-55/4,40; Royal Dutch 10-152,60/35B; 162,60/19,30B; 172,60/16B; 1-190/6G; Sperry 10-130/30B; Unilever 10-411/34; 450/12G; 460/10; 1-440/24,20B; Xerox 1-140/5,60B

Verkaufsoptionen: AEG 10-250/5; 270/7; 280/17; 300/20; 310/29G; 320/32; 340/53; 1-240/2G; 280/20,10G; 300/25; 320/5B; BASF 10-230/3G; 240/7G; 250/8,50G; 260/12G; 270/20G; 290/40; 310/65B; 1-240/8,50G; 250/10,60G; Bayer 10-250/4; 260/9,90; 267,45/10B; 270/12; 280/17; 290/21,50; 300/25B; 310/35B; 1-240/6G; 250/10; 270/15B; 280/23; BMW 10-500/7G; 550/20G; 1-500/25G; 550/35G; Commerzbk. 10-280/10; 292/18B; 300/29; 1-280/18; 320/42B; Conti 10-200/1,50; 220/6; 240/10; 260/16,20; 280/25G; 1-200/2G; 240/14B; 260/17,40G; Daimler 1200/25G; 1285,50/55B; 1300/70G; 1-1200/50G; 1300/90,75; Deutsche Bk. 10-700/22G; 750/45G; 1-750/55G; Dresdner Bk. 10-380/14G; 400/22G; 420/48B; 450/60B; 1-380/20G; 440/48G; GHH St. 10-200/5G; 224,50/20B; Hoechst 10-250/11,95; 260/17,60; 268,60/20; 270/25; 308,60/60,25; 1-240/8G; 250/14,30B; Hoesch 10-150/4; 160/7G; 165/11,60; 170/15G; 175/18,10; 180/20; 1-140/5G; 145/6B; 150/10; 165/17; 170/18G; 175/20; Karstadt 10-320/10B; 340/15,40G; 320/15G; Kaufhof 10-420/5G; 4-420/31G; 420/24,20G; KHD 10-200/5G; 1-200/11G; Klöckner 10-65/1G; 70/2,50G; 75/5G; 80/7G; 85/12; 90/16; 95/20; 100/25; 1-65/4G; 70/5,50G; 75/7G; 80/10; 90/19; 100/28,80; 4-90/20; Lufthansa St. 10-150/5,50G; 190/39B; 200/47; Lufthansa Vz. 10-150/8G; Linde 10-650/20G; Mercedes 10-1100/22,50G; 1-1300/220B; Metallges. 4-300/19,40G; Mannesmann 10-160/2,40; 170/3G; 180/11; 194/20B; 1-170/11; 174/12B; 180/14; 184/16B; 200/20G; 214/35B; 254/72; 4-180/18; Nixdorf 10-550/26G; Preussag 10-152/3; 160/5G; 1-180/15G; RWE St. 10-200/15; 220/20,15; 1-170/5G; 220/21G; RWE Vz. 10-205,20/12; 1-200/16G; Siemens 10-500/5G; 550/10G; 600/36; 650/55G; 688/100B; 1-500/10G; 4-600/50G; Thyssen 10-150/11; 155/14; 165/19; 170/24; 190/45B; 1-120/3G; 150/13G; 160/17,50; 4-150/15B; Veba 10-240/3; 250/8,00G; 260/16,20; 270/20G; 300/49B; 320/65B; 1-240/6G; 4-240/16G; VEW 10-150/5,50; 1-150/8G; 190/40B; VW 10-420/10; 440/15; 450/20; 470/25G; 490/40; 510/60; 520/70; 530/80; 540/90; 1-440/73; 480/55; 500/75; 540/95; Alcan 10-70/6G; 1-65/3,60G; Chrysler 1-80/7B; General Motors 10-170/13G; 180/17; 1-170/15B; IBM 10-320/15,40; 330/20G; 1-310/7G; Norsk Hydro 10-45/4B; 50/7; Philips 10-45/3G; 48,80/5B; 50/8B; 53,80/9,80; 55/11; 1-45/3,20B; Xerox 10-120/5,30G; 1-140/20,10

Rentenoptionen

Frankfurt: 8. 7. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): JAN87-108/1,50B; JAN87-110/0,50; JUL87-108/2,00G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-108/1,00G; JAN87-110/0,90B; JUL87-108/1,50G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-112/1,50G; JUL87-112/2,00G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/1,30G; JUL87-114/1,80G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-108/1,50G; JAN87-110/0,50G; JUL87-108/2,50G; 8 Bund 83 (95): JAN87-110/1,70G; JAN87-114/0,50B; JUL87-110/2,50G; 8 1/4 Bund 83 V (95): JAN87-112/1,70G; JAN87-114/1,10B; JUL87-112/2,20G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87- 108/2,50G; JAN87-112/0,50G; JUL87-108/3,00G; 7 Bund 85 I (95): JAN87-106/2,00G; JAN87-108/0,90B; JUL87-106/3,00G; 7 1/4 Bund 85 II (95): JAN87-106/3,50G; JAN87-108/1,70G; JUL87-106/4,00G; JUL87-108/2,50G; 6 3/4 Bund 85 (95): JAN87-106/1,50G; JAN87-108/0,65; JUL87-106/2,50G; 6 1/2 Bund 85 (95): JAN87-104/2,20G; JAN87-108/0,70B; JUL87-104/3,50G; 7 1/8 Bahn 85 (95): JAN87-104/2,50G; JAN87-108/0,70B; JUL87-104/3,50G; 7 Post 85 (97): JAN87- 106/1,50G; JAN87-110/0,40B; JUL87-106/2,50G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): JAN87-110/3,00G; JUL87-110/3,50G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-110/3,00G; JUL87-110/3,50G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-114/3,50G; JUL87-114/4,50G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-116/3,00B; JUL87-116/3,50G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-110/3,00G; JUL87-110/3,50G; 8 Bund 83 (95): JAN87-112/2,50G; JUL87-112/3,50G; 8 1/4 Bund 83 V (95): JAN87-114/3,00G; JUL87-114/3,50G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-110/2,50G; JUL87-110/2,50G; 7 Bund 85 I (95): JAN87-108/2,50G; JUL87-108/3,00G; 7 1/4 Bund 85 II (95): JAN87-110/3,00G; JUL87-110/3,50G; 6 3/4 Bund 85 (95): JAN87-108/2,50G; JUL87-108/3,00G; 6 1/2 Bund 85 (95): JAN87-106/2,50G; JUL87-106/2,50G; 7 1/8 Bahn 85 (95): JAN87-106/2,50G; JUL87-106/3,00G; 7 Post 85 (97): JAN87-108/3,00G; JUL87-108/3,50G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780G, Kötitzer 2200, VAB 2650T. **Düsseldorf:** IKB 266, IWK 245, VEW 153, Lehnkering 220. **Frankfurt:** Adt 69, Bay. Hypo 540, Contigummi 250T, IKB 259,5, IWK 246, Magdeburger Feuer NA 590B, Magdeburger Feuer 1300B, Pfaff 225G, VEW 152bG, Wella 720bG, Ymos 170bG. **Hamburg:** Doag 415T. **München:** IKB 265G, Stumpf 130TB, VAB 2550B, VEW 150, Wanderer 671G.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bull 1,06, München: Winterthur 148.

Devisenmärkte

Der deutliche Aktienkurseinbruch an der Wall Street lenkte das Augenmerk am 8. Juli wieder auf die labile amerikanische Konjunktur und den damit verbundenen Zinssenkungserwartungen. Die technische Erholung des Dollarkurses vom Vortag hatte in diesem Umfeld keinen Bestand und bei belebter Umsatztätigkeit bröckelte der US-Dollar von Kursen um 2,18 zu Beginn bis 2,165 am frühen Nachmittag ab. Die amtliche Notiz stellte sich auf 2,1735. Der Schweizer Franken verlor 41 Pfennig auf 122,85 als Reaktion auf die Rücknahme der Einlagensätze der Schweizer Banken. Innerhalb des EWS konnte die D-Mark ihre Position nennenswert verbessern, wobei der Französische Franc mit einem Minus von 10 Pfennig auf 31,19 als einen neuen historischen Tiefstkurs nachgab. Der Japanische Yen legte nochmals zu und erreichte einen neuen Höchststand mit 136,00. US-Dollar in: Amsterdam 2,4455; Brüssel 44,565; Paris 6,963; Mailand 1491,30; Wien 15,303; Zürich 1,7692; Ir. Pfund/DM 3,017; Pfund/Dollar 1,5362; Pfund/DM 3,339.

Devisen und Sorten

8.7.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,1695	2,1775	2,1686	2,12	2,22
London[2]	10,0	3,332	3,346	3,298	3,27	3,42
Dublin[2]	16,5	3,010	3,024	2,983	2,94	3,09
Montreal[1]	8,84	1,571	1,579	1,564	1,53	1,63
Amsterd.	5,00	88,695	88,915	88,465	88,05	89,80
Zürich	4,00	122,75	122,95	122,74	121,50	124,25
Brüssel	8,00	4,864	4,884	4,847	4,75	4,95
Paris	9,50	31,11	31,27	31,025	30,40	32,15
Kopenh.	7,00	26,755	26,875	26,625	26,00	27,75
Oslo	8,00	29,12	29,24	28,515	28,50	30,25
Stockh.	8,00	30,625	30,785	30,32	29,75	31,50
Mailand[3]**	12,0	1,4515	1,4615	1,4325	1,40	1,50
Wien	4,00	14,202	14,242	14,203	14,10	14,32
Madrid	8,00	1,566	1,576	1,418	1,53	1,63
Lissabon**	19,0	1,451	1,471	1,536	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,3585	1,3615	1,352	1,315	1,375
Helsinki	8,50	42,67	42,87	42,12	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,533	1,587	–	1,60	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,346	1,365	–	1,29	1,42
Johannbg.*	12,0	0,833	0,867	–	0,61	0,86
Hongkong *	–	27,67	27,95	–	26,00	32,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

FINANZANZEIGEN

thüga
DAS 119. GESCHÄFTSJAHR

Bilanz zum 31. Dezember 1985 (Kurzfassung)

AKTIVA	TDM	PASSIVA	TDM
Sachanlagen	321 022	Grundkapital	120 000
Beteiligungen	285 638	Offene Rücklagen	170 637
übrige Finanzanlagen	2 746	Sonderposten mit Rücklageanteil	5 417
Vorräte	4 708	Wertberichtigungen	179 629
Forderungen	23 262	Bauzuschüsse	49 935
Flüssige Mittel	11 899	Rückstellungen	31 071
		Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren	36 049
		Andere Verbindlichkeiten	37 248
		Bilanzgewinn	19 289
	649 275		649 275

Gewinn- und Verlustrechnung 1985 (Kurzfassung)

	TDM
Umsatzerlöse	224 501
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz	2 753
	221 748
Stoffaufwand nach Verrechnung mit Eigenleistungen	141 380
Rohertrag	80 368
Erträge aus Finanzanlagen	45 663
übrige Erträge	2 677
	128 708
Personalaufwand	33 471
Abschreibungen	20 013
Zinsen	3 945
Steuern	30 639
übrige Aufwendungen	12 412
Jahresüberschuß	28 228
Gewinnvortrag	61
	28 289
Einstellung in Rücklagen	9 000
Bilanzgewinn	19 289

Zahlen aus dem Geschäftsbereich*

Umsatz		5,7 Mrd. DM
Beschäftigte		9 192
Absatz	Strom	7 303 GWh
	Erdgas	59 890 GWh
	Wasser	144 Mio m³

*Eigene Versorgungen und Beteiligungen ab 25%

Die ordentliche Hauptversammlung vom 4. 7. 1986 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985 als Dividende 8,– DM je Aktie im Nennwert von 50 DM, das sind 16% auf das Grundkapital von 120 Mio DM, auszuschütten. Der vollständige Jahresabschluß ist mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehen und wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

München, im Juli 1986 — Der Vorstand

THÜRINGER GAS AKTIENGESELLSCHAFT MÜNCHEN

Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft

Hamburg/Bremen
(Wertpapier-Kenn-Nr. 825 150)

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 7. Juli 1986 hat beschlossen, von dem Bilanzgewinn 1985 in Höhe von 41.070.013,– DM 729.987,– DM für eine Bardividende von 6 % (= 3,– DM pro Aktie von nom. 50,– DM) auf ein Kapital von 12.166.450,– DM zu verwenden und 40.000.000,– DM in die freien Rücklagen einzustellen. Der danach verbleibende Rest von 340.026,– DM wird auf neue Rechnung vorgetragen. Für ein Kapital von 107.833.550,– DM liegen Erklärungen vor, daß auf den Bezug einer Dividende für das Geschäftsjahr 1985 verzichtet wird.
Die Dividende gelangt ab sofort gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 2 abzüglich 25 % Kapitalertragsteuer zur Auszahlung. Über das Steuerguthaben von 9/16 der Dividende erteilt dasjenige Kreditinstitut, das die Dividende auszahlt, eine Bescheinigung. Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen inländischen Aktionären, die ihrem depotführenden Kreditinstitut eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall erfolgt auch die Auszahlung des Steuerguthabens durch das depotführende Kreditinstitut.
Unsere Zahlstellen sind die nachstehend aufgeführten Banken bzw. deren Niederlassungen in Hamburg, Bremen, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Köln und München:

Deutsche Bank AG — Dresdner Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG — Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank AG — Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank AG — Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – — Commerzbank AG
Delbrück & Co. — Deutsche Genossenschaftsbank
Hamburgische Landesbank – Girozentrale – — Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Vereins- und Westbank AG — M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Hamburg/Bremen, den 8. Juli 1986 — Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

HEW | Hamburgische Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft

Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1985

AKTIVA	Mio DM
Anlagevermögen	5 119
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	1 833
	6 952

PASSIVA	Mio DM
Grundkapital	460
Rücklagen einschließlich Sonderposten mit Rücklageanteil	417
Wertberichtigungen	3 576
Rückstellungen und Baukostenzuschüsse	1 536
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	912
Bilanzgewinn	51
	6 952

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1985

	Mio DM	Mio DM
Umsatzerlöse	2 447	
Bestandsänderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	12	
Gesamtleistung		2 459
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1 333
Rohertrag		1 126
Übrige Erträge		122
		1 248
Personalaufwendungen	519	
Abschreibungen und Anlagenabgänge	272	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	
Steuern	51	
Konzessionsabgabe	91	
Übrige Aufwendungen	252	1 187
Jahresüberschuß		61
Einstellung in freie Rücklagen		10
Bilanzgewinn		51

Zusammengefaßte Konzernbilanz zum 31. Dezember 1985

AKTIVA	Mio DM
Anlagevermögen	6 554
Kernbrennelemente	209
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	1 735
	8 498

PASSIVA	Mio DM
Grundkapital	460
Rücklagen einschließlich Sonderposten mit Rücklageanteil	417
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	23
Wertberichtigungen	4 315
Rückstellungen und Baukostenzuschüsse	2 233
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	999
Konzerngewinn	51
	8 498

Zusammengefaßte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1985

	Mio DM	Mio DM
Außenumsatzerlöse	2 555	
Nicht gesondert ausgewiesene Aufwendungen	2 177	378
Übrige Erträge		134
		512
Abschreibungen	392	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	
Steuern	53	449
Jahresüberschuß		63
Einstellungen in offene Rücklagen		10
		53
Konzernfremdem Gesellschafter zustehender Gewinn		2
Konzerngewinn		51

Der Jahresabschluß der HEW sowie der Konzernabschluß haben den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der TREUARBEIT Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft in Hamburg erhalten.

Jahresabschluß und Konzernabschluß werden heute vollständig im Bundesanzeiger Nr. 122 veröffentlicht.

Die Hauptversammlung vom 8. Juli 1986 hat die Ausschüttung einer Dividende von 11 % auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 460 000 000 DM beschlossen. Die Auszahlung erfolgt ab sofort gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 41 bei einer der nachstehenden Zahlstellen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –; Commerzbank AG; Berliner Commerzbank AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bayerische Vereinsbank AG; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –; Conrad Hinrich Donner; Dresdner Bank AG; Vereins- und Westbank AG; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Hamburg, den 9. Juli 1986 — DER VORSTAND

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Aktienabstieg vorerst gebremst

Immer noch Angstverkäufe privater Kunden

DW. – Der deutsche Aktienmarkt hat den vorangegangenen sensationellen Kurssturz an der New Yorker Börse mit Gelassenheit hingenommen. Dafür sorgten vorsichtige Anlagekäufe einiger institutioneller Investoren, die auf der ermäßigten Kursbasis begonnen haben, ihre während der letzten Monate ausgedünnten Bestände wieder aufzufüllen. Außerdem gab es Meinungskäufe der Börsenkulisse. Nach wie vor Nervosität herrscht noch bei vielen privaten Bankkunden, wie die vergleichsweise niedrigen Kassakurse belegen.

Gegen Börsenschluß gab es zwar wieder einige Käufe, doch längst nicht alle Standardpapiere schlossen über Vortagsstand. Obwohl sich der Dollarabstieg nicht mehr weiter fortgesetzt hat, kam es bei den Papieren exportintensiver Unternehmen zu neuen Unsicherheiten. Die Titel der Großchemie blieben deshalb noch hinter ihren Vortagskursen zurück. Bemerkenswert stabil dagegen Siemens, aber auch die meisten Bankaktien. Die Nachricht von der rückläufigen Stahlerzeugung schränkte die Meinungskäufe in den einschlägigen Papieren von vornherein ein. Im Maschinenbaubereich überwogen immer noch die Abschläge. Von den Warenhauspapieren befestigten sich Kaufhof, aber auch Horten, wo für das laufende Geschäftsjahr mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen gerechnet wird, nachdem die Verlustträger eliminiert worden sind. Mit unter 280 DM fielen Feldmühle-Aktien weiter zurück und liegen jetzt deutlich unter ihrem ursprünglichen Zeichnungspreis.

Frankfurt: Altana gaben um 5 DM, Cassella um 9,50 DM und Rütgers um 15,50 DM nach. Adler, Anzag und Didier verloren jeweils 10 DM. Rheinmetall zogen um 8 DM an.

Düsseldorf: Bilfinger verminderten sich um 3 DM, DAT gaben um 10 DM und Gildemeister um 19 DM nach. Hageda verloren 5 DM und Hochtief sanken um 25 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank schwächten sich um 7 DM ab. Bremer Vulkan konnten dagegen 7 DM gutmachen. Phoenix Gummi verloren 1,50 DM. HEW sanken um 0,50 DM.

Berlin: Engelhardt wurden um 15 DM höher taxiert. Schering lagen um 10 DM und Dt. Hypobank Berlin um 8 DM fester. Berliner Elektro verloren 20 DM, Springer 11 DM und Berthold 7,10 DM.

München: Aigner verminderten sich um 8 DM, Agrob St. um 11 DM und Cassella um 10 DM. Hochtief erhöhten sich um 35 DM, Hutschenreuther stiegen um 10 DM und Süd Chemie um 5 DM.

Stuttgart: Daimler konnten sich um 7 DM verbessern und Porsche blieben zu 1000 DM minus 20 DM weiter gefragt, BW-Bank stiegen um 3 DM. DLW lagen nach dem Abschlag von 11 DM Dividende mit 389 DM nach 400 DM fest.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 255,50 (253,78)
WELT-Umsatzindex: 4854 (2758)
Advance-decline-Zahl: 115 (55)
38-Tage-Linie: 273,13 (273,67)
200-Tage-Linie: 269,02 (268,81)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Oslo

	8.7.	7.7.
Bergen Bank	154	155
Borregaard	352,5	352,5
Den Norske Cred.	152	153
Elkem	100	101
Kreditkassen	168	167,5
Norsk Data	209	214
Norsk Hydro	149	156
Storebrand	260	261
OSE Ind. Index	–	357,03

Sydney

	8.7.	7.7.
ACI	325	340
Ampol. Explor.	175	175
Westpacific Banking	462	454
Bougainville Copper	230	232
Bridge Oil	75	77
Brok. Hill. Prop.	808	804
Coles	498	500
CRA	576	594
CSR (Theiss)	302	306
Metals Expl.	46	47
MIM-Holdings	200	210
North Broken Hill	180	187
Oakbridge	80	80
Peko Wallsend	502	508

Bundesanleihen

Bundespost

Industrieanleihen

Länder – Städte

Sonderinstitute

F 6½ dgl. 86/94		99,5	99,5
F 6 Lawi.Rent.Bk.RS15		100,05G	100,05G
F 6 dgl. RS 16		100,2G	100,2G
F 6½ dgl. RS 60		101,1G	101,1G
F 7 dgl. 94		103,5G	103,5G
F 7 dgl. 99		100G	100G
F 8 dgl. 101		105,5G	105,5G
F 7½ dgl. 102		105G	105G
F 9½ dgl. 126		102,05G	102,05G
D 6½ LAG TS 77		101,7G	101,75
D 5½ LAG 78		100,7G	100,7bG
D 7 dgl. 79		101,4	101,4

Bundesbahn

F 6½ dgl. 77	5/89	103,2	103,2
F 8 dgl. 79 I	7/89	107,2	107,2
F 6 dgl. 78 I	2/90	101,85	101,85
F 8 dgl. 80 II	7/90	108,2G	108,2
F 9 dgl. 81	3/91	112,9	112,9
F 10½ dgl. 81	9/91	120,5G	120,5
F 10¼ dgl. 81	11/1	120,1G	120,1
F 8 dgl. 80 I	2/92	109,75G	109,75
F 10 dgl. 82	2/92	118,7	118,7
F 9½ dgl. 82	7/92	117,6G	117,6
F 8 dgl. 82	11/92	110,15	110,15
F 7¾ dgl. 83	1/93	108,4	108,4G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Renten weiter lustlos

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt verlief erneut schleppend. Seitdem feststeht, daß die Bundesbank von sich aus nichts unternehmen wird, um die Zinsen zu drücken, und die derzeitige Währungskonstellation keine spekulativen Aufwertungserwartungen zuläßt, fehlen dem Markt jegliche Anregungen. Öffentliche Anleihen lagen in Einzelfällen bis zu 0,10 Prozentpunkte fester, in der Masse jedoch bis zu 0,20 schwächer. DM-Auslandsanleihen wenig verändert. Der Handel in Pfandbriefen wurde auf dem bisherigen Renditeniveau abgewickelt.

F 4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	315G	315G
F 4½ dgl. 78 o. O. S	98,25G	98,25G
F 6½ dgl. 83 m. O.	230T	230G
F 6¼ dgl. 83 o. O.	95	94,75
F 3¼ dgl. 83 m. O.	217T	217T
F 3¾ dgl. 83 o. O.	94	95
F 6½ dgl. 86 m. O.	127	128
F 6½ dgl. 86 o. O.	99,5	99,35
F 3¼ Didier 85 m. O.	131	133,75
F 3¼ Didier 85 o. O.	79G	79G
F 4 Dresdn.Bk. 83 m. O	181	185G
F 4 dgl. o. O.	95	95,5
F 8 dgl. 84 m. O.	210G	214
F 8 dgl. 84 o. O.	107,1	107,1
F 6½ dgl. 86 m. O.	168	168
H 6½ dgl. 86 o. O.	100,15	100,15

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	8.7.	7.7.
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	101,8T	101,8G
10 dgl. 82/89	109,5T	109,5T
8 dgl. 84/91	106	105,75G
9 Air Canada 82/92	110,5	110,65G
7¾ dgl. 85/95	105,25G	105,25
9½ Alcoa 82/89	104,75bG	105,25T
7¾ Allied Chem. 84/94	104G	104
8¼ AMCA Ltd. 85/91	104,1	104,6
8¼ A.N.A.S. 85/88	104,5	105,25T
8½ dgl. 84/91	106,75	107,25

6¾ E.D.F. 82/92	107,5G	107,25G
8¾ dgl. 85/95	100,5	100,25
7 Beltrobras 77/87	100,5T	100T
7 dgl. 79/87	100,05	100T
5¾ ELF Aquit. 78/88	101,25T	102
6¾ Embart Corp. 85/95	102,25	102G
6¾ Eskasson LM 72/87	106	105,25
6¼ Escom 72/87	97,5T	97G
7 dgl. 73/88	99,5T	99,5T
9¼ dgl. 80/87	100,55	100,9
9½ dgl. 82/90	101,5T	102,5
8½ dgl. 83/90	99,85	99,1
8 dgl. 84/92	95,5T	97
8¼ dgl. 84/92	97T	96
7¾ Estel 73/88	100,5T	100,75T
5¾ Euratom 77/87	100,5T	100,65

7¾ Exp.Bk.Korea 85/90	103,4	103,25
10½ Ferrovie 82/87	104T	104T
8¾ dgl. 83/88	104,75	104,75G
8 dgl. 84/91	107	106,75G
8 Fin. L Bk. 71/86	100,15G	100,15G
7 dgl. 72/87	104,5	103,75T
8½ dgl. 88/98	ausg.	ausg.
10 Finn. Kaoun. 82/92	109,25	109,25T
7 Finnland 72/87	102,25G	102,25G
10½ dgl. 81/86	101G	101,5
9¾ dgl. 82/89	109,5T	109,5G

7½ dgl. 83/93	105,8	105,85
8 dgl. 83/90	107,75	107,75G
7 dgl. 84/92	102,4	102,25
7 dgl. 85/95	102,45bG	102,2
7 Montreal 69/89	105,5G	105,5
4 dgl. 72/92	100,75G	101
6½ dgl. 73/93	105,5	105,75
7 dgl. 77/87	101,7T	101,65T
7¾ Mount Isa 83/90	103,75T	103,75T
7¾ dgl. 84/92	103,65G	103,65
11 Nac.Financ 82/90	105,1	104,75
8 Nederl. Gas 79/86	100,5	100,65

6½ Stand.Chart.78/88	101,25G	101,25
6 Statoil 78/88	100,8	101
6½ dgl. 79/89	101	101
7¼ Sterling Dr.84/94	104,5T	104T
7¾ Südafrika 71/86	97,4T	99,4T
7 dgl. 72/87	98	98T
9 dgl. 80/87	102,5	102,8
8¾ dgl. 83/91	97	97,5
7¾ dgl. 84/92	94,5	94,2
8 Sumitomo 85/91	107,5T	107T
6¾ Svensk Invbk 72/87	100,25	100,4G
7 dgl. 73/88	104,9G	104,9G

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

5¾ Tauernaut. 78/93	98,6G	98,6G
9¾ dgl. 82/94	115,6	115,6T
6 TVO-Kraftw. 73/88	100,5G	100G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Silber aus dem Markt; zu Verlusten kam es bei Kupfer. Uneinheitlich notierte Kaffee, während Kakao Gewinne verzeichnete.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	7.7.	4.7.
Juli	245,50	
Sept.	242,25	geschl.
Dez.	245,50	

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board cif.

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)

Südstaaten fob Werk

7.7.	4.7.
25,50	geschl.

MAISÖL New York (c/lb)

US-Mittelweststaaten fob Werk

17,50	geschl.

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Die Euro-Dollar-Depots ermäßigten sich am 8. 7. im Vortagsvergleich in der Spitze um ⅛ Prozent.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,50-0,40	1,19-1,09	2,30-2,10
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,24-1,21	2,28-2,25
Pfund/DM	2,50-0,90	5,10-3,70	8,90-7,50
FF/DM	15+1	29-13	49-33

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8.7.: Tagesgeld 4,55-4,65 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7	4⅝-4¾	4⅝-4⅞
3 Monate	6½-6⅝	4⅝-4¾	4⅝-4⅞
6 Monate	6½-6⅝	4½-4¾	4⅝-4⅞
12 Monate	6⅝-6⅞	4⅝-4¾	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 8.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	975,00	1305,30
5 US-Dollar (Indian)**	610,00	759,70
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	181,50	229,71
1 £ Sovereign Elizabeth II.	171,75	218,60
20 belgische Franken	139,50	185,25
10 Rubel Tscherwonez	181,00	233,70
2 südafrikanische Rand	166,75	211,76
Krüger Rand, neu	742,50	886,35
Maple Leaf	763,50	910,29
Platin Noble Man	970,00	1145,70
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,50	273,03
20 schweiz. Franken „Vreneli"	156,25	206,63
20 franz. Franken „Napoléon"	151,50	201,21
100 österr. Kronen (Neuprägung)	712,00	867,54
20 österr. Kronen (Neuprägung)	141,75	184,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,75	100,04
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	329,50	409,83
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	75,50	108,87

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer

**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 8.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,573	6,55
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	entf.	–
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,75	6,16
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,15	6,47
Deutsche Bk. S	287,80	23.1.95	137,00	9,05
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,95	5,45
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,97	5,45
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,52	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,56	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,60
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,82	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,08	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,34	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,04	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,90	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,54	6,95
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,15	6,55
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,02	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,35	6,50
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,50	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,05	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,40	4,74
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,05	5,21
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,90	4,49
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,70	5,40
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,75
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,625	8,38
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,50	10,32
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,375	8,74
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61	9,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,375	8,43
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,375	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,875	8,39
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,89
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	48,875	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,62	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,2	104,1	105,1
2	5,01	(5,03)	100,0	101,7	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,35	(5,35)	99,05	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,66	(5,66)	97,35	100,9	104,3	107,8	111,3	114,7
5	5,83	(5,83)	96,10	100,7	104,5	108,8	113,0	117,2
6	6,01	(6,02)	94,55	99,95	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,32	(6,35)	92,20	98,25	103,2	108,7	114,2	119,7
8	6,61	(6,61)	89,65	95,70	101,8	107,8	115,9	119,9
9	6,74	(6,75)	87,95	94,50	101,7	107,6	114,2	120,8
10	6,77	(6,78)	86,80	95,85	101,7	108,0	115,1	122,1
15	7,04	(7,04)	80,70	89,70	99,65	107,8	116,8	125,8

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)

**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,621 (112,589)

Performance-Rentenindex: 243,885 (243,794)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	7. Juli	6,819-6,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,65
	60–270 Tage	6,25
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,65
	60 Tage	6,55
	90 Tage	6,50
Certificates of Deposit	1 Monat	6,60
	2 Monate	6,48
	3 Monate	6,45
	6 Monate	6,45
	12 Monate	6,45
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,85
	26 Wochen	5,85
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,27
	30 Jahre	7,16
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	23. Juni	666,4 Mrd. $ (– 1,8 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	139,40	144,50
Dez.	140,25	145,60

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Drückeberger?

Die 68:81-Niederlage war eingeplant. Gezwungenermaßen, denn der übermächtige Gegner war Olympiasieger USA, einer der Titelfavoriten bei der Basketball-Weltmeisterschaft in Spanien. So hätte die Stimmung in der deutschen Nationalmannschaft nicht unbedingt leiden müssen. Denn zudem zeigten die Spieler in Malaga nach ihrer Auftakt-Niederlage gegen Purto Rico und einem Sieg über die Elfenbeinküste ihre bislang beste Turnierleistung. Doch Bundestrainer Ralph Klein stand der Sinn nicht nach Bewertung eines einzelnen Spiels, sondern nach grundsätzlicher Kritik. „So wird der deutsche Basketball Mittelmaß bleiben", sagte er. Keine gut Voraussetzung für das Spiel um Rang drei in der Vorrunde gegen Italien heute abend.

Wie gesagt, nicht die jüngste Niederlage gegen die Erfinder des Basketball-Spiels war der Grund. Ralph Klein ist vielmehr tief enttäuscht über die Art und Weise, wie ihn die besten deutschen Basketballspieler vor jedem Länderspiel und Turnier im Stich lassen, seine Nominierungen in den Nationalkader zu Bittgängen werden lassen. Fünf der besten sagten Klein für die erste WM-Teilnahme einer deutschen Mannschaft ab. Hier standen Examina an, dort fehlte es an der Bereitschaft, für das Turnier Urlaub vom Arbeitgeber zu erbitten. Klein läßt dies nicht gelten: „Was heißt Studium. In Israel haben die Profis neben dem Sport auch studiert oder Berufe ausgeübt." Er fordert vom Verband interne Sperren für „Drückeberger".

Drückebergerei? Oder, wie Klein auch mutmaßt, fehlender Stolz, in der Nationalmannschaft zu spielen?

Für diejenigen, die mit den Spielern in den Vereinen arbeiten, sieht die Angelegenheit einfacher aus. „Solange es bei uns keine professionellen Spieler gibt", sagt Peter Krüssmann, Trainer des SSV Hagen, „wird nie die stärkste Nationalmannschaft antreten." Und: „Wer fragt schon in zehn Jahren im Beruf danach, ob man einmal gegen die USA gespielt hat?"

Sicherlich haben auch die Vereine ein Interesse an einem starken, daher werbewirksamen Nationalteam. „Doch es müssen dazu langfristige Zeitpläne mit Spielern, Klubs und dem Verband ausgearbeitet werden", sagt Otto Reintjes vom Meister Leverkusen.

Da liegt es auch am Verband, der wachsenden Kommerzialisierung des Sports entgegenzublicken und mit Sponsorenhilfe die Nationalmannschaft attraktiver zu machen. Dies meint jedenfalls auch Hans Leciejewski, der Delegationschef der deutschen Mannschaft in Spanien.

Ralph Klein, der professionell arbeitende Trainer, der gewohnt ist, mit Profis umzugehen, sieht mehr. Er komme, so sagte er schon vor einem Jahr, „mit der deutschen Mentalität nicht zurecht". Aber vielleicht ist der Israeli in einem Land, in dem sein Sport noch nicht berufsmäßig ausgeübt wird, einfach nur am falschen Platz.

JÖRG STRATMANN

STAND ● PUNKT

Weltrekord der amerikanischen Siebenkämpferin Jackie Joyner bei den Goodwill Games in Moskau

„Ich wußte, daß alles von allein kommt, wenn ich meine Möglichkeiten in den Übungen umsetze"



Gleich fünf persönliche Bestleistungen: Jackie Joyner FOTO: AP

sid, Moskau

Bob Kersee, der Trainer und Ehemann, hatte Ende Mai auch den Propheten gespielt. Als Jackie Joyner im österreichischen Götzis 6841 Punkte zusammentrug, sagte Bob: „Sie kann in diesem Jahr weit über 7000 machen. Ich möchte mit Jackie den Beweis antreten, daß die Siebenkämpferinnen der Sowjetunion und der DDR nicht unschlagbar sind. Am besten schon bei den Goodwill Games." In Moskau wurde eine Utopie zur Realität: 7148 Punkte standen am Montag abend unter dem Strich.

„Ich wußte, daß alles von allein kommt, wenn ich meine Möglichkeiten in den einzelnen Übungen umsetzen kann. Aber an diese Punktzahl muß ich mich auch erst einmal gewöhnen", meinte die Olympiazweite von Los Angeles. Die 24jährige Kalifornierin wurde zum weiblichen Gegenstück ihres Landsmannes Rafer Johnson, der im Juli 1958 in Moskau – ebenfalls als erster Farbiger – einen Zehnkampf-Weltrekord aufgestellt hatte. Oder aktueller: Pendant von Englands Daley Thompson, der 1980 im Leninstadion seinen ersten Olympiasieg errang.

An jener Stelle, wo Nadeschda Tkatschenko 1980 beim Olympiasieg den alten Fünfkampf-Weltrekord ähnlich sensationell von 4856 auf 5083 Punkte gesteigert hatte, lag die Schwester von Dreisprung-Olympiasieger Al Joyner am Ende 202 Punkte über der bisherigen Bestmarke von Sabine Paetz aus der „DDR" (6946). Sybille Thiele („DDR") und Natalia Schubenkowa (UdSSR) wurden mit 6635 und 6631 Punkten förmlich deklassiert. Dennoch sind sie derzeit die Weltbesten hinter Jackie.

In fünf Disziplinen stellte die 67 Kilogramm schwere, 179 Zentimeter große Ausnahme-Athletin mit dem ausgeprägten Bewegungsgefühl persönliche Bestleistungen innerhalb des Siebenkampfs auf. Es begann mit dem USA-Rekord von 12,85 Sekunden über 100 Meter Hürden, dem 1,88 Meter im Hochsprung folgten, zum Abschluß des ersten Tages 23,00 über 200 Meter. Am Schlußtag sprang sie 7,01 Meter weit, warf den Speer 49,86 Meter. Nur im Kugelstoßen (14,76 Meter) und im 800-Meter-Lauf (2:10,02) war sie schon besser.

Was erst unter dem Strich gestanden hätte, wenn sie wie im Vorjahr im Einzelwettbewerb von Zürich 7,24 Meter weit gesprungen wäre – nicht auszudenken. „Es klingt unter dem Eindruck des Rekordes verrückt, aber Jackie hat ihre Grenzen sicher noch nicht erreicht", sagt Kersee, dessen Frau im April in Walnut – allerdings bei Handstoppung – schon 6910 Punkte erreicht hatte. Bereits im Vorjahr war sie mit 6718 Nummer eins der Weltrangliste, hatte 1984 den Olympiasieg um fünf lumpige Punkte verpaßt. Nach einem weiteren Siebenkampf im September in Tallence/Frankreich will Kersee im WM-Jahr 1987 mit Jackie den Weitsprung forcieren. Auch hier ist für die Konkurrenz also Vorsicht geboten.

Am Montag hüpften in Moskau drei Sowjet-Athletinnen weiter als Jackie: Galina Tschistjakowa 7,27 Meter, Jelena Belewskaja 7,17 Meter und Irina Waljukewitsch 7,07. Am Tag, als Olympiasieger Carl Lewis (USA) eintraf – er soll heute 100 Meter laufen – verfehlte Marina Stepanowa in 53,81 Sekunden den 400-Meter-Hürden-Weltrekord nur um 26 Hundertstel, sprang Stefka Kostadinowa (Bulgarien) 2,03 Meter hoch und siegte vor Olga Turtschak (UdSSR), die als zehnte Frau die Zwei-Meter-Grenze überflog (2,01), lief Floyd Heard (USA) in 20,12 Jahres-Weltbestzeit über 200 Meter. Aber was war das alles schon gegen Jackie Joyners Punkteberg?

Die Schwimmwettbewerbe der Goodwill Games in Moskau, die Generalprobe für die Weltmeisterschaften vom 13. bis 23. August in Madrid, haben die Athleten aus den USA für sich entschieden. Mit 15 von 34 möglichen Goldmedaillen lag die zweite Garnitur der Amerikaner vor den besten Schwimmern des Gastgebers UdSSR (13 Goldmedaillen). Zum Abschluß erlitt der sowjetische Olympiasieger Wladimir Salnikow über 400 Meter Freistil als amtierender Weltmeister eine überraschende Niederlage: Der 18jährige Amerikaner Sean Killion wurde in 3:51,91 Minuten gestoppt, der 26jährige Salnikow lag auf Rang zwei neun Hundertstelsekunden zurück.

Im ersten Spiel des Volleyball-Turniers in Moskau unterlag das deutsche Damen-Team der Mannschaft aus der UdSSR in nur 45 Minuten mit 0:3 (8:15, 1:15, 0:15). Allerdings sollen sich die Spielerinnen von Bundestrainer Andrzej Niemczyk in Moskau ganz auf das Spiel gegen Vize-Weltmeister Peru konzentrieren, der bei der WM Anfang September in der CSSR Gruppengegner ist.

REITEN / WM Aachen

Die deutsche Equipe ist Außenseiter

dpa, Aachen

Die letzten Weltcup-Turniere und die olympischen Entscheidungen 1984 in Los Angeles haben sie fast ganz allein bestimmt. Nun nehmen die Springreiter aus den USA auch bei der XI. Weltmeisterschaft, die gestern abend in der Aachener Soers eröffnet wurde, eine Ausnahmestellung ein. Sie sind die großen Favoriten unter den 75 Reitern aus 25 Ländern.

„Wir haben vier gute Reiter mit vier guten Pferden." US-Trainer George Morris gibt eine einfach klingende Erklärung für die Erfolge, mit denen vor allem die Amazonen, aber auch die Reiter seines Landes auf sich aufmerksam gemacht haben: Conrad Homfeld mit Abdullah, Michael Matz mit Chef, Katherine Burdsall mit The Natural und Kathie Monahan mit Amadia.

Das deutsche Aufgebot – so sieht es Teamchef Hans Günter Winkler, so sehen es die Reiter selbst – ist nach den Jahren des Erfolgs nur Außenseiter. Europameister Paul Schockemöhle mit Deister hat wie Michael Rüping mit Silbersee schon Erfahrung bei internationalen Meisterschaften gesammelt. Doch Bernhard Kamps mit Argonaut und Klaus Reinacher mit Windus sind Neulinge. Trotzdem will US-Trainer Morris nichts von einer vorzeitigen Medaillen-Vergabe wissen: „Die Erfahrung in Nationen-Preisen, das Kennen der besonderen Bedingungen in Europa, das sind sicher Vorteile."

Doch eine Medaille in der Mannschafts-Weltmeisterschaft – sie wird schon morgen entschieden – wäre für die deutsche Springreiter-Equipe ein ungewöhnlicher Erfolg. Engländer, Franzosen und Schweizer gelten neben Nordamerikanern als erste Anwärter auf Edelmetall. Gerade die Reiter von der britischen Insel wußten in Aachen immer zu überzeugen; und sie scheinen mit den Whitaker-Brüdern sowie den Profis Nick Skelton und Malcolm Pyrah auch diesmal die richtige Mischung gefunden zu haben.

Weitaus größer ist der Kandidaten-Kreis für die Einzel-Medaille. Vor dem am Sonntag stattfindenden Finale der besten Vier gibt es ein hartes Ausleseverfahren: Nach der Mannschaftsentscheidung dürfen nur noch die führenden 20 Reiter nach Art der olympischen Einzelentscheidung über Oxer und Steilsprünge gehen, um sich einen Platz im großen Finale mit dem vor allem beim Publikum so beliebten Pferdewechsel zu sichern. Eine Eigenart des WM-Finales, der die Reiter selbst stets mit gemischten Gefühlen entgegensehen. „Wer sein Pferd am besten ausgebildet hat, hat es am schwersten, weil mit einem sehr gut ausgebildeten Pferd auch die anderen drei Konkurrenten besser zurechtkommen", meint Paul Schokkemöhle.

Bei den letzten drei Titelkämpfen waren die deutschen Reiter allerdings gerade mit dem Pferdewechsel besonders erfolgreich. Hartwig Steenken (1974), Gerd Wiltfang (1978) und Norbert Koof (1982) holten die Weltmeisterschaft in die Bundesrepublik. Sie siegten gegen die Besten der Welt, denn bei den Olympischen Spielen der vergangenen Jahre fehlten immer ein paar gute Profis. Ein wertvoller Titel also. Und das Interesse zeigen in Aachen deutlich jene neun Nationen, die den weiten und aufwendigen Weg aus Nord- und Südamerika sowie aus Australien nicht gescheut haben.

NACHRICHTEN

Kankunnen vor Alen

Auckland (dpa) – Die Finnen Juha Kankunnen/Juha Pironen auf Peugeot 205 T 16 gewannen die Rallye Neuseeland, den 7. Lauf zur Weltmeisterschaft, vor ihren Landsleuten Alen/Kivimäki auf Lancia.

Olsen zum FC Köln

Kopenhagen (sid) – Morten Olsen (36), Kapitän und Libero der Fußball-Nationalmannschaft Dänemarks, unterschrieb einen Einjahresvertrag beim Bundesligaklub 1. FC Köln. Olsen kostete keine Ablöse. Sein Jahresgehalt soll 500 000 Mark betragen.

Christa Merten ist tot

Marbella (sid) – Christa Merten, ehemalige Hallen-Weltrekordlerin im Mittelstreckenlauf, starb im Alter von 41 Jahren bei einer Operation im Krankenhaus von Malaga. Sie war mit schweren Kopfverletzungen in ihrer Wohnung in Marbella gefunden worden.

Wegmann: Fußbruch

Gelsenkirchen (dpa) – Mittelstürmer Jürgen Wegmann, für 1,3 Millionen Mark von Dortmund zu Schalke 04 gewechselt, erlitt am ersten Tag des Trainingslagers in Billerbeck einen Bruch im linken Mittelfuß. Er wird zwei Monate pausieren müssen.

McEnroe: Comeback

New York (sid) – Der Amerikaner John McEnroe hat nach monatelanger Turnierpause sein Comeback angekündigt. Er will am 2. August beim Grand-Prix-Turnier in Stratton Mountain (USA) starten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Auslosung der ersten Pokal-Hauptrunde, die Spiele der Bundesligaklubs (30./31. August): Mannheim – Blau-Weiß Berlin, Aachen – Hamburger SV, Homburg – Saarbrücken, Bielefeld – Düsseldorf, Kassel – Mönchengladbach, Nürnberg – Karlsruhe, Gütersloh/Reken – Köln, Duisburg – Schalke 04, Remscheid – Bochum, FSV Frankfurt – Bayern München, Meppen/Uelzen – Dortmund, Bingen – Bremen, Heider SV/Friedrichstadt – Uerdingen, Hertha BSC – Kaiserslautern, Amberg – Leverkusen, Paderborn/Neuhaus – Stuttgart.

LEICHTATHLETIK

Goodwill Games in Moskau, Männer, 200 m: 1. Heard (USA) 20,12, 400m : 1. McKay (USA) 44,98, 5000 m: 1. Padilla (USA) 13:46,65. – Frauen: 400 m Hürden:1. Stepanowa (UdSSR) 53,81, Hochsprung: 1. Kostadinowa (Bulgarien) 2,03, Weit: 1. Tschistjakowa (UdSSR) 7,27, Kugel: 1. Lissowskaja (UdSSR) 21,37.

TENNIS

Weltrangliste nach dem Turnier von Wimbledon: 1. Lendl (CSSR), 2. Wilander (Schweden), 3. Noah (Frankreich), 4. Becker (Deutschland), 5. Connors (USA), 6. Edberg (Schweden), 7. McEnroe (USA), 8. Nystroem (Schweden), 9. Leconte (Frankreich), 10. Mayotte (USA).

BASKETBALL

WM in Spanien, Gruppe A: Spanien – Griechenland 87:86, Brasilien – Panama 88:85, Gruppe B: UdSSR – Israel 114:77, Australien – Uruguay 74:77, Gruppe C: USA – Deutschland 81:68, Italien – Puerto Rico 78:55, Gruppe D: Kanada – Argentinien 96:82, Jugoslawien – Niederlande 95:74.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 046 541,40, 2: 87 211,70, 3: 5806,90,90, 4: 102,70, 5: 8,10. – **Toto,** Elferwette: 1: 256 991,80, 2: 3472,80, 3: 223,60. – **6 aus 45:** 1: unbesetzt, Jackpot 418 329,90, 2: unbesetzt, 3: 7641,60, 4: 115,50, 5:9,40. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 522,00, 2: 66,30. – Rennen B: 1: 37,50, 2: 31,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt (ohne Gewähr).

TOUR DE FRANCE

Ein Team spielt Mühle

sid, Evreux/Villers-sur-Mer

„Systeme U" – das ist seit fünf Tagen das Erfolgssystem bei der 73. Tour de France. Die Fahrer mit dem großen „U" auf dem Trikot, strampelnde Reklamesäulen einer französischen Ladenkette, diktieren das Rennen und nehmen die Plätze eins bis sechs ein: 1. Gaigne, 2. Marie, 3. Mottet, 5. Madiot, 6. Boyer, dazwischen Kapitän Laurent Fignon als Vierter.

Cyrille Guimard (39), der sportliche Leiter und Stratege seines Rennstalls, läßt seine Fahrer gleichsam Mühle spielen mit der Konkurrenz. Sein System ist so gut abgesichert, daß das Gelbe Trikot wenigstens noch bis zum Wochenende verteidigt wird. Und wenn Fignon (26) nach seiner Achillessehnen-Operation und seinem überstandenen Schlüsselbeinbruch tatsächlich in der Form seiner Siegerjahre von 1983 und 1984 auftreten sollte, wird er am Samstag nach dem Einzelzeitfahren von Nantes der neue Spitzenreiter sein.

Ganz anders die Situation in der Equipe von Bernard Hinault (Frankreich). Zwei Minuten Rückstand für den fünfmaligen Tour-de-France-Gewinner und seinen amerikanischen Kronprinzen Greg Lemond (USA). Keiner der beiden Favoriten ist in Bestform. Auch Hinaults Versprechen, 1986 Vize-Weltmeister Lemond zum Sieg zu führen, scheint vergessen. Hinault möchte selbst noch einmal gewinnen, und als Erster den sechsten Triumph bei der Tour erringen. Fignon könnte von diesem Streit profitieren.

EISHOCKEY / Meister Kölner EC plant Revolution in der Bundesliga

Aktien-Gesellschaft mit Spielern als Sacheinlage – ein unsicherer Plan?

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Mitten in der Sommerpause erlebt der Kölner Eishockey-Club einen ungeahnten Boom. In der Geschäftsstelle und bei den Mitgliedern des Vorstandes klingelt pausenlos das Telefon. Alle Anrufer haben dasselbe Anliegen: Sie wollen Aktien kaufen.

„Es ist schon verrückt", sagt Präsident Heinz Landen. „Ich muß den Leuten versprechen, daß ich Ihnen auf jeden Fall einige Aktien reservieren werde. Dabei ist doch noch gar nicht sicher, ob das Unternehmen überhaupt zustande kommt. Ich bin ganz unglücklich darüber, daß das schon in die Öffentlichkeit geraten ist. Denn bis jetzt ist das Ganze nur eine große Idee von uns. Es muß erst mal geprüft werden, ob sie sich überhaupt verwirklichen läßt."

Das, was Heinz Landen als „große Idee von uns" bezeichnet, ist ein Plan, der im deutschen Sport einer Revolution gleichkommt. Nach dem Willen des KEC-Vorstandes soll die Profi-Abteilung des Eishockey-Vereins in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Was in England, Spanien und Italien bereits praktiziert wird, könnte im deutschen Sport zu einem Präzendenzfall werden. Sinn der Aktion: „Wir wollen zu Bargeld kommen", sagt Heinz Landen. Der Plan: 20 000 Aktien sollen zu einem Nennwert von 200 Mark auf den Markt gebracht werden. Damit würde die Kölner Eishockey-AG vier Millionen Mark einnehmen. „Dieses Geld werden wir festverzinslich und mündelsicher anlegen. Wahrscheinlich in Immobilien", so Landen. Bei einem Zinssatz von zehn Prozent könnte die AG einen Gewinn von 400 000 Mark pro Jahr verbuchen.

Doch zunächst ist die Zustimmung der rund 500 Mitglieder erforderlich. Sie werden auf der Jahreshauptversammlung („ein Termin steht noch nicht fest, wahrscheinlich aber Ende August oder Anfang September", so Heinz Landen) über ein Kommerzialisierungskonzept zu entscheiden haben, das in den nächsten Wochen von Rechtsanwälten und Steuerberatern erstellt wird.

Schwierigkeiten aufgrund des Aktien- oder Vereinsrechts sind nicht zu erwarten. Das geht aus einer Dissertation hervor, in der sich der Jurist Klaus-Wilhelm Knauth mit der Umwandlung von Lizenzspielerabteilungen im Fußball zu Aktiengesellschaften auseinandergesetzt hat. Er sieht nur ein Problem, das auch dem KEC zum Verhängnis werden könnte: „Das Problem der Sacheinlagefähigkeit von Berufsfußballspielern kann erst dann beantwortet werden, wenn zuvor geklärt ist, ob die Zahlung von Ablösesummen ... nicht gegen die elementarsten Grundsätze unserer Rechtsordnung verstößt."

Genau daran könnte das Kölner Vorhaben scheitern. Denn der KEC-Vorstand plant, 51 Prozent der Aktien selbst zu erwerben. Den Gegenwert für die 51 Prozent will er nicht in Geldbeträgen sondern durch Sacheinlagen bereitstellen. „Wir wollen unsere Spieler als Kapital einsetzen", so Heinz Landen. „Denn allein die offiziell vom Deutschen Eishockey-Bund festgelegten Ablösesummen weisen für uns einen Wert von drei Millionen Mark aus. Dieser Betrag soll unsere Sacheinlage sein."

Sollte trotz der ungeklärten Rechtslage der Ablösesummen die Möglichkeit bestehen, Spieler als Sacheinlage einzusetzen, so ist immer noch zu klären, ob der Verein überhaupt als Gründer der Aktiengesellschaft auftreten kann. Vermutlich wird er sich durch Strohmänner vertreten lassen müssen, da ein Verein keine Rechtsfähigkeit besitzt.

Darüber hinaus würde sich im Falle der Gründung einer Aktiengesellschaft nur wenig ändern. Der Verein bleibt in seiner Struktur erhalten. Er wird auch weiterhin für den Spiel- und Trainingsbetrieb verantwortlich sein und unterliegt weiterhin den Bestimmungen des Deutschen Eishokkey-Bundes, in den die Aktiengesellschaft ihrerseits nicht aufgenommen werden kann. Präsident Landen hofft aber auf den Idealfall, daß der künftige Aufsichtsrat und Vorstand, die in jeder Aktiengesellschaft gesetzlich vorgeschrieben sind, identisch sein werden mit den Personen, die bereits jetzt den Klub leiten. „Wir brauchen für diese AG keine zusätzlichen Arbeitskräfte und keinen Geschäftsführer. Ihr einziger Vorteil ist, daß wir zusätzlich Geld verdienen können, ohne etwas dafür tun zu müssen."

Die dritte Quelle von ARD und ZDF nach Gebühren und Reklame

Man achte auf Schleichwerbung!

Ob „Lindenstraße" oder „Schwarzwaldklinik", „Up to Date" oder „P. I. T." – ARD und ZDF scheuen sich nicht mehr, Reklame einzubauen. Das ZDF hat eine siebenköpfige Redaktion gebildet, die sich ausschließlich mit „Kooperations-Geschäften" befaßt. Sie späht innerhalb des Hauses aus, welche Sendungen sich für die heimliche Werbung eignen. Chef dieser Redaktion ist Burkhard Mrosek (47). Er sagt: „Wir erarbeiten die Konzepte für die Nutzung der Nebenrechte meist schon, wenn die Sendungen noch in der Planung sind. Die Barerlöse, die wir erzielen, fließen ins Programm. Wenn wir Sachleistungen erhalten – Freiplätze auf Schiffen, Flugzeugen oder wenn uns bei aufwendigen Show-Produktionen Orchester kostenlos beigestellt werden –, sparen wir das Geld ein. Die Beträge bei Barleistungen und Sachaufwendungen pendeln zwischen 30 000 Mark und einer Million."

Wie solche „Koop-Geschäfte" in der Praxis ablaufen? Ist eine Serie geplant, in der eine Kneipe im Mittelpunkt steht, so fragt das Fernsehen beim Verband der Bierbrauer an, was es ihm denn wohl wert sei, wenn die Kamera Biergläser und -flaschen einfange. Ungefährer Preis: 300 000 Mark. Auch Schallplatten, vom Moderator angepriesen, sind ein gutes Geschäft. ARD und ZDF erhalten zwischen einer und 2,50 Mark pro verkaufter Platte oder Kasette. Die Industrie ist nicht kleinlich, denn es lohnt sich für beide Seiten. Bei der „Superhitparade" mit Dieter Thomas Heck wurden 1,2 Millionen Stück umgesetzt, bei James Last 400 000. Die Produktionskosten für die Fernsehsendungen können auf diese Weise hereingeholt werden.

Als die „Astor" als „Traumschiff" durch die Meere schipperte, spendierte die Hadag-Reederei dem ZDF-Team und den Schauspielern für eine Million Mark Freipassagen. Bei „Schöne Ferien" zahlte TUI eine halbe Million. Die „Lufthansa" gab Freiflüge für 300 000 Mark, damit das ZDF in „Grenzenloses Himmelblau" starten konnte. Alle diese Partner sind nur an einem interessiert: daß ihre Produkte und Embleme möglichst bildschirmfüllend gezeigt werden. Für diese „öffentlich-rechtliche" Werbechance blätterte „Medico", von der die Aerobic-Truppe „Enorm in Form" ausgestattet wurde, fast eine Million Mark auf den Tisch.

Während es früher üblich war, daß Film und Fernsehen zahlten, um eine Dreherlaubnis zu bekommen, ist es heute umgekehrt. Diskotheken-Besitzer winken mit bis zu 100 000 Mark, wenn Peter Illmann mit seiner „P. I. T.-Show" zu ihnen kommt. „Natürlich wird der Name der Diskothek oft von der Kamera erfaßt. Dieser Werbeeffekt ist die Vertragsgrundlage mit dem ZDF", sagt „P. I. T."-Produzent Holm Dressler.

Auch die Moderatoren fahren dabei nicht schlecht. Kann es sein, daß sie so gern Turnschuhe tragen, weil sie dafür bezahlt bekommen? Die Sportartikel-Industrie hat mit einigen von ihnen Absprachen oder Verträge und kleidet sie ein. Dafür werden ihnen 60 000 bis 100 000 Mark in die Hand gedrückt. Die Industrie spart dabei immer noch eine Menge, denn eine einzige Werbeminute kostet bis zu 100 000 Mark. Peter Illmann: „In ‚Formel Eins' bekam ich die Schuhe. Über das Honorar spreche ich nicht."

Und Dieter Thomas Heck erzählt: „Auch ich wurde gebeten, Turnschuhe zu tragen. Aber aus dem Alter bin ich ja wohl heraus." Dazu Burkhard Mrosek: „Was Fernsehlieblinge tragen, hat besonders für junge Leute Signalwirkung."

Bei ARD und ZDF weiß man von diesen Verträgen. Doch in den meisten Fällen wird ein Auge zugedrückt. Mrosek: „Der Sender bestimmt die Garderobe. Es könnte durchaus verlangt werden, daß die Firmensymbole unkenntlich gemacht werden." Das allerdings hat man den Publikumslieblingen noch nicht angetan.

H. LIETZBERG

KRITIK

Jugendbild der Tochter aus strengem Hause

Kühle, Distanz, der Wille zur sozialen Dokumentation charakterisieren die Filme des französischen Regisseurs Maurice Pialat; vor allem Jugend in Fankreich ist sein Thema. Für die Rolle der haltlosen Suzanne in **Auf das, was wir lieben** (1983) fand er als Debütantin die damals 15jährige Sandrine Bonnaire, die für diese Rolle mit dem Prix du jeune espoire, dem französischen Filmpreis für die beste Erstlingsrolle des Jahres ausgezeichnet wurde. Das „Außergewöhnliche", das Pialat damals in dem jungen Mädchen entdeckte, wurde im vergangenen Jahr bestätigt. Für ihre Rolle in Agnes Vardas Film „Vogelfrei", der auf den Filmfestspielen von Venedig den Goldenen Löwen erhielt, wurde sie in Paris als beste Schauspielerin des Jahres 1985 ausgezeichnet. Pialat ist in seinem Film Suzannes Vater.

Der Film ist die Geschichte eines heutigen Mädchens, das sich in immer neue Liaisons mit jungen Männern stürzt, aber nicht, um die wahre Liebe zu suchen, sondern um die Fähigkeit zu finden, glücklich zu sein und zu lieben. „Es ist wirklich nicht komisch, nicht zu lieben", sagt sie einmal, „ich liebe meinen Vater."

Suzanne bricht aus der strengen Zucht ihrer autoritären Eltern, die eine kleine Schneiderwerkstatt für Pelzmäntel betreiben, in dem Moment aus, wo der Vater ihre Mutter, die sie nicht liebt, verläßt. Ihre Suche nach dem Vater in jeder Liaison, dieses Lieben als Kompensation für die Enttäuschung über den Vater, erfährt eine Parallele in der Mutterbeziehung ihres Bruders, der seine Lebensunfähigkeit und Weltscheu hinter ihr versteckt. Wieder wird hier im Film das Bild der inneren Nöte der Jugend in einer Welt verlorener Werte und ohne Zukunft gezeigt. Die Gefühlsbindungen werden durch die Unglaubwürdigkeit anderer Beziehungen als denen des Körpers zerstört. Jede Bindung wird sogleich zur Erpressung, zur Einschränkung.

Hat der Film zu Beginn Längen, gewinnt er zunehmend an Konzentration und Glaubwürdigkeit. Zum Schluß jedoch wird dieses Sittenbild durch Geschwätzigkeit zerstört. Ein Film bedarf nicht der eigenen Erklärung. Hier wird jedoch, zumal in der Hochzeitsfeier am Ende, bei der der Vater wieder auftaucht, die Deutung mitgeliefert.

schw.

Störsender: So schießt der Osten Eigentore

In der internationalen Schlacht im Äther auf allen Wellen, die zur Zeit mit bisher nie gekannter Heftigkeit tobt, ist Unerhörtes zu beobachten: Die weltweite Hörbarkeit des Giganten Radio Moskau hat ganz erheblich gelitten. Noch schlimmer für den größten Auslands-Radiodienst der Welt (rund 300 Kurzwellensender, Programme in fast 80 Sprachen) ist: Sogar in Westeuropa ist der Empfang zum Problem geworden. Das war im vergangenen Jahr noch unvorstellbar. Für diese enorme Verschlechterung der Hörbarkeit von Moskaus Auslandsdienst gibt es drei Haupt-Gründe:

Der für den Laien unvorstellbar starke Einsatz von Störsendern im Osten gegen die Radiostimmen der freien Welt wird mehr und mehr zum Bumerang für eben diese Ostsender. Und im jetzt herrschenden Sonnenflecken-Minimum sind die KW-Bänder hoher Frequenzen (z. B. 11, 13, 16 und z. T. sogar 19 m) kaum zu gebrauchen. Folglich drängt sich alles in den verbleibenden Bändern der niedrigen Frequenzen (25, 31, 41 und 49 m) stark zusammen: gibt es Band-Überfüllungen. Grund Nr. drei: Gegen die Störsender-Strategie des Ostens (2500 Störsender mindestens sind in Betrieb und kosten allein die UdSSR jährlich umgerechnet fast zwei Milliarden Mark) haben die geschädigten Sender der freien Welt – von der „Voice of America" im Westen bis „Kol Israel" im Nahen Osten – „Abwehrmaßnahmen" getroffen. Dazu gehören zeitliche und Frequenz-Abstimmungen zwischen den Sendern im Westen; dazu gehören ferner (zur Erschwerung der Störsender-Arbeit) gezielte Frequenzbelegungen, bei denen man sich hart neben einen osteuropäischen Radio-Kanal legt. Ein Störsender im Osten „trifft" dann unweigerlich auch Signale aus Moskau, Sofia, Ost-Berlin usw.

Ein Empfangstest vor ein paar Tagen zur Abendsendung in Deutsch aus Moskau (22 bis 22.30 Uhr MESZ) hatte dieses Ergebnis: Von fünf KW-Frequenzen aus Moskau zwischen 6130 kHz im 49-m-Band und 11 960 kHz im 25-m-Band war nur eine einzige sauber zu empfangen (7420 kHz, oberhalb des 41-m-Bandes). Noch vergangenes Jahr war es normal, daß, wenn Moskau auf fünf KW-Kanälen für Deutschland sendete, auch alle fünf Wellen besten Empfang boten.

HERMANN JÄGER

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 Ratgeber Hongkong-Küche
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Was bin ich?
11.10 Wenn die Donnervögel kommen
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
15.50 Tagesschau
16.00 Erst stirbt das Wasser
Greenpeace gegen Rhein-Verschmutzer
16.45 Denkste!?
Im Kopf brennt noch Licht!
17.45 Tagesschau
Anschl.: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Laufen, leiden, länger leben
Während des Winterurlaubs bricht Helmut in der Loipe zusammen. Von nun an will er Ertüchtigung „wissenschaftlich" betreiben. Seine Frau Helga sucht Abwechslung beim Tennis. In ihrem Trainer findet sie einen verständnisvollen Partner. Und Dorothee, Helmuts Jogging-Partnerin, hat es nicht nur sportlich auf ihn abgesehen.
21.40 Brennpunkt
Alpenkrieg – Wenn es dem lieben Nachbarn nicht gefällt
22.30 Tagesthemen
23.00 Craig Russell in Concert
Satirische Schärfe und Frechheit zeichnen Craig Russell bei der Parodie aus. Er wird live von einem Orchester begleitet.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Wayne und Shuster-Show
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Western von gestern
Jagd auf Apachen-Jack
18.20 Western von gestern
Anschl.: Lotto am Mittwoch (A)
18.55 Lotto am Mittwoch (B)
19.00 heute
19.30 Direkt
Themen: Polizei gegen Demonstranten. Jugendarbeitslosigkeit. Öko-Gruppe Hamburg-Ohlsdorf. Tip: Toskana-Urlaub
20.15 ZDF-Magazin
Themen: SPD-Sicherheitspolitik. Von Berg enthüllt Stasi-Praktiken. Freiheitsbewegung in Angola
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.10 Sport-Reportage
Themen: Weltmeisterschaft der Springreiter. Basketball-WM: Deutschland – Italien
22.55 Dach überm Kopf
„DDR"-Spielfilm (1980)
Mit Renate Geißler, Dieter Frank
Regie: Ulrich Thein
0.40 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Aachen
Von der WM der Springreiter
21.45 eff-eff
Themen: Tips für Wassersport. Wanderschuhe. Unbekanntes Nordfriesland. Frisbee
22.30 Berlin, Chamissoplatz
Deutscher Spielfilm (1980)
0.15 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Chemotherapie gegen Krebs
19.15 TV-Kochbuch
Elsässer Sauerkraut
19.30 Agrarland UdSSR (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
21.00 Offerte
21.15 Erbe der Väter (2)
22.10 On the Bowery
Nachts in Manhattan (1)
23.10 Showtime at the Apollo
Nachts in Manhattan (2)
23.40 Nachrichten

HESSEN
19.20 Hessenschau
ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
16.00 Mein Freund, der Otter
Amerikanischer Spielfilm (1969)
17.30 Englisch für Anfänger
18.00 Sesamstraße
18.30 Im Land der Kreidezeichnungen
18.35 Matt und Jenny (1)
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Südafrika im Abseits
20.10 Detektei Blunt (5)
Krimiserie von Agatha Christie
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Tender Saar im Einsatz
21.45 Das Beste aus der Hobbythek
22.15 Scarface – das Narbengesicht
Amerikanischer Spielfilm (1952)
23.45 Nachrichten

BAYERN
19.00 Die Rose von Würzburg
Unterhaltungs-Festival
20.30 Die Malerin Sis Koch
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Hollywood (5)
Aus der Stummfilmzeit
22.35 Lese-Zeichen
23.05 Z. E. N.
Goethes Italien-Reise
23.10 Nach Studium Diener werden?
Kluge Köpfe endecken eine Marktlücke
23.55 Rundschau
0.00 News of the Week

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
Anschl.: Secret Squirrel
16.00 Musicbox
17.00 Der Magier
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Anschl.: Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Sport
19.45 Die heimliche Gräfin
Filmlustspiel, Österreich 1942
21.30 APF blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 FBI
Die Entführung
Anschl.: APF blick

1 PLUS

19.00 Kulturlandschaft: Eifel
19.45 Follow me (14)
20.00 Tagesschau
20.15 Das Gold der Wüste
21.05 MS Franziska
Pfannkuchen und Genever
22.05 Vor uns die Hölle
Amerikanischer Spielfilm (1959)
23.35 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
Ein Sachse in Osnabrück
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Wenn der weiße Flieder wieder blüht
Deutscher Spielfilm (1953)
Mit Magda Schneider, Romy Schneider, Herta Feiler, W. Fritsch
Regie: Hans Deppe
21.05 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Terra-X
Die gefiederte Schlange
Den Indianern Mexikos verkörpert sie einen Gott.
22.30 Begegnungen
Der niederländische Theologe Willem A. Visser't Hooft
23.35 Nachrichten



18.15 Da-Da-Damals
oder Regionalprogramme
18.35 Knight Rider Spezial
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Keinen Cent für Ringos Kopf
Italienischer Spielfilm (1964)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye auf Hawaii
22.15 Wer bin ich?
22.40 Dreimal um die ganze Welt
W. Erdmanns Segel-Abenteuer
23.10 Geheimauftrag für John Drake
23.30 Wetter / Horoskop / Betthupferl

An die ewig Morgigen

mar – Nein, das darf nicht sein! Da haben mehr als hundert Künstler einen Brief an den Ministerpräsidenten Franz Joseph Strauß unterschrieben, in dem sie die Förderung der Künste in bayerischen Landen loben und dieser Politik ihre Unterstützung zusagen. Das Echo darauf war erstaunlich.

Nun ist es zwar nichts Neues, daß Künstler ihren Namen unter irgendwelche Appelle und sich selbst aufs hohe Roß der Besserwissenden setzen. Diesem Ausstoß an Anti-Unterschriften stand bislang nichts gegenüber. Deshalb sind jetzt die Organisatoren solcher Protest-Papiere äußerst verstört, weil ein gutes Hundert auf die gern zitierte Frage Erich Kästners „Wo bleibt das Positive?" nicht branchenüblich „Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt", sondern deutlich „hier, in Bayern" geantwortet hat.

„Lemuren für Strauß" hieß prompt die Medien-Einheitsmelodie. Das eigenartige war dabei jedoch, daß alle mehr oder weniger auf dieselben paar Namen zurückgriffen, die die SPD-Abgeordnete in der Aktuellen Stunde des Bundestages als „Kulturschickeria" vorgegeben hatte. Axel von Ambesser, Sonja Ziemann, Hermann Prey, Ellen und Alice Kessler gehören ihrer Meinung nach dazu. Der „Süddeutschen" fielen dieselben Namen auf, wenngleich sie das „Letzte Aufgebot" noch um Pfleghar, O. W. Fischer und Robert Lembke vermehrte. Auch der „Stern" begnügte sich mit diesem Repertoire. Die „FAZ" registrierte noch Heinz Piontek als „einzigen namhaften Schriftsteller", der unterschrieb. Und selbst der „Spiegel", der gern nachweisen wollte, daß die meisten Unterschriften getürkt waren, erntete zwar Maulen, aber außer von Hans Christian Blech keinen Rückzieher.

Der Tenor aber war durchgängig derselbe: So etwas tut man nicht, und wer so etwas tut, ist kein Künstler. Punktum. Daß fast zur selben Zeit Peter Maffay Lob gezollt wurde, weil er sich Lafontaines Anti-Atom-Schickeria anschloß, irritierte keinen, wie auch früher die Damen und Herren der Unterhaltungsbranche als Wahlkampfzeugen für die SPD wohl gelitten und wacker belobigt wurden. Auch daß ein Hans Maier ganz andere Erfolge vorzeigen kann als eine Helga Schuchardt, zählt nicht. Die Parole heißt: Der Geist steht links. Immer. Und nur Defätisten fällt dazu wiederum Erich Kästner ein: „Es gibt nicht nur die ewig Gestrigen, es gibt auch die ewig Morgigen."

Eröffnung der Münchener Opernfestspiele: Triumph mit der Uraufführung von Reimanns „Troades"

Flammen der Herztöne über Troja

Zehn Jahre nach dem Beginn der Niederschrift seines „Lear" hat Aribert Reimann, abermals im Auftrag der Münchener Staatsoper arbeitend, im Nationaltheater in Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Eröffnung der Münchener Opernfestspiele „Troades" uraufführen lassen, wie schon „Lear" von Gerd Albrecht dirigiert und von Jean-Pierre Ponnelle inszeniert. Werk und Aufführung gewannen sich einhellig stürmischen Beifall.

Reimann, der gerade Fünfzigjährige, steht mit der Schlag- und Wirkkraft seines Œuvres, von wenigen nur begleitet, nun an der Spitze der Weltmusik. „Troades" ist zu bewundern, zu bestaunen, zu diskutieren.

Die „Troerinnen" des Euripides in der Fassung von Franz Werfel liegen „Troades" zugrunde, Werfels Aufschrei über Elend, Vernichtungswollust, Niedertracht und Sinnlosigkeit des Krieges, herausgeschleudert in siedender Sprache zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Es ist die Farbigkeit und Direktheit der Sprache Werfels, die Reimanns Werk deutlich beflügelt hat, ihre Hitzigkeit, ihre Herztöne.



Trümmer und Tod im Palast von Troja: Szene aus der Münchener Aufführung von „Troades", der neuen Oper von Aribert Reimann, im Bühnenbild von Jean-Pierre Ponnelle und Pet Halmen FOTO: RABANUS

Ihre Flammen schlagen in die Musik hinüber, doch züngeln sie bei Reimann nach Plan: einem musikdramatischen Kalkül, das immer beides zugleich ist: Bändigung und Überhöhung des Vorgangs. Reimann schreibt in „Troades" 130 Minuten pausenlos hervorblutende Musik. Am Ende, wenn Hekabe, Trojas unglückliche Königin, sich von Trümmern und Tod wendet, um als Gefangene an Bord des Griechenschiffes zu gehen, und der Vorhang fällt, scheint das Werk geradezu ausgeblutet. Es hat seine Klagen und Anklagen, sein Entsetzen in alle Winde gerufen.

Ein Zwiegespräch der Götter, über die Köpfe der leidenden Menschen hinweg, einzig von Orgelklang wie mit dem Rauschen des welken Winds unterlegt, eröffnet das Stück. Athene ruft es Poseidon zu, daß sie, empört über die Schändung ihres Altars in der gefallenen Stadt, ihre zehnjährige Unterstützung nun den Griechen entziehe. Die vermeintlichen Sieger – sie sind, ahnungslos, bereits kaum geringer besiegt und geschlagen als die Besiegten.

Nach diesem melodramatischen Beginn, von Nicole Heesters und Thomas Holtzmann in Smoking und Abendkleid aus den Logen des Proszeniums zu beiden Seiten der Bühne gesprochen, hebt die musikalische Klage mit vollem Mund an. Hekabe trägt sie vor, dann Kassandra, die Seherin, die Agamemnon zu seiner Lust aufs Schiff folgen soll.

Andromache, Hektors Witwe, den kleinen Astyanax an der Hand, den man ihr entreißen und von den Klippen in den Tod schleudern wird, schließt sich an. Helena erscheint und umgirrt Menelaos, der sich als Henker aufspielt, ein Männerpopanz der Mordgier. Die Frauen Trojas werden auf die Griechenschiffe getrieben, vielfüßige Beute der Sieger. Die Stadt geht in Flammen auf. Reimann brennt musikalisch den Schrecken noch einmal tief in das widerstrebende Gedächtnis der Menschheit.

Er tut das durchaus nicht mit musikalischen Schreckensmitteln. Gewiß – er entzieht den bis zur 26-Stimmigkeit gefächerten Streichern den hellen Wohlklang der Violinen. Er verzichtet ganz auf ihn. Er versagt sich aber auch alles Schlagwerkgeratter. Die sonst so prominenten Perkussionsgruppen der Moderne kommen nur zögernd zu Wort und bestimmen durchaus nicht den Charakter des Werks.

Es sind die tiefen Streicher, eine reiche Holzbläserpalette und markante Einwürfe des Blechs, die den Klang bestimmen. In seiner Vielfarbigkeit ermüdet er bei aller Konzentration keine Sekunde lang.

Dabei spielen sich die Gesänge, Monodramen der Verzweiflung, der Auf- und Abrechnungen, oft geradezu responsorienhaft ab im Wechselruf des Vokalen und Instrumentalen. Das erzeugt mitunter eine leichte Monotonie, die erst der Auftritt Helenas gründlich sprengt: das Intermezzo des Liebespüppchens mit der Stökkelstimme, das erotisch durchaus ungebrochen den verlassenen Ehemann aufs neue erfolgreich umschwirrt.

Die Helena-Szene ist so stark, und Cyndia Sieden singt sie so niederträchtig kapriziös, daß man sich unwiderstehlich erinnert, wie Marilyn Monroe einst die große Jeanne Moreau an die Wand gespielt hat. Helenas Auftritt mit der glitzernd überstäubten Löwenmähne, heraufschimmernd in Rot und Gold durch die Aschfarbigkeit der Bildwelt, die Ponnelle und Pet Halmen gemeinsam entwarfen, drückt noch im nachhinein die Klagetiraden auf die Haltung von Schmerzensparaden zurück. Helena siegt unversehens ein zweites Mal über Troja. Musik, dieser ganz besondere Saft, hat das – fast fahrlässig – möglich gemacht.

Gerd Albrecht führt sie mit dem bestechend spielenden Orchester in vollem Reichtum vor. Ihm ist jeder Akkord, jeder Stimmeinsatz, jede melodische Floskel mit höchster Prägnanz untertan: eine Leistung der Sonderklasse. Die 50 Chorfrauen, von Udo Mehrpohl einstudiert, atmen geradezu Schmerz. Ponnelles wirkmächtige Inszenierung macht sich mit Ingenium unsichtbar. Das ist ihr Triumph: die Szene schließt sich, ebenso konzentrisch und unbeirrt wie die Musik, zu Bildern zusammen, die treuhänderisch das Werk begleiten.

Helga Dernesch ist die Hekabe. Sie singt die Riesenpartie mit Wucht ohne Dumpfheit. Ihre Klage hat Majestät. Doris Soffel darf den hellsichtigen Wahnsinn Kassandras düster und ekstatisch hervorperlen lassen: eine Virtuosinnenpartie sondergleichen. Carmen Reppel leiht der traurigen Andromache ihre fraulich warme Stimme: drei Protagonistinnen, hinreißend jede, von Reimann in den Klagetriumph geführt. Bodo Brinkmann und Josef Hopferwieser ergänzten singtüchtig das Eliteensemble. KLAUS GEITEL

Nächste Aufführungen: 13. und 16. Juli; Kartenvorbestellungen: 089 / 221316

JOURNAL

„Bibliotheca Palatina" wieder in Heidelberg

AP, Heidelberg

Erstmals seit 363 Jahren können jetzt wieder die Bücher der „Bibliotheca Palatina" an ihrem ursprünglichen Standort, der Heiliggeist-Kirche in Heidelberg, besichtigt werden. Aus Anlaß des 600jährigen Jubiläums der Universität erklärte sich der Vatikan bereit, die wertvollsten Teile der aus über 8000 Stücken bestehenden „Pfälzischen Bibliothek" bis zum 2. November auszuleihen. Die Bücher waren in den Wirren des 30jährigen Krieges in Ochsenkarren über die Alpen geschafft und nach Rom transportiert worden. Zu den wertvollsten Stükken gehören der „Vergilius Palatinus" aus dem 5. Jahrhundert und das Lorscher Evangeliar aus der Hofschule Karls des Großen.

Flötensonaten Friedrichs in Berlin aufgeführt

dpa, Berlin

In der Berliner St.-Matthäus-Kirche sind zwei der sechs bisher unveröffentlichten Flötensonaten Friedrichs des Großen aufgeführt worden. Zum Gedenkjahr für den Preußenkönig hatte eine Berliner „Sommerakademie zur Aufführungspraxis der Musik des 18. Jahrhunderts" diese Stücke in ihr Eröffnungskonzert aufgenommen. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts befanden sich die Werke in der Notensammlung eines Musikliebhabers und Kammerdieners am dänischen Hof; erst vor kurzem wurden sie in der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen entdeckt.

„Sinfonische Nacht" am Bodensee

DW. Kreuzlingen

Mit einem gewaltigen Schlußakkord beendet das Bodensee-Symphonie-Orchester die Sommersaison dieses Jahr unter einem ungewöhnlichen Dach. In der Eissporthalle Kreuzlingen, auf der Schweizer Seite des Bodensees, steht am 11. Juli unter der Leitung von Elio Boncompagni Klassisches (Mozart, Schubert, Tschaikowsky) und Heimatlich-Populäres auf dem Programm der „Sinfonischen Nacht": Die Stadtschützen von Kreuzlingen wollen die Musik mit zehn Böllerschüssen begleiten.

Skandinavische Fotografie von heute

DW. Düsseldorf

Zeitgenössische skandinavische Fotografie stellen Referenten aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland vom 27. bis 29. November im Düsseldorfer Weiterbildungszentrum vor. Anlaß sind die „Nordischen Wochen" in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Das Foto-Symposion steht unter der Leitung von Erika Kiffl und Günther E. Hass.

Groß Sonntag feiert 750jähriges Bestehen

N. M. Velika Nedelja

In diesem Jahr feiert Groß Sonntag, das heutige Velika Nedelja, im slowenischen Teil der Steiermark sein 750jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß erschien die Broschüre „Zupnija in Dekanija Velika Nedelja 1236–1986" mit deutschsprachiger Zusammenfassung (Hrsg.: Drago Avsenak, KR, Velika Nedelja, 34 S., 3 Mark). Die Schrift erinnert an die jahrhundertealten Deutschordenskirchen und die Kunstschätze, die sie bargen, berichtet aber auch über die Enteignung der Krankenhäuser 1945, die vom Deutschen Orden unterhalten worden waren.

Fantasy, Computer und Science-fiction

DW. Wetzlar

Wenn sich vom 4. bis 7. 9. zum sechsten Mal Produzenten und Vermittler von Science-fiction- und Fantasy-Werken in Wetzlar treffen, findet auch der „Hobby-Phantast" ein breites Rahmenprogramm. Autorenlesungen weden ergänzt durch eine Ausstellung über „Phantastische Comics", eine Computermesse und Videovorführungen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Das Wienerische muß man schon verstehen, den Klang dieses eigenwilligen Idioms im Ohr haben, wenn man die Geschichten „Im Schatten der Burenwurst" von H. C. Artmann richtig auskosten will. Es sind gut zwei Handvoll Skizzen über jene Typen, die Wien zwischen Prater und Ottakring bevölkern, zu Großem bestimmt und mit dem Gemeindebau zufrieden, Gemütsmenschen wie der Herr Karl, die geborenen Zuschauer, Maulaufreißer und Resignierer. Die echten Wiener seien aber gar nicht so, wurde auch schon Nestroy, Karl Kraus, Anton Kuh und all den anderen Poeten der Heimatseele vor Artmann entgegengehalten. Das mag stimmen. Aber was wäre Wien ohne die literarischen Fiktionen vom goldenen Wiener(herz)? mar

H. C. Artmann, „Im Schatten der Burenwurst", dtv, 120 S., 7,80 Mark

Nürnberg: Holographie – Illusion oder Kunst?

Der Sprung im Weinglas

Die Holographie gehört zu jenen neuen Kunstsparten, die wegen ihres ungewöhnlich umfangreichen technischen Apparates häufig in der Spielkiste der Ingenieure angesiedelt werden. Von dort will sie nun eine Ausstellung in der Nürnberger Norishalle herausholen, indem sie Hologramme mit herkömmlicher moderner Kunst konfrontiert.

Es ist eine Binsenweisheit, daß bei neuen Medien zuerst die technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ehe Ansätze zu künstlerischer Gestaltung auftauchen. Das ist bei der Holographie nicht anders. So fehlen auch in der Nürnberger Ausstellung nicht jene auf Sinnestäuschung und Illusion abzielenden Gags, die eher in einem Magischen Zirkel zu Hause wären: der geschminkte Kopf einer Kleiderpuppe, die aus dem Bild wie aus einer tiefen Gruft herausblickt, der Stein, in den man mit Hilfe eines aufgeklebten Hologramms scheinbar hineinblicken kann.

Einer der Protagonisten dieser Richtung ist der 37jährige Rick Silbermann mit seinem berühmten zerbrochenen Weinglas, das durch holographische Illusion wieder seine ursprüngliche Gestalt erhält. Silbermann und die Arbeiten der meisten Künstler mit ihren erstaunlichen technischen Lösungen zeigen zugleich auch die Grenzen dieser Kategorie der abbildenden Hologramme. Sie liegt wegen des großen technischen Aufwands vor allem im Zwang zur Studioarbeit, wodurch beispielsweise Motive aus Natur, Architektur und großräumiger Technik ebenso ausscheiden wie bewegte Szenen mit Menschen. Da die Holographie immer in Originalgröße abbildet, muß das Objekt längere Zeit absolut bewegungsfrei sein. Deshalb wird eine Holographieausstellung schnell zu einem putzigen Sammelsurium absonderlicher Stilleben mit kleinen Spielautos, Steinen, Muscheln, Baukastenmodellen und Guckkastenbühnen.

Die Holographie wurde theoretisch zwar bereits 1948 von Dennis Gabor entwickelt, aber sie wird erst seit 1962 von Künstlern genutzt. Sie befindet sich also erst in einem Entwicklungsstadium. Trotzdem schneidet sie in Nürnberg neben der herkömmlichen Kunst gar nicht so schlecht ab. Im Vergleich zu Fotorealisten wie Volker Stelzmann oder Jan Peter Tripp kann sie mit ihrem Augentäuschungseffekt allemal bestehen. Auch bei den Licht- und Farbspiegelungen Adolf Luthers, hier mit einem Parabolspiegel von 1968 vertreten, kann sie mithalten, wenngleich sie nicht die Subtilität der Lutherschen Effekte erreicht.

Eine neue Dimension der Holographie aber erlebt man dann im Hin- und Hergehen zwischen einem kinetischen Objekt von Gerhard von Graevenitz von 1970, bei dem sieben weiße ovale Elemente auf einer schwarzen Scheibe in jeder Sekunde ein neues Bild produzieren, und den Holographien von Dieter Jung. Sie erschließen dem Auge bei minimalen Veränderungen des Blickwinkels neue leuchtende Farbräume, deren Intensität und Perspektive der Betrachter selber verändern kann.

Überhaupt gehört der 1941 geborene Jung, zusammen mit der hier leider nicht vertretenen Brigitte Burgmer, zu den wichtigen Holographie-Künstlern. Während Burgmer die Holographie dazu benutzt, dem Auge auf ihren gemalten Bildern neue Raumerlebnisse zu vermitteln, entwickelt Jung über sogenannte Weißlicht-Transmissionshologramme abstrakte Farbkompositionen von enormer Leuchtkraft und Tiefe. Hier tun sich Wege für eine künstlerische Zukunft auf. (Bis 3. August; Katalog 15 Mark.)

BRUNO F. SCHNEIDER

Ach ja, die Liebe! – Stuttgart bringt Mayo Simons „Diese Männer" erstmals in deutscher Sprache

Wie man sich bettet, so schwimmt man auch

Ob da die Wasserbetten-Industrie als Sponsor aufgetreten ist? In der Pause zur deutschsprachigen Erstaufführung des Schwanks (?) „Diese Männer" von Mayo Simon in den Stuttgarter Kammerspielen wurde jedenfalls per Video kräftig für die Vorzüge dieser Spezies von Ruhelager geworben. Und im Stück selbst waren die Vorzüge nicht zu übersehen: Bei einer bestimmten Art von Bett-Benutzung schwankt der Untergrund so wunderbar, daß man am liebsten nicht mehr aufhören würde.

Ach ja, die Liebe! Ivan Nagel hatte seine Stuttgarter Intendanz im vergangenen Herbst mit dem US-Import „Wie du" begonnen. Damals ging's um die tödlichen Gefahren der Männerliebe wg. Aids. Zum Spielzeitende gleichfalls ein US-Import über die Gefahren der Frauenliebe wg. Männertreu.

Natürlich hätte das Stück eigentlich auch „Diese Frauen" heißen können, aber dann hätte der ironisch-aufklärerische Bruch gefehlt. Und der muß selbstverständlich sein. Denn es geht dem Autor (von dem man im Programmheft erfährt, daß er schon mehrere Stücke für amerikanische Off-Theater geschrieben und vier Kinder hat!) um eine Verkehrung des alten Rollenspiels.

Die beiden auftretenden Frauen Shelly (Klara Höfels) und Cloris (Bettina Kupfer) träumen und reden von Sex in bester Männer-Manier. Jedenfalls, wenn man Stammtisch-Gerede und WC-Witzchen im Auge hat. Jedes dritte Wort beginnt mit dem berühmten „f", ausgiebig wird über die Länge bestimmter männlicher Körperteile diskutiert und darüber, wie aufregend es ist, unbezahlte Stromrechnungen mit Naturalien zu begleichen. Zehnkämpfer sind offenbar auch in der elften Disziplin ganz diskutabel. Aber eine ganze Sprintstaffel ist natürlich ebensowenig von der Bettkante zu verweisen. Noch in der Erinnerung schwingt selig das Wasserbett.

Aber wie das mit Verbal-Erotikern so ist: Meistens steckt nicht viel dahinter. Die beiden Damen haben offenbar weniger Männerbesuch, als ihnen lieb ist. Shelly gibt sich zwar männlich-überlegen, ihre Telefon-Calls sind jedoch kaum von Erfolg gekrönt. Und Cloris muß ohnehin dauernd den Psychiater bemühen, der ihr den Mehr-Verkehr empfiehlt, dabei aber übersieht, daß seine Patientin sich im tiefsten Herzen nach der Rolle des Hausmütterchens sehnt.

Solchermaßen frustriert, versuchen es die Damen mit der Liebe à la Lesbos und frequentieren das Wasserbett unter neuen Vorzeichen. So lange jedenfalls, bis abwechselnd die eine oder die andere mal wieder einen Mann aufgetan hat. Am Ende heiratet Cloris, und Shelly bebt wieder einsam im Wasserbett – zumindest bis die Möbelpacker kommen.

Was daran witzig ist, weiß man nicht so genau. Zwar spielt vor allem Klara Höfels ihre Mann-Frau mit wunderbarer Direktheit und erheitert das Publikum mehr durch das Unausgesprochene. Zwar sorgt das Wasserbett eine Viertelstunde lang für einige Bewegung in der Lachmuskulatur. Zwar hat Regisseur Daniel Karasek sich um deftigen Krawall bemüht. Aber von Minute zu Minute erschlafft das Stück in der Wiederholung bekannter Obszönitäten.

Die Klischees werden auch dadurch nicht besser, daß man sie nun von Frauen spielen läßt. Lärmend, aber einsam, sexbeflissen, aber liebessehnsüchtig, emanzipiert, aber neurotisch – ist das die „harte Wirklichkeit", mit der uns Ivan Nagel konfrontieren möchte? Der Beifall schien ihm allerdings recht zu geben.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nächste Vorstellungen am 9., 10., 11. 7., Kartenvorbestellung: 0711 / 20321

Musik und Lyrik: Festival auf Schloß Kirchheim

Londoner Zinkenlust

„Nun ruhen alle Wälder", rezitierte der Schauspieler und Regisseur Gert Westphal, nebst anderen Texten aus dem zeitlichen Umfeld des Dreißigjährigen Krieges. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches, das tut Westphal öfter. Ungewöhnlich war dagegen der Ort der Rezitation: das Festival „Musik auf Schloß Kirchheim", das seit über 20 Jahren im idyllisch gelegenen Fugger-Schloß im bayerischen Schwabenland stattfindet.

Obwohl Textbeiträge auf Musikfestivals Seltenheitswert haben – sie können unbestreitbar Sinn machen. Es kann jedenfalls nicht schaden, etwas mehr über das Lebensgefühl der Menschen zu erfahren, deren Musik aufgeführt wird. Sosehr die Gedichte von Paul Gerhardt, Andreas Gryphius oder Martin Opitz um die Kategorien Vergänglichkeit und Gottvertrauen, aber auch um die Sinnenlust kreisen, so sehr tun das auch die Kompositionen von Johann Rosenmüller und Heinrich Schütz.

Das Festival hat sich wie die Plattenfirma Harmonia mundi, die es veranstaltet, der alten Musik verschrieben – der Musik also, die man kennt oder doch zu kennen meint und die man nicht selten mit einem überlegenen Achselzucken als barocke Schablonenmusik abqualifiziert: Vivaldi, Alessandro Scarlatti und Arcangelo Corelli beispielsweise. Derlei bequeme Vorurteile können in Kirchheim nachdrücklich revidiert werden.

In diesem Jahr etwa durch das Ensemble „London baroque", das diese Komponisten auf dem Programm hatte. Das Ensemble, das in dieser Form erst seit wenigen Jahren besteht und das sich bereits ein weltweites Ansehen erspielt hat, belegte aufs beste, daß Barockmusik mehr als andere Musik auf Können und Kenntnis ihrer Interpreten angewiesen ist. Bei der funkelnden Virtuosität, den halsbrecherischen Tempi, der äußersten Durchsichtigkeit und Delikatesse, mit der hier musiziert wurde, verloren die Werke sehr schnell ihren vermeintlichen Beliebigkeitscharakter und entpuppten sich als vollwertige musikalische Individuen.

Außergewöhnliche Interpretationen, die in Kirchheim eigentlich schon an der Tagesordnung sind und die nicht zuletzt den Reiz und den Wert dieses Festivals ausmachen, bescherte auch ein Konzert mit dem gleichfalls aus England stammenden Ensemble „Concerto palatino" – der Name geht aufs 16. Jahrhundert zurück und meinte ursprünglich einen losen Zusammenschluß von Nachtwächtern und Stadttrompetern. Die Engländer griffen diese Tradition wieder auf und spezialisierten sich auf die Musik dieser Zeit.

Dazu allerdings mußten sie auch die damals gebräuchlichen Instrumente benutzen, und zu diesen gehören nun einmal die sogenannten Zinken. Das Blasinstrument klingt wie ein Zwischending aus Flöte und Trompete und ist, wenn man es sauber spielen will, furchtbar schwer zu handhaben. Davon war in Kirchheim nun wieder wenig zu spüren. Über die perlende Leichtigkeit der beiden Zinkenisten Bruce Dickey und Doron David Sherwin konnte man eigentlich gar nicht genug staunen.

Der wohl einzige Nachteil, den der herrliche Zedernsaal des Kirchheimer Schlosses hat: Bei mehr als 300 Besuchern läßt die ansonsten vorzügliche Akustik nach. Mehr dürfen deshalb den Saal nicht betreten.

STEPHAN HOFFMANN

Hoffnungsloses Menschenknäuel: Hegenbarths „Der Laib Brot", aus der Bonner Ausstellung FOTO: KATALOG

Ernten, Backen, Not: Wanderschau des Deutschen Brotmuseums

Um einen Kanten zu erhaschen

Eigentlich gehört nicht viel dazu: „Nimm Weizen, Gerste, Bohnen, Linsen, Hirse und Spelt", erfährt schon Ezechiel, „mische alles zusammen und backe daraus Brot!" Ein einfaches Rezept, nur: über die Ingredienzien muß man schon verfügen. Daß es daran oft mangelte, daß Brot und Not oft in einem Atemzug genannt wurden, daran erinnert das Deutsche Brotmuseum Ulm zur Zeit im Bonner Wissenschaftszentrum.

Die Ausstellung „Brot und Not in der Kunst des 20. Jahrhunderts" dokumentiert die Entwicklung dieses Doppelmotivs. Und so bleibt es nicht aus, daß die etwa 90 Stücke genauso bunt zusammengewürfelt wirken wie die Brotregale eines gutsortierten deutschen Bäckermeisters.

Am stärksten sind Werke von der Jahrhundertwende bis in die zwanziger Jahre vertreten. Viele Künstler wollten damals mit ihren Werken die soziale Situation zu verbessern helfen. Käthe Kollwitz ist dafür das bekannteste Beispiel. 14 Litographien von ihr zeigen schwindsüchtige Kinder, Bauern, die weit vornübergebeugt ihren Pflug ziehen. „Die Bettelnden", eine Originalzeichnung, hängt neben dem Plakataufruf „Wehrt dem Hunger!", ein Motiv, das Berlin 1924 für die Armenspeisung erneut einsetzte.

Auch Joseph Hegenbarth, den man eher als freundlichen Illustrator kennt, knäulte 1912 mit dunklen Strichen einen Menschenpulk in der – hier unerfüllbaren – Hoffnung, einen Kanten Brot zu erhaschen, zusammen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ Kokoschka die Kreuzigungsszene, in der sich Jesus zu den hungernden Kindern herabneigt, 5000fach in Londoner U-Bahnhöfen anschlagen.

In einem zweiten Komplex gibt die Ausstellung eine Übersicht über den Weg vom Korn zum Brot. Säen, Ernten, Mahlen, Backen – realistische Härte wechselt mit der Lieblichkeit eines Siegfried Leopold Kratochwil, der in den siebziger Jahren mit Malbuchfarben den Knecht mit dem geschulterten Mehlsack, teigknetende Kinder und den pfeifchenschmauchenden Großvater zur Backidylle zusammenstellte.

Nach 1950 fehlen Darstellungen der Not fast vollständig. Das 8000 Jahre alte Grundnahrungsmittel taucht nun in Form knakkiger Baguettes auf (Jean Hélions „Tablée de pains") oder als appetitlich angeknabbertes Brötchen in zarten Pastelltönen (Dino Boschis „Pains"). An die Hungernden auf anderen Kontinenten erinnert das satte Europa nur Raymond Perrenouds eindrucksvolles Plakat „Brot für den Nächsten" von 1974 – Hände, helle und dunkle, die sich umfassen, weiter nichts.

Nicht alles bei „Brot und Not" will Kunst sein. Großformatige Schweizer Plakate, gelegentlich koloriert nach Art der Ansichtskarten aus den fünfziger Jahren, zeigen beispielsweise ein blondbezopftes Mädchen mit einem Bündel Ähren im Arm oder auch nur den Slogan „Trutz der Not durch Schweizerbrot". Hier steht Botschaft vor künstlerischer Überhöhung. SABINE KOBES

Bis 13. Juli; Augsburg: 1. Aug. bis 30. Sept.; Katalog 5 Mark.



Sie sind eine fröhliche Compagnie, die zehn Damen des „Cirque de Barbarie“, die sich vor der Manege in ihren Kostümen präsentieren. Mitten drin Barbara Vieille (33) mit ihrer kleinen Tochter. 1982 hat sie, die von ihrer Truppe nur „La Chef“ genannt wird, den einzigen Frauenzirkus der Welt gegründet. Doch ganz ohne Männer kommt auch sie nicht aus: Sie dürfen die „grobe Arbeit“ erledigen. Zur Zeit gastiert der Zirkus in Bonn.



Loses Spiel mit leichtem Hauch von Poesie

Ganz schön frech, die Frau Direktor, wenn sie kühnen Schritts und peitschenknallend die Manege betritt. Dann haben die kleinen Wilden nichts zu lachen. Werden kurzerhand in den Käfig gesteckt – der sich als Waschmaschine entpuppt.

Einfach bezaubernd, wie Sophie, die Reprisenclownesse, mit Kapotthütchen und Petticoatkleidchen, in ihrer Fantasiesprache kichernd und giggernd die Männer in der ersten Zuschauerreihe anmacht.

Ziemlich ketzerisch, wenn sich Françoise im schenkelkurzen Kettenhemd als französische Nationalheldin Jeanne d'Arc, rauchend, saufend, augenzwinkernd, wie ein Obermacho aufführt. Und köstlich, wenn sie sich als verführerische Carmen einen Assistenten aus dem Publikum holt und mit ihren Tricks sämtliche Zirkuszauberer dieser Welt durch den Kakao zieht.

Zärtliche Momente, wenn Sylvette Schuberts Lied „Meine Ruh ist hin, mein Herz ist schwer, ich finde sie nimmer und nimmer mehr“ vorträgt, und die zarte Marie-Anne dazu wie eine Elfe auf dem Drahtseil tanzt.

Ein ganz anderer Zirkus ist's, der zur Zeit sein deutsches Publikum mit Poesie und frecher Parodie zwei Stunden lang in seinen Bann schlägt. Es ist der französische „Cirque de Barbarie“, der einzige Frauenzirkus der Welt, bei dem die Männer nur „fürs Grobe“ da sind und sich gefälligst im Hintergrund zu halten haben. Mit den Männern, ihren Macken und Machenschaften, treiben die zehn jungen Frauen ihr loses Spiel, das keinen feministischen Zeigefinger erhebt, nie böse abrutscht, immer charmant und liebenswert bleibt.

Am 6. März 1982, dem „Internationalen Tag der Frau“, hat Barbara Vieille (33), eine im traditionellen Zirkus geschulte Trapezkünstlerin, ihren Frauenzirkus vor ausschließlich weiblichem Publikum im Pariser Cirque d'Hiver zum ersten Mal präsentiert. „Beim traditionellen Zirkus habe ich mich nie wirklich wohl gefühlt“, sagt sie, „diese üblichen Hierarchien widersprechen meiner Auffassung von gleichberechtigter Zusammenarbeit. Die Männer als große Zampanos, die Frauen nur hübsche Dekoration.“

Was blieb Barbara da anderes übrig, als einen eigenen Zirkus in ausschließlich weiblicher Besetzung zu gründen? Von den Franzosen wurde er sofort begeistert aufgenommen. Die zehn Komödiantinnen – keine von ihnen ist verheiratet, nur Barbara hat ihre dreieinhalbjährige Tochter Sarah mit auf Deutschlandtournee genommen –, müssen während der Show unterm Chapiteau in mehrere Rollen schlüpfen. Die Frau Direktor macht es ihnen vor: Sie stellt nicht nur das Programm vor, sie schwingt sich auch aufs Trapez und spielt in der hervorragenden Zirkusband das Saxophon.

Und woher kommt nun der Name, der in keinem Lexikon steht? „Man kann ihn so und so deuten. Etwas Kulinarisches steckt drin, die Barbarie-Ente, etwas Musikalisches, die Barbarie-Orgel, und mein eigener Name Barbara. Enfin, ist es nicht ein bißchen barbarisch, wenn zehn Frauen Zirkus machen?“ lacht „La Chef“ und rückt die Paillettenkappe gerade. INGEBORG PRIOR

Zwischen Tüll auf blanken Bohlen eine letzte Probe in der Garderobe: Vor dem Auftritt übt Sarah Beauchesne noch einmal den Spagat
FOTOS: INES KAISER

*

Der „Cirque de Barbarie“ gastiert zur Zeit in Bonn. Weitere Stationen seiner Deutschlandtournee sind München, Hamburg und Berlin.

Bemühen um mehr „Originalität“ bei Gastgeschenken

AP, Bonn

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) will den Abgeordneten des Parlamentes mehr „Originalität“ bei Gastgeschenken auf Reisen ermöglichen. Dies geht aus einem Brief Jenningers an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (SPD), hervor. Zu den neuen Geschenkartikeln, die Parlamentarier auf Staatskosten bei offiziellen Anlässen verschenken dürfen, gehört unter anderem eine Schallplatte mit dem „Rhöndorfer Konzert“ zu Ehren des früheren Kanzlers Adenauer und eine Porzellandose mit dem Relief des preußischen Königs Friedrich II.

Neu in das Geschenkprogramm aufgenommen wurden jetzt Kölnisch Wasser, Schlüsselanhänger mit dem Bundesadler, eine lederne Kombination von Feuerzeug und Schreibblock, ein Telefonverzeichnis und ein Ringbuch ebenfalls mit dem Bundesadler. „In Vorbereitung“ ist der Kauf von Seidenkrawatten mit eingewirktem Adler, Seidentücher, eine silberne Medaille des Bundestages und Armbanduhren. Auch Briefmarkenalben sind im Gespräch.

„Anhaltspunkte für eine Sabotage nicht gefunden“

Arianespace weist Vermutungen über Anschläge zurück

DIETER THIERBACH, Kourou

„Das einzige, was uns passieren könnte, ist, daß irgendein Verrückter sich da im Busch versteckt und mit einem Gewehr ein Loch in den Tank des Trägers schießt.“ Klaus Iserland, stellvertretender Generaldirektor der Raketen-Vermarktungsfirma Arianespace, weist eine Vermutung der „Los Angeles Times“ weit von sich, wonach beim Ariane-Fehlstart am 30. Mai Sabotage im Spiel gewesen sein soll. „Man hat sich natürlich überlegt, ob es irgendein Szenario gibt, das so einen Ablauf der Dinge hervorrufen kann. Wir haben keinen Anhaltspunkt für Sabotage gefunden.“

Ist es einem „Hacker“ möglich, die richtigen Steuerimpulse herauszufiltern, um den Befehl zur Sprengung einer oder aller Raketenstufen zu geben? Für den deutschen Ingenieur ist es absolut unmöglich, das Millionending auf diese Weise zu zerstören: „Die Ariane ist völlig abgesichert. Erstens muß man wissen, wie so ein Funksignal aussieht. Dazu muß man die genaue Frequenz und die exakte Verschlüsselung kennen.“

Das Thema „Sabotage“ ist bei den Männern von Kourou immer wieder im Gespräch. Klaus Iserland konstatiert: „Die Leute haben oft an eine Einwirkung von außen geglaubt.“ Gendarmeriebeamte sperren zwar das Gebiet ab, aber nur kurz vor der heißen Startphase. Ob es ihnen gelingt, im schmalen Küstenstreifen zwischen Dschungel und Atlantischem Ozean Kommandos zurückzuhalten, bezweifeln die Techniker.

Eine der hier vieldiskutierten Fragen lautet: Wie soll man sich vor einer von Terroristen aus dem vom Startgelände knapp 200 Kilometer entfernten Surinam (Niederländisch-Guayana) abgefeuerten Boden-Luft-Rakete schützen? Geschosse mit Infrarot-Suchkopf finden die im Steigflug befindliche Ariane „todsicher“.

Klaus Iserland sieht da keine Gefahr: „Die Panne hat ja gar nichts mit der Zerstörung des Trägers zu tun, sie hat ihre Ursache in der Zündung. Deshalb hat man überlegt, ob schon bei der Montage sabotiert worden ist. Fazit: Man hat nichts finden können.“

Menetekel von Seveso nicht vergessen

MONIKA v. ZITZEWITZ, Seveso

Am Stadtrand, wo vor zehn Jahren neben der Fabrik „Icmesa“ kleine, von Gärten umgebene Häuser standen, erheben sich heute zwei langgezogene Hügel. Zwischen ihnen liegt ein etwa 120 Hektar großer Park, bepflanzt mit jungen Kiefern und Steineichen. Unter den Hügeln liegen in Kies-, Kalk- und Plastikfolien verpackt die Reste der gesprengten Fabrik, der Häuser und allem, was sie enthielten – und 300 000 Tonnen verseuchter Erde, die aus der „Zone A“ abgetragen wurden.

Zehn Jahre sind seit dem Unglück von Seveso vergangen, das als Menetekel auf die Gefahren der chemischen Industrie aufmerksam gemacht und damit wohl auch viele von ihnen gebannt hat. Als in der Mittagsstunde des 10. Juli 1976 eine weißliche, scharf riechende Wolke aus der „Icmesa“ entlangzog, war zunächst niemand beunruhigt. Denn in Seveso und in umliegenden Gemeinden der Brianza, der Gegend zwischen Mailand und Como, die einmal der „Garten Italiens“ hieß, hatten zahlreiche kleine Industrien die Menschen an ätzende Wolken, Husten und Allergien gewöhnt.

Vögel fielen vom Himmel

Erst am Tag nach der Explosion eines Sicherheitsventils in der Fabrik, die das Unkrautvernichtungsmittel Trichlorphenol produzierte, wurde der Bürgermeister benachrichtigt und rief zu Vorsichtsmaßnahmen auf. Acht Tage nach der Explosion wurden viele Kinder von Chlorakne befallen, starben Hunderte von Kleintieren, fielen Vögel tot vom Himmel. Am neunten Tag kam eine offizielle Erklärung des Direktors des chemischen Labors La Roche: „Wir kennen nicht alle Folgen des Giftstoffes. Aber wir wissen, daß er dem Fallout einer Atomexplosion zu vergleichen ist.“ Erst jetzt wurden die direkt neben der „Icmesa“ lebenden Familien evakuiert. Und erst am 26. Juli schrieben die Zeitungen: „Vietnam in Italien“ und erklärten, was geschehen war. Zwei Kilogramm des Giftstoffes Dioxin (TCDD), das bei zu starker Erhitzung durch Kettenreaktion als ungewolltes Nebenprodukt entstand, war bei der Explosion entwichen. 200 Gramm dieses stärksten aller bekannten Gifte würde ausreichen, das Grundwasser von ganz New York zu verseuchen.

Mehrmals hatte es Pannen mit diesem unheimlichen Produkt gegeben. Die erste 1953 bei der BASF in Ludwigshafen. Aber sie hatten sich bis auf eine Ausnahme innerhalb von Fabriken ereignet. Nur in Missouri (USA) starben einmal 50 Rennpferde nach dem Galopp auf einer Bahn, die mit dioxinhaltigem Wasser gesprengt worden war. Seitdem vor drei Jahren in Hamburg auf einer Abraumhalde der Firma Böhringer Dioxinspuren entdeckt wurden, wird in Europa das Trichlorphenol nicht mehr hergestellt.

Wie sahen die Folgen für Seveso und Umgebung aus? Nach Monaten der Panik, nach der Erlaubnis an werdende Mütter, ihre Kinder abzutreiben, weil Dioxin Mißbildungen verursachen kann, nach der Not der inzwischen über 600 Zwangsevakuierten, die von ihren Mitmenschen wie Pestkranke gemieden wurden, erwartete man schlimme Folgen. Dioxin, so weiß die Wissenschaft, fördert Krebs. Aber darüber wird man erst in 15 bis 20 Jahren Auskunft geben können.

Größte Entgiftungsaktion

Die 193 von Chlorakne Betroffenen, zumeist Kinder, die in Gärten gespielt hatten, sind bis auf eines geheilt. Aber 120 000 Menschen müssen sich noch jahrelang regelmäßig ärztlich kontrollieren lassen, und etwa 1000 Hektar Acker- und Gartenland darf bis heute nicht bebaut werden.

Die Sanierung in Seveso und in den umliegenden Gemeinden und die Entschädigung für die zwangsevakuierte Bevölkerung hat die Firma Hoffmann La Roche, deren Tochtergesellschaft Givaudan, der die Icmesa gehörte, mehr als 300 Millionen Schweizer Franken gekostet. Nicht gerechnet die Summen, die der italienische Staat für die größte Entgiftungsaktion bezahlt hat, die die Welt bisher erlebt hat.

Das „Sonderbüro für Seveso“ wird Ende dieses Monats geschlossen. Seine Arbeit ist beendet. Seveso möchte vergessen, was vor zehn Jahren geschehen ist. Die Verantwortlichen dürfen es nie vergessen.

WETTER: Kühl und Schauer

Lage: Zwischen dem kräftigen Hoch über dem Ostatlantik und dem umfangreichen Tiefdruckgebiet über Skandinavien wird weiterhin wolkenreiche und kühle Meeresluft nach West- und Mitteleuropa geführt. Eingelagerte Tiefausläufer halten die unbeständige Witterung aufrecht.

Vorhersage für Mittwoch: Wechselnde, zeitweise starke Bewölkung mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen 15 bis 19, Tiefstwerte nachts um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, mitunter böiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Unverändert wechselhaft und kühl.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.17 Uhr*, Untergang: 21.37 Uhr; **Mondaufgang:** 8.19 Uhr, Untergang: 23.43 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 9. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	17	bw
Bielefeld	17	bw
Braunlage	11	bd
Bremen	11	bw
Dortmund	18	bw
Dresden	16	bd
Düsseldorf	18	he
Erfurt	14	bw
Essen	17	bw
Feldberg/S.	5	iW
Flensburg	15	he
Frankfurt/M.	14	bw
Freiburg	14	bw
Garmisch	13	bd
Greifswald	17	bw
Hamburg	13	bw
Hannover	13	Rs
Kahler Asten	11	bw
Kassel	12	bw
Kempten	12	Rs
Kiel	18	he
Koblenz	15	Rs
Köln-Bonn	16	bw
Konstanz	14	R
Leipzig	16	bw
List/Sylt	15	he
Lübeck	17	bw
Mannheim	14	bw
München	12	Rs
Münster	17	bw
Norderney	16	he
Nürnberg	12	R
Oberstdorf	12	R
Passau	15	Gw
Saarbrücken	13	bw
Stuttgart	15	bw
Trier	18	bw
Zugspitze	-3	Ne

Ausland:

Algier	30	he
Amsterdam	19	he
Athen	28	he
Barcelona	26	he
Belgrad	20	bd
Bordeaux	20	bw
Bozen	25	bw
Brüssel	18	he
Budapest	23	he
Bukarest	24	he
Casablanca	26	he
Dublin	15	he
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	16	bw
Faro	22	he
Florenz	28	he
Genf	19	bw
Helsinki	20	he
Hongkong	28	Gw
Innsbruck	14	bw
Istanbul	28	he
Kairo	32	he
Klagenfurt	21	bw
Konstanza	27	he
Kopenhagen	18	he
Korfu	26	he
Las Palmas	23	he
Leningrad	20	bw
Lissabon	24	he
Locarno	27	he
London	17	bw
Los Angeles	16	he
Luxemburg	15	bw
Madrid	32	he
Mailand	26	he
Malaga	28	he
Mallorca	27	he
Moskau	30	he
Neapel	30	he
New York	26	he
Nizza	27	he
Oslo	18	Rs
Ostende	17	he
Palermo	27	he
Paris	17	bw
Peking	27	bw
Prag	14	bw
Rhodos	26	wl
Rom	28	he
Salzburg	17	bw
Singapur	31	bw
Split	26	he
Stockholm	18	he
Straßburg	17	bw
Tel Aviv	28	he
Tokio	26	bw
Tunis	29	he
Valencia	29	he
Varna	25	bw
Venedig	25	he
Warschau	17	bw
Wien	19	Rs
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Originelle Lösung für die Kunsthalle

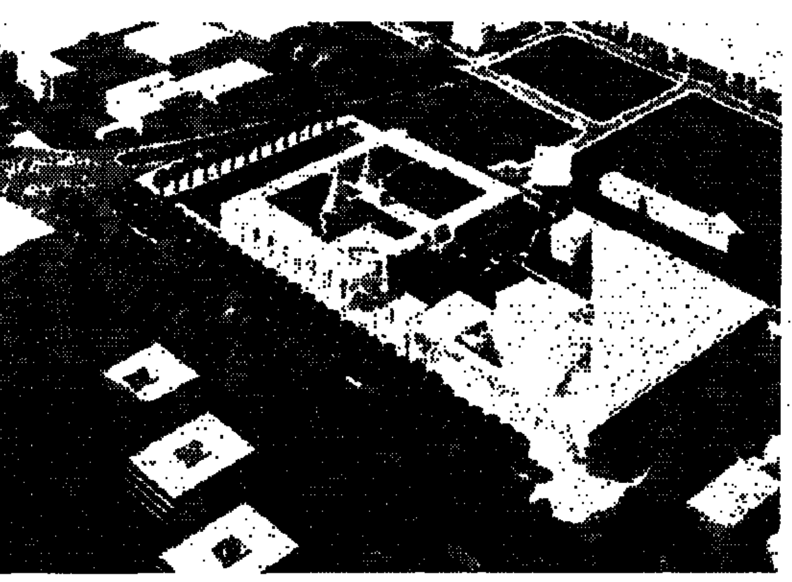
KARL BRAUCKMANN, Bonn

Der vom Bundesbauminister Oscar Schneider veranstaltete Ideenwettbewerb für eine Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn ist entschieden: Mit großer Mehrheit sprach sich die Jury für den Entwurf des Wiener Professors Gustav Peichl aus. Er erhielt für seinen originellen, fast „morgenländisch“ anmutenden Entwurf den mit 50 000 Mark dotierten ersten Preis.

35 Architekten aus dem In- und Ausland hatten Entwürfe eingereicht. Gefordert war ein Kommunikationszentrum für Musik und Filmveranstaltungen, das Ausstellungen aller Größenordnung Platz bieten und mit dem bereits entworfenen städtischen Kunstmuseums eine Einheit bilden sollte. Dieser Vorgabe wurde keiner der Entwürfe völlig gerecht, meinte Schneider. Der stellvertretende Vorsitzende des Preisgerichts, Ulrich von Altenstadt, erklärte, daß man sich nun mit den drei ersten Preisträgern zusammensetzen wolle, um die endgültige Form zu diskutieren.

Professor Peichl erhielt den ersten Preis, weil seine Arbeit trotz nicht genau formulierter Aufgabenstellung eine Lösung anbot, die einerseits eigenwillige Formen aufweist (Säulen, Eingänge, Nutzung des Flachdachs) zugleich aber ein Bild der Geschlossenheit der gesamten Anlage vermittelt. Auffällig sind hierbei besonders kegelartige „Lichttürme“, die auf dem Dach plaziert werden sollen – ein Vorschlag freilich, der nicht die ungeteilte Zustimmung der Jury fand.

Alle prämierten Lösungen zeugten von durchdachten Konzepten, so daß man sicher noch in diesem Jahr einen fertigen Entwurf präsentieren könne, meinte Altenstadt. Die Gelder, schätzungsweise 100 Millionen Mark, liegen bereit – und spätestens 1989 werde mit dem Bau begonnen, sagte der Bundesbauminister.



Diese Lösung für die Kunsthalle des Bundes (Gebäudekomplex links, rechts das geplante Kunstmuseum) erhielt den ersten Preis FOTO: DIE WELT

Obergefreiter von Polizist erschossen

AP, Wilhelmshaven

Ein 22jähriger Obergefreiter der Bundesmarine ist am Montag abend in Wilhelmshaven von einem Polizisten angeschossen und tödlich verletzt worden. Wie die Polizei mitteilte, war er zuvor mit einem etwa 60 Zentimeter langen Säbel auf einen Beamten losgegangen und hatte sich auch durch einen Warnschuß nicht zur Aufgabe zwingen lassen. Daraufhin schoß ihn der 25jährige Polizist nach amtlicher Darstellung in die Schulter. Der Getroffene starb eine Stunde später im Krankenhaus. Die Beamten waren am Abend über Notruf alarmiert worden: „Hier sticht ein Kerl auf eine Frau mit einem Messer ein, die ist schwanger.“ Die Frau wurde von der Besatzung eines Streifenwagens wenig später in Sicherheit gebracht.

Waldbrände in Frankreich

dpa/AFP, Marseille

Die großflächigen Waldbrände in Südfrankreich breiten sich aus. Anhaltender Mistralwind fachte vor allem bei Coudoux nördlich von Aix-en-Provence und im Südosten der Rhône-Mündung die Flammen an. Bis gestern waren bereits mehr als 4700 Hektar Wald- und Heideland verbrannt. Auf einem Campingplatz bei Pierrefeu mußten 1100 Menschen evakuiert werden. Die Brände gehen vermutlich auf Brandstiftung zurück.

Etikettenschwindel

AP, Berlin

Die Berliner Polizei überprüft derzeit den Verdacht, polnische Bohnenkonserven seien nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl per Etikett als ostfriesische Produkte deklariert worden. Der Fall kam ins Rollen, als der Berliner Zoll bei einer Warenprobe im Mai über das Etikett „Gutes aus Ostfriesland“ stolperte. In den Frachtpapieren war dagegen von polnischen Produkten die Rede. Die Etiketten sollen vor dem Weiterverkauf in den Westen von einer Berliner Firma aufgeklebt worden sein.

Frontal zusammengestoßen

dpa, Tirschenreuth

Vier Männer im Alter von 18 bis 24 Jahren sind bei einem Frontalzusammenstoß zweier Autos in der Nacht zum Dienstag ums Leben gekommen. Der Unfall ereignete sich im bayerischen Landkreis Tirschenreuth. Nach den Angaben der Polizei war einer der Wagen ins Schleudern geraten.

Rauch-Vorschriften

dpa, Washington

Die amerikanische Armee hat neue Vorschriften für das Rauchen eingeführt. Seit Montag darf nur in besonderen Zonen geraucht werden. Strikt verboten ist der Griff zur Zigarette unter anderem in Konferenz- und Unterrichtsräumen, in Toiletten, Turnhallen und Fitneß-Zentren. Die neuen Vorschriften gelten weltweit für alle US-Basen.

Glück und Unglück

dpa, Aachen

Nur kurz währte die Freude eines 23jährigen, der am Montag abend im Aachener Spielcasino 6000 Mark gewonnen hatte. Als er zu seinem in der Tiefgarage abgestellten Wagen ging, trat ihm ein Maskierter im Nadelstreifenanzug entgegen, hielt ihm ein Messer vor die Nase und verlangte das Geld. Ein zweiter Täter riß ihn von hinten zu Boden und leerte dem „Glückspilz“ die Taschen.

Bestrickende Bilanz

dpa, Schweinfurt

Abiturientinnen eines Schweinfurter Gymnasiums legten jetzt eine „bestrickende Bilanz“ vor: Während der beiden letzten Schuljahre strickten und häkelten sie während der Unterrichtszeiten 93 Pullis, 17 Pullunder, elf Paar Handschuhe, zehn Jacken, vier Paar Socken und drei Schals.

Kommissar wird Dekan

KNA, Rottenburg

Werner Knubben, vor seiner Weihe zum Diakon (1983) als Hauptkommissar bei der Kriminalpolizei tätig, ist vom Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Georg Moser, zum Polizeidekan ernannt worden.

ZU GUTER LETZT

Radio Luxemburg sucht Redakteure oder Redakteurinnen, „die herausfinden, wie hoch die Gehaltsüberweisung von DGB-Chef Breit im Mai war, wie man an die private Telefonnummer des Protokollchefs im Weißen Haus kommt und die solange bohren, bis sie wissen, was Ingrid Steeger von Manfred Wörner hält“. (Aus einer Anzeige)



Die Selbständigen sind die tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft. Sie allein erarbeiten knapp die Hälfte des Sozialprodukts und erwirtschaften 51 Prozent aller Umsätze. QUELLE: KND

Vom Klima, das den Gründergeist weckt

Von HELMUT KOHL

Der amerikanische Management-Professor Drucker hat sich in einer Analyse mit dem Geheimnis des „Deutschen Wunders" befaßt und neben dem am Weltmarkt orientierten Management und den massiven Steuersenkungen insbesondere auch unser duales Ausbildungssystem hervorgehoben. Darauf können wir stolz sein!

Die Lehrstellenrekorde – die wir zu 80 Prozent dem Mittelstand verdanken – zeigen, zu welchen großartigen Leistungen unsere Soziale Marktwirtschaft fähig ist. Dies ist nicht vom Staat verordnet oder erzwungen worden. Aber – und dies haben wir erneut gelernt – wir können gemeinsam ein Klima schaffen, das neues Engagement und neue Kräfte freisetzt.

Der Mittelstand ist der Motor der Marktwirtschaft. Er bürgt für rasche Anpassung an veränderte Marktbedingungen, sich wandelnde Verbraucherwünsche und neue technologische Entwicklungen. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,9 Millionen mittelständische Unternehmen (mit bis zu 500 Beschäftigten) und freiberufliche Praxen, Kanzleien und Büros. Dieser Mittelstand bietet über zwölf Millionen Menschen Beschäftigung und stellt damit rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Im vierten Jahr des Aufschwungs wird vor allem auch der Mittelstand von der Verlagerung der Wachstumskräfte vom Export auf die Binnennachfrage profitieren. Neben Exporten und Investitionen übernimmt in diesem Jahr der private Verbrauch die Rolle des Konjunkturmotors. Die zusätzliche Nachfragebelebung in zweistelliger Milliardenhöhe ist das Mehrfache dessen, was die – obendrein kreditfinanzierten – Konjunkturprogramme vergangener Zeiten zu bieten hatten. Entscheidend ist dabei: Dies ist ein Aufschwung mit Stabilität. Preisstabilität ist zugleich der wichtigste soziale Erfolg dieser Bundesregierung für die zweite Hälfte der 80er Jahre.

„Die Lehrstellen-Rekorde zeigen, zu welchen großartigen Leistungen unsere Soziale Marktwirtschaft fähig ist."

Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Mittelstandspolitik. Damit mittelständische Unternehmen und freie Berufe ihre Vorteile am Markt voll entfalten und sich erfolgreich neben Großunternehmen behaupten können, sind vor allem günstige und faire Rahmenbedingungen wichtig. Daneben sind spezifische Hilfen für Klein- und Mittelunternehmen dort erforderlich, wo besonders gravierende größenbedingte Nachteile nicht aus eigener Kraft ausgeglichen werden können. Diese Hilfen sind jedoch stets Hilfe zur Selbsthilfe.

Hier ist bereits viel erreicht worden. In erster Linie sind dabei die steuerlichen Rahmenbedingungen zu nennen: Ich erinnere an die Verringerung der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensbesteuerung, an die Verdoppelung des Verlustrücktrags sowie an die Einführung der Länderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe – um einige Beispiele zu nennen.

Die Einkommenssteuersenkung 1986/88 um rund 20 Milliarden Mark wird der Wirtschaft zusätzlichen Spielraum für Investitionen geben. Da mittelständische Betriebe in vielen Fällen auch Familienbetriebe sind, schlägt für den Mittelstand nicht nur die Progressionsmilderung, sondern auch die Entlastung der Familie spürbar zu Buche.

Die Steuersenkung 1986/88 bedeutet zugleich einen Einstieg in die Reform der Unternehmensbesteuerung. Denn es darf nicht übersehen werden, daß neun von zehn Unternehmen Personenunternehmen sind, deren Gewinn unmittelbar bei den Unternehmern oder Mitunternehmern einkommenssteuerpflichtig ist. Aus dieser Sicht ist die Einkommenssteuer die wichtigste Unternehmensteuer.

Ziel unserer Steuerpolitik bleibt, das Steuerrecht insgesamt leistungs-, wachstums- und familienfreundlicher zu gestalten.

Neben der Einnahmeseite gehen auch von der Ausgabenseite des Bundeshaushaltes bedeutende Impulse für den Mittelstand aus. Mit dem Haushalt 1986 wird ein zusätzliches Kreditvolumen von rund sechs Milliarden Mark im Rahmen des ERP-Vermögens, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank mobilisiert, insbesondere für Umweltschutzinvestitionen der Gemeinden und zugunsten des Mittelstandes.

Weitere Schwerpunkte der Mittelstandspolitik nenne ich in Stichworten:
- das Beschäftigungsförderungsgesetz mit dem befristeten Arbeitsvertrag,
- neue Arbeitsfelder für freie Berufe durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen,
- Entbürokratisierung mit dem neuen Baugesetzbuch und mit der Entrümpelung zahlreicher anderer Vorschriften,
- Förderung überbetrieblicher Lehrwerkstätten im Handwerk und Modernisierung der Ausbildungsordnungen,
- Förderung der Unternehmensberatungen,
- Verbesserung des Personalkostenzuschußprogramms für Forschung und Entwicklung,
- Erleichterung des Zugangs zu den organisierten Märkten für Eigenkapital durch Gesetze zur Börsenzulassung und für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

Im Rahmen der Förderung von Existenzgründungen mit Eigenkapitalhilfe und ERP-Existenzgründungsdarlehen sowie mit der neuen Ansparförderung wurden seit 1983 etwa 50 000 Existenzgründungen unterstützt. Damit könnten etwa 250 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden.

Der Erfolg unserer Mittelstandspolitik läßt sich nicht zuletzt an den Unternehmensgründungen ablesen. Rund 300 000 Neugründungen im vergangenen Jahr bedeuten nicht nur einen neuen Rekord. Sie signalisieren zugleich einen greifbaren Zugewinn an wirtschaftlicher Dynamik – verbunden mit wachsendem Vertrauen in die Zukunft. Auf diesen Beitrag des Mittelstands können und wollen wir in den kommenden Jahren nicht verzichten.



Wo der Mittelstand schwach ist, kränkelt auch die Demokratie: Drei Millionen Deutsche erfahren das Risiko
FOTO: IMAGE BANK

Mittelstand – Sauerteig einer dynamischen Volkswirtschaft

Von PETER GILLIES

Der Mittelstand gilt als risikobewußt, wendig, arbeitsplatz- und ausbildungsintensiv, ertragsstark und innovativ. Wo der Mittelstand schwach ist, kränkelt auch die Demokratie. Dennoch hat er keine Lobby, wird planmäßig zwischen mächtigen Großinteressen zerrieben, stöhnt unter der Bürokratie, fühlt sich gegängelt und mißverstanden. Ein weißer Fleck auf der Karte der Wirtschaftspolitik?

So zahlreich wie die politischen Bekenntnisse zum Mittelstand sind die Versuche, ihn zu definieren. Dabei erweist sich der Wortstamm „Stand" als hinderlich, weil er die falsche Assoziation an Stände, Zünfte oder Gilden weckt. Die politische Umgangssprache definiert ihn heute auf zwei Ebenen: der selbständige Mittelstand mit knapp drei Millionen Bürgern umfaßt das Handwerk, die Kleinindustrie, den Handel, die Bauern und die Freiberufler; gesellschaftlich wird die Gruppe gern um gut zwei Millionen Menschen erweitert, wobei die politische Kunstfigur des Aufsteigers den Weg weist, also Leitende Angestellte, Führungskräfte, manchmal auch höhere Beamte.

Da jedoch einem Beamten das volle Wirtschaftsrisiko schwerlich eigen ist, und auch die angestellten Aufsteiger die barschen Marktgesetze nicht so unmittelbar am eigenen Leibe verspüren, konzentriert sich die Wirtschaftspolitik auf die gewerblich Selbständigen und die Freiberufler. Dabei handelt es sich um rund 2,7 Millionen Existenzen gegenüber nur gut siebentausend Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Auch hierin verbirgt sich ein Mißverständnis: Obgleich die öffentliche Meinung von der Vorstellung vorgeformt ist, der „typische" Arbeitnehmer stehe am Fließband eines Großkonzerns, ist die Realität ganz anders. Nur zwei Prozent arbeiten an einem Fließband, im Mittelstand sind jedoch zwei Drittel aller Beschäftigten tätig.

Rund drei Viertel aller Lehrlinge werden in mittelständischen Betrieben ausgebildet. Diese Unternehmen erarbeiten rund die Hälfte des Sozialprodukts, sind ausweislich der Patent- und Lizenzbilanzen überdurchschnittlich innovativ und bestreiten rund zwei Fünftel aller Investitionen. In diesen Unternehmen liegen zwar Lohn, Gehalt und Sozialleistung etwas unter dem Niveau der Großkonzerne, indes ist die Zufriedenheit der Mitarbeiter größer, wie eine Studie des Rationalisierungs-Kuratoriums der deutschen Wirtschaft feststellte. Besonders hoch ist die Zufriedenheit im deutschen Handwerk, dessen Lehrstellenexplosion der letzten Jahre übrigens zu den Beachtlichkeiten der Nachkriegswirtschaft gehört.

Die Politik führt zwar den Mittelstand im Munde, denkt aber wenig in seinen Kategorien (wenngleich sich mit dem Regierungswechsel die Akzente verschoben haben). Man bevorzugt den Raster der Großorganisationen: hie Konzerne als Arbeitgeber, dort Gewerkschaften als Arbeitnehmer. In der Realität vertreten jedoch weder die einen noch die anderen die volle Breite der Interessen, was sich allein daraus ergibt, daß zwei von drei Arbeitnehmer in keiner Gewerkschaft organisiert sind.

Die Hufe des Amtsschimmels treffen dieses Segment der Wirtschaft besonders heftig. Den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern und freiberuflichen Spitzenorgansiationen ist es zu verdanken, daß sie diese Bürokratielast deutlich machten, unter der die Selbständigen ächzen. Der Staat verlagert eine Fülle von Aufgaben (Steuern, Statistik, Erhebungen, Berichte etc.) auf diese Existenzen, ohne sie ihnen zu entgelten. Im Durchschnitt sind das 20 Stunden je Woche, rund 50 000 Mark an Kosten pro Jahr. Da arbeiten Familienangehörige in unbezahlter Fron des Staates mit.

Dem umtriebigen Mittelstandsforscher Professor Eberhard Hamer (Hannover) ist es zu verdanken, daß ein anderes, gängiges Denkschema widerlegt wird. Es lautet: Der Staat wird nur von zwei Gruppen finanziert, dem Lohnsteuerzahler und der Großindustrie. Das gehe jedoch weit an der Wirklichkeit vorbei. Hamers Untersuchungen haben ergeben, daß der wesentliche Träger der Staatsfinanzen eben jener Mittelstand ist, und zwar zu 88 Prozent.

Von allen Steuern und Sozialabgaben bringe der Mittelstand rund 61 Prozent auf. Die 1,9 Millionen Gewerbebetriebe trügen 70 Prozent aller Unternehmenssteuern und 62,2 Prozent aller Sozialabgaben. Ihre Belastungsquote sei – gemessen an ihrem Gewerbekapital oder ihren Mitarbeitern – etwa doppelt so hoch wie die von Großunternehmen.

Nun müßte man meinen, als Äquivalent für diese Belastung erhielten die Mittelständler auch höhere Finanzhilfen vom Staat. Weit gefehlt: von den öffentlichen Subventionen bekommen sie nur drei Prozent dessen, was die Großbetriebe vom Staat abkassieren. Im Klartext bedeutet dies, daß die nahezu ausschließliche Förderung der Großwirtschaft am Mittelstand vorbeigeht und sogar von ihm bezahlt werden muß. So finanziert diese Gruppe nicht nur ihre finanzkräftige Konkurrenz, sondern auch den gefräßigen Amtsschimmel, der sie hernach drangsaliert.

Aus dieser Sicht wird es verständlich, wenn der Mittelstand die marktwirtschaftliche Ordnungspolitik anmahnt, für faire Wettbewerbschancen trommelt, die Privatisierung von Staatsleistungen propagiert und die Sanierung von Finanzen und Sozialsystem fordert. Unterlassungen auf allen diesen Gebieten treffen ihn nämlich mit voller Wucht, während die üppigen Stabsabteilungen der Großunternehmen phantasiereiche Wege der Vermeidung auszutüfteln vermögen. Nur langsam, sehr langsam beginnen sich die politischen Kompasse darauf einzunorden. Zwar haben die selbständigen Existenzen noch immer keine schlagkräftige Lobby – dieses Schicksal teilen sie mit Rentnern, Rauchern, Alten, Kindern und vielen anderen Gruppen –, aber ihre Argumente verpuffen nicht mehr wie früher ohne Resonanz. Andererseits seien diese Fürsprecher vor poujadistischem Reservatsdenken gewarnt, denn es erhöhte den Grad der Verkrustung, statt neue Kräfte freizusetzen.

Vieles, aber nicht alles, kann der Mittelstand selbst tun, um seine Wettbewerbsposition zu verbessern. So gibt es zwar, worauf Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte stets hinweist, ein Kartellverbot, aber kein Kooperationsverbot. Verbesserte Betriebsberatung, der Sprung in neue Technologien (beim Mikroprozessor in den USA gaben und geben die kleineren Unternehmen mit 50 bis 200 Mitarbeitern den Ton an), marktnäheres Angebot, das Erobern von Nischen, das Anlocken von wagemutigem Kapital durch offensive Marktdarstellung und vieles andere sind klassische Methoden, um aus dem Strukturwandel gehärtet hervorgehen zu können.

Politischer Druck gehört dazu. Dabei hilft es wenig, sich punktuell als Empfänger von Subventionen oder Nutznießer von Sonderregelungen zu empfehlen. Steuerfreie Investitionsrücklagen, ein Verbot von Verkäufen unter Einstandskosten, die weitere Kriminalisierung der Schwarzarbeit oder andere Stichworte sind geeignet, den Blick für die wirklichen Prioritäten einer erfolgreichen Mittelstandspolitik zu verstellen. Der Kernsatz muß vielmehr lauten: eine gute Wirtschafts-, solide Finanz- und seriöse Sozialpolitik ist immer auch eine gute Mittelstandspolitik. Auch der Umkehrschluß gilt: Gute Mittelstandspolitik ist ohne eine Wirtschaftspolitik mit Augenmaß nicht zu erreichen.

Für den Prozeß politischer Einflußnahme ist Wehleidigkeit ein schlechter Ratgeber. Sie zählt in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht, allenfalls mögen sich Gewerkschaften auf eine allgemeine „Verelendung der lohnabhängigen Massen" berufen. Die rund fünf Millionen Bürger, die man zum Mittelstand rechnet, brauchen dagegen ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Aber sie können einiges dafür tun, daß es weiter als bisher leuchtet. Ihnen ist zu empfehlen, die gesamte Bandbreite marktwirtschaftlicher Politik anzumahnen. Das, und nicht das liebevolle Häkeln am Gesetzesdetail, sichert ihre Zukunft. Dafür sind die Aussichten eigentlich so schlecht nicht. Der Mittelstand ist wirtschaftlich ein Riese, aber es ist kein Naturgesetz, daß er politisch ein Zwerg bleiben muß.

Wo der „verantwortliche Herr" eine Dame ist

Von ANNELIESE I. KLUG

Rund eineinhalb Millionen Frauen sind selbständig; sie leiten Unternehmen, führen Betriebe im Handwerk und in der Landwirtschaft, führen ein Geschäft oder arbeiten freiberuflich. Doppelt so viele sind mitarbeitende oder mithelfende Familienangehörige. Statistisch werden nur die mithelfenden Frauen erfaßt, die mitarbeitenden (mit Arbeitsvertrag) sind in den Kategorien Angestellte oder Arbeiterin enthalten. Zählt man zum selbständigen Mittelstand noch den unselbständigen dazu (leitende Angestellte, beamtete Führungskräfte) sind rund 4,5 bis 4,7 Millionen Frauen Mittelstandsfrauen.

Nirgendwo sonst haben die Frauen so das Sagen wie im Mittelstand. In jedem fünften mittelständischen Unternehmen entscheidet eine Frau. Das unterstrich Professor Dr. Horst Albach, Leiter des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung bei der Vorstellung der Ergebnisse einer Erhebung des Wirtschaftsmagazins „impulse", die er wissenschaftlich betreut. In fast 20 Prozent der mittelständischen Unternehmen ist der „verantwortliche Herr" eine Dame, vor allem im Handel (22,2 Prozent) und bei den Dienstleistungen (21,2 Prozent). Weder in der Großindustrie noch in Wissenschaft und Forschung und auch nicht im öffentlichen Dienst haben Frauen so gute Möglichkeiten, sich beruflich zu entfalten und Top-Positionen zu erreichen.

Frauen nutzen diese Chancen vermehrt: Bei den Existenzgründungen haben sie sogar einen Anteil von über 30 Prozent. Existenzgründerinnen finden sich zwar bevorzugt im Gaststätten- und Handelsbereich, aber ebenso zum Beispiel als Handwerksmeisterin und in den freien Berufen. Gerade in den freien Berufen gibt es ausgesprochene Frauendomänen; zum Beispiel wird die Krankengymnastik zu 94 Prozent von Frauen angeboten, 68 Prozent der Dolmetscher und Übersetzer sind weiblich, Apotheken werden zur Hälfte von Frauen geführt.

Während bei den Männern der Trend zur Existenzgründung von 1983 zu 1984 leicht abnahm (von 67,2 auf 66,4), ist er bei den Frauen weiter gestiegen (von 32,2 auf 32,9). Dabei handelt es sich keineswegs um lediglich kurzlebige Existenzen. Schließt schon allgemein das Gründungsgeschehen mit einer positiven Bilanz ab, so zeigt sich bei den Frauen außerdem eine Abnahme der gescheiterten Existenzgründungen (von 32,4 auf 29,5 Prozent). Bei den Männern hingegen ist die Quote derjenigen, die wieder aufgeben, gestiegen (von 66,8 auf 69,5 Prozent).



Das Gründungsgeschehen macht einmal mehr deutlich, daß die Unternehmerin keineswegs die ist, die „umständehalber" selbständig wird, sondern es sich dabei um Frauen handelt, die ihre Firmen kaufen oder neu gründen. Das berichtet auch die Vereinigung von Unternehmerinnen über ihe Mitglieder: Früher erbten zwei Drittel der Unternehmerinnen ihren Betrieb als Ehefrau oder Tochter, jetzt ist die Mehrzahl aus Eigeninitiative selbständig.

Während heute zu recht über die Benachteiligung von Frauen geklagt wird und Anstrengungen unternommen werden, diese abzubauen, haben Frauen im Mittelstand solche Nachteile nicht. Der Abschied von der Männergesellschaft ist im Mittelstand längst Wirklichkeit, denn der Mittelstand ist nie eine Männergesellschaft gewesen, wie es in anderen Bereichen der Fall war und auch heute teilweise noch ist.

Mehr noch als durch die selbständige Frau lebt der Mittelstand durch die Arbeit der mitarbeitenden und mithelfenden weiblichen Familienangehörigen. Die meisten mittelständischen Betriebe sowie die Praxen und Büros der freien Berufe sind auf die Mitarbeit vor allem der Ehefrauen angewiesen. Sie erledigen meist die Buchführung, den Schriftwechsel, die Telefonate, den Umgang mit Kunden und Vertretern.

In der Landwirtschaft zum Beispiel sind 90 Prozent Familienbetriebe, die die Mitarbeit der Frau brauchen. In der Nebenerwerbslandwirtschaft liegt die Hauptlast der betrieblichen Arbeiten auf den Schultern der Frau. Hier haben sich die Frauen durch den Direktverkauf von landwirtschaftlichen Produkten einen neuen Wirschaftsbereich erobert.

Immer mehr wird dazu übergegangen, für diese Frauen einen Arbeitsvertrag abzuschließen, womit sie die gleichen Rechte und den gleichen Schutz erhalten wie Arbeitnehmerinnen – und der Betrieb Steuern sparen kann. (Steuerlich besonders interessant sind Überlegungen, wie beide Ehepartner als Unternehmer tätig werden können, indem zum Beispiel eine GmbH gegründet, eine Filiale eröffnet oder die Ehefrau auf freiberuflicher Basis für die Firma tätig wird.)

Ist schon für die Selbständigen allgemein die 40-Stunden-Woche eine Illusion, ist sie es erst recht für die Frauen im Mittelstand. Arbeitszeiten von 65 bis 80 Stunden in der Woche sind die Regel. Durch Haushalt, Kinder und Berufstätigkeit haben selbständige und mitarbeitende Frauen oft einen Zehn- bis Zwölf-Stunden-Tag, und der Urlaub ist kärglich bemessen. Die durchschnittliche Urlaubsdauer der Unternehmerinnen, der freiberuflich tätigen Frauen und der mitarbeitenden und mithelfenden Ehefrauen liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt der Urlaubszeit anderer gesellschaftlicher Gruppen. Natürlich profitieren sie auch nicht von der Mutterschutzgesetzgebung. Ihre Mutterschutzfrist reduziert sich nicht selten auf die Dauer des Klinikaufenthalts, während sie vorher bis zur letzten Minute tätig sind und auch anschließend sofort wieder einsteigen (müssen).

Wenn heute mehr und mehr gefordert wird, es gelte Arbeitswelt und Familie mehr in Einklang zu bringen, die verhängnisvolle Aufspaltung in voneinander getrennte Bereiche zu stoppen und wieder abzubauen, so ist das im Mittelstand bereits erreicht. Mehr als anderswo ist die Lebensgemeinschaft auch eine Arbeitsgemeinschaft. Allerdings um den Preis einer hohen Belastung. Die Frauen sind dennoch zufrieden. Zum Erstaunen der Wissenschaft förderten statistische Untersuchungen eine generell höhere Zufriedenheit der Mittelstandsfrauen mit ihrem Beruf zutage sowie weiter, daß mittelständische Ehen seltener geschieden werden. Für die Erziehung der Kinder ist von Vorteil, daß sie Mutter und Vater nicht in den heute noch vorherrschenden „Rollen" erleben, sondern gelebte Partnerschaft erfahren – wenn man auch die Probleme, die durch Überlastung entstehen können, nicht übersehen darf.

Angesichts dieses Befundes ist es um so weniger hinzunehmen, daß weder die Wissenschaft noch die Politik die Frauen im Mittelstand hinreichend zur Kenntnis nehmen – während Frauen für beide Bereiche immer interessanter geworden sind.

Die Leistungen dieser Frauen für Wirtschaft, Wettbewerb, das Angebot von Arbeitsplätzen sowie für Familie und Gesellschaft sind bisher in der Öffentlichkeit kaum bekannt, politische Maßnahmen berücksichtigen ihre besondere Situation nicht, die Forschung hat sie nach zwei Untersuchungen (1980 und 1983) auch wieder vergessen. Seit 1978, als der erste Fachkongreß zum Thema „Frau im Mittelstand" durchgeführt wurde, bemühen sich die Frauen in der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, hier Abhilfe zu schaffen.

Nun zeichnet sich mit der neuen Frauenministerin, Professor Dr. Rita Süssmuth, eine Änderung ab. Sie will in die Arbeit ihres Ministeriums die Frauen im Mittelstand einbeziehen. Damit hat sie dann endlich das erreicht, wofür sie als Leiterin des Frauenforschungsinstituts „Frau und Gesellschaft" jahrelang vergeblich bei den vormaligen Bundesministerinnen Gehör zu finden versuchte.

Die Autorin ist Chefredakteurin des „Mittelstandmagazins" in Bonn.

BAYERN / Förderung, aber keine Sonderpolitik

Wie der Mittelstand das Wachstum weckt

Von ANTON JAUMANN

In den 70er Jahren wurde der Mittelstand schwer verunsichert, einerseits durch die scheinbar unaufhaltsame Machtkonzentration der Großbetriebe, andererseits durch die Politik des demokratischen Sozialismus unter den Regierungen Brandt und Schmidt.

Die SPD propagierte damals ein „Austesten der sozialen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft". Steigende Lohnkosten und Soziallasten, hohe Zinsen und Steuermehrbelastungen führten vielfach zu einer existenzgefährdenden Verschlechterung der Ertragslage, der Eigenkapitalsituation und der Wettbewerbsfähigkeit gerade der kleinen und mittleren Betriebe.

Die Bayerische Staatsregierung hat mit einer Verstärkung ihrer traditionell mittelstandsorientierten Politik bewußt gegengesteuert. Die tragenden Gedanken hat sie bereits 1974 im Bayerischen Mittelstandsförderungsgesetz verankert:

Sie will die Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe steigern und die rechtzeitige Anpassung an den wirtschaftlichen und technologischen Wandel ermöglichen. Staatliche Fördermaßnahmen sollen größenbedingte Nachteile ausgleichen, die Eigeninitiative anregen und insbesondere geeignete Formen der Selbsthilfe unterstützen, damit der Mittelstand im nationalen und internationalen Wettbewerb seine Chance hat.

Mit dieser Zielsetzung haben wir in Bayern eine Vielzahl mittelstandspolitischer Maßnahmen zur Förderung der fachlichen Leistungsfähigkeit ergriffen, zum Beispiel:

- Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Außenwirtschafts- und Technologieberatung und spezifische Beratung in Handwerk, Handel, Fremdenverkehr und kleinen Industrieunternehmen.
- Erleichterung der überbetrieblichen Zusammenarbeit, zum Beispiel in Technologiezentren.
- Einrichtung regionaler Informationsvermittlungsstellen.
- Förderung der angewandten Forschung, der betrieblichen Innovation und der Markteinführung technologischer Neuentwicklungen.
- Erleichterte Beteiligung an Messen und Ausstellungen.

Daneben stehen die Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungssituation und der Kapitalversorgung so zum Beispiel durch das Bayerische Mittelstandskreditprogramm, die Existenzgründungsförderung, durch Kreditgarantiegemeinschaften, durch die Kapitalbeteiligungsgesellschaft oder die Bayerische Wagnisbeteiligungsgesellschaft.

Auch die Mittel der Regionalprogramme kommen zu rund 75 Prozent mittelständischen Betrieben in strukturschwachen Gebieten zugute.

Viele weitere mittelstandswirksame Maßnahmen ergänzen unsere Politik, zum Beispiel Standortberatung, Messewesen, Fremdenverkehrsmarketing und mittelstandsgerechtes öffentliches Auftragswesen.

Die Grundsätze des Mittelstandsförderungsgesetzes sind durchgängig von allen Behörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts bei allen Programmen, Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.

Der Erfolg ist deutlich. Gerade durch die Leistung seines Mittelstandes liegt Bayern heute beim Wirtschaftswachstum, bei der Zahl der Existenzgründungen, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und beim Abbau der Arbeitslosigkeit deutlich über dem Bundesdurchschnitt, zum Teil sogar an der Spitze der Bundesländer.

Aber wir müssen darauf achten, daß die Bundesregierung oder die EG-Kommission nicht einfach die Mittelstandspolitik der Länder „kopieren". Denn das brächte nur einen verstärkten Subventionsdschungel, Doppelförderungen, Mitnahmeeffekte und ungewollte Wettbewerbsverzerrungen auf regionaler Ebene.

Die Effektivität der Strukturhilfen für kleine und mittlere Unternehmen hängt weitgehend vom Zusammenspiel mit den auf Länderebenen verankerten Behörden und Institutionen ab, so zum Beispiel Ämtern, Kammern, überbetrieblichen Einrichtungen der beruflichen Bildung, Forschungsinstituten, Universitäten usw. Orts- und Sachnähe, Kenntnis der regionalen Wettbewerbssituation und oft auch des einzelnen Betriebes und Vorhabens sind unentbehrlich. Der persönliche Kontakt spielt eine große Rolle. Das schafft Vertrauen.

Deshalb halte ich es für unabdingbar, im Bereich der Mittelstandsförderung besonders sorgfältig das Subsidiaritätsprinzip zu wahren. Der Grundgesetzgeber hat nicht umsonst die Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung – und dazu zählen auch Strukturhilfen für den Mittelstand – grundsätzlich den Ländern zugewiesen.

Dagegen ist es Aufgabe des Bundes und der EG, die nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß spezielle Fördermaßnahmen für den Mittelstand entbehrlich und der von allen Seiten gewünschte Subventionsabbau möglich wird.

Mittelstandspolitik darf langfristig nicht eine Sonderpolitik für 99 Prozent der Betriebe sein. Sie muß wieder mehr und mehr ein integriertes Wesenselement einer konsequenten Wirtschaftspolitik auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft werden.

Damit sind die wesentlichen mittelstandspolitischen Aufgaben auf Bundesebene vorgezeichnet:

- Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Reduzierung der Staatsquote zur Erweiterung des privatwirtschaftlichen Handlungsspielraumes, zugleich Entlastung des Kapitalmarktes.
- Steuerreformen mit dem Ziel leistungsgerechter, übersichtlicher und möglichst niedriger Tarife zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und als wesentliches Kriterium im Kampf gegen die Schwarzarbeit.
- Verstärkte Bemühungen um Subventionsabbau, Entstaatlichung, Privatisierung und Entbürokratisierung.
- Flexibilisierung des Arbeits- und Sozialrechtes, Begrenzung des Anstiegs der Lohnnebenkosten.
- Verbesserung des Wettbewerbsrechtes zur Begrenzung wettbewerbswidriger Praktiken, insbesondere Novellierung des UWG und GWB.
- Mittelstandsgerechte Ausgestaltung von bestehenden und beabsichtigten Programmen, Planungen und Maßnahmen.

Ich sehe eine besondere Aufgabe der Bundesländer darin, in den Bund–Ländergremien und besonders im Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, diesen seit dem Regierungswechsel 1982 erfolgreich eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

- So hat Bayern beispielsweise unter dem Stichwort „Tarif 90" ein mittelstandsgerechtes, solides Steuerreformkonzept vorgelegt, welches insgesamt Entlastungen von rund 38 Milliarden Mark vorsieht.
- So hat Bayern bei der Erarbeitung der Kartellrechtsnovelle eine Vorreiterrolle übernommen.

Auch die Europäische Gemeinschaft hat eigenständige, bedeutende mittelstandspolitische Aufgben, insbesondere:

- Sicherung und Ausbau des Binnenmarktes der Gemeinschaft, Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, Erleichterung der grenzüberschreitenden Kooperationen mittelständischer Betriebe.
- Konsequenter Vollzug des EG-Kartellrechts, Erweiterung um die Fusionskontrolle, Abbau wettbewerbsverfälschender Beihilfen.

Grundsätzlich erscheint es erforderlich, daß die Europäische Gemeinschaft ihre globale Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Berücksichtigung der besonderen Probleme kleiner und mittlerer Unternehmen marktwirtschaftlich ausrichtet. Sie muß bestehenden Fördermaßnahmen, Vergabebedingungen, Programme und Vorschriften auf ihre mittelstandsgerechte Ausgestaltung überprüfen und den Grundsätzen der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung Rechnung tragen.

Auf diesem Weg verdient und benötigt sie die volle Unterstützung und Erfahrung des Bundes, der Bundesländer und der Verbände der mittelständischen Wirtschaft. Die Gemeinschaftspolitik muß sich am Prinzip der Subsidiarität und an den Erfahrungen eines föderalistischen und partnerschaftlichen Zusammenwirkens orientieren und einer zentralistischen und bürokratischen Denkart widerstehen. Dann kann sie den vielfältigen Belangen des Mittelstandes am besten gerecht werden.

Die Mittelstandspolitik der Länder kann sich nicht mehr auf die Länderebene beschränken. Sie muß das bundespolitische und in zunehmendem Maße auch das europäische Umfeld mitbestellen.

Der Autor ist Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Goethe: Ich beneid' den Töpfer

Johann Wolfgang von Goethe hat sich seinerzeit schon mit dem Thema Mittelstand auf seine Weise beschäftigt. Zum Thema Handwerker schrieb der Dichter:

„Es ist mir nie so deutlich geworden wie die letzten Tage, daß ich in der Beschränkung glücklich sein könnte, wenn ich nur eine Tätigkeit wüßte, die Fleiß und Bestimmtheit im Augenblick erforderte, ohne Vorsicht in Rücksicht und Denken auf das Morgen.

Jeder Handwerker scheint mir der glücklichste Mensch; was er zu tun hat, ist bestimmt und begrenzt, er arbeitet ohne Anstrengung, ohne Hast, aber mit Fleiß und Liebe, wie der Vogel sein Nest, wie die Biene ihre Zellen herstellt, er ist ganz ein Mensch. Wie beneid' ich den Töpfer an seiner Scheibe, den Tischler hinter der Hobelbank!

Allem Leben, allem Tun, aller Kunst muß das Handwerk vorausgehen, das nur in der Beschränkung erworben wird.

Eines recht wissen und ausüben, gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfältigen."



Ohne Elektronik geht heute nichts mehr: Ausbildung von Berufsnachwuchs am Bildschirm FOTO: GLESEN

MESSEPLATZ KÖLN / Bei ihrer Selbstdarstellung tun sich die Betriebe noch immer schwer

Auch die Kleinen blicken über die Grenze

Von DIETER EBERT

Es ist nicht allgemein bekannt: Die deutschen mittelständischen Unternehmen machen die Hälfte der deutschen Wirtschaft aus. Sie tätigen die Hälfte aller Umsätze, sie bieten 50 Prozent aller Arbeitsplätze, sie tragen 40 Prozent aller Investitionen. Aktuelle Daten des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Köln zeigen die Bedeutung des Mittelstandes.

Ein außerordentlich bedeutsamer Faktor im Messewesen sind die kleinen und mittleren Unternehmen schon lange. Drei von fünf Ausstellern, sieben von zehn Messebesuchern zählen zu dieser Struktur.

Am internationalen Messeplatz Köln mit 25 000 Ausstellern und 1,5 Milionen Fachbesuchern bei insgesamt 35 verschiedenen Fachmessen liegen die mittelständischen Interessen noch über dem bundesdeutschen Schnitt. Messe und Mittelstand ist deshalb ein sehr wichtiges Thema für unser Messemarketing.

Wir wissen, die Messe der kleinen und mittleren deutschen Firmen lebt zur Zeit noch vom Binnenmarkt. Export wird noch kleingeschrieben selbst bei Unternehmen, die über exportfähige Produkte oder Dienstleistungen verfügen.

Wir wissen auch, daß sich mittelständische Unternehmer schwertun mit dem Schritt – insbesondere dem ersten – auf eine internationale Fachmesse, um ihr Angebot nicht nur dem Binnenmarkt, sondern auch der weltweiten Nachfrage zu präsentieren.

Darum sind Hilfen, die Hemmschwellen überwinden lassen, die eine Beteiligung organisatorisch-technisch einfach, aber auch kostengünstig gestalten, inklusive der Empfehlungen für einen effektvollen Messeauftritt in unserem Service-Angebot.

Eine Spezialabteilung unseres Hauses, genannt ISC – International Service Center KölnMesse, hat allein im letzten Jahr fast 1000 Firmen auf diese Weise den Zugang zu internationalen Kontakten auf Kölner Messen erleichtert, und zwar mit einem Dienstleistungspaket aus einer Hand: Beratung, Planung, Standbau, Logistik, Marketing, Public Relations.

Köln hat diesen Service seit 1981 kontinuierlich auf- und ausbauen können, denn es sind in der Tat die kleinen und mittleren Firmen, die ein solches Komplett-Angebot aufgriffen und nutzten.

Seit Beginn des Messejahres 1985 zeichnet sich noch deutlich spürbarer eine stärkere Nutzung dieses Einstiegs-Service durch mittlere und kleine heimische Herstellerbetriebe ab.

Drei Dinge kommen hier zusammen: Je mehr das Bewußtsein geweckt wurde, daß Messen gute Chancen zum Eintritt in neue Märkte bieten, und je einfacher und risikofreier eine Messebeteiligung organisiert werden kann, desto positiver ist die Bereitschaft, den Start zu wagen.

Wagnis? Natürlich. Über den Erfolg entscheidet mehr als nur die räumliche Präsenz auf einer Messe. Produktqualität, Liefer- und Preiskonditionen, Sortimentsstruktur, Distributions- und Servicegarantien – um nur einige Kriterien zu nennen – bestimmen entscheidend mit.

Das gilt für die „großen" wie für die „kleinen" Anbieter auf internationalen Kölner Fachmessen, wenn sie sich der Nachfrage von Einkäufern und Spezialisten aus allen Kontinenten gegenübersehen. Aber das gerade ist die Chance für mittelständische Unternehmer mit exportfähigen Gütern oder Dienstleistungen: Sie können kleinere Stückzahlen anbieten, die individuellere Ausgestaltung von Produkten. Sie sind flexibel in der Nutzung von Produktnischen.

Viele mittelständische Unternehmen, die noch zu Beginn dieses Jahres über keine Absatzkanäle in für sie interessanten Auslandsmärkten verfügten, sind plötzlich im Exportgeschäft. Ihr sorgfältig vorbereiteter, meist erster Auftritt auf einer der internationalen Messen wie bei uns in Köln brachte tatsächlich den Einstieg, öffnete zusätzliche Chancen.

Ohne Zweifel ist der deutsche Mittelstand eine Wirtschaftsmacht, in einem Lande also, in dem drei von fünf Arbeitsplätzen abhängig von dem Erfolg deutscher Produkte auf ausländischen Märkten sind.

Je stärker sich diese leistungsfähige Unternehmerschaft um Marktchancen auch jenseits der deutschen Grenzen bemüht, desto besser auch für unsere Volkswirtschaft.

Bei der Förderung eines solchen Warenaustausches spielen internationale Messen und Fachaustellungen eine gerade aus den Erfahrungen der letzten Jahre bestätigte, besonders positive Rolle.

Sie können ihre Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie tatsächlich „international" sind – in der Struktur der Aussteller- und der Nachfrageseite, in der Vollständigkeit des jeweiligen Branchenangebots und in der Präsenz der Einkäufer und Fachbesucher aus allen wesentlichen Märkten. Kleinstveranstaltungen zum Füllen leerstehender Hallen nutzen niemandem, auf mittlere Sicht noch nicht einmal den Messegesellschaften selbst.

Nur internationale Fachmessen mit einem möglichst vollständigen Angebot, wie wir sie beispielsweise in Köln machen, sind wirkliche „Drehscheiben" für multilaterale Kontakte und Geschäfte, Plattformen für weltweite Absatzförderung, Wettbewerbsbeobachtung, Know-how-Transfer, für Kommunikation.

Ein solches „Branchenereignis" gibt allen – ganz gleich ob Aussteller oder Besucher aus einem Konzern oder einem kleinen Familienbetrieb – Entscheidungshilfen für die eigene mittel- bis langfristige Produktplanung, Sortimentsstruktur, für Handels- und Unternehmenspolitik. Den Messegesellschaften kommt vor allem in volkswirtschaftlicher Sicht auch hier eine große Verantwortung zu.

Dieter Ebert ist Hauptgeschäftsführer der Kölner Messe. Er legte ein Examen als Diplomkaufmann und Steuerbevollmächtigter ab. Seit 1957 ist er im Messegeschäft tätig, darunter auch einige Jahre in Düsseldorf. Ebert ist Vizepräsident der UFT (Weltmesseverband).

71 Jahre – und die Praxis ist täglich voll

Doktor med. E. ist 71 Jahre alt. Er ist im Ersten Weltkrieg geboren, den Zweiten erlebte er als Offizier an der Front. Heute arbeitet er als praktischer Arzt mit eigener Praxis in einem Wohnbezirk im Osten von Hamburg. Er ist über die Ruhestandsgrenze hinaus tätig, weil seine Rentenansprüche aus dem im Jahre 1970 eingerichteten Versorgungswerk der Ärztekammer nur 1357 Mark für sich und seine Frau und 203,60 Mark für die noch in der Ausbildung stehende Tochter betragen.

Mit mehr als 900 Patienten im Vierteljahr gehört Dr. E. durchaus in die Reihe der gutgehenden Praxen. Er ist dennoch kein Einzelfall in seiner Generation.

Und das ist sein Lebenslauf: 1934 Abitur, zwei Jahre Pädagogikstudium, 1937 Verpflichtung zum Reichsarbeitsdienst (RAD) und 1939 nahtlose Übernahme in den Wehrdienst, sofortiger Einsatz im gerade ausgebrochenen Zweiten Weltkrieg. Mit 28 Jahren wird er verwundet und kommt zurück nach Deutschland.

Hier nahm er nun die Chance wahr, während der Genesung trotz schwieriger Umstände vier Semester Medizin zu studieren. Als der Krieg in die entscheidende Phase trat, wurde er an die Front zurückbeordert und gerät in russische Kriegsgefangenschaft. 1946 kam E. zurück nach Norddeutschland – 31 Jahre alt und ohne Beruf. Er setzte sein Studium fort und schaffte 1949 das Examen.

Als „junger" Arzt im Krankenhaus erhielt er entweder gar kein Geld oder Beträge zwischen monatlich 50 und 150 Mark. Viele Krankenhausträger hielten die Zuwendungen für Assistenten genau eine Mark unter der Grenze für Pflicht-Sozialabgaben, so daß diese Ärzte erst gar nicht in den Listen der Versicherungsanstalten auftauchen konnten.

1951 heiratete Dr. E.; seine Frau verdiente den Unterhalt für beide mit Gymnastikstunden, während er noch einmal ein halbes Jahr Pflichtzeit in einer gynäkologischen Abteilung ohne Bezahlung ableisten mußte. Sonst hätte er die Genehmigung zur Eröffnung der eigenen Praxis nicht erhalten. In dieser Zeit gab es Wohnungen nur gegen verlorene Baukostenzuschüsse.

Frau E. beschaffte mit 472 Mark Eigengeld und 10 000 Mark Bankkredit eine Wohnung für die Arztpraxis, denn ohne vorhandene Praxisräume erteilte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) keine Genehmigung für die Niederlassung.

Das Ehepaar E. wagte den Sprung in die Selbständigkeit. Frau E. arbeitete abends als Lehrerin und schlüpfte tagsüber in die Rolle der Arzthelferin in der Praxis ihres Mannes. Man lebte in einem Zimmer der Praxiswohnung, in der bald 35 Ersatzkassen-Patienten in der Kartei waren. Dr. E. saß zu der Zeit auf gut 25 000 Mark Schulden, das gemeinsame Einkommen reichte nicht. Deshalb übernahm er noch eine Arzneimittelvertretung und machte nachts Notarztdienste. Endlich erhielt er 1961 auch die Zulassung zur AOK.

Nun hatte die Praxis endlich mehr Zulauf. Das Gebiet rund um das Praxishaus erhielt Zuzug durch Neubauten. Mit 48 Jahren dachte Dr. E. erstmalig intensiv über seine Altersversorgung nach. Das Umlageverfahren im Privatversicherungssystem versprach keinen Erfolg.

Erst das im Jahre 1970 entstandene Versorgungswerk für Ärzte, eine Institution der ärztlichen Selbstverwaltung, war interessant für Dr. E., sein Alter erforderte jedoch hohe Prämien für spätere niedrige Renten.

Heute steht Dr. E. mit seiner Familie trotz der harten Jahre gut da. Allerdings mußte er dreimal wegen schwerer Erkrankungen längere Zeit aussetzen. Das bedeutete jedesmal Praxisrückgang, Verdienstausfall und Bezahlung eines Vertreters.

Inzwischen sind die Selbstkosten der Praxis von Dr. E. auf gut 13 000 Mark monatlich gestiegen. Frau E. arbeitet voll mit, dazu eine Laborantin und eine Arzthelferin. Die Tochter ist erwachsen, aber noch in der Ausbildung.

Der Gedanke „Kürzertreten" oder „totaler Ruhestand" steht noch aus. „Wir sind noch gesund und munter, und es macht auch Spaß", bestätigt das Ehepaar, aber der Zeitpunkt ist absehbar, an dem der praktische Arzt Dr. E. seine Praxis an einen jüngeren Arzt verkaufen wird. Das wäre sein Vermögen. Dazu hätte er als Basiseinkommen die kleine Rente vom Versorgungswerk für Ärzte.

DIETER W. SCHMIDT

EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DEN MITTELSTAND / Vorsorge statt Gefahrenabwehr erfordert maßgeschneiderte Tüfteleien

Umweltschutz als Impulsgeber für technischen Fortschritt

Von MARTIN GRÜNER

Umweltschutz als neue mittelständische Aufgabe heißt zweierlei:
– offensive Auseinandersetzung mit den neuen Anforderungen der Umweltpolitik und
– zielstrebige Arbeit an der traditionell starken Position auf den Märkten für Umwelttechnik.

Die am Verursacherprinzip orientierte Umweltpolitik der Bundesregierung hat seit 1983 alle maßgebenden Vorschriften des Immissionsschutz-, des Wasser- und des Abfallrechts novelliert – oder novelliert sie gerade – und verbindliche, zugleich auch anspruchsvolle Umweltziele formuliert.

Einen tragbaren Ausgleich von umweltpolitischen Wünschen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten herbeizuführen, war für die Bundesregierung indessen nicht immer einfach. Denn Umweltschutz kostet Geld, das von denen, die die Auflagen erfüllen müssen, erst einmal verdient sein oder zu Lasten anderer Ausgaben abgezweigt sein will.

Wir haben der betroffenen Wirtschaft und letztlich auch dem Verbraucher bewußt einiges zugemutet. Bei einer wachsenden Wirtschaft ist das leichter durchzusetzen als bei allgemeinem Einkommensrückgang.

Investitionen in Milliardenhöhe

Die Entlastung unserer Umwelt infolge dieser Politik wird deutlicher werden – sind doch die Anforderungen an alle großen Emittentengruppen drastisch verschärft worden. Zudem stehen Behörden wie Betreibern bindende, kurze Sanierungsfristen ins Haus.

Schon jetzt unübersehbar sind aber auch die enormen Nachfrageimpulse in teilweise zweistelliger Milliardenhöhe, die von der Großfeuerungsanlagenverordnung, der neuen TA-Luft, der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes, der neuen Trinkwasserverordnung, den Initiativen im Abfallbereich, im Lärmschutz und vom schadstoffarmen Auto ausgehen. Sie beeinflussen den Umfang der Märkte für Umwelttechnik und -dienstleistungen ganz erheblich.

Wir setzen auf den Mittelstand, wenn wir bewußt das, was an Innovationskraft, was an Dynamik im marktwirtschaftlichen System steckt, in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Denn die Märkte in ihrer ganzen Breite an Ausrüstungen, Anlagen, Verfahrenstechnologien, Betriebsstoffen sowie Know-how und Dienstleistungen bieten den besonders in ihren Spezialgebieten schlagkräftigen kleineren und mittleren Firmen sowie freien Berufen alle Chancen.

Umwelttechniken sind keine Massenprodukte; abgesehen von Komponenten geht es hier vielmehr um die Einpassung in den konkreten Betrieb mit seinem spezifischen Rohstoffeinsatz, seiner Prozeßtechnologie und seinem Produktprogramm. Das bedeutet oft maßgeschneiderte, technisch komplexe Anlagen und Verfahrenstechnologien und somit auch die individuelle, einzelfallbezogene Beratung und Beurteilungshilfe.

Die Anbieterseite der Märkte kann und wird deshalb auch weiterhin so charakterisiert sein, wie es in allen vorliegenden Marktstrukturuntersuchungen herausgearbeitet wurde: Die Mehrheit sind kleine/mittlere Unternehmen; je kleiner das Unternehmen, desto höher und qualifizierter der Anteil der mit Umweltschutzvorhaben Beschäftigten und damit zusammenhängend zur Unternehmensgröße umgekehrt proportionaler Umweltschutz-Umsatzanteil am Gesamtabsatz.

Diese Anbieterstruktur wurde auch auf der letzten Umweltschutz-Messe in Düsseldorf wieder sichtbar: So hatten allein 1/3 der Ausstellerfirmen keine 50 Mitarbeiter und 3/4 repräsentierten die Unternehmensgrößenklasse von weniger als 500 Beschäftigten.

Nicht nur der gewerbliche, sondern auch der freiberufliche Mittelstand spielt eine herausragende Rolle im Umweltschutz. Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht 1986 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts des steigenden Nachwuchsdrucks in die freien Berufe – beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes – vielen Berufen eine Chance zu wirtschaftlich selbstständiger Tätigkeit bieten.

So verlangt mehr Umweltschutz nicht weniger, sondern mehr technischen Fortschritt. Offenheit gegenüber der Technik ist für unsere Wirtschaft und Gesellschaft eine Lebensfrage. Hier ist der Beratende Ingenieur gefordert; ihm als Sachverständigen kommt eine entscheidende Rolle zu. Er bringt nicht nur ein hohes Maß an Kenntnis und Erfahrung auf allen Gebieten der Technik mit; er genießt auch als unabhängiger Fachmann das besondere Vertrauen des einzelnen und der Gesellschaft.

Auch das Bauen wird in Zukunft nicht nur neuen gestalterischen Anforderungen unterliegen, sondern gleichfalls erhöhten Ansprüchen in ökologischer und sozialer Hinsicht genügen müssen. Unsere Städte brauchen neben einer gesunden Wirtschaftsstruktur und hinreichenden Bildungs- und Kulturangeboten insbesondere auch eine intakte Umwelt. Wir müssen uns bemühen, die „Versiegelung" der Erdoberfläche durch Straßen und Gebäude zu begrenzen, um negative Auswirkungen im ökologischen Bereich – beim Stadtklima oder der Wassergewinnung – zu vermeiden. Dies hält für Architekten und Stadtplaner neue Aufgabenfelder bereit. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Verbesserung der Instrumente des Städtebaurechts zugunsten des Umweltschutzes im Entwurf des Baugesetzbuchs, der sich gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung befindet.

MITTELSTAND

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schließlich bedeuten auch die Bemühungen der Bundesregierung, den Staat von Aufgaben zu entlasten und öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren, neue Herausforderungen für die freien Berufe. So enthält die gerade verabschiedete Novellierung der Trinkwasserverordnung, die für die bisher ausschließlich Ämtern vorbehaltenen Trinkwasseruntersuchungen nunmehr zusätzlich qualifizierte private Untersuchungsstellen zuläßt, ein Angebot etwa an sachverständige Chemiker.

Die Konzeption unserer Umweltpolitik heißt Übergang von der Gefahrenabwehr zur Vorsorge unter den Maximen von Ressourcenschonung und strengen Sanierungsfristen. Mittelständische Unternehmen können dabei als Adressaten anspruchsvoller Regelungen nicht ausgelassen werden: Sie werden im Rahmen der konsequenten Umweltpolitik auch selbst zunehmend Umweltschutzinvestitionen vornehmen müssen. Ein nicht zu unterschätzender Teil der mehr als zehn Milliarden Mark, die beispielsweise die neue TA-Luft an Investitionskosten mit sich bringt, wird auf mittelständische Unternehmen zukommen. Das ist im Rahmen unserer auf Kontinuität und zielstrebige Durchsetzung des Verursacherprinzips angelegten Umweltpolitik auch so gewollt.

Von den in breitem Umfang auf den Weg gebrachten Maßnahmen der Bundesregierung geht ein erheblicher Vollzugsdruck auf die Anlagenbetreiber aus. Jetzt fallen plötzlich Lücken in der Kenntnis der betrieblichen Emissionssituation auf.

Da sie nach unseren Erfahrungen gerade bei kleineren Unternehmen in hohem Maße bestehen, müssen sie jetzt vor allem aus folgenden Gründen rasch geschlossen werden:

1. Setzt die Einleitung konkreter – und nicht selten erstmaliger – Emissionsminderungsmaßnahmen für Behörden wie für Betreiber klare Aussagen über die Ausgangssituation voraus; erst auf dieser Basis können

2. Alternativen im Genehmigungsverfahren (geänderte Fristen, Auflageninhalte) sowie in der konkreten technischen Lösung diskutiert werden und

3. liefert erst der Vergleich von „Ist" und „Soll" die rechnerische Basis der Investitionsentscheidung und damit der zukünftigen Aufwands- und Kostenstruktur.

Nach Umfragen und bei der Beratung der Kammerorganisationen und Verbände spielen immer wieder folgende Problemfelder im umweltpolitikbedingten Anpassungsprozeß kleiner und mittlerer Unternehmen eine besondere Rolle:
– die – unter Zeitdruck stehende – Suche nach einer technischen Lösung bei dem Gefühl unbefriedigender Markttransparenz und unzureichender technischer Beurteilungskompetenz;
– wenig genaue Vorstellungen über Voraussetzungen und Umfang finanzieller Förderungsmaßnahmen im Umweltschutz.

Bei der ersten Frage nach der „richtigen" Technik fällt schnell das Stichwort Beratungsbedarf. Bei unvollständigem Überblick über die am Markt angebotenen Umwelttechnologien soll wegen des Vollzugsdrucks eine schnelle Lösung gefunden werden, die auch noch die betrieblichen und finanziellen Gegebenheiten berücksichtigt.

Das setzt nicht nur qualifizierte Berater, sondern wegen ihrer oft branchenbezogenen Spezialisierung vor allem die „Beratung bei der Beraterwahl" voraus. Hier können besonders kleine und mittlere Firmen auf die stark ausgebauten Hilfen der Kammerorganisationen und Verbände zurückgreifen. Ihr Überblick über den Beratermarkt ist ein unverzichtbarer Faktor effizienter Umweltschutzpolitik.

Bei der Suche nach Finanzierungshilfen für stark steigende Umweltschutzinvestitionen stehen im Vordergrund der Überlegungen erhöhte Abschreibungen nach Paragraph 7d Einkommenssteuergesetz. Sie geben den Unternehmen die Möglichkeit, ihre Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen, im Jahr der Anschaffung mit 60 Prozent (!) und in den folgenden vier Jahren mit jeweils zehn Prozent erhöht abzuschreiben.

Finanzierungshilfen genauestens ausloten

Weitere Investitions- und Innovationshilfen sind zinsgünstige Kredite aus dem ERP-Darlehensprogramm, dem Umweltprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, dem Ergänzungsprogramm der Ausgleichsbank, der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg und eine ganze Reihe von Kredit- und Zinszuschußprogrammen der Bundesländer.

Die Programme haben einen erfreulich hohen allgemeinen Bekanntheitsgrad – jedoch ist ihre Nutzung insbesondere durch kleinere Unternehmen deutlich niedriger.

Die Gründe könnten bei einem Gespräch mit den beteiligten Finanzierungsinstituten problemlos ausgeräumt werden. Wir können aber den Unternehmen nicht die Mühe abnehmen, sich kostenlos erhältliche Informationsbroschüren über Konditionen, Richtlinien und Bedingungen zu besorgen, unter denen diese Finanzierungshilfen zu nutzen sind.

Unter den hier genannten Voraussetzungen habe ich keine Zweifel, daß die Stärkung des Mittelstandes als Garant der Wettbewerbsfähigkeit und Vitalität unserer Gesamtwirtschaft und das anspruchsvolle Programm der dauerhaften Verbesserung der natürlichen Lebensbedingungen keinen unauflöslichen Widerspruch darstellen.

Zwei Beispiele mögen genügen:
– zunächst die Novelle der TA-Luft: Wir haben den kurzsichtigen politischen Wettlauf nicht mitgemacht und sind entschieden der Einführung von

● Fortsetzung Seite IV

Umweltschutz als Impulsgeber für Fortschritt

● Fortsetzung von Seite III

Vorschriften entgegengetreten, die sich direkt gegen die mittelständische *Wirtschaft richteten. Wer ohne* ökologische Notwendigkeit Bagatellgrenzen für Anlagen mit geringen Emissionen streichen und den Vollzug der Altanlagensanierung vor allem zu Lasten kleinerer Unternehmen erleichtern sollte, hätte den Falschen getroffen.

– Erhebliche Bedeutung messen wir der starken Ausweitung zinsgünstiger Kredite für Umweltschutzinvestitionen bei.

Begrenzter Rückgriff auf das Gemeinlastprinzip

Der Rahmen von jetzt über 2,3 Milliarden Mark ist vor allem an die Adresse kleinerer und mittlerer Unternehmen gerichtet. Er wird zügig ausgefüllt, ist aber nicht zu eng geschnitten. Neue Programme, die wir letztlich alle bezahlen müssen, wie weitere Steuerentlastungen oder gar die Einführung neuer Subventionstatbestände sind unnötig.

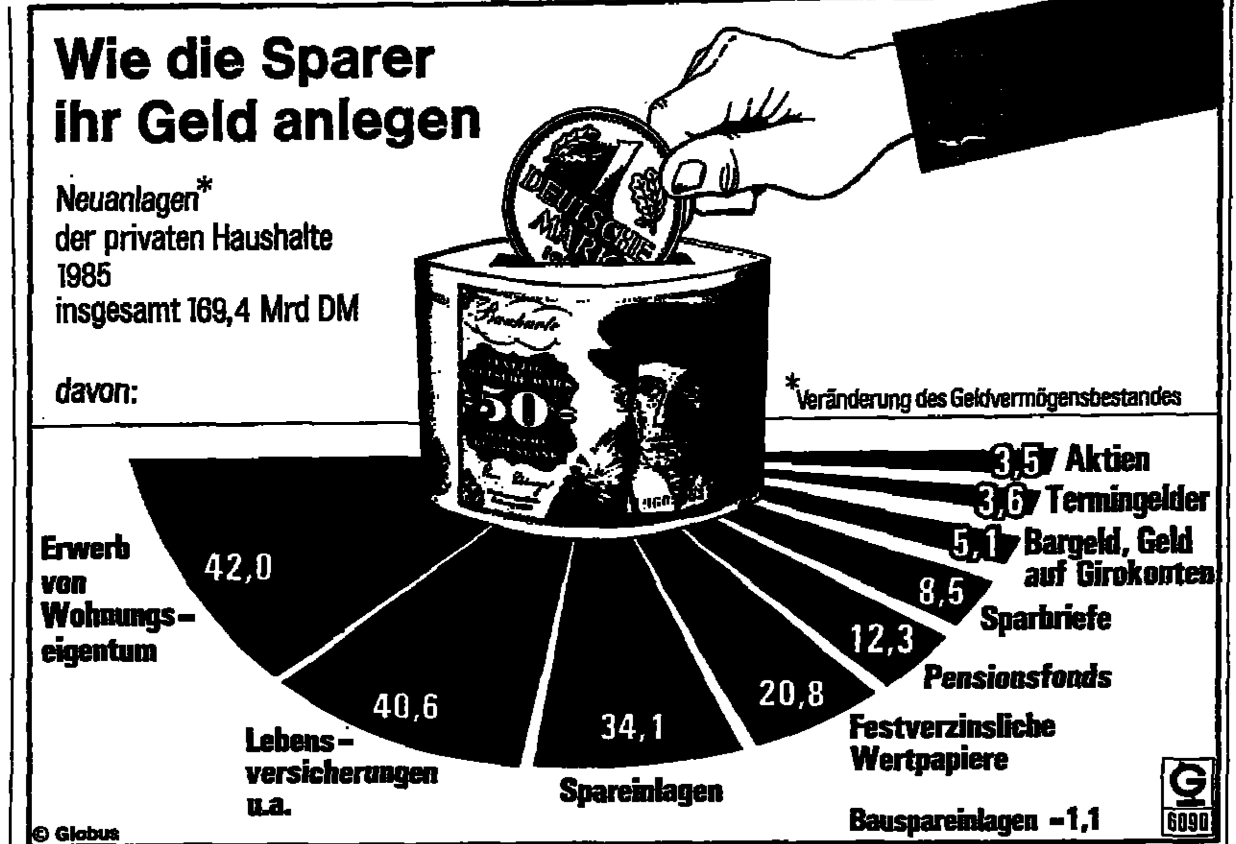
Die derzeitigen Förderungen, aber auch die bestehenden steuerlichen Vergünstigungen lassen das *marktwirtschaftliche* Verursacherprinzip grundsätzlich gelten. Wir wollen und können die ökonomischen Risiken der *Investitionen den Unternehmen* nicht abnehmen. Die Entlastung beschränkt sich auf die Finanzierungskosten und ist insbesondere im *Hinblick auf die mittelständische* Wirtschaft ein gewollter, indessen begrenzter Rückgriff auf das Gemeinlastprinzip.

Während hier finanzielle Engpässe vermieden und deshalb anspruchsvolle Umrüstfristen leichter eingehalten werden können, kommen neue wirtschaftliche Anreize zur Intensivierung des umwelttechnischen Fortschritts seit kurzem auch aus einer anderen Richtung: Mit der Neufassung der TA-Luft wurde den Betroffenen eine Reihe von Optionen für die Nachrüstung von Altanlagen eingeräumt.

Längere Umrüstfristen in Anspruch nehmen

So können sie im Rahmen des *„Ordnungsrechts" durch (Teil-)* Verzichte auf alte Genehmigungen der Sanierung entweder ganz entgehen oder längere Umrüstfristen (zum Beispiel fünf anstelle von drei Jahren) in Anspruch nehmen. Besonders in Ballungsgebieten können die Betroffenen in Zusammenarbeit mit benachbarten Anlagenbetreibern aber auch für Kompensationslösungen optieren. Diese „gegenseitige Anrechnung" von Sanierungsleistungen ist dann möglich, wenn sich der Einwirkungsbereich der Anlagen im wesentlichen deckt, in der Wirkung vergleichbare Schadstoffe vorliegen und schließlich die jährlichen Emissionsfrachten aller beteiligten Anlagen stärker verringert werden, als dies bei *Erfüllung* der *individuellen* ordnungsrechtlichen Verpflichtung der Fall wäre.

Der Autor ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister.



Zukunftssicherung steht hoch im Kurs: Die Sparer in der Bundesrepublik Deutschland konnten im vergangenen Jahr über knapp 170 Milliarden Mark verfügen. Die größten Beträge hatten sie für solche Sparformen übrig, die der langfristigen Zukunftssicherung dienen. So flossen beispielsweise allein 42 Milliarden Mark in den Erwerb von Wohnungseigentum; das ist fast die gleiche Summe wie im Jahr zuvor (41,6 Milliarden Mark). Den für das Versicherungssparen – vor allem Lebensversicherung – bestimmten Betrag stockten die Sparer im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 auf 40,6 Milliarden Mark auf. QUELLE: GLOBUS

NACH DER WENDE / Wie die Bundesregierung sich um den Mittelstand kümmert

Den Würgegriff des Fiskus' lockern

Von MARTIN BANGEMANN

Preisende Reden über die tragende Rolle, die mittelständische Betriebe und Selbständige in der deutschen Wirtschaft spielen, sind im Laufe der Jahre wohlfeil geworden. Aber das ändert nichts daran: Eine marktwirtschaftliche Ordnung, die diesen Namen verdient, ist ohne leistungsfähigen und wirtschaftlich gesunden Mittelstand, ohne die Vielzahl selbständiger Existenzen und Freier Berufe nicht denkbar. Unsere Wirtschaftsordnung kann gewiß nicht auf Großunternehmen verzichten, aber ohne selbständige kleine und mittlere Unternehmen gäbe es sie gar nicht.

Überall dort, wo sich mittelständische Unternehmen frei entfalten können, herrscht ein besonders hoher Grad an wirtschatlicher und auch politischer Freiheit. Es ist nicht von ungefähr, daß es in den Staaten, die ohne diese Schicht von Freiberuflern und kleineren Betrieben auszukommen glauben, mit eben diesen Freiheiten nicht allzuweit her ist. Einige von ihnen haben das gemerkt. Gerade *in vielen Entwicklungsländern* werden heute die Anstrengungen verstärkt, kleine und mittlere Unternehmen mehr als bisher zu fördern, ihre Zusammenarbeit mit der mittelständischen Wirtschaft in Industrieländern zu unterstützen.

In der Bundesrepublik ist der Anteil der Selbständigen (außerhalb der Landwirtschaft) an den Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren wieder gestiegen, und es ist keine Schönfärberei zu sagen, daß sich der selbständige Mittelstand in unserem Land überaus erfolgreich behauptet *hat.*

Einer der ersten Regierungsbeschlüsse nach der Bonner Wende war mittelständischen Unternehmen gewidmet, die von Gewerbekapital- und Gewerbeertragsteuern entlastet wurden. Das haben wir fortgesetzt: Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 wurden Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe eingeführt. Wir haben den Verlustausgleich verbessert und die Besteuerung der Betriebsvermögen verringert.

Auch das Steuersenkungsgesetz 1986/88 wird sich mit seiner Abflachung des progresssiven Einkommensteuertarifs gerade für mittelständische Personenunternehmen positiv auswirken. Wenn man alle diese unternehmensbezogenen Steuerentlastungen addiert, ergibt sich bis einschließlich 1986 ein Betrag von über 30 Milliarden Mark, der mit der zweiten Stufe der Tarifreform im Jahr 1988 noch einmal um gut acht Milliarden Mark steigt.

Die geplante Steuerstrukturreform wird auch die überhöhte Unternehmensbesteuerung zurückführen. Ich halte es für unerläßlich, die betriebliche Vermögensteuer sowie die *Gesellschaft-* und *Börsenumsatzsteuer* abzuschaffen und die Belastungen durch die Gewerbesteuer zu verringern. Die von uns angestrebte Vereinfachung des Steuersystems liegt ebenfalls im Interesse der mittelständischen Wirtschaft: Ein kompliziertes Steuerrecht belastet gerade die kleineren Unternehmen und die Selbständigen.

Die Bonner Koalition hat es bei Steuerbeschlüssen nicht bewenden lassen. Wir haben ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem Beteiligungen an nicht börsenorientierten mittel*ständischen Unternehmen erleichtert* werden. Wir haben ein Börsenzulassungsgesetz eingebracht, der mittelständischen Firmen den Zugang zur Börse erleichtert und stellen öffentliche Investitions- und Betriebsmitteldarlehen zur Verfügung.

An der staatlich geförderten industriellen Gemeinschaftsforschung nehmen rund 26 000 kleine und mittlere Unterenhmen teil, über 17 000 Betriebe profitieren von der Förderung des Forschungspersonals, mit der die Innovationsfähigkeit dieses Firmenkreises wesentlich erleichtert wird.

Wir wissen, daß marktwirtschaftliche *Dynamik*, das gesamtwirtschaftliche Wachstum und höhere Beschäftigung entscheidend vom Nachwachsen neuer Unternehmen abhängen. So verjüngt sich die mittelständische Wirtschaft, so steigt ihre Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb spielt die Förderung von Unternehmensgründungen eine zentrale Rolle.

Auch auf diesem Gebiet sind in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Erfolge erzielt worden: Allein durch die vom Bund geförderten Existenzgründungen dürfen von 1983 bis Anfang dieses Jahres etwa 250 000 Arbeitsplätze *neu geschaffen* und *erhalten* worden sein.

Die selbständigen Mittelständler haben sich erfolgreich am Markt gehauptet. Ihre besonderen Stärken haben unbestreitbar vorhandene Nachteile gegenüber Großunternehmen deutlich überspielt. Ich habe keinen Zweifel, daß dies auch künftig nicht anders sein wird. Voraussetzung dafür ist die Fortsetzung einer effizienten Mittelstandspolitik.

Wir bemühen uns dabei nach wie vor um die konsequente und beharrliche Verbesserung der Rahmenbedingungen. Und *gültig* bleibt *vor allem* der Satz, daß die beste Mittelstandspolitik noch immer eine gute Wirtschaftspolitik ist.

Daß die kleinen und mittleren Unternehmen alles daran setzen werden, um ihre spezifischen Vorteile am Markt voll auszunutzen, steht für mich außerhalb jeder Frage. Um die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Zukunft des Mittelstandes braucht uns nicht bange zu sein.

Der Autor ist Bundeswirtschaftsminister und Vorsitzender der FDP.

KAPITALBASIS / Neidische Blicke auf die Vereinigten Staaten von Amerika

Ist Leistung eine verbotene Frucht?

Von ERIC F. SIDLER

Das Wort Mittelstand hat in den letzten Jahren eine beinahe magnetische Aussagekraft erlangt. Banken bieten in kostspieligen Mehrfarb-Broschüren sogenannte maßgeschneiderte Dienstleistungen an, und Politiker sprechen von der großen Wende, die auch dem Mittelstand immer mehr Vorteile bringen und bereits gebracht haben soll.

Allerdings stellt man beim näheren Betrachten sehr schnell fest, daß der zur Zeit vielgelobte Mittelstand weder durch neue Gesetzgebung gefördert, noch durch notwendige Steuererleichterungen zu größeren Leistungen motiviert wird. Ein paar typische Beispiele aus dem Alltag dokumentieren das weitverbreitete Unverständnis gegenüber dem Einzelunternehmen, dem Freiberuflichen, dem sogenannten Mittelstand.

Will ein mittelständisches Unternehmen expandieren und benötigt dazu Kapital, so sind die stereotypen Fragen beziehungsweise Argumente der meisten Finanzdienstleister noch genauso wie vor vielen Jahren: „Was sind Ihre Sicherheiten? Ihre Kapitaldecke *ist zu dünn!* Ihre *Liquidität ist* zu angespannt. Wir als Bank können Ihnen keine Betriebsmittel zur Verfügung stellen."

Daß sich eine Kapitalerhöhung beispielsweise für eine GmbH aus rein steuerlichen Überlegungen kaum lohnt, wird dabei – wenn überhaupt – kaum berücksichtigt.

Die Idee, kleine, zukunftsversprechende Unternehmen an die Börse zu bringen, die ein damals unbekannter Münchner mit seinen Versuchen fördern wollte, ist eher gescheitert. Der typische Mittelständler versteht noch heute wenig von den Vor- und Nachteilen einer solchen Öffnung als Aktiengesellschaft.

Ein ähnliches Problem zeigt sich *bei der Bildung von finanziellen* Reserven. Die fiskalen Bedingungen machen eine Reservebildung unrentabel und zwingen die meisten mittleren Unternehmen zu einer Finanz-Politik auf wöchentlicher oder monatlicher Basis, so daß eine langfristige Investitionsstrategie kaum möglich ist.

Die sogenannten Wagnisfinanzierungsgesellschaften sind meistens in den Händen der etablierten Finanzdienstleister, und die Entscheidung über eine finanzielle Beteiligung wird vorrangig auf der Basis der normalen *Kreditvergabe oder der typischen* Beteiligung vollzogen.

Das Venture Capital im Sinne der angelsächsischen Welt ist kaum existent. Denn ohne eine aktive Börse für Neulinge ist ein Risikoausgleich für den typischen Venture Capitalist undenkbar, vor allem wenn man bedenkt, daß vielleicht von einer handvoll Venture-Capital-Projekten höchstens eins die erhofften Früchte bringt.

Nicht viel besser sieht es bei den mittelständischen Unternehmen in typischen Fachbereichen aus. Der *Malermeister, Spengler, Dachdecker* oder Bäcker findet kaum Fachkräfte. Die Schulen bilden vorrangig Betriebswirte, Soziologen und andere, nicht unbedingt im Mittelstand einsetzbare Theoretiker aus, während die notwendigen Fachkräfte wenig gefördert werden.

Auch die vielen Diskussionen über den Mangel an Lehrstellen gehen am grundsätzlichen Problem vorbei. Das typische mittelständische *Unternehmen* sieht sich nicht in der Lage, mit nur einem zugelassenen Ausbilder mehrere Auszubildende aufzunehmen.

Die Anforderungen, die notwendigen Formulare und Vorschriften ver*hindern zusätzliche Ausbildungsstel*len zur Verfügung zu stellen. Kein Wunder auch, daß in vielen Berufszweigen gute Fachkräfte fehlen, wenn der Schlechte – laut Diktat der Gewerkschaft – genausoviel verdienen muß wie der Gute.

Es ist sicherlich an der Zeit, die Triebkräfte des Mittelstandes etwas genauer zu analysieren. Nach dem Krieg war es in Deutschland mit Si*cherheit die Notwendigkeit aufzu*bauen, eine neue Existenz zu gründen und abzusichern.

Diese tatkräftige Generation, die heute in hohem Alter steht, *ist* nunmehr mit Erbfolge, Verkauf, Übertragung an die Nachfolger und anderem mehr konfrontiert. Die neuen Generationen dagegen haben nicht mehr die notwendige Motivation zum Aufbau. Sie werden viel eher vom Erfolg getrieben, aber sicherlich auch von den finanziellen Erwartungen, die bei vorgegebener Leistung erhofft werden.

Wie steht es jedoch tatsächlich mit den finanziellen Vorteilen für den Unternehmer, der zwar einen „großen" Firmenwagen und vielleicht ein Fe*rienhaus im Süden* besitzt, aber am Wochenende und an Abenden geschäftlich mit Kunden oder Mitarbeitern unterwegs ist?

Während man in den USA von einem Spitzensteuersatz von 27 Prozent für die höhere Einkommensschicht spricht und diese Gesetzesvorlage vom Senat große Chancen für die Verabschiedung hat, so redet man hier in Deutschland von 50 Prozent und mehr.

Keine der Parteien wagt es, öffentlich und mit Nachdruck dafür zu plädieren, daß diese Risikoträger unserer *Gesellschaft* auch mehr Früchte ihrer Leistung genießen dürfen. Ganz im Gegenteil. Es werden immer Auswege gesucht, die die grundlegenden Stärken einer Gesellschaft untergraben.

Steuerflucht war in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum ein Thema. Heute dagegen werden Finanzplätze wie Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz und andere nach*haltig mit Geldern des vielgerühmten* Mittelstandes gefüttert, dessen Bereitschaft, noch mehr Steuern zu bezahlen, noch mehr zu investieren, ständig zurückgegangen ist.

Kein Wunder, daß in dieser Atmosphäre auch viele Scheininvestitio*nen große Erfolge verzeichnen konn*ten: Bauherrenmodelle, Sumpfland in Florida, ganz zu schweigen von IOS und vielen anderen mehr.

Reichtum in den USA als Zeichen des Erfolges ist hier viel eher ein Zeichen der Ausbeutung. Erfolg wird po*litisch eher bestraft, und selbst der* Taxifahrer wird dazu verdammt, nur einen Teil seiner Fahrten zu deklarieren, damit er überhaupt in der Lage ist, die höheren Kosten – sei es für Versicherung, Neuanschaffung des Wagens oder Benzin – tragen zu können.

Daß der Mittelstand mehr neue Arbeitsplätze als Großunternehmen schafft, daß der Mittelständler, der *Freiberufliche, meistens viel mehr* Arbeitsstunden als der typische Angestellte oder Beamte leistet, wird weder honoriert noch akzeptiert. Es *bleibt die Frage: Woher kommt die* Triebkraft des Mittelstandes, weiterhin als tragende, wenn nicht sogar blutende Säule der Gesellschaft weiterzumachen? Es ist hauptsächlich seine Freude an der Arbeit, seine Hoffnung auf Erfolg. Aber die Elemente der wirklichen finanziellen Sicherheit fehlen vollkommen.

In der heutigen Situation sind der Mangel an notwendigen Reserven, die dünne Kapitaldecke, die oft unerfüllbaren rechtlichen Anforderungen die Haupthemmnisse zum abgesicherten Fortschritt.

Daß viele Branchen, wie zum Beispiel die Bauwirtschaft, brachliegen, ist nicht dem Mittelstand anzulasten, sondern einer verkehrten Lohnpolitik, einer bestrafenden Steuerpolitik und der Unmöglichkeit des Einzelunternehmers, gesunde Risiken mit einem gewissen finanziellen Polster einzugehen.

Erst wenn erkannt wird, daß das *Erwirtschaften* eines gesunden Profits absolute Notwendigkeit ist, daß die Bildung von finanziellen Reserven gefördert werden muß und daß der einzelne Leistende mehr von seinem Verdienst für seine eigenen und nicht für staatliche Zwecke einsetzen kann, dann wird der Mittelstand noch mehr und nachhaltiger florieren.

Wenn wir aber die Umschichtung in der Volkswirtschaft von der Pro*duktion zur Dienstleistung* beobachten und wenn wir erkennen, daß gerade im letzteren Sektor kaum qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind, erst dann wird die heutige unsichere Situation – trotz der euphorischen Reden über die „Wende" – sich tatsächlich verändern und größeres Wirtschaftswachstum wieder Realität werden.



Eric F. Sidler, gebürtiger Schweizer mit US-Paß, war 13 Jahre lang beim „Wall Street Journal" und ist heute Hauptgesellschafter der Firma Charles Barker GmbH, die sich auf die Profilierung von Unternehmen auf den Kapitalmärkten spezialisierte.

BERUFSAUSBILDUNG / Grenzen zwischen Männer- und Frauenarbeit haben sich stark verwischt

Den Experten über die Schulter schauen

Von GÜNTER ASHAUER

In diesen Tagen verlassen rund 700 000 Jugendliche die Schulen, um eine Berufsausbildung zu beginnen. In zunehmendem Maß gilt dies auch für Abiturienten und nicht mehr nur für Absolventen der Haupt- und der Realschulen: Das duale System der Berufsausbildung (Ausbildung im Betrieb und Berufsschule) hat seine Attraktivität über alle Bildungsreformen hin bewahrt, ja sogar noch gesteigert.

Im folgenden wird – aus der Sicht der Wirtschaft – skizziert, worauf es beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und den beruflichen Alltag ankommt, worauf der Berufsanfänger nicht zuletzt im eigenen Interesse achten sollte.

Der Übergang von der Schule in den Beruf besteht nicht nur aus dem letzten Schultag und dem ersten Tag im Betrieb.

Diese Statusveränderung vom Schüler zum Lehrling ist vielmehr eingebettet in einen jahrelangen Prozeß der Berufswahl, der Vorbereitung auf den Beruf, der Ausbildung und der eigenverantwortlichen Übernahme der Berufsaufgaben. Immer noch sind viele Berufswahlentscheidungen eher vom Zufall bestimmt und beruhen nicht auf umfassenden Vorabinformationen und einer sorgfältigen Eignungsüberprüfung.

Das ist bedauerlich, denn es gibt eigentlich nur zwei Entscheidungen im Leben der meisten Menschen, die von wirklich wesentlicher Bedeutung sind und deren Korrektur sehr schwer und schmerzhaft ist: die Berufswahl und die Partnerwahl. Die Schüler sind deshalb gut beraten, wenn sie ihre Berufswahl möglichst rational vorbereiten und sie außerdem rechtzeitig anbahnen.

Rechtzeitig heißt lange vor Schulabschluß, denn in manchen Ausbildungsberufen, und gerade in den besonders gesuchten, ist es üblich geworden, sich bereits ein- bis eineinhalb Jahre vor Ausbildungsbeginn um eine Lehrstelle zu bewerben.

Der Rat der Eltern, die Berufe, die im Elternhaus und im Bekanntenkreis des Elternhauses vertreten sind, der Rat des Lehrers und nicht zuletzt Einflüsse von Gleichaltrigen sind fast immer entscheidende Einflußfaktoren für die Berufswahl von Jugendlichen. Wenn dies die einzigen Einflußfaktoren sind, ist das Gesichtsfeld freilich eingeschränkt.

Die Arbeitsämter bieten heute mit einschlägigen gut gemachten Publikationen, mit ihrer Berufsberatung und den hervorragend ausgestatteten und didaktisch gut strukturierten Berufsinformations-Zentren hervorragende Möglichkeiten, sich umfassend und gründlich zu informieren.

Erfreulicherweise gibt es inzwischen auch in vielen Schulen Berufswahlunterricht, Betriebserkundungen und Betriebspraktika.

Neben der Beschaffung und Aufbereitung von Informationen ist es nötig, die berufliche Eignung zu überprüfen. Glücklicherweise ist jedermann für eine Vielzahl von Berufen mehr oder weniger geeignet, denn oft wird es nicht möglich sein, den Beruf der ersten Wahl zu erlernen.

Die Grenzen zwischen Männer- und Frauenberufen haben sich verschoben, seitdem auch in den sogenannten Männerberufen meist die harte Muskelarbeit zugunsten der Kopfarbeit und des handwerklichen Geschicks in den Hintergrund getreten ist. Die Bewerbungsgepflogenheiten und der Umfang der Mitwirkung des Arbeitsamtes sind von Branche zu Branche unterschiedlich. Deshalb kann hier nur einiges Allgemeingültige ausgeführt werden.

Die Bewerbungen müssen rechtzeitig erfolgen, sie müssen formal in Ordnung sein und: Es ist heute sicher oft nötig, sich mehrfach oder sogar sehr oft gleichzeitig zu bewerben. Die Jugendlichen sollten hierbei ruhig die Hilfestellung von erfahrenen Erwachsenen in Anspruch nehmen.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland rund 450 Ausbildungsberufe. Davon kommen für die meisten Jugendlichen sicher nicht nur einer oder zwei infrage. Es ist schon erstaunlich, wie stark sich insgesamt das Interesse auf nur ganz wenige Ausbildungsberufe konzentriert.

Man sollte bei den Bewerbungen auch eine gewisse räumliche Mobilität beweisen. Nicht jeder Ausbildungsplatz liegt direkt vor der Haustür. Bei gering besetzten Berufen werden lange Anfahrts- und Abfahrtswege und eventuell sogar ein Wohnortswechsel nicht auszuschließen sein.

Größere Unternehmungen wählen ihre Auszubildenten in ausgeklügelten Auswahlverfahren aus, meist in den Schritten: Auswertung der Bewerbungsunterlagen, Eignungstest, Einstellungsgespräch und Vertragsangebot. – In besonders gesuchten Berufen ist es oft nötig, aus sehr vielen Bewerbern eine Auswahl zu treffen. In kleineren Unternehmungen und in weniger gefragten Berufen erübrigen oder vereinfachen sich die Auswahlprozeduren.

Ein Einstellungsgespräch wird jedoch meist durchgeführt, es sei denn, der künftige Lehrling sei dem künftigen Ausbildenden bereits persönlich bekannt.

Auf Tests ist eine gezielte Vorbereitung nicht möglich. Eine allgemeine Information über den Sinn und Ablauf von beruflichen Eignungstests ist zu empfehlen. Dafür gibt es viele Taschenbücher und Broschüren, im Buchhandel und von Wirtschaftsverbänden, zum Beispiel auch von der Sparkassenorganisation und von Krankenkassen.

Zur Vorbereitung auf das Einstellungsgespräch sollte der Bewerber sich folgende Fragen stellen und beantworten:

- Warum habe ich mich für diesen Ausbildungsberuf beworben und nicht für einen anderen?
- Warum bei dieser Unternehmung?
- Was weiß ich über sie?
- Wie stelle ich mir mein weiteres Berufsleben vor?

Bei Einstellungsgesprächen stehen im allgemeinen nicht die Überprüfung der Angaben aus den Bewerbungsunterlagen oder der Schulkenntnisse im Vordergrund, sondern es geht nicht zuletzt darum, einen Eindruck von den Verhaltensweisen und dem Auftreten, vom äußeren Erscheinungsbild, den Interessen, der Teamfähigkeit und der Affinität zu dem angestrebten Beruf zu erhalten.

Die Umstellung von der Schule in den Beruf ist sicher nicht minder schwer wie die Umstellung vom Kindergarten zur Grundschule oder von der Grundschule zur weiterführenden Schule, eher schwieriger. Die deutschen Schulen kennen überwiegend Vormittags-Unterricht, jetzt ist meist der ganze Tag im Betrieb zu verbringen.

Die Schule war ein pädagogischer Schonbezirk, jetzt umfängt den Lehrling die Ernstsituation des Betriebes mit Vorgesetzten und Mit-Lehrlingen, Kunden, teuren Geräten, vielleicht sogar gefährlichen Situationen im Umgang mit Maschinen und Materialien.

Jeder Beruf kennt tradierte Normen, besitzt ein spezifisches Anforderungsprofil. Die Ausbilder erwarten die Übernahme berufsrelevanter Verhaltensweisen. Man hat nicht nur Kenntnisse zu erlernen, sondern Fertigkeiten, die zu Fähigkeiten fortzuentwickeln sind. Vor allem: Der berufliche Alltag ist in einem oft beachtlichen Ausmaß von Routine bestimmt.

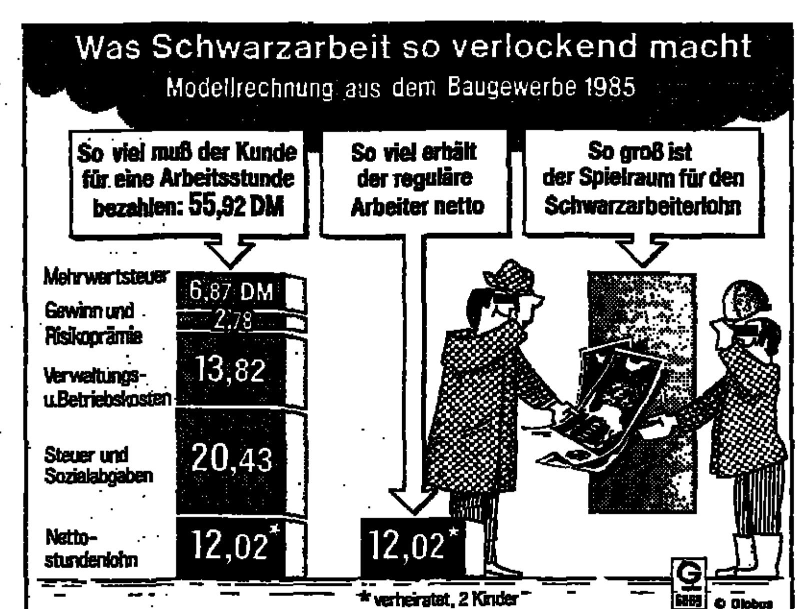
Integration in den vorgegeben Arbeitsrhysthmus und in ein Arbeitsteam ist nötig. Arbeitstugenden wie Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Disziplin, Fleiß, Pflichtbewußtsein und Leistungsbereitschaft werden oft noch stärker als in der Schule gefordert. Später kommen Eigenschaften wie Zielstrebigkeit, Initiative, Selbstsicherheit und Selbstvertrauen hinzu.

Auch in der Berufsschule weht oft ein anderer Wind als in der allgemeinbildenden Schule. Der Unterricht ist „dichter", weil für viel Stoff nur wenig Zeit zur Verfügung steht. Die Unterrichtsinhalte sind meist unmittelbar prüfungsrelevant. Die Zwischenprüfung erfolgt ja nach einem Jahr, die Abschlußprüfung steht nach nur zwei oder drei Jahren ins Haus.

Die Aufnahme einer Berufsausbildung wirkt sich schließlich auch auf die nunmehr wesentlich knappere Freizeit aus. Zeit wird zu einem kostbaren Gut. Hobbies sind nur noch am Wochenende und in den Abenstunden möglich. Oft wird man auch früher zu Bett gehen müssen, weil es morgens im Betrieb früher losgeht als in der Schule.

Andererseits gibt es nunmehr auch das erste selbstverdiente Geld, die Ausbildungsvergütung. Sie ist sicher in aller Regel ungleich höher als das gewohnte Taschengeld. Man wird sich sogar mit den Eltern abzusprechen haben, in welchem Umfang man nunmehr zum Haushaltsbudget der Familie beiträgt.

Vor diesem Hintergrund ist dem Berufsanfänger nur zu raten, mit realistischen Vorstellungen in die neue Lebensphase einzutreten, die Augen offen zu halten, sich klarzumachen, daß Betriebe primär ökonomisch und nicht pädagogisch ausgerichtet sind, daß Berufsausbildung auch und wesentlich im Mitarbeiten besteht und nicht nur im „über die Schulter schauen", und daß das „geduldige Bohren dicker Bretter" nicht nur für holzverarbeitende Berufe, sondern – im übertragenden Sinn – für alle Berufe unabdingbar ist.



Bei Schwarzarbeit sehen die Unternehmer rot; denn Jahr für Jahr entgehen ihnen Aufträge in Milliardenhöhe, weil die Konkurrenz aus der Schattenwirtschaft weitaus billiger anbietet. Die Attraktivität der Schattenwirtschaft verdeutlicht die Grafik: Bei Schwarzarbeiten entfallen sämtliche Steuern und andere Abgaben. QUELLE: GLOBUS

Günter Ashauer ist Leiter der Sparkassenakademie in Bonn, Honorarprofessor an der Universität Köln und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Er studierte Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspädagogik an der Universität in Frankfurt mit Diplomabschlüssen und Promotion.

BANKEN / Der Kreditkunde ist nicht allein über den Preis zu packen

Hunger nach Bestrafung stillen

THOMAS WEGSCHEIDER

Der Mittelstand ist wegen seiner wachsenden Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland eine bevorzugte Zielgruppe des Kreditgewerbes. Zum mittelständischen Kundenkreis der Kreditinstitute zählen neben Unternehmen bis zu 500 Mitarbeitern oder einem Umsatz bis zu 500 Millionen Mark auch die freien Berufe.

Der konjunkturelle Aufschwung, die technologischen Entwicklungen sowie ein hohes Maß an Innovationskraft haben zu einem steigenden Kreditbedarf der mittelständischen Wirtschaft geführt.

Der inzwischen erreichte hohe Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten und neue Entwicklungen auf technischen Gebieten machen nicht zuletzt wegen der zur Zeit günstigen Zinssituation in zunehmendem Maße Investitionen für die mittelständischen Unternehmen und die freien Berufe interessant.

Da vielen mittleren Unternehmen der Zugang zum Kapitalmarkt versperrt bleibt, wurde teilweise der Versuch unternommen, mit Hilfe von Kapitalbeteiligungsgesellschaften die Eigengkapitalquote zu erhöhen. Aus verschiedenen Gründen haben jedoch die Venture Capital Gesellschaften nicht die Bedeutung erlangt, die man erwartet hatte.

Bei der Finanzierung des Mittelstandes liegt deshalb unter Berücksichtigung des oben Gesagten der Aufgabenschwerpunkt der Kreditinstitute weiterhin in der Bereitstellung von Fremdkapital.

Bei weitgehend verteilten Märkten ist der Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten kein Preis-, sondern ein Leistungs- und Servicewettbewerb. Zur Leistung der Banken und Sparkassen zählen insbesondere überschaubare Produktprogramme. Zahlreiche Institute verfügen inzwischen über spezielle, standardisierte Kreditprogramme zur Mittelstandsfinanzierung.

Beispielsweise hat die BfG zur Finanzierung von Investitionsvorhaben den BfG-Projektkredit geschaffen. Insgesamt kommt es natürlich in erster Linie darauf an, einen Kredit auf den individuellen Bedarf des Kreditnehmers zuzuschneiden.

Was die Kunden von den Sparkassen erwarten

Darüber hinaus müssen die Kreditinstitute die wachsenden Bedürfnisse der Kunden nach umfangreichen Serviceleistungen in nahezu allen Bereichen berücksichtigen. Der mittelständische Kunde erwartet von den Banken und Sparkassen, die Finanzierungsberatung durch eine umfassende Unternehmensberatung zu ergänzen. Das Interesse an solchen Beratungsangeboten ist bei kleineren und mittleren Unternehmen beachtlich.

Die Unternehmen erwarten von den Kreditinstituten Hilfestellungen bei der Lösung von Investitions-, Marketing- und Vertriebsfragen. Auch steuerliche Hinweise sind erwünscht. Ferner legen die mittelständischen Unternehmen großen Wert auf Branchenanalysen und -prognosen sowie auf eine Beratung zur Absicherung betrieblicher Risiken. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen dabei die Banken und Sparkassen, den Wünschen ihrer Kunden gerecht zu werden.

Die Banken und Sparkassen sind nicht nur in Fragen der Kapitalbeschaffung Partner des mittelständischen Kunden, sondern sie beraten diesen auch bei der Anlage seines Privatvermögens. Um den Wünschen, Bedürfnissen und Anforderungen des Mittelstandes Rechnung zu tragen, haben viele Kreditinstitute ihre Aufbauorganisation inzwischen kundenorientiert ausgerichtet.

Firmenkundenbetreuer sind kompetente Gesprächspartner des mittelständischen Unternehmers und der freien Berufe und haben auch die Aufgabe, gemeinsam mit dem Kunden Problemlösungen in allen Fragestellungen der Finanzierung, Anlageberatung und sonstigen Bankserviceleistungen zu erarbeiten.

Zur Finanzierungsberatung der Banken und Sparkassen gehört auch die Vermittlung von öffentlichen Finanzhilfen. Aus über 200 Förderungsprogrammen stehen dem Mittelstand zinsgünstige Kredite, Bürgschaften, Beteiligungen und Zuschüsse zur Verfügung. Hierzu gehören auch die verschiedenen Existenzgründungsprogramme.

> *„Ein hochindustrialisiertes, dichtbesiedeltes Land wie die Bundesrepublik, ein Land ohne nennenswerte Rohstoffreserven, extrem abhängig vom Export, ist darauf angewiesen, daß technischer Fortschritt aus dem eigenen Land kommt, von den eigenen Ingenieuren entwickelt und konstruiert, von der eigenen Wirtschaft produziert und im In- und Ausland vermarktet wird."*
>
> Dr.-Ing. Karl Eugen Becker, Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), Düsseldorf.

Die wichtigsten Träger der öffentlichen Finanzierungsprogramme sind der Bund, die Länder, die Deutsche Ausgleichsbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Öffentliche Programme sind zum Teil auf besonders förderungswürdige Verwendungszwecke abgestellt, wie etwa den Umweltschutz, die Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen oder Maßnahmen zur Energieeinsparung. Verschiedene Bundesländer fördern besonders die Anwendung fortschrittlicher Technologien mit dem Ziel, die Innovationskraft des Mittelstandes weiter zu stärken und somit stabile Arbeitsplätze zu schaffen.

Die öffentlichen Darlehensmittel müssen vor Beginn des Investitionsvorhabens über die Hausbank beantragt werden. Dies bedeutet, daß die Spezialisten der Banken und Sparkassen ein Finanzierungskonzept für das Investitionsvorhaben erarbeiten, in dem die verschiedenen Förderungsprogamme miteinander kombiniert werden. Zur Dienstleistung der Kreditinstitute gehört auch die Bewältigung des „Papierkrieges".

Für den Fremdmittelbedarf, der die gewährten öffentlichen Mittel übersteigt, stehen ergänzend die hauseigenen Finanzierungsprogramme der Banken und Sparkassen zur Verfügung, so zum Beispiel der BfG Projektkredit. Einige Kreditinstitute verzichten jedoch auch auf eine Einbeziehung der zinsgünstigen öffentlichen Mittel in ein Gesamtfinanzierungskonzept und bieten eigene Finanzierungsprogramme an.

Einen weiteren Schwerpunkt ihres Serviceangebotes legen die Kreditinstitute wegen der steigenden Exportorientierung der mittelständischen Wirtschaft auf die Beratung in Fragen der Außenhandelsfinanzierung.

Hilfe bei Erschließung neuer Auslandsmärkte

Die Banken und Sparkassen beraten den mittelständischen Unternehmer auch bei der Erschließung neuer Auslandsmärkte. Sie können aufgrund ihrer Erfahrungen Hilfestellung beim Anknüpfen von Kontakten zu ausländischen Unternehmen und Behörden leisten.

Im Rahmen des gesamten Dienstleitungsangebotes der Banken und Sparkassen kommt es auch darauf an, mittelständischen Betrieben geeignete Finanzierungsalternativen wie beispielsweise Factoring oder Leasing anzubieten. Hier verfügen eine Reihe von Kreditinstituten über spezielle Gesellschaften, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, diese Finanzierungsinstrumente zur Verfügung zu stellen.

Mittelständische Unternehmen zeigen immer größerers Interesse an Electronic-Banking-Produkten. Hierzu zählen in erster Linie die Cash-Management-Systeme zur Liquiditätskontrolle und optimalen Liquiditätssteuerung. Doch auch hier sind keine Standardprogramme gefragt, sondern individuelle und benutzerfreundliche Lösungen.

Darüber hinaus bieten viele Institute eine erweiterte computerunterstützte Kundenberatung und -betreuung an. Insbesondere sind hier die EDV-Bilanzanalyse und die elektronisch gestützte Finanzplanung zu nennen.

Um die hier nur teilweise skizzierte breite Palette der Dienstleistungen erbringen zu können, ist es unumgänglich, daß die Servicequalität und Servicebereitschaft der Mitarbeiter der Kreditinstitute den gestellten Anforderungen gerecht werden.

Der mittelständische Unternehmer und die freien Brufe erwarten hochqualifizierte und kompetente Gesprächspartner. Ein neuer Typ des kundenorientierten Mitarbeiters ist gefragt.

Abschließend bleibt festzuhalten: Bankgeschäft ist Dienstleistungsgeschäft, das von den Kunden bestimmt wird. Die Partnerschaft zwischen Kunden und Hausbank wird in hohem Maß vom persönlichen Vertrauensverhältnis geprägt, das nur über einen längeren Zeitraum aufgebaut werden kann.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt.

VERSICHERUNGEN / Die staatliche Rentenpolitik hat sich übernommen

Private Vorsorge ist unentbehrlicher denn je

Von HERBERT ROTHFUSS

„Es wird kein Volk in der Welt eine entsprechende Stellung haben, wenn es nicht dafür sorgt, daß die Angehörigen der freien Berufe noch tüchtiger werden, damit sie eine geistige Führung in ihrem Volk übernehmen können, damit nicht alles nur zerfällt in einem Volk in Arbeitnehmer und Arbeitgeber, in Angestellte und Beamte und Handwerker."

Dieser eindeutige Appell des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, beherrscht zumindest diesen wirtschaftlichen Bereich der deutschen Nachkriegsgeschichte. Nach ihm, Adenauer, haben fast unzählige Politiker aller Couleur immer wieder die volkswirtschaftliche Bedeutung des Berufsstandes der Selbständigen, der freien Berufe, des Mittelstandes allgemein betont.

Nicht zuletzt haben die Bundesregierung in ihrer 83er Regierungserklärung und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die so wichtige Rolle der Selbständigen für die „Beweglichkeit und Dynamik unserer Wirtschaft" hervorgehoben.

Zurückgeführt wird diese große Bedeutung des Mittelstandes auf die Tatsache, daß er rund 66 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt, 51 Prozent der Umsätze erwirtschaftet, 49 Prozent des Sozialproduktes erarbeitet und 44 Prozent aller Investitionen vornimmt.

Wie Rentenversicherer zu roten Zahlen kamen

Wahrlich beeindruckende Zahlen – und dennoch werden die Selbständigen trotz aller Bekenntnisse meines Erachtens in mancherlei Hinsicht nicht ihrer Bedeutung entsprechend behandelt.

Ich denke da in erster Linie – und was liegt in meiner Position näher – an die Vorsorgesituation. Hier wird von staatlicher Seite gleich mehrfach weniger unternommen, als es dringend notwendig wäre. Ich erinnere da beispielsweise nur an die damals vielgespriesene große Rentenreform von 1972.

Mit der Rentenreform von 1972 wurde die gesetzliche Rentenversicherung für Selbständige und Freiberufler geöffnet. Bis dahin war die gesetzliche Rentenversicherung, vor rund 100 Jahren für bedürftige Arbeiter geschaffen, später auf Angestellte erweitert, den Selbständigen weitgehend verschlossen.

Mit der Öffnung auch für diesen Berufsstand sollten in erster Linie die gestiegenen Leistungen finanziert werden. So zum Beispiel die Einführung der flexiblen Altersgrenze, die kostenlose Rentnerkrankenkasse und die Renten nach Mindesteinkommen. Die hohe Anrechnung der Ausbildungszeiten und die kostenlose Rentnerkrankenkasse waren für viele Gewerbetreibende und Freiberufler wirklich verlockende Leistungen. Viele Angehörige dieser Gruppen entschieden sich deshalb auch für eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Doch als nüchterner, realistisch denkender Mensch mußte man sich eigentlich schon damals sagen, daß sich die Einrichtung schlicht und einfach übernommen hatte. Während 1972 die Rentenkassen noch Reserven in Milliardenhöhe hatten, war ab 1975 die Rentenkasse bereits überfordert, denn auch die Auswirkungen der beginnenden wirtschaftlichen Rezession machten sich bemerkbar.

Daher mußten in den Folgejahren einige Leistungen ganz erheblich verringert werden, wovon die freiwillig- und pflichtversicherten Selbständigen besonders betroffen wurden. So wurden die Ausbildungszeiten drastisch abgewertet – teilweise wurde der Wert von 150 auf 90 Prozent pro Jahr reduziert – und durch Einführung einer Vorversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung wurden die Leistungen der Rentnerkrankenkasse erheblich eingeschränkt.

Weitere Änderungen, wie die stufenweise Anhebung des Mindestbeitrages in der gesetzlichen Rentenversicherung von ursprünglich 18 auf 92 Mark (1986) monatlich sowie als Voraussetzung für dynamische Rentenleistungen, daß freiwillig Mindestbeiträge in einem Dreijahreszeitraum geleistet werden mußten, blieben nicht ohne Auswirkung. 1984 kam es dann zu einem weiteren entscheidenden Eingriff in das Leistungsrecht für die Selbständigen durch die erhebliche Einschränkung des Anspruchs auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Für viele Selbständige ist deshalb die gesetzliche Rentenversicherung uninteressant geworden. Dieser Tatsache hat im übrigen auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 9. Oktober 1985 Rechnung getragen. Es hat den Gesetzgeber aufgefordert, gerade den pflichtversicherten Selbständigen, die 1972 sich für einen Beitritt entschieden hatten, die Möglichkeit zu geben, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen aus der Pflichtversicherung wieder ausscheiden zu können.

Nur in Einzelfällen sind diese Berufsgruppen gut beraten, durch Zahlung von Mindestbeiträgen zum Beispiel ihren Anspruch auf eine Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente zu erhalten. Es können dadurch aber nur geringe Ansprüche erworben werden.

Ich will damit keineswegs die Aufgaben und die Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung herabmindern, doch kann sie heute für die Selbständigen nicht einmal eine Grundversorgung mehr sein. Für sie ist es deshalb unbedingt notwendig, Vorsorge für den Aufbau einer privaten Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu treffen und sich dabei auch für den Fall der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit entsprechend abzusichern. Ich denke da natürlich an die private Lebensversicherung.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Selbstständige werden stiefmütterlich behandelt

Die private Versicherungswirtschaft hat sich schon seit jeher als der Partner des Mittelstandes, der Gewerbetreibenden und der freien Berufe also, verstanden. Gerade auch meine Gesellschaft, die Hamburg-Mannheimer, hat einen Großteil ihrer wirtschaftlichen Aufmerksamkeit diesem Personenkreis gewidmet, dem sie sich praktisch seit ihrer Gründung eng verbunden fühlt. Viele ihrer Tarife, seien es Kapital- oder Rentenversicherungen, Berufsunfähigkeitsversicherungen, hat unsere Gesellschaft gezielt für diesen Kreis entwickelt.

Doch auch auf diesem Gebiet, um nur ein weiteres wichtiges zu nennen, werden die Selbständigen vom Staat stiefmütterlich behandelt.

Den Selbständigen wird lediglich der sogenannte Vorwegabzug von 3000 Mark jährlich für Ledige eingeräumt – neben den allen zustehenden sonstigen, ebenfalls viel zu geringen Freibeträgen. Dagegen steht einem Arbeitnehmer, der Höchstbeiträge zu allen drei gesetzlichen Versicherungen zahlt – also zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung –, ein steuerfreier Arbeitgeberanteil von jetzt rund 11 000 Mark im Jahr zu. Unter Berücksichtigung der hier genannten Beträge für den Vorwegabzug führt dies zu einer Benachteiligung der Selbständigen von bis zu 8000 Mark jährlich gegenüber den Arbeitnehmern. Diese eindeutige Benachteiligung gilt es im Interesse der Gerechtigkeit zu beseitigen. Politiker und Parteien kann man mit Nachdruck daran erinnern, ihre globalen Bekenntnisse und Versprechungen zu konkretisieren und einzulösen.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg.

FILMWIRTSCHAFT / Mit „Otto" und „Asterix" Millionen-Umsätze

Kino bietet dem Fernsehen die Stirn

Der, der da im Schatten steht, ist – um es geradeheraus zu sagen – Zwerg. Und der den Schatten wirft, ist ein Riese. Alle deutschen Filmverleiher zusammen erzielen einen Jahresumsatz von rund 400 Millionen DM. Zum Vergleich: Allein die Markenartikelwerbung setzt pro Jahr zwischen zehn und 15 Millionen Mark um (davon übrigens erfreulicherweise 1,15 Millionen DM in den deutschen Lichtspielhäusern).

Noch ein Vergleich, näher am Begriff „Neue Medien": SAT 1, privater Fernsehveranstalter, hat ein Programmbudget für 1986 in Höhe von 150 Millionen DM. Also fast ein Drittel des gesamten Filmverleiherumsatzes. Aber wie hat der starke Mann Chinas, Deng, zu Bundeskanzler Kohl treffend gesagt: „Wenn der Himmel einstürzt, müssen ihn die Riesen tragen." Ein Trost für alle Kleinen. Auch für die Filmverleiher.

Doch keine Panik: So schlecht läßt es sich im Schatten der anderen Medien gar nicht leben. Vorausgesetzt, der Verleiher hat den richtigen Film. Wer das Glück hat, Publikumsrenner wie „Otto" oder „Asterix" in die Kinos bringen zu können, der verdient und erdient sich eine Goldene Leinwand mit Stern.

Es dürfte den meisten unbekannt sein, daß über 50 Prozent des deutschen Filmverleihumsatzes von drei Major-Companies aus Amerika gemacht wird, die kein eigenes, mittelständisches Risiko tragen. Anders ist es bei deutschen Verleihunternehmen, sei es nun die Neue Constantin, Tobis, Jugendfilm, Filmverlag/Futura sowie dem nur noch zur Hälfte deutschen Verleih Scotia-Cannon, ergänzt durch mittlere Verleihfirmen wie Senator, Concorde, Ascot, Tivoli oder Filmwelt.

Wie sich der Kuchen verteilt

Hinzu kommt noch ein rundes Dutzend kleinerer Unternehmen, das Filme in die Kinos bringt. Insgesamt werden 65 Verleihfirmen branchenmäßig verzeichnet. Wirft man nur einen Blick auf die Umsatzverteilung, dann wird schnell klar, wie sich der Kuchen aufteilt. Von den anfangs genannten vier Millionen Mark Verleihumsatz schneiden sich die drei US-Majors bereits mehr als die Hälfte heraus. Die verbleibenden knappen 150 Millionen DM werden zu zirka zwei Dritteln von den fünf großen deutschen Verleihern gemacht, das letzte Drittel ist hart umkämpft von den Mittel-, Klein- und Kleinstverleihern.

Daß überhaupt noch so viele Verleiher von diesem seit über 20 Jahren kleiner werdenden Markt leben können (von einst fast einer Milliarde Besucher sind rund 100 Millionen übriggeblieben), hat sicher auch etwas mit dem Eintrittspreis zu tun. Eine Kinokarte kostet heute durchschnittlich rund acht DM. Das heißt, ein Kinobesuch ist schon längst kein billiges Vergnügen mehr. Und das gilt nicht nur für den pekuniären Aspekt, auch was die kulturelle Seite des Films angeht, ist da von „billig" keine Rede mehr.

Der Trend zum anspruchsvollen Unterhaltungsfilm und damit hin zum Studiokino, wirkt sich auch auf die Verleiher aus. Hier werden alte Strukturen aufgebrochen, werden die Trendlinien zwischen den starken Erstaufführungsketten und den schwächeren Nachspielern sowie den Programmtheatern zunehmend durchlässiger. Erfolgstitel wie „Männer" oder „Ronja Räubertochter" werden jetzt sowohl in Studiotheater wie auch in die Kinocenters vermietet, eine Koexistenz, wie sie im Filmverleih bisher nicht immer üblich war.

Apropos „Männer", Doris Dörries absoluter Überraschungshit hat gerade gute Chancen, die erfolgreichste deutsche Produktion dieses Jahres zu werden und damit die dritte Säule des Verleihgeschäfts zu stärken. Denn außer dem Gesamtfilmangebot und dem Filmtheaterpark spielt die Bedeutung des nationalen Filmangebotes für den Erfolg der Filmindustrie eines Landes eine ganz wichtige Rolle.

Nun soll hier keineswegs das Klagelied von der bundesdeutschen Filmkrise angestimmt werden, denn immerhin hat sich der Anteil des deutschen Films am Kinoeinspiel von seinem einstigen Tiefpunkt unter der Zehn-Prozent-Marke mittlerweile auf einen 20prozentigen Anteil gesteigert. Die strukturelle Krise ist damit allerdings noch nicht überwunden, da sich diese Anteilssteigerung auf weniger als ein Dutzend Titel zurückführen läßt. Das Gros hiesiger Filmproduktionen findet sein Publikum erst im Fernsehen und leider nicht im Kino.

Womit wir bei den „Riesen" angelangt sind, die einen so gewaltigen Schatten auf das Kino werfen. Nicht die Privaten – zumindest vorläufig – sind gemeint, sondern ausschließlich die Öffentlich-Rechtlichen. Wenn man bedenkt, daß ARD und ZDF zusammen pro Jahr weit über 800 Spielfilme ausstrahlen, also fast jeden Tag des Jahres zwei, dann wird klar, wie sehr die Kinobranche unter diesem Konkurrenten leidet.

Die Fernsehrechte füllen die Kassen

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Fernsehanstalten inzwischen aus der Ökonomie einer Filmproduktion nicht mehr wegzudenken sind; viel zu wichtig ist für jeden Produzenten das Geld, das er aus dem Verkauf der Fernsehrechte erhält. Dennoch stünde den Bildschirm-Gewaltigen eine gewisse Selbstbeschränkung gut zu Gesicht. Etwa so, wie es in Frankreich mit dem fernsehfreien Samstag realisiert worden ist. Eine Forderung, die der bundesdeutschen Filmwirtschaft mit der Begründung, so etwas sei bei uns nicht durchsetzbar, immer noch abgeschlagen wird. Nachdenken sollte man hierzulande darüber doch noch einmal.

Was die ganz neuen Medien angeht, gemeint sind hier das Kabel- oder Satellitenfernsehen und der Videofilm, so lassen sich die daraus resultierenden Probleme wohl am besten mit Marshall MacLuhans Definition vom Kino als einem „heißen Medium" beantworten. Das Kino, die Leinwand, sind der einzige Platz, wo ein Spielfilm „Hitze" bekommt – oder nicht. Nur ein Film, der auch im Kino seine Attraktivität bewiesen hat, ist auch auf der Videokassette und vor allem im Fernsehen ein Renner.

Das Kino ist für den Film das, was die Formel-1-Rennen für die Autoindustrie sind. Hier werden die Stars gemacht, jene bunten Federn, mit denen sich dann alle anderen ebenfalls gerne schmücken. Aber es sind fremde Federn, denn gehören tun sie dem Kino, jenem kleinen Medium, das dem Riesen noch immer die Stirn bietet. Und so soll und wird es bleiben.

JÜRGEN WOHLRABE

„Unternehmer investieren zu wenig und verjubeln zuviel"

Von ERNST BREIT

Weit mehr als die Hälfte der deutschen Arbeitnehmer ist in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt. Oft wird behauptet, in kleinen und mittleren Unternehmen gebe es den Interessengegensatz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht, zumindest sei er nicht so ausgeprägt wie in größeren Betrieben. Deshalb erübrigten sich auch umfassende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen.

Im Konfliktfall erweist sich dann, daß Arbeitnehmer ohne ausreichende gewerkschaftliche Interessenvertretung ihre Interessen nicht wahrnehmen können und gegenüber dem wirtschaftlich Mächtigeren den Kürzeren ziehen. Die Arbeitnehmer müssen deshalb von den Gewerkschaften gerade in kleineren und mittleren Unternehmen besonders intensiv betreut werden.

Unverzichtbares Element der Marktwirtschaft

Der Staat nimmt sich kleiner und mittlerer Unternehmen an, weil er sie für unverzichtbar für eine funktionierende Marktwirtschaft hält. Auf vielen Märkten ist ein ausreichender Wettbewerb ohne eine genügend große Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen nicht möglich. Wo kleine und mittlere Unternehmen vorhanden sind, können sie die wirtschaftliche Macht größerer Unternehmen zurückdrängen. Der wettbewerbsrechtliche Schutz dieser Unternehmen ist insoweit gerechtfertigt.

Da trotz inzwischen wieder steigender Selbständigenzahlen immer noch vermutet wird, daß es zu wenig kleine und mittlere Unternehmen gebe, werden insbesondere Existenzgründungen staatlich gefördert. Zur Rechtfertigung wird auch auf positive Beschäftigungseffekte verwiesen. Tatsächlich sind diese jedoch bei Neugründungen kleinerer und mittlerer Unternehmen sehr gering, wie Untersuchungen von Wirtschaftsforschungsinstituten festgestellt haben.

Viele Existenzgründungen entspringen auch einer wirtschaftlichen Zwangslage oder sind aus der Not der Arbeitslosigkeit geboren. Größere Unternehmen sind dazu übergegangen, Tätigkeiten auszulagern, indem sie Aufträge an sogenannte „neue Selbständige" vergeben, die sie als frühere Arbeitnehmer aus ihrem Unternehmen „freigesetzt" haben. Sie flexibilisieren ihre Produktion auf Kosten der Arbeitnehmer, die auf angestammte Rechte und oft auch auf soziale Sicherheit verzichten müssen.

Solche Existenzgründungen sind Fehlentwicklungen, als Ergebnis falscher Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Aushebelung von Arbeitnehmerrechten und die Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Absicherungen als Wiederbelebung des Unternehmertums zu verkaufen, ist blanker Hohn für die betroffenen Arbeitnehmer und die Arbeitslosen.

Eine wesentliche Ursache für die Wachstumsschwäche kleiner und mittlerer Unternehmen wird regelmäßig in Fehlern des Managements gesucht. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, daß bei insgesamt zu geringer volkswirtschaftlicher Nachfrage auf fast allen Märkten Unternehmen selbst dann aufgeben müßten, wenn sie ausgezeichnete Manager hätten. In einem zu engen Markt ist eben nicht für alle Platz. Würde eine Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung betrieben, wie sie der DGB seit langem fordert, so würden sich weniger „Managementfehler" als tödlich für das Unternehmen und als Katastrophe für die Beschäftigten auswirken.

Eine aktive staatliche Politik der Vollbeschäftigung ist auch eine gute Mittelstandspolitik. Dennoch soll nicht bestritten werden, daß kleinere und mittlere Unternehmen Managementdefizite aufweisen können. Um diese zu beheben, stehen ihnen vielfältige, öffentlich gestützte wie auch private Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung. Das RKW spielt dabei eine herausragende Rolle.

Der DGB hat die Arbeit des RKW stets mitgetragen.

Die Gewerkschaften haben sich die Aufgabe gestellt, über gewerkschaftliche Technologieberatung gerade den Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen, ihre Rechte bei notwendigen Innovationen zu wahren. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf die Qualifikation der Arbeitnehmer gelegt, deren Bedeutung gerade von kleineren und mittleren Unternehmen unterschätzt wird.

Als Folge klagen diese Unternehmer über Facharbeitermangel, den sie selbst erzeugt haben. Eine rechtzeitige Zusammenarbeit mit der Belegschaft würde die Entstehung dieses Problems bereits verhindern.

Von vielen kleinen und mittleren Unternehmen wird behauptet, ihre Angebotspalette sei nicht marktgerecht und ihre Produktionsweise sei technisch veraltet. Folgerichtig haben die Subventionen für den Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbereich kleinerer und mittlerer Unternehmen in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Allein der Bund gibt pro Jahr mehr als eine Milliarde DM dafür aus. Bund und Länder dürften mindestens mit der gleichhohen Summe einstehen. Hinzu kommt noch der nichtbezifferbare Steuerausfall.

Der Forschungsminister verbindet mit der finanziellen Förderung die Erwartung, „daß gerade die kleinen und mittleren Betriebe im Strukturwandel bestehen werden und vermehrt zukunftssichere Arbeitsplätze anbieten" (Faktenbericht Forschung 86, S. 70). Realität sind diese Erwartungen bisher nicht geworden. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Unternehmen bei insgesamt schwacher Nachfrage verstärkt rationalisieren werden, ohne ihre Marktposition zu verbessern. Bei staatlicher Überförderung gehen also Arbeitsplätze verloren.

Die Strategie der Gewerkschaften

Den Gewerkschaften ist der „Gesundheitszustand" der Unternehmen keineswegs gleichgültig. Sichere Arbeitsplätze setzen zukunftsorientierte Unternehmen mit sozial verantwortlichem Management voraus. Dem DGB erscheinen dennoch die Klagen vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen über eine mangelnde Eigenkapitalbasis und über ihre steuerlichen Benachteiligungen als teilweise falsch, in den meisten Fällen als überzogen.

In kleinen und mittleren Unternehmen werden nicht immer die verfügbaren Mittel investiert, sondern sie werden in Form überhöhter Privatentnahmen dem Unternehmen entzogen, auf Privatkonten verlagert oder für den privaten Konsum verwendet. Wenn steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten diese Flucht aus dem Eigenkapital begünstigen, sollten sie verändert werden.

Eine staatliche Eigenkapitalsubvention, zum Beispiel die Bereitstellung von Risikokapital, sollte regelmäßig in Form direkter oder indirekter staatlicher Beteiligungen an den Unternehmen erfolgen und auf ganz wenige, zum Beispiel hochriskante F+E-Vorhaben im öffentlichen Interesse, beschränkt bleiben. Staatliche Steuererleichterungen für Unternehmen hat es in den vergangenen Jahren in rechtlichem Maße gegeben.

Davon haben gerade kleine und mittlere Unternehmen stark profitiert. Die versprochenen beschäftigungspolitischen Erfolge sind ausgeblieben, während sich der finanzpolitische Spielraum von Bund, Ländern und Kommunen schmerzhaft verengt hat. Der DGB lehnt deshalb weitere Steuererleichterungen für Unternehmen – auch als Instrument der Mittelstandspolitik – ab.

Der Autor ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Informationsgespräch am Messestand: Hier werden Erfahrungen über die Märkte von morgen ausgetauscht FOTO: NOVUM

MITTELSTÄNDISCHE WIRTSCHAFT / Schwarzarbeit beginnt bei der öffentlichen Hand

Selbständige nahmen „Wende" bei der Regierung an

Von WILLI-PETER SICK

Die mittelständische Wirtschaft beginnt zu ersticken unter den gegenüber anderen Wirtschaftszweigen unproportional steigenden Belastungen mit offenen und verdeckten Kosten.

Die unsichtbaren Kosten, also das, was der Staat an Diensten kostenlos fordert, lagen in den 50er Jahren bei 0,5 Prozent des Bruttosozialproduktes und sind bis heute auf drei Prozent = rund 50 Milliarden Mark angestiegen. Diese Kosten treffen Klein- und Kleinstbetriebe besonders empfindlich, während größere Betriebe sie noch „wegstecken" können. Diese Kosten, zusätzlich zu den offiziellen Lohnnebenkosten, treiben in die Schwarzarbeit, in die Schattenwirtschaft. Hinzu kommen weitere Belastungen aus dem administrativen Bereich der Bürokratie.

Schwarzarbeit beginnt bei der öffentlichen Hand. Mehr als eine Million sogenannte Regiebetriebe sollen es inzwischen sein, davon circa 80 Prozent im kommunalen Bereich, die „gewerbliche Leistungen" erbringen, für die weder Steuern, noch Löhne, noch soziale Abgaben kalkulatorisch berechnet und gezahlt werden. Alle diese Kosten gehen in den allgemeinen Haushalt hinein. Damit kann natürlich kein Privater konkurrieren.

Schwarzarbeit ist kein kriminelles Delikt, sondern ein Krankheitssymptom unserer gesamten Gesellschaft. Wer nur an den Erscheinungen herumlaboriert und über sie lamentiert, der wird die Ursache nie ergründen.

Will man das überhaupt? Wer ist „Man"? „Man", das ist in erster Linie Politik, Staat, Bürokratie und Funktionärsfilz. Da sitzen die wirklichen Verursacher steigender Lohnnebenkosten, durch die dann Private in die Schattenwirtschaft getrieben werden. Die Kriminalisierung der Privaten lenkt nur von den wirklichen Tätern ab. Aber das ist noch nicht alles. Der Staat engt durch immer mehr Gesetze

> *Rat zu geben, das ist das dümmste Handwerk, das einer treiben kann. Rate sich jeder selbst und tue, was er nicht lassen kann.*
>
> (Goethe)

und Verordnungen die Möglichkeiten des Bürgers zum freien Handeln ein, und er fordert von der Wirtschaft immer mehr Bütteldienste, die diese kostenlos zu erbringen hat. Zum Beispiel Anfertigung von Statistiken, Meldungen über Einhaltung von Vorschriften, Abführung von Steuern und Abgaben und so weiter.

Der Staat andererseits macht natürlich nichts umsonst. So kassiert er zum Beispiel bei den Kirchen drei Prozent der Kirchensteuer dafür, daß er diese für die Kirche eintreibt.

Auch bei der jetzigen Bundesregierung, die ja die „Wende" herbeiführen wollte, ist trotz hörbar guter Absichten noch nichts Entscheidendes zum Besseren erkennbar. Bei den Lohnnebenkosten ist nach neueren Untersuchungen sogar noch eine weitere Steigerung ersichtlich.

Daß eine solche Entwicklung in erster Linie die mittelständische Wirtschaft trifft, liegt auf der Hand. Den Mannesmännern und Kruppianern, den Leuten von Siemens, Bosch und Mercedes kann die öffentliche Hand keine Konkurrenz machen. Das sind zwar verschiedene Brüder, aber mit gleichen Kappen. Unter dieser Kappe wird im Zweifel durch Subventionen jede Spannung wieder ausgeglichen.

Es ist aber der Bereich der mittelständischen Wirtschaft, der unsere Wirtschaftsverfassung in der Breite trägt. Mit den Spitzen der Großwirtschaft alleine ist das nicht zu machen. Mittelstandspolitik heißt aber nicht, Geschenke für den einzelnen Mittelständler bereitzustellen oder eine Schutzzaunpolitik zu betreiben. Mittelstandspolitik ist mehr als nur Ökonomie. Sie ist Gesellschaftspolitik schlechthin.

Aufgabe für die mittelständische Wirtschaft ist es, über Markt und Wettbewerb Leistungen für den Verbraucher so kostengünstig wie möglich anzubieten. Mittelstand ist nicht nur eine betriebswirtschaftliche Einzelveranstaltung, sondern Mittel zum Zweck. Der Zweck ist die gesellschaftliche Gesamtveranstaltung. Wenn aber die Aushöhlung des Mittelstandes durch andauernde Überforderung weitergeht, so wird nicht nur dieses Mittel zum Zweck gefährdet, sondern unsere Demokratie insgesamt.

Mittelständische Strukturen sind Bedingung und zugleich Indikator für Freiheit in einer Gesellschaft. Diese Gefahr ist größer als allgemein gesehen wird, weil neben Fakten auch diffuse ideologische Quasereien eine immer stärker werdende Rolle spielen. Um diese Gefahren abzuwenden genügen nicht mehr ein paar kleine Reparaturen hier und da. Dazu ist eine Reform Erhardschen Ausmaßes nötig. Nur der Politiker, der diese Di-

> *Der Handwerker, der's allzu gut will machen, verdirbt aus Ehrgeiz die Geschicklichkeit.*
>
> (Shakespeare, Konig Johann)

mensionen sieht, kann glaubhaft Politik unter Berufung auf die soziale Marktwirtschaft machen.

Hier stoßen sozialistische und liberale Denkmodelle von der Gesellschaft und vom Menschen aufeinander, und da auch liegt die Entscheidung. Bei immer mehr Staat verliert der Bürger das Bewußtsein der Selbstverantwortung. Dies wird am deutlichsten erkennbar beim Kostenbewußtsein, zum Beispiel im gesamten Sozialwesen. Jeder will mindestens das wieder herausholen, was er glaubt, eingezahlt zu haben. So kommt es dann zur Ausbeutung der Ausgebeuteten.

Darum unser Vorschlag für den Bereich der sozialen Sicherung: Abkehr vom Bismarck-System der auf den Individuallohn bezogenen Beiträge. Dafür Festsetzung einer Grundpflichtsicherung gegen Krankheit und Alter durch den Staat. Darauf aufbauend nach erbrachter Leistung Ansprüche des einzelnen an das Globaleinkommen. Auszahlung der Löhne und Gehälter brutto für netto, und jeder „mündige Bürger" kauft sich mit seinem Einkommen selbst ein, was er an zusätzlicher Sicherheit und Leistung haben will.

Damit gäbe es dann auch Wettbewerb auf diesem Gebiet, und man könnte unter den vorhandenen Tarifen nach dem günstigsten Angebot suchen. Dies wäre gleichzeitig ein entschiedener Schritt zur Senkung der Lohnnebenkosten und damit eine wirklich spürbare Einschränkung der Schattenwirtschaft. Darüber hinaus wäre es eine angemessene Beteiligung der Menschen an dem durch Maschinen und Roboter erwirtschafteten Teil des Sozialproduktes, der sonst nur dem Faktor Kapital zugute käme.

Noch einmal hinzuweisen ist darauf, daß auszehrende Steuern, steigende Abgaben und ausufernde Bürokratie nicht nur zur Gefährdung des Mittelstandes führten, sondern auch zu einer schleichenden Umwertung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Unser Staat wurde nach dem Kriege bewußt gegründet als sozialer Rechtsstaat. Die erkennbare Überlastung führt aber zu einer Verschiebung hin zum rechtlich gesicherten Sozialstaat.

Der Autor ist Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen BDS.

STEUERPOLITIK / Leistungsträger nicht überfordern

Die steile Progression muß entschärft werden

Von HANSJÖRG HÄFELE

Gesunde mittelständische Unternehmen sind der Kern einer dynamischen marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft durch Gewährleistung und Schaffung angemessener Rahmenbedingungen ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Politik, vor allem der Steuerpolitik.

Mit dem in dieser Legislaturperiode verwirklichten steuerpolitischen Drei-Stufen-Programm hat die Bundesregierung bereits die grundlegenden Weichen in Richtung auf ein leistungsgerechteres und wachstumsförderndes Steuerrecht insbesondere auch für den Mittelstand gestellt.

Zu den wichtigsten Maßnahmen, die in den ersten beiden Stufen 1983 und 1984 verabschiedet wurden, gehörten Entlastungen bei der Gewerbesteuer, eine fühlbare Senkung der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen, die Verdoppelung des Verlustrücktrages und die Einführung von Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe sowie für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen.

Außerdem wird die ab 1985 greifende Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und für neue Heizungs- und Warmwasseranlagen die Investitionsfähigkeit mittelständischer Unternehmen stärken und sich auch günstig auf die Bauwirtschaft auswirken.

Als dritte Stufe wurde im vergangenen Jahr vom Deutschen Bundestag das inzwischen in seinem ersten Teil in Kraft getretene Steuersenkungsgesetz 1986/1988 beschlossen. Die Belastung mit Lohn- und Einkommensteuer wird insgesamt um 19,4 Milliarden Mark gemindert. Während der Schwerpunkt der Steuersenkungen 1986 bei den Familien mit Kindern liegt, wird ab 1988 für alle die steile Progression durchgehend entschärft und damit der Mehrverdienst nachhaltig geringer belastet als bisher. Da mittelständische Unternehmen vor allem Familienbetriebe sind, kommt dem Mittelstand nicht nur die Progressionsmilderung, sondern auch die Entlastung der Familie besonders zugute.

Tarifsenkungen helfen der Wirtschaft

Mittelbar wirkt sich zudem günstig aus, daß Anreize zur Schwarzarbeit, die insbesondere den mittelständischen Betrieben im Handwerk und im Dienstleistungsbereich schaden, gemindert werden. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir den nächsten, noch größeren Schritt zur Verwirklichung eines leistungsgerechten und wachstumsfördernden Steuersystems tun. Im Mittelpunkt der steuerpolitischen Überlegungen sollte dabei die Lohn- und Einkommensteuer stehen.

Der Anteil der Steuern vom Einkommen am gesamten Steueraufkommen ist – trotz regelmäßiger Korrekturen des Tarifs – von 40,7 Prozent im Jahre 1970 auf gegenwärtig rund 49 Prozent gestiegen. Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, daß ein immer größerer Teil des Steueraufkommens vom Einkommen der Bürger erbracht wird. Wir dürfen die Leistungsträger unserer Gesellschaft nicht länger steuerlich überfordern.

Eine nachhaltige Verringerung der Grenzbelastung des Einkommens ist deshalb geboten. Dies läßt sich am wirkungsvollsten mit der Einführung eines sanft ansteigenden, gradlinigen Progressionsverlaufs bei der Einkommensteuer erreichen, mit einem arbeits- und mittelstandsfreundlichen Tarif. Die Einkommensteuer sollte auch deshalb im Mittelpunkt weiterer steuerpolitischer Überlegungen stehen, weil sie zugleich die wichtigste Unternehmensteuer ist. Neun von zehn Unternehmen sind Einzelfirmen, deren Gewinn unmittelbar bei den Unternehmen oder Mitunternehmern einkommensteuerpflichtig ist.

Auch in anderen Industriestaaten setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß die beste steuerpolitische Linie zur Unterstützung der Wirtschaft in allgemeinen Tarifsenkungen besteht. Schon zur Erhaltung und Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird deshalb eine Senkung der Steuersätze auch bei uns erforderlich. Außerdem können niedrigere Steuersätze einen Beitrag leisten, die nach wie vor unbefriedigende Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Unternehmen zu verbessern.

Die Gewerbesteuer bereitet Kopfschmerzen

Aus den gleichen Gründen sind auch die ertragsunabhängigen Steuern weiter zurückzuführen. Wie dies im einzelnen geschehen kann, bedarf allerdings noch einer eingehenden Prüfung. Zu einer besonders problematischen Steuer hat sich zweifellos die Gewerbesteuer entwickelt. Obwohl ihre Mängel offensichtlich sind, konnte jedoch eine wirklich befriedigende Ersatzlösung bisher nicht gefunden werden.

Im Zusammenhang mit der steuerlichen Belastung der Unternehmensgewinne werden – insbesondere von Vertretern des Mittelstandes – immer wieder Forderungen nach Abschreibungsvergünstigungen, Investitionsprämien, Investitionsrücklagen oder ähnlichen Mitteln zur gezielten Investitionsförderung erhoben. Wären sie nur selten, könnten solche steuerpolitischen Maßnahmen vertretbar sein, das Überhandnehmen derartiger Sondertatbestände kann aber zu steuerbedingten Kapitalfehlleitungen und Fehlinvestitionen führen und damit Instabilitäten im Wirtschaftsablauf hervorrufen, die weite Bereiche der Wirtschaft erfassen und deshalb immer neue Forderungen nach sich ziehen. Dies ist mit ein Grund, weshalb unser Steuerrecht so kompliziert und undurchschaubar geworden ist. Wir sollten jetzt dem Patienten nicht weitere Hilfskrücken verpassen, sondern das Übel an der Wurzel, an der zu steilen Progression, packen und so den Patienten gesunden lassen.

Eine in einem steuerpolitischen Gesamtplan eingebettete Mittelstandspolitik kann deshalb nicht darin bestehen, dem Mittelstand steuerliche Sondervorteile einzuräumen. Nicht die Geschicklichkeit des Unternehmers bei der Gestaltung seiner Steuerbemessungsgrundlage, sondern das Ergebnis erfolgreich getätigter Investitionen sollte stärker honoriert werden. Hierfür sollten unternehmerische Energien eingesetzt werden, nicht für aufwendige und kostenträchtige steuerrechtliche Überlegungen.

Der Autor ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.



PRIVATISIERUNG VON STAATSEIGENTUM / Liste der Unternehmen fiel kleiner aus als vorgesehen

„Wir haben unser Klassenziel nicht erreicht"

OTTO GRAF LAMBSDORFF

In der Regierungserklärung vom *Frühjahr 1983 hat* die Bundesregierung feierlich erklärt, daß sich der Staat aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zurückziehen werde. Seitdem sind mehr als drei Jahre vergangen, und die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Prüft man die Regierung an diesem Versprechen und vergleicht, was seither tatsächlich geschehen ist, dann müssen wir eingestehen, *daß wir das Klassenziel nicht* erreicht haben. Auf Bundesebene ist es bislang im wesentlichen nur bei einer Teilprivatisierung des Veba-Konzerns geblieben.

Und auch die jetzt laufenden Veräußerungen bei VIAG und IVG sind allenfalls als magerer Teilerfolg zu werten. An den Brocken VW haben wir uns erst gar nicht gewagt. Bedauerlich war in jedem Fall, daß von der *sowieso schon bescheidenen Liste* die geplante Reduzierung des Bundesanteils an der Lufthansa heruntergenommen werden mußte.

Bayerisches Veto verhinderte den Versuch

Der Vorsitzende der CSU hat hierbei deutlich gemacht, daß sich seine Partei, und *hier ist der direkte* Vergleich *zu den Auffassungen* von SPD und Grünen durchaus erlaubt, als Staatspartei versteht und hier die Argumente der Staatswirtschaft überwiegen. Obwohl keine hoheitliche und sonstige unabweisbare Begrün*dung für den Bundesbesitz an einer* Fluggesellschaft sprechen und obwohl die Diskussion in anderen europäischen Ländern derzeit in Richtung Privatisierung läuft, kam das bayerische Veto zu dem bescheidenen Privatisierungsversuch des Finanzministers.

Es wird höchste Zeit, daß hier eine Änderung eintritt. Wir werden dies mit Nachdruck deutlich machen; *nicht nur unter dem Gesichtspunkt* der anstehenden Bundestagswahl, sondern vor allen Dingen aus grundsätzlichen Erwägungen. Privatisierung ist für die freiheitliche Ordnungspolitik nicht irgendeine Nebensache, sondern wichtiger Bestandteil.

Der Staat, gleichgültig auf welcher gebietskörperschaftlichen Ebene, hat in der Marktwirtschaft nur solche Güter und Dienste anzubieten, nach denen Nachfrage besteht, die aber andererseits von privater Seite nicht produziert werden können. Genau das sagt Paragraph 65 der Bundeshaushaltsordnung aus. Der Staat soll sich an der Gründung eines Unternehmens oder an einem bestehenden Unternehmen nur beteiligen, wenn ein wichtiges Interesse vorliegt und sich der vom Staat angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichten läßt. Die Interpretation dieser Vorschrift bedeutet umgekehrt, daß damit sämtliche Beteiligungen des Bundes jederzeit auf ihre unbedingte Notwendigkeit überprüft werden müssen. Privatisierung als gesetzlich vorgeschriebene Daueraufgabe.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kurz nach Beginn der Legislaturperiode hat meine Fraktion einen *Grundsatzbeschluß mit Signalwirkung* gefaßt; keine Haushaltsmittel für Kapitalerhöhung für bundesbeteiligte Unternehmen mehr zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Beschluß wollten wir durch eine automatische Verringerung des Kapitalanteils eine indirekte Privatisierung erreichen. Des weiteren haben wir im Haushalt 1986 den Finanzminister durch eine drastische Erhöhung beim Haushaltstitel „Gewinne aus Veräußerungen von Bundesvermögen" zum Handeln gezwungen.

Zur Privatisierung gehören aber auch im besonderen Umfang Dienstleistungen und Beteiligungen im Bereich der Sondervermögen von Bahn und Post. Es gibt keinen Anlaß, das Monopol der Bundespost auszuweiten. Hier geht es uns vor allen Dingen um die Frage der Endgeräte, zum Beispiel Telefone, Telefaxgeräte, Bildschirmtexte usw. Diese Endgeräte werden durch Fortschritte im Bereich der Computertechnik immer spezieller und ändern sich in immer kürzeren Abständen. Ein Monopolist, wie die Post, kann, auch wenn er mit privaten Herstellern zusammenarbeitet, diese Entwicklung nur verzögern.

Wir alle aber wissen, wie wichtig schnelle Reaktionen der Wirtschaft auf neue Entwicklungen in der Nachrichtentechnik und bei der Datenverarbeitung für die gesamte Volkswirt*schaft und interna*tionale Konkurrenzfähigkeit sind weites Betätigungsfeld für Mittelstand und Handwerk. Martin Bangemann und ich haben in zähen Kämpfen die jeweiligen Postminister in Richtung *mehr Wettbewerb gedrängt.*

Übrigens waren und sind die Unterschiede zwischen roten und schwarzen Postministern gering: Sechs Monate nach Amtsübernahme sind sie alle gelb! Etwas Ähnliches gilt für die Deutsche Bundesbahn. *Hier ist nicht einzusehen, daß sich* ein Staatsunternehmen, das jährlich einen Zuschuß von 14 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt erhält, eigene Reisebüros und Speditionsunternehmen leistet, die mit Rückendeckung des Staatsbetriebs besonders kleinen und mittleren Unternehmen das Leben schwer machen.

Nicht vergessen werden darf der Bereich von öffentlichen Dienstleistungen, die in größerem Umfang von Privaten erbracht werden sollten. Die von uns beschlossene und umgesetzte Privatisierung der Naßbaggerei ist hier ein Beispiel und ein Anfang. Aber unser Versuch, *durch eine Änderung* des Paragraphen 29 StVZO eine verstärkte Beteiligung freier Sachverständiger an der Kfz-Untersuchung zu erreichen und damit das TÜV-Monopol wenigstens etwas aufzulockern, scheint auch schon wieder durch die bayerische Blockade gefährdet zu sein. Und wer sich vor Augen hält, wie lange schon die Auflösung des Hauptprüfungsamtes der Deutschen Bundesbahn beschlossene Sache ist, wo nach unserer Ansicht freie Wirtschaftsprüfungsunternehmen und der Bundesrechnungshof prüfen sollten, der sieht, daß ohne ständigen politischen Druck nichts so recht vorankommt.

Die Zielsetzung der FDP-Bundestagsfraktion

Nun wird häufig von Kritikern unseres Privatisierungskonzeptes behauptet, der Bund würde Unternehmen nur verkaufen, um mit dem Erlös Löcher im Haushalt zu stopfen. Darum geht es nicht. Die Begründung für die Privatisierung ist ordnungspolitischer Natur; der Staat soll unternehmerische Aktivitäten nur dort selbst entwickeln, wo unabweisbare übergeordnete Gesichtspunkte bestehen. Der Wettbewerb wird verzerrt, weil schlechtgehende Staatsunternehmen zum Finanzminister laufen und Privatunternehmer zum Konkursrichter gehen müssen. Deshalb wird die FDP-Bundestagsfraktion sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, daß Privatisierung mit dem nötigen Schwung auch über diese Legislaturperiode hinaus weiter vorangetrieben wird, damit das „Gesamtkonzept zur Privatisierung", wie es die Bundesregierung genannt hat, auch seinen Namen verdient.

Privatisierung bedeutet für uns Liberale weniger Staat und mehr Freiheit für den einzelnen Bürger. Deshalb gilt: Wiedervorlage nach der Bundestagswahl.

DAS PORTRÄT / Der Dortmunder Unternehmer Volker J. Geers

Ein Ohr für feine Schwingungen

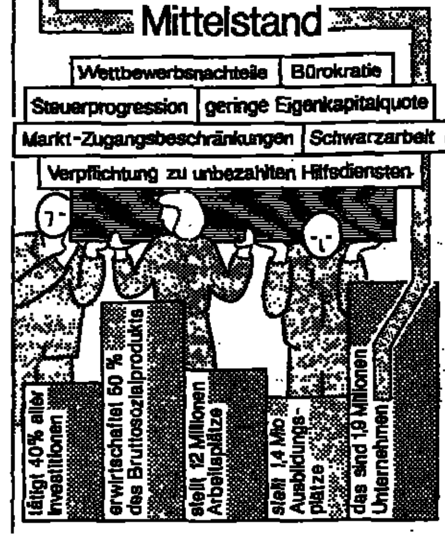
Vor einigen Monaten erschreckte eine Nachricht die Staatsgläubigen in unserer Republik: Die angesehene Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) legte ihr Konzept für „Mehr Markt*wirtschaft bei Funk und Fernsehen*" vor. Kernpunkt: die Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Zweiten Deutschen Fernsehens ZDF. „Das ZDF sollte in eine private Aktiengesellschaft umgewandelt werden", heißt es in dem ASU-Papier.

Vater dieses Gedankens ist der Dortmunder Unternehmer und Rechtsanwalt Dr. Volker J. Geers. Vor einigen Jahren verkündete die ASU ihr Reformprogramm „Mehr Markt*wirtschaft im Gesundheitswe*sen". „Eine moderne Sicherung gegen die Krankheit muß so organisiert sein, daß sie die Autonomie des einzelnen schützt, indem sie ihm die Verantwortung für seine Gesundheit beläßt." Auch hier leitete Volker Geers den Ausschuß, der dieses Konzept erarbeitet hat. Wer ist der Mann, der auch *in scheinbaren* Tabu-Bereichen so unerschrocken und zielbewußt entstaatlichen und privatisieren will?

Ich treffe Volker Geers in Dortmund, seiner Heimatstadt, hier ist er aufgewachsen und groß geworden. Hier betreiben er und sein Bruder Wolfgang die „Geers-Fachinstitute für gutes Hören", die die Eltern nach dem Kriege gegründet haben. Der Vater hat sich seit langem in den Ruhestand zurückgezogen, die nun bald siebzigjährige Mutter Käthe Geers ist nach wie vor im Unternehmen aktiv. 45 „Geers-Fachinstitute für gutes Hören" mit rund 300 Mitarbeitern erstrecken sich heute über die ganze Bundesrepublik, aber Dortmund ist bei allen anderen Erwägungen Sitz des Unternehmens geblieben.

Geers sieht die Strukturprobleme des Ruhrgebiets, aber er glaubt an die Zukunft der Region und ihrer Menschen. „Wenn nur die Politik die Unternehmer, die doch Arbeit und Verdienst bringen, nicht immer wieder abschrecken würde", meint er.

Geers: „Wenn diese Städte sich auf den Kern ihrer Aufgaben beschränken würden und alles das wieder in Privathand zurückgäben, was sie an *Kompetenzen an sich gezogen haben,* dann wäre es um die städtischen Etats besser bestellt." Die Privatisierung von städtischen Unternehmen und Dienstleistungen möchte Geers auch im Ruhrgebiet vorantreiben.



Die Diskriminierungen des selbständigen Mittelstandes *müssen beseitigt werden, zu* denen nach Ansicht des Kronberger Kreises die ordnungs-, steuer- *und sozialpolitischen Benachteiligungen* zählen. QUELLEN: DIHT

Und die Bundespolitik? Mit ihr ist Volker Geers nur im großen und ganzen zufrieden. Er würdigt die vielen Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber er bedauert auch, daß es eine wirkliche Politik für den Mittelstand in den vergangenen Jahren kaum gegeben hat. „An der hohen Steuer- und Abgabenbelastung gerade der Selbständigen in Handel, Handwerk und den freien Berufen sowie in den kleinen und mittleren Unternehmen hat sich doch nur wenig geändert. Von der angekündigten Entbürokratisierung ist doch bei keinem Unternehmen bisher richtig etwas angekommen." Volker Geers hofft, daß in der nächsten Legislaturperiode des Bundetages die vielgenannte Politik der „Wende" entschiedener fortgesetzt wird.

In Europa ist Hörgeräte Geers heute einer der größten Anbieter von Hörgeräten. Das Unternehmen stellt Hörgeräte her, verkauft und repariert sie, berät und trainiert seine Kunden. Volker Geers hält das Hörgeräteakustikerhandwerk, dessen Meister er selbst ist, für eine Zukunfts- und Wachstumsbranche. „Von Millionen Hörbehinderter ist in der Bundesrepublik erst eine Million Menschen mit einem Hörgerät versorgt", sagt er und er weist darauf hin, daß die psychologischen Hemmnisse gegen das Tragen eines Hörgerätes im Schwinden sind, seit es die modernen Im-Ohr-Geräte gibt. „Hier ist noch ein millionenfacher Bedarf zu befriedigen."

Steht dem nicht die Kostendämpfung im Gesundheitswesen entgegen? Volker Geers erinnert daran, daß die Hörgeräteakustiker als einzige Anbieter im Gesundheitswesen in den Verträgen mit den Krankenkassen ihre Abgabepreise für zwei Jahre freiwillig um fünf Prozent zurückgenommen haben. „Das hat auch die besondere Anerkennung von Bundesarbeitsminister Blüm gefunden, der ja hier in Dortmund auch einer unserer Bundestagsabgeordneten *ist.*"

Doch trotz seines Engagements für das Unternehmen sieht Volker Geers seine entscheidende Aufgabe in seiner Anwaltstätigkeit. Besondere Freude bereitet es ihm, wenn er sein unternehmerisches Können mit sei*nem juristischen Fachverstand zum* Wohle seiner Klienten kombinieren kann.

Volker Geers ist jetzt vierzig Jahre alt, die Rechtsanwaltspraxis floriert, das Unternehmen läuft, in der Familie ist alles im rechten Lot. Volker Geers ist *Marathonläufer. In diesem* Jahr wird er in New York zusammen mit seinen drei halberwachsenen Söhnen antreten. Auch in seinem beruflichen Leben deuten sich Dimensionen an, die über Dortmund hinausführen. DIETRICH ROLLMANN

STARTEN & ERFOLGREICH SEIN

Service für WELT-Leser

„Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und damit auch die soziale Sicherheit jedes Bürgers sind in hohem Maße abhängig von der Vielfalt unternehmerischer Aktivitäten."
Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann

Sind Sie ein Chef-Typ?

Bevor Sie den Schritt in die Selbständigkeit wagen, sollten Sie sich prüfen:

- *Bin ich bereit, mehr zu arbeiten als andere?*
- *Verkrafte ich Streß und Belastungen?*
- *Kämpfe ich gegen Rückschläge an?*
- *Habe ich den Mut, Entscheidungen zu treffen?*
- *Riskiere ich etwas, um Erfolg zu haben, auch wenn ich nicht bis aufs letzte abgesichert bin?*
- *Kann ich Kunden gut beraten, Mitarbeiter leiten?*
- *Weiß ich alles über meine Branche?*
- *Unterstützt mich meine Familie?*

Wenn Sie alle Fragen für sich mit „Ja" beantworten können, sind Sie ein Typ, der es wagen könnte.

Das müssen Sie über die Finanzen wissen

Die Neugründung eines Unternehmens kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Finanzplanung stimmt. Dabei muß bedacht werden, *daß beispielsweise* nicht nur Einrichtung und Warenbestand Geld kosten, sondern in der Anlaufzeit auch Löhne, Gehälter, Mieten, Telefon, Heizung, Strom, Krankenkasse und Versicherungen vorfinanziert werden müssen. Man sollte nicht damit rechnen, gleich von Anfang an in die Firmenkasse greifen zu können.

Aus den Anlaufkosten und den Investitionen ergibt sich der Gesamtkapitalbedarf. Prüfen Sie, was Sie an Eigenmitteln zur Verfügung haben oder beschaffen können.

Dabei nicht nur an die Barmittel denken, sondern auch an bestehende *Bau- und Prämien*sparverträge, an Lebensversicherungen sowie an Grundbesitz, der unter Umständen beliehen werden kann. Auch Darlehen von Freunden und Verwandten zählen hier mit. Das vorhandene Eigenkapital ist maßgebend für die Höhe der öffentlichen Förderungsmittel, die Bund und Länder im Rahmen ihrer Existenz-Förderungsprogramme auf Antrag als Hilfe beim Start in die Selbständigkeit gewähren können.

Selbständigkeit ist für viele ein lohnendes Ziel

Jeder 3. Deutsche will sein eigener Chef sein

Umfragen haben gezeigt: Fast jeder dritte Deutsche hat einmal mit *dem Gedanken gespielt, sich selbständig zu machen: unabhängig –* sein eigener Chef zu sein, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Wer erfolgreich sein will, muß diesen Schritt sorgfältig planen und über ausgezeichnete Fachkenntnisse verfügen.

Lassen Sie sich von Fachleuten beraten. Was genau wollen Sie machen, wie sieht die Konkurrenzsituation aus, wieviel Geld brauchen Sie zur Verwirklichung Ihres Planes? Suchen Sie einen geeigneten Standort und über*prüfen Sie* an Ort und Stelle, ob Ihre Planung stimmt. Ein Existenzgründungsberater wirkt auch bei der Aufstellung Ihres Finanzierungsplanes mit, sagt Ihnen, welche öffentlichen Finanzierungshilfen zur Verfügung stehen und bereitet auch Ihren Weg zur Hausbank vor. Berater finden Sie bei den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Fachverbänden, den Verbänden der freien Berufe und beim Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft.
Sie können sich aber auch an einen selbständigen Berater wenden. Vater Staat zahlt Ihnen bis zu 60% des Beratungshonorars dazu, höchstens jedoch 2500 Mark. Und wenn Sie Ihre Kenntnisse auf dem einen oder anderen Gebiet auffrischen wollen, gibt es für ein geringes Entgelt spezielle Seminare für Existenzgründer bei vielen der oben genannten Institutionen.

Wer mit der Buchführung Schwierigkeiten hat, braucht auch nicht zu verzweifeln, denn viele Jungunternehmer halten sich den Kopf für den Aufbau ihres Geschäftes frei und geben die Zahlen „außer Haus".



Von der Pieke auf lernte die Speditionskauffrau **Martina Maas** aus Hagen als Angestellte ihren Beruf. Dann entschloß sie sich, selbst die Zügel in die Hand zu nehmen. In einer Domäne der Männerwelt wollte sie ihr eigener Chef sein. Sie hat es geschafft. Nach gründlicher Planung, Beratung und Unterstützung durch die Industrie- und Handelskammer und einer „Eignungsprüfung" beim Regierungspräsidenten läuft ihr vor zwei Jahren gegründetes Speditionsunternehmen auf vollen Touren. Mit inzwischen zehn Trailern hat sie sich auf den Warentransport von und nach Skandinavien spezialisiert. Besonders stolz ist sie auf die neue Tochtergesellschaft in Schweden.



● *Die Liebe zu schönen Dingen gab* **Marietto Habrichs** die Idee, sich in Meerbusch mit einem Geschäft für Innendekorationen selbständig zu machen. In Kürze kann er bereits sein Einjähriges feiern. „Für meinen Erfolg war die richtige Standortwahl der Geschäftsräume mitentscheidend, denn mein Angebot richtet sich an Kunden, die nicht unbedingt auf den Pfennig schauen müssen."

Gratis-Tips für alle

vom Bundeswirtschaftsministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 5300 Bonn. Einfach Coupon ausfüllen, auf Postkarte kleben und mit 60 Pf frankiert absenden.

- ☐ Starthilfe (Leitfaden für Existenzgründer)
- ☐ Der Weg in die Selbständigkeit (Fördermaßnahmen)
- ☐ Erfolgreich durch Beratung (Beratungshilfen)
- ☐ Das ERP-Programm (Finanzierungshilfen)
- ☐ Exportfibel
- ☐ Das Handwerk

EG 286

Name. ....

Straße. ....

PLZ / Wohnort..

FREIE BERUFE / Einzelkämpfer mit Beratungspflichten

Wovon heute die Dynamik abhängt

Von VOLRAD DENEKE

Die freien Berufe – Heilberufe, rechts- und wirtschaftsberatende Berufe, Ingenieurberufe und Architekten, selbständige pädagogische, psychologische und übersetzende Berufe, nicht zuletzt die freien publizistischen und künstlerischen Berufe – durchdringen mit ihren Dienstleistungen nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben, sondern auch unser Privatleben.

Natürlich bewirkt erfolgreiche ärztliche Behandlung für jedermann nicht nur die Wiederherstellung des persönlichen und privaten Wohlbefindens, sondern auch die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Für den selbständigen Handwerker und Einzelhändler aber hat dies einen eigenen Stellenwert, weil an seiner eigenen persönlichen Arbeitskraft ja auch seine ganze wirtschaftliche Existenz und die seiner Mitarbeiter hängt, während Arbeiter, Angestellte und Beamte in aller Regel in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz durch das Krankheitsrisiko nur in außergewöhnlichen Schicksalsfällen existentiell gefährdet sind.

Vergleichbares gilt in der Rechtsberatung und in der Steuerberatung. Die rein privatrechtliche Auseinandersetzung, beispielsweise bei einer Scheidung, greift vielfach tief in das mit dem Privatvermögen identische Betriebsvermögen ein. Die menschlichen und privaten Probleme sind stets angereichert um betriebswirtschaftliche Dimensionen, die auch das Berufsschicksal vieler in den mittelständischen Betrieben tätigen Arbeitnehmer betreffen.

In den Bereichen des sogenannten „alten" Mittelstandes, in Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe, Einzelhandel und freiberuflichen Tätigkeiten, sind traditionell in großer Zahl die familiären Lebensbereiche baulich mit den betrieblichen und beruflichen Lebensbereichen zu einer funktionalen Einheit, mindestens zu einem funktionalen Verbund verknüpft. So gilt es auch für Architekten und Ingenieure, in ihren Dienstleistungen für den gewerblichen Mittelstand und die freien Berufe besondere Aufgaben zu bewältigen, wie sie sich nur in diesen mittelständischen Strukturen stellen.

Die Liste der Beispiele ließe sich für nahezu alle Dienstleistungsangebote der freien Berufe bis hin in die besonderen Informations- und Fortbildungsaufgaben der Fachpublizistik vermehren. Überall wird deutlich, daß die besondere Flexibilität der freiberuflichen Dienstleistungen der Lebens- und Arbeitsweise, dem Lebensgefühl im Mittelstand, also einschließlich des sogenannten „neuen" Mittelstandes der Beamten, Angestellten und qualifizierten Facharbeiter, optimal zu dienen vermag.

Welche Vielfalt des wirtschaftlichen Lebens durch dieses Zusammenspiel von freien Berufen und gewerblichem wie landwirtschaftlichem Mittelstand erblüht, kann man sehr deutlich erkennen, wenn man zum Vergleich das wirtschaftliche und soziale Leben in Ländern beobachtet, in denen die Planwirtschaft den selbständigen Mittelstand vernichtet oder zur Bedeutungslosigkeit minimiert hat, und in denen die Berufe der Ärzte und Architekten verstaatlicht, die freie Advokatur und die Steuerberatung zu Erfüllungsgehilfen der Staatsmacht umfunktioniert worden sind. Der Verlust an wirtschaftlicher Initiative und privater Lebensqualität in geplant dirigierten Volkswirtschaften ist unmittelbare Folge der Verstaatlichung freier Berufstätigkeiten und mittelstandsfeindlicher Planwirtschaft.

Für die Bundesrepublik Deutschland liegt damit als Konsequenz auf der Hand, daß sich die sozialen und wirtschaftlichen Funktionen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe einander in besonders effizienter Weise zum Wohle des wirtschaftlichen und sozialen Ganzen ergänzen und durchdringen. Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik, gerade in Zeiten der christlich-liberalen Koalition, mußten dementsprechend sehr viel nachdrücklicher als bisher beachten, daß von der Erhaltung und Entfaltung dieses Wirtschaftsbereiches die Prosperität des gesamten Wirtschaftslebens abhängt.

Sozial- und steuerrechtliche Ungleichbehandlung der Selbständigen gegenüber den Arbeitnehmern fördert dagegen noch immer den zahlenmäßig bedenklichen Schrumpfungsprozeß im Gesamtbereich von Landwirtschaft und gewerblichem Mittelstand. Nachwuchsdruck und Kostendämpfungspolitik bewirken forcierte Minimierung der durchschnittlichen Realeinkommen in weiten Bereichen der freien Berufe.

Ermutigend ist, daß innerhalb des Mittelstandes selbst die Gemeinsamkeiten der wirtschaftlichen Interessensituation mit den rund 350 000 Selbständigen in den freien Berufen immer klarer erkannt werden. Ermutigend ist auch, daß die hier vorgetragenen Grundgedanken in der Spitze des Bundeswirtschaftsministeriums erkannt sind, wenn auch die Umsetzung der analytischen Erkenntnisse in politisches Handeln nicht leichter geworden ist, weil – wie das Beispiel der steuerlichen Diskriminierung der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen zeigt – steuerliche Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft in diesen lange von der Politik vernachlässigten Bereichen nicht unerheblich haushaltsrelevante Ausmaße erreicht haben.

Volrad Deneke ist freiberuflicher Fachjournalist in Bonn. Er studierte Nationalökonomie und Sozialwissenschaften in Berlin. Mehrere Jahre war Deneke Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes und der Bundesärztekammer in Bonn.

Viergeteilter Steuertarif

Aufbau des Einkommensteuertarifs ab 1986

Grundfreibetrag	Untere Proportionalzone	Progressionszone	Obere Proportionalzone
Steuerfrei bleiben:	Einem gleichbleibenden Steuersatz unterliegen:	Einem steigenden Steuersatz unterliegen:	Einem gleichbleibenden Steuersatz unterliegen:
Ledige bis 4 536 DM; Verheiratete bis 9 072 DM Jahreseinkommen*	Ledige mit 4 537 DM bis 18 000 DM; Verheiratete mit 9 073 DM bis 36 000 DM Jahreseinkommen*	Ledige mit 18 000 DM bis 130 000 DM; Verheiratete mit 36 000 DM bis 260 000 DM Jahreseinkommen*	Ledige ab 130 000 DM; Verheiratete ab 260 000 DM Jahreseinkommen*
Steuerfrei	Steuersatz 22 %	Steuersatz 22 bis 56 %	Steuersatz 56 %
1986: 14 % der Steuerpflichtigen	1986 betroffen: 29 % der Steuerpflichtigen	1986 betroffen: 56 % der Steuerpflichtigen	1986 betroffen: 1 % der Steuerpflichtigen

*nach Abzug aller Freibeträge und Pauschalen · 5900 · Globus

Notwendige Korrektur: Der Tarif der Lohn- und Einkommensteuer in der Bundesrepublik Deutschland ist auf dem Prinzip aufgebaut, daß Besserverdienende eine größere Steuerlast tragen können als geringer Verdienende. Der Steuerprozentsatz steigt deshalb von gewissen Einkommensgrenzen an, er ist progressiv (voranschreitend). Da die Verdienste Jahr für Jahr steigen, wachsen immer mehr Verdiener in diese Progressionszone des Steuertarifs hinein. Das aber erwies sich besonders in den letzten Jahren als ungerecht, denn tatsächlich fraßen die Preiserhöhungen den Großteil des Mehrverdienstes wieder auf.

QUELLE: GLOBUS

Ronald Reagan: Geburtshelfer der Nation

Lassen Sie mich die heutigen Unternehmer mit denen des Jahres 1776 vergleichen, als Amerika geboren wurde. Damals halfen Unternehmer und Wirtschaftsführer mit, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu erreichen. Über 200 Jahre später befinden wir uns in einer zweiten amerikanischen Revolution: Sie zielt auf ein kräftiges, unbürokratisches Regierungssystem und auf eine starke Wirtschaft.

Ich bin fest davon überzeugt, daß diese Konferenz ein wichtiger Schritt ist auf dem Weg zu einem neuen Zeitalter amerikanischen Fortschritts. Die Themen der Konferenz und die Ideen, die Sie hier entwickeln, werden die Zukunft des Unternehmertums entscheidend beeinflussen. Ich bin sicher: Sie, die Inhaber kleiner und mittlerer Firmen, werden ebenso dynamisch und mit gleich bewundernswertem Unternehmungsgeist zu Werke gehen wie unsere Vorfahren, die diese Nation aus dem Nichts groß gemacht haben."

Ronald Reagan in einem Grußwort an eine Konferenz von amerikanischen Unternehmern.

DAS PORTRÄT / Bietet einen speziellen Service: Der Journalist und Gründer des „Raum 41", Walter Smerling

Aufbruchstimmung in der Bonner Kunstszene

Daß die Besucherzahlen der Museen die der Fußballstadien längst überschritten haben, dringt allmählich ins öffentliche Bewußtsein; daß hinter diesen Rekordzahlen ebenso harter Einsatz der Kulturarbeiter steckt wie der ihrer kickenden Kollegen, wird dagegen vielfach ignoriert. Eine fertig eingerichtete Ausstellung läßt auch kaum auf die Mühen einer nicht selten jahrelangen Vorbereitungsphase schließen. Das öffentlich zugängliche Endprodukt präsentiert sich übersichtlich und ästhetisch, die Spuren der Arbeit sind sorgsam beseitigt.

Immer noch werden millionenteure Museumsbauten errichtet, die diesem Mißverständnis Vorschub leisten, indem sie einer sterilen Ausstellungsästhetik nachhängen. Einem veränderten, erweiterten Kunstbegriff muß eine veränderte Kunstvermittlung entsprechen. Bloß, wer leistet sie?

Die Aktivitäten des Bonner „Raum 41" und seines Gründers und Initiators Walter Smerling gehören in diesen Zusammenhang. Der gerade erst 27jährige Fernsehjournalist hat durch die Arbeit an seinen Filmen und insbesondere durch die Forderung nach „Bewegungsabläufen" die Probleme der Vermittlung von Kunst nachhaltig kennengelernt.

In der Aufbruchsstimmung der „1. Bonner Kunstwoche" Ende September 1984 faßte Walter Smerling Mut und eröffnete in einem leerstehenden Ladenlokal in der Wolfstraße 41 den „Raum 41". Auf zwei Ebenen veranstaltet er dort seitdem gleichzeitig oder nacheinander vielfältige kulturelle Veranstaltungen, ganz offensichtlich mit einem besonderen Hang für die junge, lebendige Kunstszene. Videofestivals, Dichterlesungen, experimentelles Theater, Performances, Fachtagungen von Kunstvermittlern, Podiumsdiskussionen scharen sich um die Ausstellungen bildender Künstler. Das Interdisziplinäre und Multimediale ist Programm.

„Kunst hat mit Kommunikation zu tun", sagt der Journalist Walter Smerling, den typische Macherqualitäten kennzeichnen („Wenn es schwierig wird, wird es erst richtig interessant."), und gründete die Zeitschrift „Neue Kunst" in Bonn, die sich kritisch mit Kunst und Kultur auseinandersetzt.

Ohne eine Reihe freundschaftlicher Helfer, Kunstenthusiasten, wäre der Betrieb wohl nicht aufrechtzuerhalten. Kunst und Kunstvermittlung werden vom Publikum immer noch nicht hoch genug geschätzt. Kunst gilt entweder als Luxus und damit als verzichtbar, oder als Freizeitbedarf, den man aber bitte zum Nulltarif konsumieren möchte.

Daß Kunst nicht nur von Köpfchen kommt, sondern eng mit Knochenarbeit verbunden ist, läßt sich nur schwer vermitteln. Ein Kunstraum ist im Kern ein Dienstleistungsunternehmen, das den Service Kunst bietet. Ein 14-Stunden-Tag ist keine Seltenheit. Die meiste Zeit geht mit Büroarbeit drauf, mit Telefonieren und Organisieren, für Gespräche und Verhandlungen.

Der Kunstvermittler muß heute so kreativ sein, wie der Künstler, um diesem folgen zu können. Kreativ sein heißt auch, Geld beschaffen für die nächsten Ausstellungen und Kataloge.

Die sich zunehmend abkapselnde Kunst kann nur erfahrbar werden, wenn sie in erkennbare Zusammenhänge gestellt wird. Der Kunstvermittler Walter Smerling ist ein Überzeugungstäter. Der „Raum 41" ist ein Ort, an dem von vielen Seiten Kreativität zusammenströmt. Nur läßt sich Kreativität nicht in Geldwerten messen.

GÜNTER GOMBRICH

KREDIT-GENOSSENSCHAFTEN / Bei der Hausbank heimisch fühlen

Maßgeschneiderte Finanzierung

Von BERNHARD SCHRAMM

Heute sind nahezu zwei Drittel aller mittelständischen Unternehmer, rund 80 Prozent der Freiberufler und rund 75 Prozent der Land- und Forstwirte Mitglieder von Genossenschaftsbanken. Mehr als zwei Drittel aller selbständigen Mittelständler wickeln also Bankgeschäfte mit einer Volksbank oder Raiffeisenbank ab. Diese hohe Quote überrascht nicht, wenn man weiß, daß die genossenschaftlichen Banken ihre originäre Aufgabenstellung unverändert beibehalten haben: optimale Förderung und Betreuung der mittelständischen Mitglieder und Kunden sowie aktive Unterstützung in allen bankwirtschaftlichen Fragen.

Als Hausbanken der mittelständischen Unternehmen bieten Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht nur maßgeschneiderte, individuelle Lösungen für Finanzierungsprobleme, sie beraten ihre Kunden und Mitglieder auch in betrieblichen und finanziellen Fragen. Sie wissen, was die mittelständische Unternehmerkundschaft von ihnen erwartet:

- Leistungsfähigkeit und Fachkompetenz,
- Kombination von Bankleistung und problembezogene Beratung,
- bestmögliche Konditionen,
- Flexibilität und Schnelligkeit bei allen Entscheidungen.

Investitionen sind in der Regel mit erheblichen Risiken und Belastungen verbunden. Eine Vielzahl von Parametern, vor allem im betriebswirtschaftlichen Bereich, müssen berücksichtigt werden. Nur selten verfügen die kleinen und mittleren Betriebe des Mittelstandes selbst über ausreichende Kenntnisse und Erfahrung, um die für ihre Investitionsentscheidung wichtigen Einzelfragen allein zufriedenstellend beantworten zu können.

Mit Hilfe der Investitions- und Finanzberatung der genossenschaftlichen Banken werden sie jedoch in die Lage versetzt, den Finanzierungsbedarf in der Phase betrieblicher Veränderungen zu ermitteln und einen auf die speziellen Bedürfnisse des Unternehmens abgestimmten Finanzierungsplan zu erstellen. Dabei können u. a. der Kapitaldienst und die nachhaltige Kapitaldienstgrenze bei gleichzeitiger Überprüfung der Rentabilität des Investitionsvorhabens und Errechnung des umsatzbedingten Liquiditätszuflusses ermittelt werden.



Bernhard Schramm ist seit 1980 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Er hat außerdem wichtige Funktionen als Aufsichtsrat bei Banken inne und ist Präsident der Genossenschaftsbanken der EG.

Jedes mittelständische Unternehmen sollte – was in Großbetrieben seit Jahren praktiziert wird – einen ständigen Überblick über seine aktuelle finanzielle und wirtschaftliche Situation haben. Dies kann über die Cash-flow-Rechnung erfolgen.

Die Genossenschaftsbanken haben im Interesse ihrer mittelständischen Kundschaft unter anderem die sogenannte Bilanzanalyse per Computer entwickelt. Sie gestattet eine Bilanzbeurteilung im Zeit- und Branchenvergleich und ist mit einer strukturierten Bilanzberatung verbunden.

Wichtig sind auch die Finanzierungshilfen von Bund und Ländern, die zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der mittelständischen Unternehmensstruktur bereitgestellt werden. Diese branchenmäßig und regional sehr differenzierten Angebote machen es beinahe unmöglich, daß ein einzelnes mittelständisches Unternehmen die vorteilhafteste Förderleistung selbst auswählen kann. Deshalb sind die Genossenschaftsbanken beratend bei der Auswahl und Vermittlung von öffentlichen Förderleistungen behilflich.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken bieten auch eigene mittelstandsbezogene Programme an, zum Beispiel ein Starthilfeprogramm für Junghandwerker. Kombiniert werden dabei ein Spar- und ein Kreditprogramm zu günstigen Konditionen in Verbindung mit fachlicher Beratung seitens der Bank.

Die Flexibilität der genossenschaftlichen Banken kommt aber nicht nur in solchen auf die speziellen Bedürfnisse der mittelständischen Unternehmen abgestimmten Aktionen zum Ausdruck. Sie erweist sich vielmehr im tagtäglichen Geschäft in Form schneller und unbürokratischer Entscheidungen. Die aus dieser engen Verbindung erwachsende spezielle Kenntnis der Unternehmen und der Märkte, auf denen diese agieren, erlaubt es ihnen, den Finanzierungsbedarf und die Ertragskraft ihrer Kundschaft einzuschätzen.

Serviceleistungen haben bei Volksbanken und Raiffeisenbanken einen besonders hohen Stellenwert. Dies kommt beispielsweise in umfassenden Beratungen zu allen Fragen des für mittelständische Unternehmen immer bedeutsameren Außenhandels zum Ausdruck. Gleiches gilt etwa für Leasing und Factoring, wo die genossenschaftliche Bankengruppe ebenso über eigene Spezialunternehmen verfügt wie zum Beispiel in der Versicherungswirtschaft. Besonders ausgebildete Firmenkundenberater stehen zur Verfügung, die die Risiken und ihre Versicherbarkeit überprüfen, Empfehlungen zur Optimierung des Versicherungsschutzes geben und vermittelnd tätig sind.

Diese wenigen Beispiele belegen: So vielgestaltig der Mittelstand, so vielfältig und umfassend sind die Finanzierungs- und Beratungsleistungen der auf ihn ausgerichteten genossenschaftlichen Banken. Sie dürfen sich deshalb mit Fug und Recht als *die* Finanziers und Berater der mittelständischen Wirtschaft bezeichnen.

FINANZIERUNG / Der langlaufende Kredit wird immer beliebter

Jetzt das Zinsrisiko ausmanövrieren

Von WALTER KRÜGER

Investitionen sind der Motor für Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt in einer Volkswirtschaft. Dies macht die Entwicklung des Jahres 1985 deutlich, in dem die Unternehmen ihre Ausgaben für Maschinen und Ausrüstungen auf realer Basis um fast zehn Prozent erhöhten. Betrachtet man den wichtigsten Teilbereich dieser Unternehmen, das verarbeitende Gewerbe, so betrug die Wachstumsrate sogar 13 Prozent.

Auch für 1986 erwarten wir ein Anhalten dieser regen Investitionstätigkeit. Eine hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen, verbunden mit weiteren Auftragseingängen, trägt zu der stabilen Investitionsneigung bei.

Entgegen naheliegenden Annahmen werden diese Investitionen aber keineswegs überwiegend von Großunternehmen bestritten. Die Statistik zeigt, daß das Gros der mittelständischen Unternehmen zum Investitionsprozeß Wesentliches beiträgt. Zwar ist es einigermaßen spektakulär (und medienmäßig auch attraktiv), ein neues Automobilwerk, eine Anlage der Großchemie oder eine Walzstraße mit „großem Bahnhof" einzuweihen; dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sich das hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen von vielen Milliarden Mark aus einer sehr großen Zahl von mittelständischen Projekten zusammensetzt. Es ist also Tag für Tag in vielen Unternehmen eine Vielzahl von Investitionsentscheidungen zu treffen.

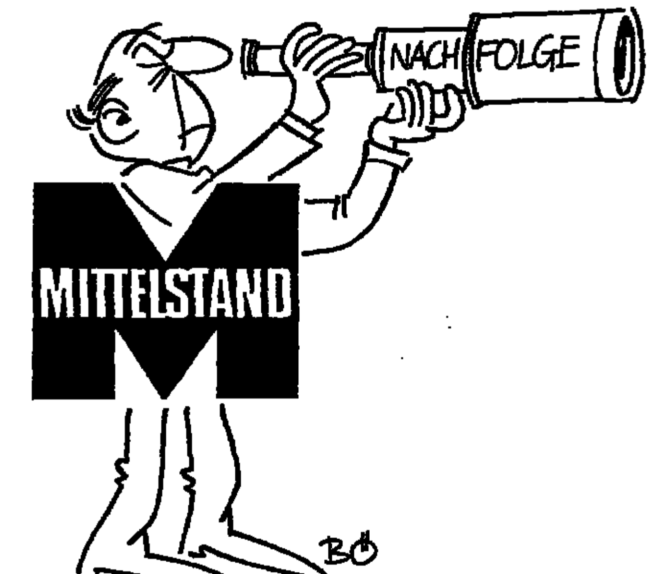
Obwohl es eine Reihe von Einflußfaktoren sind, die diese Investitionsentscheidungen beeinflussen – wie etwa die zukünftige Absatz- und Ertragsentwicklung oder die Absicht, Produktinnovationen vorzunehmen –, messen nach unserer Erfahrung die Unternehmen auch dem Zinsniveau eine große Bedeutung bei. Im Regelfall wird der Investor die erwartete Rendite für das langfristig eingesetzte Kapital mit den Kosten für dessen Bereitstellung vergleichen. Je mehr diese Rendite dabei die Finanzierungskosten übersteigt, um so wirtschaftlicher erscheint die Durchführung der Investition. Dies läuft darauf hinaus, daß nicht nur ein Ertragsrückgang, sondern auch ein Zinsanstieg die Rentabilität einer Investition gefährden kann.

Eine andere Frage ist, in welcher Weise das Vorhaben finanziert wird. Theoretisch stehen dem Investor eigene Mittel, Beteiligungskapital oder Fremdmittel zur Verfügung. Wegen der bekannten Eigenkapitalknappheit der deutschen Unternehmen hat die Kreditaufnahme ein besonderes Gewicht. Hinsichtlich der Art und Fristigkeit können hierbei (in vereinfachter Form) folgende Varianten unterschieden werden: kurzfristige zinsvariable Kredite und langfristige Festzinsdarlehen.

Kennzeichen eines kurzfristigen und damit zinsvariablen Kredits ist es, daß die Konditionen praktisch jederzeit seitens der Bank der jeweiligen Marktentwicklung beziehungsweise der Konkurrenzsituation angepaßt werden können. Der Kreditnehmer ist damit unter Umständen sehr stark von unerwarteten Marktverhältnissen abhängig; zudem ist seine zukünftige Zinsbelastung nur mit einer großen Fehlermarge kalkulierbar.

Ähnliche Probleme ergeben sich für den Investor bei der Aufnahme eines Eurokredites, bei dem der Zinssatz entsprechend der jeweiligen Entwicklung des Libor-Satzes alle drei oder sechs Monate angepaßt wird. Jede Zinsveränderung wird damit unmittelbar auf den Kreditnehmer überwälzt, was für ihn Chance, aber eben auch Risiko bedeuten kann. Kommt es beispielsweise im Gegensatz zur Annahme des Investors nicht zu einem Rückgang des Zinsniveaus, sind unter Umständen erhebliche zusätzliche Kostenbelastungen die Folge. Geht diese Entwicklung zudem mit sinkenden Unternehmenserträgen einher, droht möglicherweise ein Abrutschen in die Verlustzone. Insbesondere zu Beginn der achtziger Jahre hat sich diese Strategie der Kurzfristkredite als Fehlschlag erwiesen.

Eine große Entlastung für die Unternehmen bieten dagegen langfristige Festsatzkredite. Zins- und Tilgungsleistung sind bei dieser Kreditvariante fest und überschaubar. Die Investition wird mit langem und ruhigem Kapital finanziert. Weder besteht die Gefahr einer möglichen Kreditlinienkürzung noch die einer plötzlichen Einengung der Liquidität. Gerade dieser letzte Aspekt wird aber nicht selten unterschätzt, gilt es doch, bei jeder Investitionsmaßnahme vor allem auch für eine abgesicherte Liquidität des Unternehmens zu sorgen. So ist beispielsweise ins Kalkül zu ziehen, daß der Cash-flow wegen steigender Debitorenbestände oder erhöhter Vorratsbildung kurzfristig stärker als geplant beansprucht werden kann. In einer derartigen Situation Finanzierungsreserven zu haben, kann sich für ein Unternehmen als sehr nützlich erweisen.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Eine immer wiederkehrende Frage bei den Unternehmen ist die nach dem optimalen Finanzierungszeitpunkt. Natürlich möchte sich jeder Investor erst dann langfristig binden, wenn die Zinsen ihren Tiefpunkt erreicht haben. Unsere Erfahrung als Partner der mittelständischen Unternehmen gerade auch bei der Festsatzfinanzierung geht allerdings dahin, daß es kaum möglich erscheint, den Zeitpunkt für ein derartiges Zinstief genau zu prognostizieren. Ein sehr anschauliches Beispiel liefert hierfür die jüngste Vergangenheit. So hat die Mehrzahl der Ökonomen im Frühjahr dieses Jahres unterstellt, daß sich die Zinsen Schritt für Schritt zurückbilden und in der zweiten Jahreshälfte ihren Tiefpunkt erreichen würden.

Die Wirklichkeit sah dagegen, vielleicht auch nur vorübergehend, ganz anders aus. Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen, Spekulationen auf politische Änderungen und andere Motive haben nämlich den Zinshorizont an unserem Kapitalmarkt erheblich verdunkelt. Das Ergebnis ist, daß das Zinsniveau von April bis Mitte Juni um etwa einen Prozentpunkt angestiegen ist. Wer also damals auf sinkende Zinsen gesetzt hat, ist einstweilen von der Wirklichkeit eines Besseren belehrt worden.

Was bedeuten diese Zusammenhänge für einen Investor? Es ist wenig sinnvoll, eine Entscheidung nach kurzfristig wechselhaften Zinserwartungen auszurichten. Die wichtigere Frage ist vielmehr die, ob das Investitionsvorhaben nach Abschätzung der zukünftigen Absatz- und Ertragsaussichten eine ausreichende Rendite erwarten läßt. Kann diese Frage mit einem „Ja" beantwortet werden, dann sollte nicht mit einer risikobehafteten kurzfristigen Finanzierung auf mögliche Zinsersparnisse spekuliert, sondern für einen Festsatzkredit optiert werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Zinsniveau als niedrig angesehen werden kann.

Unternehmen mit lohnenden Investitionsprojekten kann daher geraten werden, bei diesem Zinsniveau die Finanzierung festzuschreiben, um mit ruhigem Geld die weiteren Herausforderungen der nationalen und internationalen Wettbewerber bestehen zu können.

Der Autor ist Sprecher des Vorstands der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Es darf keine Reservate geben

Renaissance des Mittelstandes kam im richtigen Augenblick

Von HANS-J. MAHNKE

Klein ist fein, witzelte kürzlich ein Bundestagsabgeordneter. Etwas ernster ergänzte er, die Renaissance des Mittelstandes im öffentlichen Bewußtsein sei in den letzten Jahren gerade noch zur rechten Zeit gekommen. Das mag zwar etwas übertrieben sein. Denn durch die deutsche Wirtschaftspolitik der letzten vierzig Jahre zieht sich der Gedanke des Wettbewerbs.

Trotzdem: Die Rolle der kleineren und mittleren Unternehmen wird in den letzten Jahren unter sehr unterschiedlichen Aspekten herausgestrichen. Es werden die Vorteile bei der Bewältigung des Strukturwandels betont, auf die raschere Umsetzung technischer Neuerungen hingewiesen oder die Bedeutung vieler selbständiger Existenzen für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung analysiert. Und immerhin beschäftigt der Mittelstand mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. All dies bedeutet keineswegs die Ablehnung von Großunternehmen. Und daraus folgt auch keine völlige Enthaltsamkeit des Staates. Im Gegenteil: Die Rolle des Staates muß eine sehr aktive. Er soll zwar nicht in den Wirtschaftsprozeß direkt eingreifen, aber den Rahmen sichern, in dem sich die Einzelnen frei und verantwortlich bewegen können.

Diese Ansicht wurde bereits von einem der Urväter der modernen Volkswirtschaftslehre, von Adam Smith, vertreten. Auch er war sich bewußt, daß sich die Wirtschaft nicht in einem staatsfreien Raum bewegen kann, sondern daß es eines sittlichen und ökonomischen Rechtsrahmens bedarf.

Vor den Gefahren der Monopol- und Kartellbildung wurde bereits im vergangenen Jahrhundert gewarnt. Das Spiel der Marktkräfte, so das Argument, sei nicht mehr möglich, wenn es zu einer Zusammenballung von wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht komme. Das System hebele sich selber aus. Gerade für die Neoliberalen um Eucken, Röpke und Müller-Armack spielte die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs in ihrem Denken eine entscheidende Rolle. Schon vor der Gründung der Bundesrepublik hat Ludwig Erhard im politischen Raum diese Ideen verfochten und später erfolgreich umgesetzt. Das Kartellgesetz wurde 1957 geschaffen und 1973 novelliert.

Die Sicherung des Wettbewerbs ist jedoch kein einmaliger Akt des Gesetzgebers. Vielmehr ist der Staat ständig gefordert. Er muß vorbeugen. Denn nachträgliche Korrekturen sind schmerzlich, wenn sie überhaupt durchgesetzt werden können.

Der Wettbewerb ist ein konstitutiver Bestandteil der marktwirtschaftlichen Ordnung, die sich allen anderen Systemen als überlegen erwiesen hat. Wettbewerb setzt das Vorhandensein mehrerer Anbieter voraus. Allein schon bei der Größe des deutschen Marktes, und der wird zumeist trotz der Europäischen Gemeinschaft bei allen Betrachtungen als relevant angesehen, ist das in der Regel nur möglich, wenn kleine und mittlere Unternehmen das Geschehen bestimmen. Wettbewerb als bloßes Prinzip würde noch nicht viel besagen, gäbe es nicht die Vorteile. Für Hayek ist der Wettbewerb ein hochwirksames Entdeckungsverfahren für immer neue Problemlösungen. Die Preisentwicklung signalisiert Überfluß und Knappheit, eine Orientierungshilfe für die Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen können sich in der Regel schneller anpassen. Ihre Flexibilität ist größer, ihre Innovationsbereitschaft höher.



Die Schweiz – ein Schonrevier: Großverdiener werden in Japan am härtesten angefaßt. Sie müssen in der Spitze, also von jenen Einkommensteilen, die dem Spitzensteuersatz unterliegen, 88 Prozent als Steuer abführen. QUELLE GLOBUS

Und es kommt noch etwas hinzu: Die kleinen und mittleren Unternehmen machen natürlich auch Fehler, und diese können die Existenz der Betriebe gefährden und tun es häufig genug auch. So bedauerlich dieses für den Einzelfall auch ist, normalerweise geht dieses nicht an die Wurzel der Gesellschaftsordnung.

Dies ist die Kehrseite der Klagen des Mittelstandes, den großen würde vom Stand in schwierigen Situationen geholfen, die kleineren Unternehmen müßten allein damit fertigwerden. Gäbe es den gesunden Mittelstand nicht, dann würde der Staatseinfluß noch größer werden. Er würde gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten für den Anpassungsprozeß immer stärker verantwortlich gemacht, und das, obwohl diese Aufgabe von einer Vielzahl von kleineren und mittleren Unternehmen sehr viel leichter gelöst werden kann. Umgekehrt wird ein dauerhafter Wachstumspfad um so eher wieder erreicht und auch abgesichert werden können, je leistungsstärker gerade die kleineren und mittleren Unternehmen sind. Wirtschaftliches Wachstum ist nun einmal auch eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit.

Muß es daher eine Sonderpolitik für den Mittelstand geben? Der Begriff stößt auf Ablehnung, vielmehr gilt Mittelstandspolitik als ein integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik, die sich, so Lambsdorff, „auf verläßliche und günstige Rahmenbedingungen" stützt. Allerdings weisen die finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung durchaus eine „Größenkomponente" aus. So wurden bereits 1983 die kleinen und mittleren Unternehmen durch die Einführung eines besonderen Freibetrages für Betriebsvermögen oder durch eine Sonderabschreibung zum Beispiel steuerlich entlastet. Auch bei der geplanten Steuerreform spielt die Absicht, den Mittelstand zu stärken, eine entscheidende Rolle.

Entbürokratisierung und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen würden gerade den kleineren und mittleren Betrieben helfen und ihnen neue Betätigungsfelder eröffnen. Auch von einem Subventionsabbau, soweit er zur Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast verwendet wird, verspricht sich der Mittelstand einiges. Er wähnt sich gegenwärtig nicht auf der Sonnenseite der Begünstigten.

Für die Zukunft wird es entscheidend darauf ankommen, daß sich genügend potentielle Unternehmer bereitfinden, sich selbständig zu machen. Zu Recht wird daher von den öffentlichen Händen bei der Existenzgründung geholfen. Einwenden läßt sich dagegen allenfalls, daß die Vielzahl der Programme fast schon zu unübersichtlich ist. Immerhin: Bereits im ersten Jahr werden durch eine Neugründung im Durchschnitt vier Arbeitsplätze geschaffen.

Mehr noch: Jede Neugründung ist auch ein Zeichen für Leistungsbereitschaft. Wenn sich herumspricht und zeigt, daß sich Eigenverantwortung und Risikobereitschaft auszahlen, dann ist dieses sicherlich ein wirksamer Damm gegen das ausufernde Anspruchsdenken, gerade auch in der jungen Generation. Damit ist nicht nur dem einzelnen gedient, der das Wagnis auf sich nimmt, sondern die Volkswirtschaft würde wieder jene Dynamik zurückgewinnen, die sie einmal ausgezeichnet hat. Die Vollkasko-Mentalität könnte so überwunden werden.


Informationen aus erster Hand: Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf der Hannover-Messe FOTO: DPA

TABAKANBAU IN DEUTSCHLAND / Bauern ernten jährlich 8000 Tonnen im Wert von 70 Millionen Mark

Bedrohliche Rauchzeichen für eine Branche

Tabakanbau in Deutschland? Gibt es das noch? Viele Menschen erinnern sich an die Kriegs- und Nachkriegszeit, als Tabak der Marke „Eigenstolz" in Balkonkästen und Schrebergärten gepflanzt wurde, um die mageren Rationen aufzubessern. Aber heute?

Man muß in diesen Tagen über die rosa und rot blühenden Tabakfelder am Oberrhein fahren, um sich davon zu überzeugen: In Deutschland wird Tabak gepflanzt. Nicht erst seit gestern und heute, sondern bereits seit 1573, seit der Dechant Anselm Anselmann in seinem Pfarrgarten in der pfälzischen Gemeinde Hatzenbühl zwischen Karlsruhe und Landau die ersten Tabaksamen aussäte.

Hatzenbühl ist bis heute die größte Tabakgemeinde Deutschlands, in der mehr als 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Tabak bestellt werden. Die deutschen Tabakpflanzer bauen Jahr für Jahr auf mehr als 3000 Hektar Tabak an – zu 85 Prozent in Baden und Rheinland-Pfalz, zu 15 Prozent in Bayern und Hessen, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Engagement für die Badische Manufaktur

Rund 8000 Tonnen im Wert von fast 70 Millionen Mark werden jährlich geerntet und von der tabakverarbeitenden Industrie abgenommen. Das ist zwar wenig im Vergleich zu den Tabakernten in anderen EG-Ländern wie Italien und Griechenland, ganz zu schweigen von den Ernten in den USA, aber der Tabakanbau in Deutschland verhilft doch immerhin 6000 bäuerlichen Betrieben zu einer einigermaßen gesicherten wirtschaftlichen Existenz.

Mein Weg führt mich nach Lahr, dem Zentrum des badischen Tabakanbaus, dem Sitz der Badischen Tabakmanufaktur Roth-Händle, die aufgrund mehrjähriger Abnahmeverträge mit den Tabakpflanzern zirka 40 Prozent der deutschen Tabakernte abnimmt und in großem Umfang ihren Zigarettenmarken „Reval" und „Roth-Händle" beimischt. Rainer Haungs, der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Emmendingen-Lahr, empfängt mich.

Haungs, diplomierter Volkswirt und Inhaber einer mittelständischen Speziallackiererei, ist leidenschaftlich für „seine" Tabakbauern und „ihre" Badische Tabakmanufaktur engagiert. Mit zwei Tabakpflanzern bringt er mich zusammen: Der 57jährige Hans Mild aus Neuried hat mit Hilfe seiner Familie ständig 3,5 Hektar unter Tabakkultur. Seit 150 Jahren wird auf seinem Hof Tabak angebaut. Der 68jährige Hermann Heimburger aus Meissenheim-Kürzel hat seinen Hof bereits an seinen Sohn übergeben, aber er arbeitet im Betrieb noch mit.

Beide Betriebe betreiben den Tabakanbau nicht in Monokultur – der Boden kann nur alle fünf Jahre für den Tabakanbau genutzt werden –, aber für beide Betriebe ist der Tabakanbau ein wichtiger Erwerbszweig. In einem „normalen" Tabakjahr bringt ein Hektar Tabak einen durchschnittlichen Ertrag von etwa 20 000 Mark. Um den gleichen Ertrag auf andere Weise zu erzielen, müßte etwa die vierfache Fläche mit Weizen bebaut werden.

Wenn auch in den letzten Jahrzehnten die Mechanisierung im Tabakanbau große Fortschritte gemacht hat, mehr als andere landwirtschaftliche Erwerbszweige ist er Handarbeit geblieben. Im Frühjahr werden mit einer Gießkanne die kleinen Tabaksamen in das sorgfältig vorbereitete und mit Glasplatten abgedeckte Saatbeet ausgesät. Mitte Mai werden dann die jungen Tabakpflanzen mit der Pflanzenmaschine auf das Feld in Reih und Glied versetzt. Der Boden muß mit der Hacke von Unkraut freigehalten, die Pflanze mit vorsichtig dosierten Pflanzenschutzmitteln vor Schädlingen und Krankheiten geschützt werden.

Im Juli und August blüht dann der Tabak. Damit aber Saft und Kraft der Pflanze nicht zu sehr in die Blüte, sondern vielmehr in die Blätter gehen, muß die Pflanze „geköpft" werden. Heutzutage besorgt das ein Schneidegerät, das – vom Schlepper durch die Reihen des Tabakfeldes gezogen und auf die richtige Höhe eingestellt – gleichzeitig acht Reihen Tabak köpft und auch noch den Abtransport der abgeschnittenen Blütenstengel besorgt.

Am längsten dauert das Sortieren der Blätter

Wenige Wochen später beginnt die Tabakernte. Sie erfolgt in mehreren Stufen: Es beginnt mit dem Abbrechen der etwa 80 Zentimeter langen untersten Blätter, den Grumpen, es endet mit der Lese des Haupt- und Obergutes. Bis zu 68 Tabakblätter nehmen die Pflücker in den Arm, bis sie die Blätter wieder ablegen.

Die Tabakblätter werden – früher mit der Hand, heute mit Einnähmaschinen – zu Bandelieren aufgefädelt und im Trockenschuppen aufgehängt. Das anschließende Sortieren der Tabakblätter nach Güteklassen macht mehr als ein Drittel der Arbeitszeit im gesamten Tabakanbau aus. Mit der „Tabakverwiegung" kommt die Ernte auf den Markt, wird bewertet, klassifiziert und gemäß Abnahmevertrag von der Badischen Tabakmanufaktur Roth-Händle abgenommen. Spätestens 24 Tage nach der Verwiegung bekommt der Tabakpflanzer sein Geld. Lohn der Arbeit für ein „Tabakjahr".

Kehren wir nach Lahr zurück. In dem Dinglinger Werk der Badischen Tabakmanufaktur fermentiert in großen Stapeln der deutsche Tabak für die gesamte tabakverarbeitende Industrie in Deutschland.

Fermentation? Das ist bei 50 bis 60 Grad Celsius der natürliche Gärungsprozeß der Tabakblätter, bei dem unerwünschte Substanzen abgebaut werden und Aromastoffe entstehen. Anschließend werden die Tabakblätter entrippt und verpackt. Der Tabak ist fertig und steht zur Mischung mit vierzig anderen Tabaksorten aus aller Welt bereit. Die richtige Mischung des Tabaks ist das Geheimnis der Zigaretten- und Rauchtabakhersteller.

Tabak und Gesundheit? Diese Frage spielt bei unseren Gesprächen eine wichtige Rolle. Einstmals galt der Tabak als Heilmittel, als Heilkraut. „Dieses Kraut reinigt Gaumen und Haupt, vertreibt die Schmerzen und die Müdigkeit, stillet das Zahnweh, behütet den Menschen vor Pest, verjaget die Läuse, heilet den Grind, den Brand, alte Geschwüre, Schaden und Wunden", heißt es in einem alten Lehrbuch aus dem Jahre 1656.

Heute gilt der Tabakgenuß weithin als gesundheitsschädigend. Die „Landesanstalt für Pflanzenbau und Tabakforschung Forchheim" des Landes Baden-Württemberg hat zwei nikotin- und kondensatarme Tabaksorten entwickelt, die bereits in großem Umfang von den Tabakpflanzern angebaut und von der Industrie abgenommen werden.

Die deutschen Tabakbauern hoffen, mit diesen neuen Tabaksorten die gesundheitspolitische Diskussion unserer Tage bestehen zu können. Ein anderes Kapitel, das die Tabakbauern in ihrer Existenz treffen kann, ist die Tabaksteuer.

DIETRICH ROLLMANN

Wo Freiberufler privatisieren wollen

„Privatisierungskatalog" des Bundesverbandes der Freien Berufe:

1. Wirtschafts-, Organisations-, Rationalisierungs-, Finanzierungs- und Investitionsberatung, Beratung in Technik, Technologie und EDV, betriebswirtschaftliche Prüfung (Abschlußprüfung) der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Eigenbetriebe sowie im Bereich der Wirtschaftsförderung, Rechnungswesen;
2. Mitwirkung bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung der öffentlich Bediensteten;
3. Rechtsberatung und Rechtsvertretung der Verwaltung; Rechtsberatungsstellen;
4. Sachverständigentätigkeit, Dolmetscher- und Übersetzungstätigkeit;
5. Öffentlichkeitsarbeit, Stadt- und Fremdenverkehrswerbung;
6. Markt- und Sozialforschung;
7. Kulturpädagogische Dienste, kulturelle Bildung;
8. Beratung, Planung, Überwachung und Prüfung in der Umweltvorsorge und im Umweltschutz, insbesondere von Lebens- und Futtermitteln, von Luft, Boden und Wasser, von Emissionen und Immissionen, Aufgaben des Landespflanzenschutzdienstes;
9. Gewerblicher Arbeitsschutz;
10. Betriebsärztlicher, betriebspsychologischer und sicherheitstechnischer Dienst nach dem Arbeitssicherheitsgesetz;
11. Prüfung überwachungspflichtiger und -bedürftiger Betriebe, Gebäude und Anlagen;
12. Technische Prüfstellen der Länder und Gemeinden, der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und der staatlich beliehenen Organisationen, Aufgaben der Forschungs- und Materialprüfungsanstalten, Aufgaben der Geologischen Landesämter;
13. Grundlagen- und Fortführungsvermessungen bei Land- und Stadtschaften, Straßen und Wasserstraßen, bei Gebäuden und Brücken;
14. Wertermittlungen von Grundstücken und Gebäuden;
15. Baugrunduntersuchungen und Baugründungsgutachten;
16. Landes- und Regionalplanung, Umwelt- und Landschaftsplanung, Flurbereinigung, Verkehrsplanung, Bauleitpläne und sonstige städtebauliche Planungen, Ortplanung und Bauen auf dem Lande; Hochbau- und Tiefbauplanung, Freiraumplanung, Planung von Ver- und Entsorgungsanlagen, Schallschutz- und Energieplanung;
17. Modernisierung und Sanierung, Unterhaltung und Betreuung bestehender Bauwerke und Anlagen, Bestandsüberwachungen und -prüfungen (z. B. Brücken);
18. Baustatik, Bauüberwachung und Bauabwicklung; Bauabrechnung, Bauprüfung, Bauabnahme;
19. Sozialärztliche Dienste (ärztliche, zahnärztliche, fachpsychologische Gutachter- und Beratungsaufgaben);
20. Jugendärztlicher und jugendzahnärztlicher Dienst, Verkehrstanglichkeitsuntersuchungen;
21. Säuglings- und Mütterberatung, Ehe- und Erziehungsberatung, Drogen- und Suchtberatung, Beratung im Adoptions- und Pflegekinderwesen;
22. Schutzimpfungen, Reihenuntersuchungen und Blutalkoholbestimmungen;
23. Öffentlich-rechtliche Krankenhäuser, Stärkung des Belegarztwesens;
24. Saunen und Massagedienste der Hallen- und Freibäder;
25. Prüfungen und Untersuchungen im Veterinärwesen; Tierseuchenprophylaxe, Schlachttier- und Fleischbeschau und -untersuchung.

(WR)

STEUERREFORM / Die Vorstellungen der FDP-Bundestagsfraktion

So wenig Ausnahmen wie möglich

Von HANS H. GATTERMANN

Die politische Diskussion über eine größere Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode ist entbrannt. Als erste Partei hat die FDP ihre Vorschläge für eine einfache, faire, leistungs- und wachstumsfreundliche Besteuerung von Bürgern und Unternehmen, den „Marktwirtschaftlichen Steuerkurs 1987", schon im Sommer 1985 der Öffentlichkeit vorgestellt und auf dem Bundesparteitag in Hannover Ende Mai 1986 als Parteiprogramm beschlossen.

Aus den beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD hört man noch Widersprüchliches. Hier ist der Diskussionsprozeß offenbar noch nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Das FDP-Konzept verfolgt die nachfolgenden Grundsätze:

– Eine entlastende Steuerreform darf nicht auf spezielle Gruppen zugeschnitten sein, nicht auf Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen (SPD), nicht auf spezielle Unternehmenssteuern (BDI), auch nicht auf kleine und mittlere Unternehmen und Unternehmer (ZDH), vielmehr müssen die Steuern für alle steuerpflichtigen Bürger und Unternehmen einfacher, gerechter und insbesondere niedriger sein.

– Steuerpflichten dürfen nur solche Bürger treffen, die mehr Einkünfte erzielen, als sie für die Bestreitung ihrer und ihrer Familie Existenz benötigen. Eine Kernforderung des Konzepts lautet deshalb: „Steuerfreiheit des Existenzminimums". Praktisch bedeutet dies: wesentlich erhöhte Grundfreibeträge, erhöhte Kinderfreibeträge und Beibehaltung des Ehegattensplittings.

– In Weiterführung dieses Gedankens müssen auch die Aufwendungen steuerfrei sein, die zur Vorsorge gegen Alter, Krankheit und Not aufgewendet werden müssen. Dabei darf es keine Ungleichbehandlung zwischen unselbständig und selbständig Tätigen mehr geben.

Wegen der derzeitigen Diskriminierung der Vorsorgeaufwendung der Selbständigen ist dies eine bedeutsame und wirksame Forderung für den selbständigen Mittelstand.

– Die Kernforderung des FDP-Konzepts lautet: Alle progressiv besteuerten Steuerbürger müssen nachhaltig entlastet werden. Praktisch bedeutet dies: Einführung eines mäßig und gleichmäßig ansteigenden Progressionstarifs, der bei einem Höchststeuersatz unter 50 Prozent endet (linearprogressiver Tarif).

Diese Forderung wird politisch polemisch mit dem Vorwurf bekämpft, das sei Steuerpolitik für Reiche. Dabei wird übersehen, daß die Absenkung des Spitzensteuersatzes eine logische Konsequenz des linearprogressiven Tarifs ist.

Es wird insbesondere übersehen, daß dies kein Steuertarif für angestellte Chefärzte oder Bankmanager ist, sondern ein Steuertarif für alle Bürger, also auch für Handwerker, Freiberufler, offene Handelsgesellschaften, kurz für die Mehrzahl aller deutschen Unternehmen, die aus Gewinnen nicht nur den Lebensunterhalt für den Unternehmer und seine Familie bestreiten müssen, vielmehr aus diesen Gewinnen auch die Eigenkapitalausstattung der Betriebe verbessern und Investitionen finanzieren müssen.

Hier liegt der Schlüssel für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für mehr Beschäftigung, dies ist nicht die Spielwiese für neidorientierte Verteilungskämpfe.

– Das Steuerrecht muß im Unternehmensbereich rechtsform-neutral gestaltet sein. Wir wollen nicht, daß alle unternehmerisch tätigen Menschen in die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft flüchten. Unsere gewachsene Unternehmensstruktur muß erhalten bleiben. Praktisch bedeutet dies, daß die notwendige Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer erfolgen muß.

Dann kann auch die heutige unterschiedliche steuerliche Belastung von ausgeschütteten und nicht ausgeschütteten Gewinnen bei der Körperschaftsteuer entfallen, wie die Kapitalertragsteuer abgeschafft werden kann.

– Neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind deutsche Unternehmen mit zusätzlichen Steuern belastet, die im internationalen Wettbewerb für die deutsche Wirtschaft hinderlich und schädlich sind. Deshalb fordert die FDP die Abschaffung der betrieblichen Vermögensteuer, der Börsenumsatzsteuer, der Gesellschaftsteuer und die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine gemeindefreundliche Alternativfinanzierung. Auch müssen die Regelungen über den sogenannten Verlustvortrag und Verlustrücktrag verbessert werden.

– Aus Finanzierungs-, insbesondere aber auch aus ordnungspolitischen Gründen ist ein Kernstück des FDP-Konzepts, daß tunlichst alle Einnahmen tatsächlich und rechtlich der Besteuerung unterworfen werden.

Im Klartext bedeutet dies, daß steuerliche Ausnahme- und Sonderregelungen, steuerfreie Bezüge und Freibeträge unterschiedlichster Art, aber auch Subventionen in Form direkter staatlicher Zuschüsse soweit wie möglich abgebaut bzw. eingeschränkt werden müssen. Die Maxime lautet: so wenig Ausnahmen wie nötig, so niedrige Tarife wie möglich.

– Last but not least ist eine Voraussetzung für die politische Umsetzung des FDP-Konzepts und seine seriöse Finanzierung eine konsequente Fortsetzung der derzeitigen Konsolidierungspolitik. Praktisch heißt dies: Noch über viele Jahre hin müssen die Zuwächse öffentlicher Ausgaben unterhalb der Zuwächse öffentlicher Einnahmen gehalten werden, weil nur so der erforderliche Handlungsspielraum zur Finanzierung der Steuerreform gewonnen werden kann.

– In Zahlen bedeutet dies alles, daß, basierend auf den Haushaltszahlen des Jahres 1985, der Umfang der Steuerentlastungen zirka 45 Milliarden Mark ausmacht, daß zirka 25 Milliarden Mark durch Umschichtung zu finanzieren sind und daß mindestens 20 Milliarden Mark echte Steuersenkung sind.

Die FDP behauptet: Dies ist das beste denkbare Konzept einer „Steuerreform für den Mittelstand". Alle geforderten mittelstandsspezifischen Entlastungsmaßnahmen sind marktwirtschaftlich verfehlt, sie sind allzu kurzfristig an momentanen Entlastungswirkungen orientiert. Steuerstundende Investitionsrücklagen schaffen durch ihre zeitliche und höhenmäßige Limitierung erheblichen bürokratischen Aufwand bei den Unternehmen und den Verwaltungen, sie produzieren Investitionszwänge zur Unzeit, führen zu Fehlinvestitionen oder, im Falle der Nachversteuerung, zu kumuliertem Liquiditätsentzug durch Steuern bis hin zur Existenzgefährdung.

Teilprivilegierungen des nicht entnommenen Gewinns provozieren umfängliche staatliche Kontrollen und in letzter Konsequenz gesellschaftliche Mitbestimmung über solche Gewinne. Differenzierte Abschreibungsverbesserungen sind faktisch Investitionslenkung. Abschreibungen müssen sich am betriebswirtschaftlichen Werteverzehr orientieren, an sonst gar nichts.

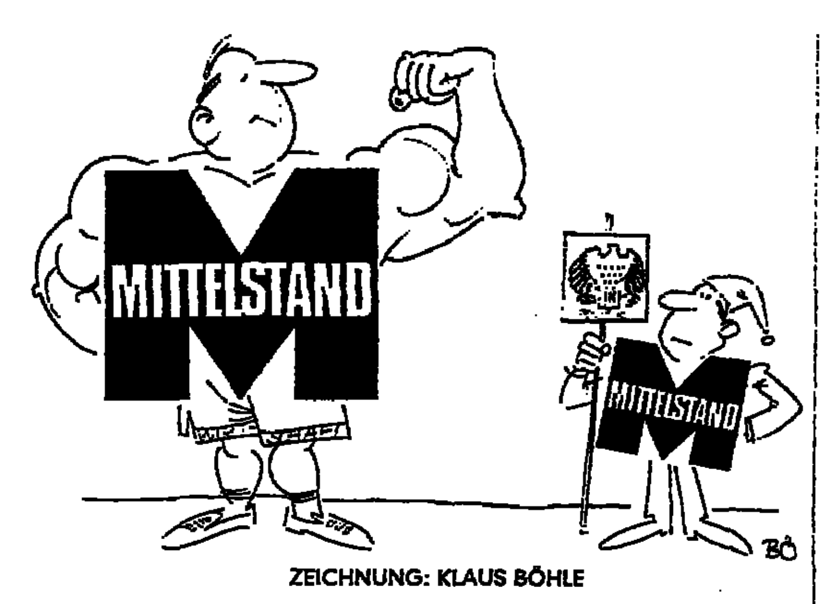
Das Dilemma der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Steuerreform liegt in der Skepsis der betroffenen Unternehmen und Unternehmer gegenüber der politischen Kraft zur Umsetzung einer wirklichen Steuerreform auf der Grundlage des Konzepts der FDP. Die Forderungen sind von der Spruchweisheit geprägt: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach."

Im Kern geht es darum, daß dem unternehmerisch tätigen Steuerbürger mehr des von ihm erwirtschafteten Erfolges zur wirtschaftlichen Disposition verbleibt. Das ist Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Das ist Voraussetzung für den notwendigen Eigenfinanzierungsanteil an Investitionen. Das ist Voraussetzung für die flexible Anpassung an sich wandelnde Märkte und Verbrauchergewohnheiten.

Das ist Voraussetzung für Aufnahme und Umsetzung des technologischen Fortschritts zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das unbestritten ist, dann kann man nicht die Augen vor der Wahrheit verschließen, daß kein noch so wohlmeinender Gesetzgeber für alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume durch gezielte Steuerentlastung schaffen kann, von dem administrativen und bürokratischen Aufwand ganz abgesehen. Es gibt nur eine Antwort: Allgemeine Steuerentlastung und eigenverantwortliche Unternehmerentscheidung.



Hans H. Gattermann ist Mitgliedder FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages. Der Rechtsanwalt und Notar studierte in Marburg und Berlin und legte seine Staatsprüfungen ab. Er betreibt seine Praxis in Dortmund.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Was Unternehmer im Ausland wissen müssen

Von HORST SCHRÖDER

An der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zur zweitgrößten Handelsnation der Welt haben auch mittelständische Unternehmen einen wesentlichen Anteil. Ihre Auslandsorientierung konzentriert sich jedoch vor allem auf den Export. Auslandsinvestitionen – und besonders solche in den Entwicklungsländern – spielen bisher noch eine nachgeordnete Rolle.

Auslandsinvestitionen werden zu einer wichtigen Unternehmensstrategie, um Marktpositionen zu sichern, die durch den bloßen Export langfristig nicht mehr zu halten wären. Bisher ist der Kreis der deutschen Auslandsinvestoren noch klein.

Nur rund ein Prozent von ihnen haben knapp 70 Prozent aller Auslandsinvestitionen getätigt. Das bedeutet, daß Auslandsinvestitionen noch immer eine Domäne von Großunternehmen zu sein scheinen.

Von den insgesamt etwa 3500 Unternehmen, die im Ausland investiert haben, sind nur etwa 800 bis 1000 in Entwicklungsländern engangiert. Für die Zurückhaltung mittlerer und kleiner Unternehmen spielen historische Gründe und aktuelle Strukturprobleme eine Rolle: Sie können nicht auf ein Netz von Wirtschafts- und Kommunikationsbeziehungen aus kolonialer Vergangenheit zurückgreifen.

Zunächst bestanden genügend Wachstumsmöglichkeiten im Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands und anschließend im erweiterten Markt der Europäischen Gemeinschaften und im traditionellen Export in der wachsenden Weltwirtschaft der 60er und der frühen 70er Jahre. Wichtiger aber noch dürften Schwierigkeiten sein, die sich aus der Betriebsstruktur mittelständischer Unternehmen ergeben:

● Eine zu enge Eigenkapitaldecke und der generell erhöhte Bedarf an Risikokapital bei Auslandsproduktionen können die Finanzplanung zu knapp ausfallen lassen und die Bereitstellung einer angemessenen Finanzierungsreserve verhindern.

● Mittlere Betriebe verfügen oft nicht über eine ausreichende Personaldecke, um ohne Schaden für das Mutterhaus fähige Manager und anderes Fachpersonal für den neuen Betrieb abzustellen.

● Mittlere Unternehmen haben in der Regel keine Stabsabteilungen, die die notwendigen Vorabinformationen über Standortbedingungen und Investitionschancen in Entwicklungsländern beschaffen und für Planung und Organisation der Auslandsinvestition aufbereiten.

● Gemeinschaftsprojekte (Joint-venture) sind aufgrund der Investitionsgesetzgebung vieler Länder, aber auch aufgrund ihrer besseren Integration in das Gastland die geeignetste Investitionsform. Die richtigen Kontakte im Gastland anzuknüpfen und ausreichend über einheimische Unternehmerschaft und Marktverhältnisse informiert zu sein, um den richtigen Fachpartner zu finden, ist für den auslandsunerfahrenen, Unternehmer häufig schwierig.

Die DEG-Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln, ist das Finanzierungs- und Beratungsinstitut der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung privater Direktinvestitionen deutscher Unternehmer in Entwicklungsländern. Die Förderungsmaßnahmen der DEG setzen genau dort an, wo mittelständische Unternehmen besondere Schwierigkeiten bei der Verwirklichung von Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern haben.

Die DEG stellt Risikokapital in der Form von Beteiligungen, beteiligungsähnlichen Darlehen, Garantien und Bürgschaften zur Verfügung zur besseren Finanzausstattung der Auslandstochter. Für Investitionsprojekte mit kleinen und mittleren deutschen Unternehmen und mit handwerklichen und kleinindustriellen Betrieben sind besondere Finanzierungsprogramme (Mittelstandsprogramm, HK-Programm) aufgelegt, nach denen Vorzugskonditionen eingeräumt werdenkönnen.

Seit ihrer Gründung 1962 hat die DEG 342 Projektgesellschaften in 77 Entwicklungsländern mit insgesamt 1,5 Milliarden Mark mitfinanziert und beraten. Von 39 Finanzierungszusagen in Höhe von 139 Millionen Mark im vergangenem Jahr entfielen knapp 60 Prozent und dem Wert nach rund ein Drittel der Finanzierungszusagen auf mittlere deutsche Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von maximal 300 Millionen Mark.

Der Autor ist Direktor der Deutschen Gesellschaft für Entwicklungspolitik (DEG) in Köln.

FRANCHISING / Ein System, in dem jeder das volle Risiko trägt

Ankoppeln an eine erprobte Verkaufsidee

KARL-HEINZ HEUSER

Die Idee des mit Franchising bezeichneten neuen Vertriebssystems, das in einem wahrhaften Boom aus den USA herüber jetzt auch in der Bundesrepublik Fuß faßt, kommt nicht, wie man vielleicht annehmen möchte, aus Amerika, sondern aus Frankreich. Die Privilegien, die weltliche oder kirchliche Würdenträger im Mittelalter privaten Geschäftsleuten einräumten, wie etwa das Recht der Kaufleute gegen „Franchise" oder, ins Deutsche oder Amerikanische übersetzt „Lizenz"-Verkaufsausstellungen zu veranstalten, wurden so genannt.

In England wurde damit das Privileg, im Namen des Königs Steuern einzutreiben, bezeichnet. In den USA wurde mit Franchising zunächst in den Anfängen die Konzessionierung zur Erschließung von Land umschrieben.

Die heutige betriebswirtschaftliche Definition des Deutschen Franchise-Verbandes ist da schon exakter: „Franchising ist ein vertikal-kooperativ organisiertes Absatzsystem rechtlich selbständiger Unternehmen auf der Basis eines vertraglichen Dauerschuldverhältnisses. Das System tritt einheitlich am Markt auf und wird geprägt durch arbeitsteilige Leistungen der Systempartner sowie durch ein Weisungs- und Kontrollsystem zur Sicherung eines systemkonformen Verhaltens."

Das Franchising als die „wirtschaftliche Verwertung von Wissensschätzen", wie der Europäische Gerichtshof in einem Urteil vom 28. Januar 1986 dieses System bezeichnete, findet auch in Deutschland immer mehr unternehmerische Anhänger.

Und auch das Spektrum der angebotenen Dienstleistungen und Produkte ist nahezu grenzenlos: Vom 1-2-3-Autoservice über den Eismann Tiefkühlheimservice, vom Computer Distributeur Computerland, von den Sight & Sound-Sprachkursen, der Zeitpersonal-Vermittlung Manpower, dem Modehaus Bleyle-Elbeo, den Obi-Bau- und Heimwerkermärkten bis hin zur Partnervermittlung „Vergiß mein nicht" und natürlich der Systemgastronomie, angeführt von McDonald's, bedienen sich bekannte Marken und Namen des Franchise-Systems, ohne daß dies in der Öffentlichkeit besonders bekannt ist.

Um beim Beispiel McDonald's zu bleiben: Von den mehr als 230 McDonald's Restaurants in der Bundesrepublik gehören 131 privaten Unternehmern, die die Lizenz erworben haben, ihren Gastronomiebetrieb nach dem McDonald's-System zu führen. Daß die Franchise-Nehmer selbständige Unternehmer sind, haben sowohl der Europäische Gerichtshof als auch das Bundeskartellamt bestätigt.

Das Franchising ist damit eine Alternative und Auseinandersetzung mit einem, noch traditionell geprägten, Ideal vom Selbständig-Sein.

Vor allem für den Mittelstand, und damit für eine Vielzahl von kleinen und mittleren selbständigen Unternehmern, ist das Franchising als Kooperation zwischen Systemzentrale und selbständigen Partnern eine sinnvolle Alternative, Wettbewerbsnachteile gegenüber Großbetrieben auszugleichen.

Gerade für junge Unternehmer, die vor dem Schritt in die Selbständigkeit stehen, bietet das Franchising gute Möglichkeiten der Realisierung des Traums vom freien Unternehmertum. Der Erfolg des Systems ist auf eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen dem sogenannten Franchise-Geber und seinen Lizenznehmern zurückzuführen.

Der eine bietet ein markengerechtes Produkt oder eine entsprechende Dienstleistung an, konzipiert dazu das notwendige Marketing, testet dies an verschiedenen Standorten und bietet dieses System seinen Geschäftspartnern, sprich: Franchise-Nehmern an. Zusätzlich zu der Lieferung der vervielfältigbaren Produkt- oder Dienstleistungsidee werden die Franchise-Nehmer durch ein umfangreiches Servicepaket unterstützt.

Von der Werbung über die Betriebsorganisation bis hin zur Steuerberatung erfolgt eine Betreuung des einzelnen Franchise-Nehmers vor Ort durch die Systemzentrale.

Dies hat für den Unternehmer im System vielfältige Vorteile. Der wichtigste: Der Franchise-Unternehmer ist von vielfältigen bürokratischen Aufgaben des Tagesgeschäftes entlastet und kann sich voll auf seine eigentlichen unternehmerischen Aufgaben, nämlich auf den Einsatz des absatzpolitischen Instrumentariums, wie Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verkaufsförderung etc. und auf die Führung seiner Angestellten konzentrieren.

Der Franchise-Nehmer nutzt dabei das sogenannte Franchise-Paket, welches in der Regel aus einem Beschaffungs- und Organisationskonzept, der Gewährung von Schutzrechten, aber auch der Ausbildung des Franchise-Nehmers und der laufenden Beratung und Unterstützung durch die Systemzentrale besteht.

Als Unternehmer ist der Franchise-Nehmer dabei in eigenem Namen für eigene Rechnung tätig, er liefert Arbeit, Kapital und das Informationspotential zur Weiterentwicklung des Systems.

Auch die Vorzüge für den Franchise-Geber liegen auf der Hand: Er kann mit Hilfe dieses Systems seine einmal als erfolgreich getestete Geschäftsidee schneller als auf jedem anderen Vertriebsweg regional oder bundeseinheitlich vermarkten. Durch eine einheitliche Werbung, die einheitliche Ladengestaltung und die einheitliche Warenpräsentation wird ein starker Identifikationsgrad sowie ein eindrucksvolles Gruppenimage erzeugt.

In ökonomisch sinnvoller Weise wird so die unternehmerische Initiative Selbständiger mit dem professionellen Marketing eines Großunternehmens verknüpft.

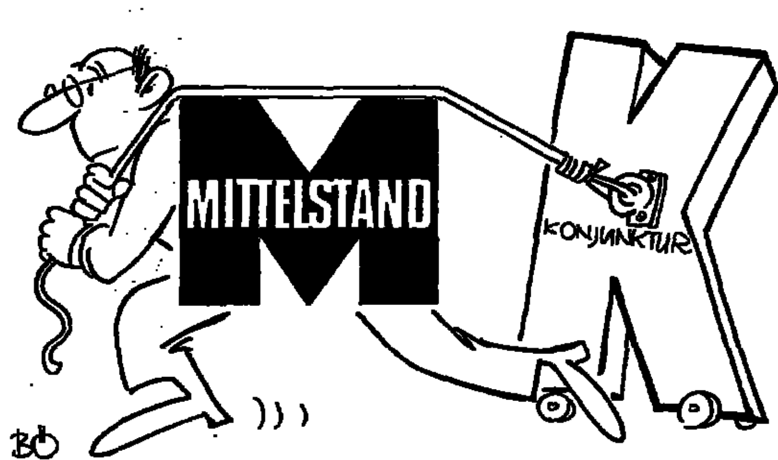
Der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit selbständigen Kollegen, die Beratung durch den Franchise-Geber, eine regelmäßige Schulung, aber auch die notwendige permanente Weiterentwicklung des Systems, machen das Franchising zu einer ernstzunehmenden Alternative zum völlig bezugspunktlosen Start in die Selbständigkeit.

Dem selbständigen Unternehmertum der Lizenznehmer muß auch durch eine geeignete Struktur der Systemzentrale Rechnung getragen werden. So kann sich der Franchise-Geber nicht auf die Produktion von interessanten Ideen beschränken, sondern muß auch die Umsetzung einer permanenten Optimierung unterziehen. Wichtig ist vor allem die Einräumung demokratischer Mitbestimmungsrechte der selbständigen Unternehmer durch Franchise-Geber.

Beim Gastronomiemarkt-Führer McDonald's beschließt das sogenannte „Hamburger-Parlament" über die Umsetzung neuer Marketing-Strategien, über Art und Inhalt der Werbung, über Neuentwicklung von Produkten etc. Nur in einem demokratisch ausgeprägten System kann der einzelne Franchise-Nehmer auch seine Aufgaben mit dem notwendigen Nachdruck wahrnehmen.

Angeregt durch den verstärkten Drang von immer mehr Franchise-Gebern aus den USA und den europäischen Nachbarländern auf den deutschen Markt, sind auch bundesrepublikanische Unternehmen animiert worden, Distributionslücken künftig mit Hilfe von Franchise-Nehmern zu schließen. Adidas, Boss oder Grundig überlegen die Konzeptionierung und Umsetzung eigener Franchise-Systeme.

Der Autor ist selbständiger PR-Berater in Bonn.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

In einer Volkspartei muß auch für Selbständige Platz sein

Was ist der SPD der Mittelstand wert?

Von WOLFGANG ROTH

Die SPD ist eine Volkspartei. Deshalb hat sie Platz für Selbständige in Handel, Handwerk, in den freien Berufen und in den kleinen und mittleren Unternehmen und vertritt ihre Interessen mit. Dies ist ungeachtet der Tatsache richtig, daß die SPD aus der Arbeiterbewegung entstanden ist. Wahrscheinlich wissen auch viele Sozialdemokraten nicht, daß August Bebel ein selbständiger Drechslermeister und Friedrich Ebert ein selbständiger Sattler war.

Viele Gemeinderäte, viele Stadtverordnete der SPD sind Handwerker oder Freiberufler. Die SPD hat sowohl programmatisch als auch in ihrer praktischen Politik die Bedeutung der Selbständigen für Gesellschaft und Wirtschaft seit langem erkannt.

Als ein Beispiel erwähne ich den 1979 auf dem Berliner Parteitag einstimmig angenommenen Leitantrag zur Selbständigenpolitik, in dem betont wird, daß die Existenz und die Förderung von Selbständigen nach unserer Auffassung „ein wesentliches Element zur Sicherung und zum Ausbau einer freiheitlichen Gesellschaft" darstellt.

Diese Auffassung hat ihren konkreten Niederschlag in der Politik sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen gefunden. Wir sollten nicht vergessen, daß erstmals in der Bundesrepublik unter Willy Brandt ein in sich geschlossenes selbständigenpolitisches Konzept entwickelt worden ist.

Ich meine die „Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen", mit denen zugleich ein Aktionsprogramm mit konkreten Maßnahmen zur Leistungssteigerung vorgelegt wurde.

Auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms sind wichtige Initiativen zur Stärkung der Existenz und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Selbständiger durchgesetzt worden.

Ich erinnere zum Beispiel an die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige, an die zweite und vierte Kartellgesetznovelle, durch die Marktchancen kleiner Selbständiger insgesamt verbessert wurden. Oder an die mehrfachen steuerpolitischen Entlastungen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, die dazu geführt haben, daß zwei Drittel aller Betriebe von der Gewerbeertragsteuer und über 80 Prozent von der Gewerbekapitalsteuer befreit wurden. Die Lohnsummensteuer wurde ganz abgeschafft. Die konkreten Ergebnisse der Selbständigenpolitik sozialdemokratisch geführter Regierungen halten den Vergleich mit konservativen Regierungen allemal aus.

Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen sind wirtschaftlich nicht generell schwächer als Großunternehmen. Ihre Flexibilität, ihre besondere Fähigkeit, sich rasch und unbürokratisch an Veränderungen am Markt und technische Neuerungen anzupassen, ist bekannt.

Die Selbständigen brauchen also keinen Naturschutzpark oder besondere Schutzrechte. Worauf es ankommt, ist Nachteile abzubauen, die diese Unternehmen gegenüber Großunternehmen haben.

Dies bedeutet zum Beispiel in der Wettbewerbspolitik die Begrenzung der Marktmacht von Großunternehmen; die bisherigen Instrumente des Kartellrechts reichen nicht aus, um Fehlentwicklungen wirksam zu bekämpfen. Wir fordern deshalb eine weitere Verschärfung der Fusionskontrolle und Entflechtungsregelungen.

Gezielte Maßnahmen sind auch für den Vernichtungswettbewerb im Einzelhandel erforderlich; dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die „Sonderkonditionen", die große Handelsunternehmen aufgrund ihrer Macht von ihren Lieferanten „erpressen".

Nachteilsausgleich bedeutet Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen bei der Kapitalbeschaffung und Verbesserung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, zum Beispiel durch Bildung einer steuerfreien Investitionsrücklage.

Statt – wie die Bundesregierung dies tut – durch Vermögensteuersenkungen die Kassenlage prosperierender Großunternehmen zu verbessern, ist die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage ein echter Nachteilsausgleich.

Denn kleine Betriebe haben in der Regel größere Schwierigkeiten als Großunternehmen und Konzerne, die notwendigen Eigenmittel zur Finanzierung ihrer Investitionen anzusammeln. Hier hilft die steuerfreie Investitionsrücklage, die den kleinen und mittleren Selbständigen die Möglichkeit einräumt, Gewinne für Investitionsvorhaben anzusparen.

Unsere Volkswirtschaft wird ausschlaggebend von kleinen und mittleren Selbständigen und Unternehmen geprägt: 99,8 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (ohne Landwirtschaft) sind nach jüngsten statistischen Untersuchungen kleine (bis 49 Beschäftigte, Umsatz bis eine Million Mark pro Jahr) und mittlere Betriebe (50 bis 499 Beschäftigte, Umsatz eine bis 100 Millionen Mark pro Jahr).

Rund 66 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind in diesen Unternehmen tätig. Ohne die Mitarbeit dieser Selbständigen werden wir die zentralen Herausforderungen, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft, nicht bewältigen.

Um diese drängenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aufgaben verwirklichen zu können, sind öffentliche und vor allem private Investitionsanstrengungen erforderlich. Diesen Prozeß wollen wir unterstützen. Zwei Beispiele:

Um die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen gezielt zu stärken, wollen wir, wie bereits erwähnt, die Einführung der steuerfreien Investitionsrücklage und, ein anderes Beispiel: Wir fordern die Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt", um in einer Gemeinschaftsanstrengung schrittweise die alte Last auf der Umwelt und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Mit diesem, auf zehn Jahre angelegten, solide finanzierten Umweltschutz-Investitionsprogramm verbessern wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und schaffen zusätzlich jährlich bis zu 400 000 neue Arbeitsplätze. Arbeit und Umwelt sind keine Gegensätze; im Gegenteil. Die Verbesserung des Umweltschutzes ist beschäftigungsfreundlich und schafft neue Betätigungsfelder, gerade für die kleinen Unternehmen.

Der Autor ist wirtschaftspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

TECHNISCHE SICHERHEIT / Freie Sachverständige bieten sich als Alternative an

TÜV-Monopol ist mittelstandsfeindlich

Von HENNER HÖRL

In unserer freien Marktwirtschaft sind Wettbewerb und Leistungsvergleich das Normale und haben sich bestens bewährt.

Wie kommt es eigentlich, daß sich die Erkenntnis von den segensreichen Wirkungen des Wettbewerbs bisher so gut wie nicht im Bereich der Prüftätigkeiten der Technischen Überwachungs-Vereine (TÜV) niedergeschlagen hat? Daß „die automobile Gesellschaft die TÜV-Überwachung bejaht" – so der Vorsitzende der Geschäftsführung des TÜV Rheinland in „auto motor sport" –, könnte ja wohl nur dann als Begründung für TÜV-Monopole ausreichen, wenn es Alternativen gäbe. Indessen hat der Gesetz- und Verordnungsgeber den TÜV im Laufe ihrer über 100jährigen Geschichte auf den verschiedensten Gebieten teils lupenreine, teils Quasi-Monopole übertragen, die dem TÜV eine überaus gesunde wirtschaftliche Entwicklung garantieren.

Die TÜV werden vielfach für staatliche Organe gehalten, zu Unrecht. „TÜV-Beamter" ist keine seltene, trotzdem falsche Bezeichnung der TÜV-Prüfer. Denn die TÜV sind rein privatrechtlich organisierte eingetragene Vereine wie jedes andere private Unternehmen auch.

Die TÜV besitzen heute Prüfmonopole vor allem im Bereich der Prüfung sogenannter überwachungspflichtiger Anlagen gemäß Paragraph 24 GewO; vor allem für die Prüfung von Dampfkesselanlagen, Druckbehältern und Druckgasbehältern und Aufzugsanlagen. Eine tatsächliche oder rechtliche Monopolstellung haben die TÜV außerdem bei den Prüfungen im atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren sowie im Bereich der Unfallverhütung aufgrund zahlreicher Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften.



Henner Hörl ist seit 1981 Geschäftsführer der Gesellschaft für technische Überwachung mbH, Stuttgart. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Würzburg und Berlin. 1971 legte er sein Assessorexamen in München ab.

Besonders bedeutsam sind die Prüfmonopole der TÜV im Bereich des Kraftfahrtwesens. Dort besitzen die TÜV lupenreine Prüfmonopole bei der Prüfung eines jeden Fahrzeugtyps zur Erteilung der Allgemeinen Betriebserlaubnis (ABE) sowie eines Einzelfahrzeugs und auch einzelner Teile gemäß Paragraph 19 ff StVZO. Außerdem besitzen sie ein Quasi-Monopol bei der periodischen regelmäßigen Fahrzeugüberprüfung nach Paragraph 29 StVZO. Allein aus der Prüftätigkeit im Bereich des Kraftfahrtwesens erzielen die TÜV jährlich Einnahmen von mehr als 600 Mill. DM.

Volker Emmerich hat in einer kürzlich veröffentlichten Abhandlung über „Sicherheit und Wettbewerb" nachgewiesen, daß die zentralen Prüfmonopole der TÜV bereits vor dem Ersten Weltkrieg eingeführt und daß den TÜV trotz heftiger Bemühungen, z. B. bei der Verabschiedung des Atomgesetzes im Jahr 1958, keine weiteren Prüfmonopole mehr eingeräumt worden sind, von einigen Bestimmungen auf dem Sektor der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften abgesehen.

Die TÜV-Prüfmonopole sind deshalb mit Recht als Anachronismus aus dem vorigen Jahrhundert bezeichnet worden. Die Prüfmonopole sind darüber hinaus wegen ihrer anderen Mitbewerber in den Grundrechten beeinträchtigende Werbungen und verfassungswidrig (Art. 12 und Art. 3 GG), wie am Beispiel der Kraftfahrzeugprüfung dargestellt werden kann:

Die knapp zwölf Mill. Fahrzeugprüfungen (ohne Abgassonderuntersuchung), zu denen die Halter im Jahr 1985 gemäß Paragaph 29 StVZO verpflichtet waren, wurden durchgeführt (Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt):

– zu 64,7 Prozent von den Technischen Prüfstellen der TÜV

– zu 14,6 Prozent von der sogenannten Freiwilligen Kraftfahrzeug-Überwachung (FKÜ) der TÜV

– zu 20,7 Prozent von zwei anderen, teils nur regional anerkannten Überwachungsorganisationen.

Neben ihrer Prüftätigkeit nach Paragraph 29 StVZO bieten die TÜV auch andere Kfz-Sachverständigen-Dienstleistungen an, für die sie keine amtliche Anerkennung besitzen, für die auch keine amtliche Anerkennung erforderlich ist, wie z. B. Unfallschadensgutachten, Bewertungsgutachten und Prüfgutachten. Sie und auch die Überwachungsorganisation Dekra machen dabei insbesondere allen freiberuflichen Kfz-Sachverständigenbüros, durchweg mittelständischen Unternehmen, die diese Dienstleistungen seit Jahrzehnten anbieten, massiven Wettbewerb.

Bei ihrer Werbung für die freien Sachverständigen-Dienstleistungen verweisen die TÜV auf ihre Stellung als hoheitlich beliehene Unternehmen und haben sogar schon „Paketpreise" angeboten. Es versteht sich von selbst, daß auch qualifizierteste mittelständische Sachverständigenbüros solchen staatlich sanktionierten Präferenzen auf Dauer nicht standhalten können. Die TÜV-Monopole sind deshalb ausgesprochen mittelstandsfeindlich, wie die Marktanteilsverluste der freiberuflichen Sachverständigen auch eindeutig belegen.

WELT-Gespräch mit dem Vorstandsmitglied einer Assekuranz, Jens Kiencke

Privatversicherung ist kein Luxus

Das Gespräch führte Dietrich Rollmann mit dem Vorstandsmitglied der Deutschen Krankenversicherung-Aktiengesellschaft in Köln, Jens Kiencke.

WELT: Herr Kiencke, worin liegt heute die Bedeutung der privaten Krankenversicherung für den selbständigen Mittelstand?

Kiencke: Eine der Grundideen der privaten Krankenversicherung ist die Bewahrung und der Ausbau der individuellen Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen. Ein Merkmal übrigens, das auch die Existenz des selbständigen Mittelstandes garantiert. Normierte Angebote – wie sie beispielsweise in einer Planwirtschaft gang und gäbe sind – haben in der Regel Innovationsmüdigkeit und eine „Verödung" des Marktes zur Folge.

Erst unternehmerische Initiative ermöglicht die Vielfalt des Angebotes, das wir in unserer Marktwirtschaft täglich erleben. Insoweit begegnen sich die Interessen der privaten Krankenversicherung und des selbständigen Mittelstandes. Durch das individuell geprägte Spektrum des Versicherungsangebots, wird es jedermann möglich, den Versicherungsschutz nach seinen eigenen, persönlichen Bedürfnissen zusammenzustellen …

WELT: … und für den Arbeitnehmer?

Kiencke: Ich habe das in meiner ersten Antwort schon angedeutet: Für Arbeitnehmer gilt grundsätzlich das gleiche. Angestellte, die – im Jahr 1986 – ein jährliches Einkommen von 50 400 Mark und mehr haben, können sich rundum privat krankenversichern. Bei gewerblichen Angestellten sieht das etwas anders aus. Sie sind – unabhängig von der Höhe ihres Verdienstes – pflichtversichert in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Trotzdem müssen auch sie nicht auf ein wenig mehr Komfort verzichten – die private Krankenversicherung bietet ihnen zum Beispiel eine Zusatzversicherung für einen notwendigen Krankenhausaufenthalt. Behandlung durch den Chefarzt, ein Ein- oder Zweibettzimmer sind Wahlmöglichkeiten, die einen Aufenthalt im Krankenhaus wesentlich erträglicher machen …

WELT: Viele Bürger meinen, daß sie sich in der gesetzlichen Krankenversicherung besser stehen …

Kiencke: Vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet?

WELT: Nicht nur – aber vorwiegend.

Kiencke: Ich will hier kein Rechenexempel aufmachen. Aber soviel möchte ich doch sagen: Eine private Krankenversicherung ist kein finanzieller Luxus.

Dafür sprechen schon die rund acht Millionen Menschen, die in der einen oder anderen Form bei einem der privaten Krankenversicherungs-Unternehmen versichert sind. Das sind nicht alles Millionäre! In vielen Fällen ist der Versicherungsschutz bei einem privaten Krankenversicherer sogar preiswerter als bei der Gesetzlichen.

Und bedenken Sie bitte, mit dem privaten Versicherungsschutz erwerben Sie zusätzlich auch noch den Status des Privatpatienten beim Arzt und beim Zahnarzt, in Praxis und Klinik. Ein Vorteil, der sicher hoch einzuschätzen ist.

WELT: Welche Vorteile sind das?

Kiencke: Mit unseren 100-Prozent-Tarifen bieten wir einen umfassenden Versicherungsschutz für den Krankheitsfall.

Die Kostenübernahme also für medizinisch notwendige Heilbehandlung, die Erstattung des Verdienstausfalls von einem vorher vereinbarten Termin an bei länger dauernder Erkrankung.

Und – ich wiederhole es noch einmal – das alles bei einer Behandlung als Privatpatient. Wer darüber hinaus noch ein bißchen mehr tun will, kann auch noch ein Krankenhaustagegeld versichern, das in vereinbarter Höhe für jeden Tag eines Krankenhausaufenthaltes gezahlt wird.

Noch ein Wort zum Beitrag – auch er kann auf die individuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten zugeschnitten werden. So gibt es Tarife, die bei ambulanter Behandlung eine Selbstbeteiligung des Versicherten bis zu einer Höchstgrenze vorsehen. Dadurch lassen sich die Beiträge zum Teil erheblich vermindern.

Und weil wir gerade beim Beitrag sind: Viele Krankenversicherer – so auch die DKV – zahlen ihren Versicherten bei Bestehen einer Krankheitskosten-Vollversicherung eine Beitragsrückerstattung, wenn sie die Versicherung ein Jahr oder länger nicht in Anspruch genommen haben. Bei der DKV können das bis zu fünf Monatsbeiträge sein – also 42 Prozent eines Jahresbeitrages.

WELT: Gibt es spezifische Versicherungsarten für Selbständige?

Kiencke: Ja – da sind zum einen die Gruppenverträge, die wir mit vielen Berufsverbänden der freien Wirtschaft abgeschlossen haben. Das vereinfachte Abrechnungsverfahren bringt natürlich auch Beitragseinsparungen mit sich. Aber wir können auch noch etwas anderes bieten: Unternehmer, die Angestellte haben, können die Lohnfortzahlung bei Erkrankung dieser Mitarbeiter durch den Abschluß einer speziellen Tagegeldversicherung absichern.



Jens Kiencke FOTO: DIE WELT

WELT: Die Vielzahl der privaten Krankenversicherungen, die Vielfalt der Tarife … Wie soll sich da ein gewöhnlicher Sterblicher überhaupt noch zurecht finden?

Kiencke: Ein individuelles Angebot von Krankenversicherung setzt natürlich eine größere Vielfalt von Tarifen voraus. Das ist sicher dann nicht nötig, wenn man alles über einen Kamm schert.

Aber ich sehe in dieser Vielfalt kein so großes Problem: Bei einer ordentlichen Analyse des Bedarfs wird eine gute Beratung durch einen Außendienstmitarbeiter immer zu einer optimalen Lösung führen. Und die von Ihnen genannte Vielzahl der Krankenversicherer garantiert eigentlich das, was man auch von einer Vielzahl von Mittelständlern sagen kann: Konkurrenz belebt das Geschäft …

WELT: Private Krankenversicherer haben vor einigen Jahren eine Krankenhausbetreibungsgesellschaft, die Sana, gegründet. Welche Erfahrungen hat man damit gemacht? Können diese Krankenhäuser Vorbild für eine Kostendämpfung im Krankenhauswesen sein?

Kiencke: Lassen Sie mich hier den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Sana, meinen Vorstandskollegen Dr. Horst Gittermann zitieren: „Wir wollen mit dieser privaten Klinikkette beweisen, daß es möglich ist, ein wenig mehr Komfort zu bieten und das bei einem Pflegesatz, der unter dem vergleichbarer Krankenhäuser liegt." Ich glaube, dem brauche ich nichts hinzuzufügen.

WELT: Wie sehen Sie das Problem der Kostendämpfung im Gesundheitswesen und welchen Beitrag können die privaten Krankenversicherungen dazu leisten, daß die Kosten unseres Gesundheitswesen nicht immer weiter steigen?

Kiencke: Sie schneiden hier ein Kernproblem an. Aus unserer Sicht tut ein Umdenken not. Ein Umdenken bei allen im Gesundheitswesen Verantwortlichen und Betroffenen. Ein Krankenversicherung ist nun einmal keine Sparkasse, aus der man mit Zins und Zinseszinsen alles oder gar mehr wieder herausholen kann. Sie ist und bleibt eine Risikoversicherung, die finanzielle Schwierigkeiten beim Krankheitsfall vermeiden soll.

Und deshalb appellieren wir seit Jahren auf unterschiedlichste Arten an unsere Versicherten, unnötige Risiken zu vermeiden. Denn – sagen wir es mal mit einem praktischen Vergleich: Wir können – wie jeder gute Hausvater – nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen.

Die Alternative der Beitragserhöhung ist aus unserer Sicht die schlechteste. Denn irgendwo ist die finanzielle Belastung des einzelnen auch nicht mehr erträglich. An unsere Versicherten appellieren wir, weil sie unsere Vertragspartner sind. Nicht die Ärzte, nicht die Krankenhäuser oder die Verbände.

WELT: Weil Sie gerade von den Ärzten sprechen – in den vergangenen Jahren war das Verhältnis zwischen den privaten Krankenversicherungen und den Ärzten nicht immer das beste. Wie stellt sich das heute dar?

Kiencke: Unser Verhältnis zu den Ärzten war – übers ganze betrachtet – eigentlich nie schlecht. Natürlich gibt es da schon mal unterschiedliche Auffassungen, wie zum Beispiel bei der Einführung der neuen Gebührenordnung für Ärzte, der GOA '82. Sie brachte eine Aufwertung der ärztlichen Tätigkeit und eine etwas geringere Bewertung der „Geräte-Medizin" mit sich.

Da hat es durchaus etwas Aufregung gegeben. Aber das hat sich inzwischen gelegt – beide Seiten leben heute zufriedenstellend damit. Ein Beweis dafür sind die weiter bestehenden zahlreichen Gruppenverträge der DKV mit Organisationen der Ärzte und Zahnärzte.

WELT: Die Pflegefallversicherung ist seit einiger Zeit ins Gespräch gekommen. Sie ist wohl auch politisch umstritten. Was ist Ihre Meinung dazu?

Kiencke: Wenn ich ins Nachbarland Holland sehe – dort gibt es eine staatliche Pflegefallversicherung – dann kann einem schon angst und bange werden.

Dort hat sie nämlich ihre eigene Nachfrage produziert mit dem Ergebnis, daß die Kosten explodieren. Die DKV hat sich daher zum Angebot einer Pflegekrankenversicherung auf Tagegeldbasis entschlossen, bei der auch und gerade die häusliche Pflege gefördert wird.

Über die Entwicklung dieser Art der Pflegefallversicherung kann ich Ihnen naturgemäß noch nichts sagen. Dazu ist sie noch zu jung auf dem Markt …

WELT: Zum Schluß eine Frage zu dem Unternehmen, in dem Sie Vorstandsmitglied sind. Welche Entwicklung hat die DKV in den vergangenen Jahren genommen?

Kiencke: Stetiges und in letzter Zeit noch verstärktes Wachstum der DKV beweisen nach meiner Auffassung das Vertrauen, das die Versicherten zu „ihrer DKV" haben.

Die wirtschaftliche Situation dokumentiert sich am besten darin, daß alljährlich stattliche Überschüsse erwirtschaftet werden, die zum allergrößten Teil wieder – etwa in Form der Beitragsrückerstattung – an die Versicherten zurückfließen.

2,2 Millionen Versicherte – das ist eine Zahl, mit der sich das Vertrauen zur DKV ausdrückt, besser als man das mit jeder anderen Zahl aus der Bilanz ausdrücken könnte …

AGRARWIRTSCHAFT / Brüsseler Kassen sind leer

Bauern erhalten die höchsten Subventionen

Absurdes Theater" schleudert der Altmeister der deutschen Agrarwissenschaft, Prof. Hermann Priebe, der Agrarpolitik entgegen. Hat er Recht?

Keine Bevölkerungsgruppe erhält so viel aus der Staatskasse, wie die Landwirtschaft. Trotzdem herrscht Existenzangst unter den Bauern. Die Agrarproduktion quillt über, die Brüsseler Kassen sind leer und der Steuerzahler fühlt sich ebenso gefoppt wie die Bauern, denn vom staatlichen Milliardensegen landen bestenfalls 20 bis 30 Prozent bei ihnen. Der Rest wird für Einlagerung, Verarbeitung und Verschleuderungsaktionen im In- und Ausland verschlungen.

So subventioniert die EG beispielsweise den Ostblock mit Agrarbilligexporten (!). Obwohl die Zahl von Menschen und Betrieben in der Landwirtschaft drastisch zurückging, stiegen Produktion und Subventionen kräftig. Zählt man alle direkten und indirekten Subventionen für den Agrarbereich zusammen, so entspricht dies etwa dem Wert der landwirtschaftlichen Produktion in der Bundesrepublik. Hinzu tritt ein starker Verdrängungswettbewerb von Agrarfabriken und landwirtschaftlichen Großbetrieben gegen die bäuerlichen Familienbetriebe. Das kann doch nicht alles richtig sein?

Bei der Schaffung des gemeinsamen Agrarmarktes der EG ging es vordringlich um die Steigerung der Produktion und um einen hohen Selbstversorgungsgrad. Die Instrumente waren unbegrenzte Absatzgarantien, staatlich festgesetzte Preise und Verteuerung der Importe.

Das Marktrisiko war somit für die Bauern ausgeschaltet. Einkommenssicherung heißt das politische Ziel. Heute haben wir Überproduktion, einen tiefgreifenden Wandel von Struktur und Produktionsmethoden der Landwirtschaft. Zahlreiche neue Konfliktbereiche sind die Folge: Umweltbelastung, Vordringen von Agrarfabriken, Bodenerosion, zweifelhafter Gesundheitswert von Nahrungsmitteln. Das Marktordnungssystem der EG mit seiner Hochpreispolitik steht dieser Entwicklung, die bereits zu Beginn der 70er Jahre offen zu erkennen war, immer noch nahezu machtlos gegenüber.

Landwirtschaftsminister Kiechle hat ein schlimmes Erbe übernommen. Selbst NRW-Landwirtschaftsminister Matthiesen (SPD) räumte kürzlich ein, auch die SPD habe in den 70er Jahren gesündigt. Aber hat Kiechle auch ein wirksames Gegenkonzept?

Wir würden wohl immer noch nicht über die Systemfehler des EG-Agrarmarktes diskutieren, hätten die Finanzminister nicht den ausufernden Agrarausgaben ein entscheidendes Nein entgegengesetzt. Nur der Zwang leerer Kassen hat die Voraussetzungen für ein Umdenken geschaffen.

Brüssel kann die wachsenden Überschüsse nicht mehr bezahlen. Deswegen konzentriert sich jetzt alles auf deren Abbau. Aber sind damit schon die Probleme gelöst?

Zentraler Angelpunkt der Agrarpolitik ist die Preisstützung. Das Landwirtschaftsgesetz legt fest, daß der Staat für die Parität der Einkommen von Landwirtschaft und einem „gewerblichen Vergleichslohn" zu sorgen hat. Hohe Agrarpreise sind auch weiterhin erklärtes Ziel von Brüssel und Bonn – mit Ausnahme des Streits um den Getreidepreis.

Wer hat eigentlich etwas von den hohen Preisen? Es ist logisch, daß hohe Agrarpreise für Zu- und Nebenerwerbsbetriebe ein geringeres Gewicht haben. Denn diese Bauern verfügen noch über zusätzliche Einnahmequellen. Also sind hohe Preise für Intensivbetriebe und für den größeren Betrieb von Interesse. Dies gilt auch für die Mehrwertsteuer-Subventionen von rund drei Mrd. DM im Jahr. Dieser Effekt widerspricht aber den Zielen der Mengenbegrenzung und der Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe. Er durchkreuzt auch die Wirkung von Flächenstillegungssubventionen, da der Anreiz zur Mehrproduktion durch hohe Preise für die verbliebenen Betriebe bestehen bleibt.

Verschwendung des Volksvermögens

Damit wird deutlich: Überhöhte Agrarpreise führen zu Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen. Sie steigern die Produktion, fördern den Intensivanbau, die Umweltbelastung und Fehlinvestitionen.

Solange der Agrarpreis seiner doppelten Steuerungsfunktion für Einkommen und Marktgleichgewicht beraubt wird, solange befindet sich die Agrarpolitik auf dem Irrweg.

Die Begrenzung der Milchproduktion von 1984 mit Quoten für jeden einzelnen Betrieb zeigt einen unheilvollen Wendepunkt: Neben die staatliche Preisfestsetzung ist jetzt die staatliche Bewirtschaftung der Produktionsmenge getreten. Dies ist zwar logisch, denn Garantiepreise ohne Mengenbegrenzung erzeugen nun einmal Butterberge und Milchseen. Aber mit Marktwirtschaft hat das alles nicht das geringste zu tun.

Das ist platter bürokratischer Interventionismus. Ein freier Markt würde über den Preis die erforderlichen Korrekturen schnell herbeiführen. In der EG dagegen sind die Agrarminister und die Brüsseler Bürokratie dafür zuständig. Wieder einmal wird der Januskopf des Dirigismus sichtbar. Jeder Eingriff gegen den Markt gebiert neue Eingriffe – ein ständiges Credo des unvergessenen Ludwig Erhard.

Heute steht die Agrarpolitik vor der Grundsatzentscheidung: mehr Markt oder staatliche Bevormundung durch Mammutbürokratien bis ins Detail. Für die Agrarwirtschaft ist heute das Jahr 1948. Was Ludwig Erhard damals durchsetzte, steht heute für die Landwirtschaft auf der Tagesordnung.

Jedermann sollte eigentlich wissen, daß die Bewirtschaftung der Agrarprodukte noch weniger berechenbar ist als die der Industrieproduktion. Gegen die Natur ist die Planung machtlos.

Massentierhaltung muß zurückgedrängt werden

Den besten Beweis dafür liefern alle zentralverwalteten Volkswirtschaften des Ostens. Der dirigistische Weg ist ein Irrweg. Die Bauern müßten dieses Experiment an seinem Ende teuer bezahlen.

Was tun?

Die Frage muß also heißen: Wie können die Landwirte an die freie Luft der Marktwirtschaft herangeführt werden unter gleichzeitiger Beachtung gesellschaftlicher Ziele und der Anteilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung.

Die Lösung könnte in einer Annäherung an die Weltmarktpreise liegen. Damit sind nichtmengenbezogene direkte Subventionen an die Bauern zu verbinden. Dazu bedarf es einer verbindlichen Anerkennung zusätzlicher Ziele, wovon letztlich der Umfang der direkten Einkommenshilfe und weiterer Maßnahmen abhängen:

– Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes,
– Erhaltung einer vielfältigen Agrarstruktur (d. h. Zurückdrängung der Massentierhaltung und der monotonen Großflächen-Intensiv-Nutzung),
– Beseitigung der Überproduktion,
– Verringerung der Umweltbelastung.

Ein derart begründeter Solidarbeitrag der Gemeinschaft würde es erlauben, die ausgefahrenen und unrentablen Gleise der Agrarpolitik zu verlassen, weiteres Unheil zu vermeiden und sie wieder in Übereinstimmung mit unserer Wirtschaftsordnung sowie sozialen und ökologischen Erfordernissen zu bringen.

H.-H. LUTZKE

Gewinne in der Zange
Gesamtsteuerbelastung der einbehaltenen Unternehmensgewinne in %

Land	%
BR Deutschland	70
Frankreich	64
Japan	60
Schweden	57
USA	54
Niederlande	48
England	45
Schweiz	39

Deutsche Unternehmen werden im Vergleich zu anderen westlichen Ländern am stärksten zur Ader gelassen. QUELLE: GLOBUS

DAS PORTRÄT / Ein Manager von beachtlichem Selbstvertrauen, der andere Firmen erfolgreich vermarktet: Moritz Hunzinger

Ein Dienstmann in Sachen Public Relation

Von HEINZ DIERCHEN

PR ist, wenn man morgens in der Zeitung steht" – treffender als Moritz Hunzinger, PR-Berater, Inhaber und Chef der Moritz Hunzinger Public Relations, läßt sich das Agenturgeschäft nicht in eine Formel fassen. Es geht nur noch kürzer: „PR ist Moritz Hunzinger" oder noch besser: „Moritz Hunzinger ist PR".

Dieser Mann, der seit acht Jahren keinen Urlaub gemacht hat, sieht nicht nur blendend aus, er steht mit seiner Beratungsgesellschaft auch ebenso da. Ein Typ, der nahtlos in das „manager magazin" und in die „Männer Vogue" paßt: erfolgreich, sympathisch und von einem umwerfenden Selbstvertrauen.

Seine Geschäftstüchtigkeit zeichnet sich durch Können aus und nicht durch Hemdsärmeligkeit. Hunzinger produziert den Erfolg, und nicht selten zelebriert er ihn gar: „Ich bitte tausendmal um Entschuldigung", ruft er einem Gesprächspartner durch die Telefonmuschel zu, den er mit seinem Rückruf hat warten lassen. Er verpackt die seltenen Fehler charmant.

Freitagabend um halb sieben: Ich bin noch lange nicht der letzte Besucher. In der Agentur geht es zu wie in einem gewerkschaftsfreien Bienenhaus: fleißige Betriebssamkeit, doch keine Hektik. Ein letztes Durchchecken der laufenden Aktionen, Absprachen fürs Wochenende. Zwischendurch wird eine Beuys-Grafik angeliefert, die sich Hunzinger „gegönnt" hat. Kein Mitarbeiter schielt nach der Feierabenduhr.

Das Chefzimmer strahlt zeitlose Eleganz aus: Sitzmöbel, Schreibtisch, eine Zimmerpalme und wenige Sideboards, praktisch und übersichtlich angeordnet. Alles, was Hunzinger braucht, wird ihm gebracht. Seine Informationen holt er sich durchs Telefon. Drei Apparate mit einem Dutzend Amtsleitungen stehen neben der Gegensprechanlage, die ihn mit Mitarbeitern und Servicebetrieben verbindet.

Alle drei bis vier Minuten ertönen die akustischen Rauchzeichen des 20. Jahrhunderts. Hunzinger spricht, so scheint's, mit Gott und der Welt. Immer kurz und präzise, aber fröhlich und verbindlich. Der PR-Berater bräuchte kaum Zeitung zu lesen, er hat seine Informationen aus erster Hand und bevor sie gedruckt werden. Seine Drähte – zumal nach Bonn und Washington – glühen. Prominentenfotos mit Widmungen „schmücken" seinen Arbeitsraum.

Das Phänomenale: Hunzinger „kann" fast mit jedem. Obwohl selbst Vorstandsmitglied der CDU-Sozialausschüsse, kennt er in geschäftlichen wie privaten Dingen keine parteipolitischen Grenzen. Seine Verbindungen in der Politik tragen die Couleur der maßgeblichen im Bundestag vertretenen Parteien. Daß er bei seiner Klientel die Politik außen vorläßt, versteht sich von selbst.

Moritz Hunzinger hat den Stoff, aus dem die Erfolgsmenschen unserer Zeit gemacht sind: Präsenz, Gelassenheit und Disziplin. Sein Erfolgsgeheimnis: Aussagen treffen, die geprüft und nachprüfbar sind; telefonisch erreichbar sein – ob im Auto oder im geleasten Firmenjet; die Nachschubwege für Material und Informationen kennen; überall präsent sein, wo sich die richtigen Leute treffen; und immer mal zwei Minuten Zeit haben, um über getroffene Entscheidungen nachzudenken und zu prüfen, ob alles klappt. Wenn Hunzinger weiter mit „high speed and everything under control" auf der Traumstraße der PR-Agenturen fährt, wird er bald als „Mann des Jahres" die Titelseiten der einschlägigen Wirtschaftsmagazine schmücken.

Freie Berufe

Bereich	Anzahl	Berufe
Medizin und Gesundheit	138.000	Tierärzte, Heilpraktiker, Hebammen, med. Therapeuten, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker
Anwälte, Steuer- u. Wirtschaftsberater	92.000	Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Anwälte und Notare, Unternehmensberater
Künstler und Journalisten	60.000	Übersetzer, Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Designer
Architekten und Ingenieure	52.000	Architekten, Chemiker, Lotsen, Beratende Ingenieure, Sachverständige jeder Art

Stand Anfang 1986: insgesamt ca. 342.000 Personen

imu 86 02 13

Ein Senkrechtstarter möchte Moritz Hunzinger nicht genannt werden. Eher ist er ein Selfmademan. Daß man auch ohne Abitur etwas werden kann, dafür ist seine Vita der beste Beweis: Als Jugendlicher zwei Jahre in den USA, daher wohl seine Weltoffenheit, seine ungezwungene, direkte Art, sein „Feeling" für Kontakte und Geschäfte.

Dann die ersten PR-Schritte bei McCann, heute ein exklusiver Kunde. Kurzvisiten bei den Agenturen JWT und FCB, ehe er die Pressearbeit einer großen Genossenschaft unter seine Fittiche nimmt.

Er macht sich selbständig und die Branche ist baß erstaunt über den Newcomer: „Heute können wir praktisch alles machen", so Hunzinger über seinen Service. Bald wird er vom Branchenblatt New-Business „Tausendsassa" genannt. Spektakulärste Aktion: die Einführung der mittlerweile meistverkauften Uhr der Welt: Swatch. Sie brachte ihm einen Eintrag ins Guiness-Buch der Rekorde.

Darüber hinaus macht er PR für Avon, General Biscuits-De Beukelaer, den Deutschen Süßwarenverband, betreut einzelne Aufgaben für drei im Bundestag vertretene Parteien, macht PR für die wesentlichen Verkehrsträger in der Bundesrepublik.

Seine Gesprächs- und Geschäftspartner sind die „Top Executives", die Entscheidungsträger selbst. Er kennt die ersten Adressen und stellt Kontakte zu ihnen her. Hunzinger hat das Kunststück fertiggebracht, PR und Lobbying zu verschmelzen, in eine neue Form zu gießen, eben in die Moritz Hunzinger Public Relations. Kompromißlos in Service als Dienstleistung hat er sich vorgenommen, bei Entscheidungsträgern Wohlwollen zu gewinnen, Ereignisse zu schaffen, die berichtenswert sind und athmosphärische Öffentlichkeitsarbeit für Unternehmen, Institutionen und Persönlichkeiten zu gestalten.

Seine Dienstleistung versteht Hunzinger nicht als unkritisch aufopferungsvoll, sondern er bietet einen engagierten Service. Er nennt es „den richtig guten anderen Service". Das unterscheidet ihn von herkömmlichen Agenturen. Er denkt nicht nur mit, er denkt voraus, und er denkt sogar schön voraus. Das Schöne meint hier das Athmosphärische, eben die Ereignisse, die Hunzinger wie zufällig zauberhaft herbeischafft – ein meisterhafter Dramaturg und Regisseur.

Auf seine Organisation kann man sich verlassen. Nach dem Höhenflug gibt es immer eine sichere Landung. Der Fullservice dieses Dienstmannes erster Klasse hat seinen guten, aber reellen Preis. Er selbst stellt manche Zusatzleistungen gar nicht erst in Rechnung.

Von der Agenturgröße und von seinem Selbstverständnis zählt Moritz Hunzinger sich zum Mittelstand und setzt sich auch für dessen Stärkung ein. „Wenn es dem Mittelstand gut geht, geht es der ganzen Wirtschaft gut", so Hunzinger. Das könnte auch Ludwig Erhard gesagt haben.

Ebenso realistisch schätzt er den Wettbewerb in einer sozialen Marktwirtschaft ein: „Der eine gewinnt, der andere verliert."

Als Freiberufler, der er als PR-Berater ist, kämpft er für die Interessen seines Berufsstandes: „Die Gewerbesteuer für Freiberufler darf es nicht geben." Und daß man fürs Alter, Unfälle und Krankheit vorsorgen und sich entsprechend versichern muß, findet er zwar in Ordnung, doch auch hier müßte seiner Ansicht nach die steuerliche Anrechnung gerechter werden.

Schutz nach Maß

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei Krankenversicherungssysteme: die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die private Krankenversicherung (PKV). Ausschließlich privat versichern können sich Angestellte mit einem Gehalt oberhalb der Grenze, an der die Versicherungspflicht endet, sowie Freiberufler, Selbständige, Beamte und Studienanfänger. Mitglieder der gesetzlichen Kassen einschließlich Ersatzkassen können durch private Zusatzversicherungen ihren Schutz bei Krankheit ergänzen. Die private Krankenversicherung ist damit ein eigenständiger Teil der gegliederten Krankenversicherung.

Der Privatversicherte kann Arzt, Zahnarzt oder das Krankenhaus jederzeit frei wählen und wechseln. Darüber hinaus gilt der private Versicherungsschutz in ganz Europa einschließlich der Ostblockstaaten. Bei Reisen in außereuropäische Länder von mehr als einem Monat Dauer kann der Versicherungsschutz ohne Schwierigkeiten entsprechend erweitert werden. Dies ist besonders wichtig für Mittelständler, die ständig Kontakt zu Geschäftspartnern im Ausland pflegen müssen.

Wie sieht der Preis für den jeweiligen Versicherungsschutz aus? In der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Beiträge nach dem sogenannten Umlageverfahren berechnet, hier gilt das Solidaritätsprinzip. Wichtig ist vor allem die Einkommenshöhe: Wer mehr verdient, zahlt mehr Beitrag.

Das individuelle Risiko, also der Gesundheitszustand, spielt dabei keine Rolle. Der Versicherte kann seinen Beitrag selbst nicht beeinflussen. Die Beitragsbelastung wächst jedesmal dann, wenn die Beitragsbemessungsgrenze angehoben wird, oder wenn das Einkommen steigt.

Dagegen geht die PKV vom Äquivalenzprinzip aus. Sie erhebt risikogerechte Beiträge. Danach zahlt jeder Versicherte einen individuellen Beitrag. Wichtig für Mittelständler: Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse werden in der PKV bei der Festsetzung der Beiträge nicht berücksichtigt.

Eine wichtige Rolle im Leistungsgefüge vieler PKV-Unternehmen spielt die Beitragsrückerstattung. Die Versicherten können damit teilweise ihre Aufwendungen für den Versicherungsschutz zurückerhalten. Sie verzichten darauf, Bagatellschäden geltend zu machen, um den Anspruch auf eine demgegenüber höhere Rückerstattung nicht zu verlieren.

Die Rückerstattung von bis zu sechs Monatsbeiträgen führt zu einer erheblichen Beitragsersparnis. Die zurückgezahlten Beiträge werden steuerneutral behandelt.

Pluralität ist das Wesensmerkmal der Marktwirtschaft. Sie darf auch im Gesundheitswesen mit ihren besonderen Marktverhältnissen nicht fehlen. Wo Wettbewerb herrscht, gibt es Anreize, etwas besser, schneller, freundlicher zu machen, denn der umworbene Kunde hat ja Ausweich- und Auswahlmöglichkeiten. Sie entfallen bei einem Einheitsangebot.

HANNES TUTSCHKU

PFLEGEVERSICHERUNG / Bei Krankheit sind Selbständige besonders gefährdet

Vorsorge gegen plötzliche Armut

Von KLAUS BOHN

Pflegebedürftigkeit ist in zunehmendem Maße zu einem allgemeinen Lebensrisiko geworden, dessen finanzielle Folgen der einzelne immer seltener selbst tragen kann. Da weder die gesetzliche noch die private Krankenversicherung im Rahmen der Kostenversicherungen für die Aufwendungen bei Pflegebedürftigkeit aufkommt, die entstehenden Aufwendungen aber meist das eigene Einkommen übersteigen, müssen Vermögenswerte zur Finanzierung herangezogen werden.

Dies kann gerade bei Selbständigen besonders problematisch sein und die durch die Pflegebedürftigkeit des Betriebsinhabers ohnehin stark beeinträchtigten Betriebe in ihrer Existenz gefährden. Reichen eigene Vermögenswerte nicht aus, folgt der Weg zur Sozialhilfe, die – wenngleich als Rechtsanspruch im Bundessozialhilfegesetz verankert – von den meisten doch als deprimierender sozialer Abstieg gewertet wird.

Die Sozialhilfe ihrerseits greift nur nachrangig ein, d. h. sie holt sich gegebenenfalls von nahen Angehörigen ihr Geld soweit irgend möglich zurück. Trotz dieser Durchgriffsmöglichkeiten muß die Sozialhilfe immer häufiger einspringen.

Die Aufwendungen der Sozialhilfe für Pflegebedürftigkeit haben sich in den Jahren von 1970 bis heute von 1,1 Milliarden auf weit über sieben Milliarden mehr als versiebenfacht.

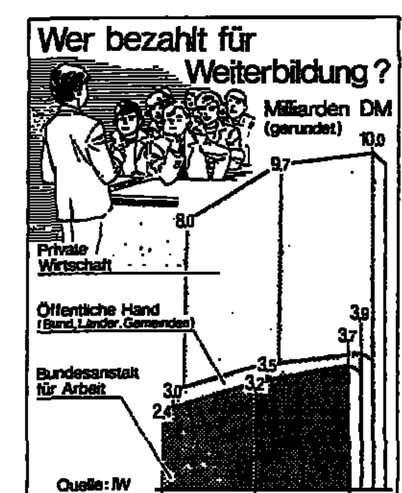
Die Kommunen sind finanziell überfordert

Die Kommunen als Träger der Sozialhilfe sind finanziell überfordert. Kein Wunder, daß die Diskussion über neue Möglichkeiten der Finanzierung der Pflegebedürftigkeit in den letzten Jahren ständig neuen Auftrieb erhalten hat.

Mittlerweile liegen von den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern Gesetzesinitiativen im Bundesrat vor. Auch die Bundesregierung selbst möchte in dieser Legislaturperiode aktiv werden, ein Gesetzentwurf ist von der Koalition angekündigt.

Die Diskussion neuer Lösungsansätze für die Finanzierung der Pflegebedürftigkeit ist prinzipiell durchaus positiv zu werten. Zu warnen ist jedoch vor Regelungen, wie sie mit der Einführung einer allgemeinen Pflegepflichtversicherung vom Bundesland Hessen gefordert werden.

Derartige Lösungen ignorieren sträflich das Subsidiaritätsprinzip: Sie sind deshalb ordnungspolitisch falsch und wegen der daraus resultierenden Sogwirkung auf die Leistungsinanspruchnahme auch bereits kurzfristig nicht finanzierbar.



Für Weiterbildung wurde noch nie soviel Geld ausgegeben wie 1985. Seit 1970 haben sich diese Ausgaben vervierfacht. QUELLE: GLOBUS

Seit Mitte 1985 gibt es zu den diskutierten gesetzlich geregelten Lösungsansätzen eine privatversicherungsrechtliche Alternative. Seit diesem Zeitpunkt bietet die private Krankenversicherung (PKV) eine neue Versicherungsform, die Pflegekrankenversicherung.

Damit besteht erstmals in unserem Lande auf breiter Basis die Möglichkeit, sich gegen die wirtschaftlichen Folgen der Pflegebedürftigkeit eigenverantwortlich abzusichern.

Die private Krankenversicherung setzt auf den mündigen Bürger, dem klargeworden ist, daß der Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten die Grenzen des Finanzierbaren mehrfach überschritten hat und mit der Einführung einer neuen Pflegeversicherung, die jährlich zweistellige Milliardenbeträge kosten wird, weiter überfordert würde.

Die private Krankenversicherung wird eine Vielzahl unterschiedlicher Tarifmodelle (im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Pflegekostenversicherung einerseits und um eine Pflegetagegeldversicherung andererseits) zur Absicherung des Pflegerisikos anbieten.

Alle Tarifmodelle folgen dem Grundsatz, die sozialpolitisch richtige und auch von den Betroffenen weit überwiegend gewünschte Pflege in den eigenen vier Wänden zu fördern.

Hoher Stellenwert in der Gesellschaft

Die private Krankenversicherung beweist mit ihrer Vorreiterrolle bei Lösungsangeboten zur Pflegefinanzierung ihr hohes sozialpolitisches Engagement und ihr Verantwortungsbewußtsein. Es bleibt zu hoffen, daß viele Bundesbürger diese Angebote der privaten Krankenversicherung annehmen.

Sie sorgen damit nicht nur für das jeden von uns bedrohende Risiko der Pflegebedürftigkeit vor, sondern demonstrieren damit auch, daß der Gedanke der Eigenvorsorge, der Eigenverantwortlichkeit, noch immer einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat.

Das deutlich zu machen und damit ordnungspolitisch und finanzpolitisch falsche Entwicklungen zu verhindern, ist eine lohnende Aufgabe, die gerade auch aus grundsätzlichen Überlegungen heraus von den Selbständigen unterstützt werden sollte.

Es bleibt zu wünschen, daß der Gesetzgeber, der Eigenvorsorge und Eigeninitiative stärken möchte, diejenigen Bundesbürger aktiv stützt, die dem folgen. Aus diesem Grunde müssen die Beiträge für eine private Pflegekrankenversicherung steuerlich besonders berücksichtigungsfähig werden.

Daß dies heute noch nicht der Fall ist, kann man leider nur als bedauerliche Inkonsequenz der Bundesregierung bezeichnen. Die Stimmen aus dem Lager der FDP lassen die private Krankenversicherung aber in dieser Frage optimistischer in die Zukunft schauen.

Der Autor ist Direktor der Hallische Nationale Krankenversicherung, Stuttgart.

WELT-Gespräch mit dem Mittelstandspolitiker und Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hinrichs

Bessere Wachstumsraten im Einzelhandel

Das Gespräch mit dem Präsidenten der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hinrichs führte Dietrich Rollmann.

WELT: Herr Hinrichs, der deutsche Einzelhandel Mitte 1986 – wie ist die Lage? Hat der Aufschwung endlich auch im Handel gegriffen? Und wie sehen Sie die Zukunft?

Hinrichs: Die Hauptgemeinschaft hat zum Jahreswechsel erklärt, daß der Übergang unserer Konjunktur von der Exportorientierung auf die Binnennachfrage nicht störungsfrei verlaufen wird und daß die Verbraucher wieder mehr sparen werden. Das ist eingetroffen, so daß wir 1986 die besten Wachstumsraten der letzten Jahre erleben, aber real mit etwa plus 2,5 Prozent etwas unter der Steigerung des Sozialprodukts und des privaten Verbrauchs bleiben.

WELT: In den letzten Jahrzehnten hat es eine starke Konzentration im Einzelhandel gegeben. Kleine haben aufgegeben, Große sind vorgerückt. Wie sieht eigentlich heute die Struktur des Einzelhandels in der Bundesrepublik aus?

Hinrichs: Die zunehmende Konzentration beunruhigt uns sehr. Heute tätigen ein Prozent der Unternehmen 50 Prozent des Gesamtumsatzes des Einzelhandels, vor 25 Jahren waren es erst 37 Prozent. Im Lebensmitteleinzelhandel ist der Konzentrationsprozeß am stärksten ausgeprägt. Hier verdoppelte sich der Marktanteil von ein Prozent der Unternehmen in dieser Zeit von 30 auf 60 Prozent.

WELT: Welche weiteren Entwicklungen zeichnen sich ab?

Hinrichs: So lange immer mehr Produkte selbstbedienungsfähig werden und der Einzelhandel beim Einkauf diskriminiert wird, dürfte der Konzentrationsprozeß weitergehen. Mit großer Sorge betrachte ich vor allem zwei Entwicklungen: das Vordringen der Fachmarktsketten in fast allen Einzelhandelssparten und die gegenseitigen Beteiligungen und Verflechtungen unterhalb der Schwelle der Fusionskontrolle. Die wirtschaftliche Entscheidungsmacht dürfte mittlerweile in weniger Händen konzentriert sein, als dies die Unternehmenskonzentration aussagt.

WELT: Beim selbständigen Mittelstand wird immer wieder die geringe Eigenkapitalquote beklagt, die ja die Firmen anfällig macht gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wie sieht es hier beim Einzelhandel aus? Und was ist zu tun?

Hinrichs: Die drastische Verschlechterung der Ertragslage hat stark auf die Eigenkapitalquote im Einzelhandel durchgeschlagen. Sie ist von zirka 30 Prozent der Bilanzsumme Mitte der 60er Jahre auf gegenwärtig gut zehn Prozent gesunken. Es gilt, die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken. Dies kann im Zuge der geplanten Steuerreform sowie durch einen Stopp und später auch den relativen Abbau der Personalnebenkosten geschehen.

WELT: Wer will heute überhaupt noch Kapital in den Einzelhandel stecken, wo sich doch schon bei der Anlage in deutschen Wertpapieren so viel höhere und dazu noch risikolose Renditen erzielen lassen als bei Investitionen im Handel? Wie hoch ist überhaupt die Rendite im deutschen Einzelhandel? Welche Konsequenzen müssen sich daraus für die Steuerpolitik ergeben?

Hinrichs: Die Ertragssituation im Einzelhandel hat sich weiter verschlechtert. Von je 100 Mark Umsatz verbleiben dem Facheinzelhändler nach Abzug aller Aufwendungen etwas mehr als drei Mark. Davon muß er noch die Einkommenssteuer und die Aufwendungen für die eigene Lebensführung bezahlen.

Die Mehrzahl der selbständigen Einzelhändler erwirtschaftet kaum die Zinsen für das eingesetzte Eigenkapital. Bei vielen größeren Unternehmen wird aber ein Jahresüberschuß von mehr als zwei Prozent des Umsatzes erzielt, so daß sie durch den Aufkauf bestehender Unternehmen weiter expandieren können.

Zur Aufrechterhaltung einer verbrauchernahen Versorgung und der als Lebensqualität empfundenen Vielfalt brauchen wir aber einen mittelständisch strukturierten Einzelhandel. Die vorgesehene Steuerreform und das Wettbewerbsrecht können und müssen hier für bessere Rahmenbedingungen und einen Nachteilsausgleich sorgen.

WELT: Sie sind Abgeordneter der Union im Bundestag und gleichzeitig Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Ergeben sich aus diesen verschiedenen Funktionen nicht bisweilen Konflikte? Und wie lösen Sie diese Konflikte? Was halten Sie überhaupt von der Mittelstandspolitik der Bonner Koalition?

Hinrichs: Die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik von der Bundesregierung wird von mir voll getragen. Der Einzelhandel ist einer der freiesten Bereiche der Wirtschaft ohne Standesordnung, Marktzugangsbeschränkungen und Preisvorschriften. Er erhält die absolut geringsten Subventionen pro Arbeitsplatz und hat seinen Strukturwandel ohne staatliche Hilfen durchgestanden.

Viele selbständige Existenzen gingen verloren, ohne daß sie eine der oft üblichen „Abfederungen" erhielten. Dadurch entstand eines der modernsten und leistungsfähigsten Vertriebssysteme der Welt. Da wir also vom Staat keine Hilfe verlangen, gibt es auch nur wenig Konfliktstoff auf der politischen Ebene. Nach Feststellungen des Kieler Instituts besteht aber nur noch in weniger als der Hälfte unserer Wirtschaft Wettbewerb, wodurch er in dem freien Teil besonders hart geworden ist, zu Verwilderungen führte und die Konzentration förderte.

Die Anpassung an den Strukturwandel ist Sache der Unternehmer. Die Schaffung und Durchsetzung der notwendigen Rahmenbedingungen für einen Leistungswettbewerb mit einer realen Chance für die Tüchtigen ist aber in einer sozialen Marktwirtschaft Sache des Staates. Daher setzte ich mich mit meinen Kollegen energisch für eine Verbesserung und Aktualisierung des Wettbewerbsrechts ein, um auch eine möglichst praxisnahe Gestaltung zu erreichen.

Hierbei gab es einige Mißverständnisse und Unklarheiten über die Aufgaben des Staates, der heute wie in den 70er Jahren immer noch zu oft an Interventionen festhält, statt den marktwirtschaftlichen Teil der Wirtschaft zu verbreitern und mit einem effektiven Gesetz zu ordnen. Das gilt auch für manchen Liberalen. Die beste Mittelstandspolitik ist die Förderung der Wirtschaftskräfte, der Geldwertstabilität und der entsprechenden Rahmenbedingungen. Die Bonner Koalition hat auf diesem Gebiet gute Noten verdient.

Es fehlt aber noch an der Verbesserung der Eigenkapitalquote und an der Entlastung von allzuvielen, teuren bürokratischen Hilfsdiensten für den Staat, unter denen der Mittelstand mehr als die Großen mit ihren Spezialabteilungen leidet. Hier ist die Deregulierung wichtiger und effektiver als die Kappung von Wettbewerbsvorschriften, auf die der Mittelstand im freien Teil der Wirtschaft angewiesen ist, wenn die Prinzipien des Leistungswettbewerbs aufrechterhalten bleiben sollen.

WELT: Wie stehen Sie zu der Änderung des Ladenschlußgesetzes?

Hinrichs: Nach den Erfahrungen des Auslandes, die auch prominente Anhänger einer Änderung des Ladenschlußgesetzes bei uns anerkennen, bringt die Abendöffnung keine Mehrumsätze und keine erhöhte Beschäftigung. Dies ist nur durch den von mir schon erwähnten Abbau der Beschränkungen des Preiswettbewerbs in anderen Bereichen zu erzielen.

Bei einer Aufhebung des Ladenschlußgesetzes würden einige Klein- und Mittelbetriebe in Marktnischen profitieren können, während sich nach den bisherigen Erfahrungen Marktanteile zu den großen Selbstbedienungsläden auf der grünen Wiese verlagern, die deshalb auch bei uns die Abendöffnung dringend fordern. In Frankreich, wo es kein Ladenschlußgesetz gibt, ist nach einer kürzlichen Befragung dennoch fast die Hälfte der Verbraucher mit den dortigen Ladenzeiten nicht zufrieden.

Es wird jetzt aber häufiger die Öffnung an einem Abend in der Woche diskutiert. Für Bedienungsgeschäfte in der Stadt ergeben sich höhere Kosten wegen der Lohnzuschläge für Abend- und Nachtarbeit. Ferner kann bei uns im Gegensatz zum Ausland der Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgestz über die Arbeitszeit mitbestimmen. Ein solcher Dienstleistungsabend könnte aber nicht nur vom Einzelhandel allein getragen werden. Auch andere private und öffentliche Dienstleistungen müßten die Attraktivität der Innenstädte verstärken, damit es zu der gewünschten Belebung kommt.

Die bisherigen Versuche sind alle gescheitert, und auch die Klettpassage tätigt abends nur einen Umsatz von 0,15 Prozent des Einzelhandelsumsatzes der Stadt Stuttgart. Die Hauptgemeinschaft hat daher auf der letzten Delegiertenversammlung an dem bewährten Ladenschlußkompromiß festgehalten.

MITTELSTANDSVEREINIGUNGEN / Wer macht in der Bundeshauptstadt Lobby für den Mittelstand?

Die politische Speerspitze der Selbständigen in Bonn

Von HUBERTUS FOESTER

Für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ist der Mittelstand „Motor der Marktwirtschaft". Diesen Motor in Gang zu setzen und auf Touren zu bringen, war und ist erklärtes Ziel der Bonner Regierung, die angetreten ist, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen sich „Leistung wieder lohnt". Angesichts dieser Zielsetzung haben Mittelstandspolitik und damit auch die dafür verantwortlichen Politiker einen besonderen Stellenwert erhalten. Mittelstand ist „in" und bietet allemal die Chance der – leider allzuoft nur verbalen – Profilierung.

Innerhalb der Unionsparteien ist es die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU unter ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Gerhard Zeitel, die sich „als politische Speerspitze" des Mittelstandes in Bonn versteht. Auch im Parlament können die Unionsmittelständler auf eine starke Truppe bauen: Der Diskussionskreis Mittelstand (DKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zählt rund 130 Mitglieder und besitzt damit in der Fraktion eine deutliche Mehrheit. Allerdings hat DKM-Vorsitzender Hansheinz Hauser – zugleich Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Dr. Dregger – manchmal Mühe, die Geschlossenheit und Stärke dieser Gruppe unter Beweis zu stellen.

Auch der Koalitionspartner FDP – nach eigener Einschätzung „eine Partei des Mittelstandes" – hat wiederum durchaus andere Vorstellungen, wie Mittelstandspolitik aussehen sollte als die Union. Angefangen von der Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes bis hin zur Novelle des Gesetzes gegen den Unlauteren Wettbewerb gibt es Differenzen zwischen den Partnern, werden Kompromisse notwendig, die nicht immer das Maximum dessen enthalten, was sich die betroffenen Unternehmer vom Gesetzgeber erhofften.

Wenn es in Bonn auch kaum einen Verband gibt – ob groß oder klein –, der sich nicht zur besseren Erreichung seiner Ziele das „Wohl und Wehe" des Mittelstandes auch auf seine Fahne geschrieben hat, bleibt die Zahl der Mittelstandsverbände dennoch überschaubar.

Da ist zunächst einmal der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), dessen Stimme in Bonn Gewicht hat. Handwerkspräsident Paul Schnitker und sein Generalsekretär Dr. Kübler besitzen starke Einflußmöglichkeiten, die zum Wohl des Handwerks genutzt werden.

Von Köln aus nimmt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) die Interessenvertretung für ihre Mitglieder wahr. Ihr Präsident Wolfgang Hinrichs hat seinen Sitz jedoch direkt im Regierungsviertel: Als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann er „vor Ort" für den in einer Strukturkrise steckenden Einzelhandel kämpfen.

Auch der Bundesverband der Selbständigen (BDS) – bereits vor knapp 100 Jahren als Interessenvertretung für den Mittelstand gegründet – hat mit Präsident Willi-Peter Sick einen ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten an die Spitze gewählt, der jedoch nun – frei von Fraktionszwängen – mit größerer parteipolitischer Unabhängigkeit für die Selbständigen im Einsatz sein kann.

Auch die Freien Berufe spielen im Konzert der Mittelstandsverbände mit dem Bundesverband der Freien Berufe (BFB) einen wichtigen Part.

Seine Wünsche und Forderungen versucht jeder Verband – das Wohl seiner Klientel im Auge – durchzusetzen. Die Vielfalt des Mittelstandes, die sich auch in der Verbandslandschaft zeigt, trägt jedoch nicht dazu bei, daß der wirtschaftliche und politische Faktor Mittelstand in der Politik die Beachtung findet, die ihm zukommt. Alle Versuche, innerhalb der mittelständischen Interessenvertretung mehr Gemeinsamkeit zwischen den Verbänden zu erreichen, sind bisher gescheitert.

BDS-Präsident Sick möchte die Mittelstandsverbände soweit zu konzertierten Handeln anregen, daß zu wichtigen Problemfeldern ein geschlossenes Auftreten gegenüber der Politik möglich wird. Sick sieht die Gefahr, daß „sonst die mittelstandspolitische Arbeit nicht nur zwischen die Mühlsteine der Parteien, sondern auch noch zwischen die Mühlsteine der Verbände gerät".

Diese Situation der mangelnden gemeinsamen Vertretung haben die Politiker erkannt. Sie wissen, daß es innerhalb des Mittelstandes keine einheitliche Meinung gibt. Sie haben den Eindruck, daß der Mittelstand nicht ernstgenommen zu werden braucht, da er sich in seinen Forderungen selbst auseinanderdividiert.

Ob die derzeitige Bundesregierung nun Erfolge in ihrer Mittelstandspolitik aufzuweisen hat oder nicht, wird bei der Wahlentscheidung 1987 nur eine untergeordnete Rolle spielen. Nach einer jüngsten Erhebung des Bonner Mittelstandsforschers Prof. Dr. Horst Albach sind mittelständische Unternehmer zwar zu 50 Prozent mit der Bundesregierung unzufrieden. Diese Unzufriedenheit führt jedoch nicht zum Wechsel der parteipolitischen Präferenzen.

Die mittelständischen Unternehmer votieren nach wie vor mehrheitlich für ein Fortbestehen der derzeitigen Regierungskoalition aus CDU und FDP. Man ist unzufrieden mit der Regierung und will sie trotzdem weiterhin im Amt sehen. Dieser offensichtliche Widerspruch zwischen „Denken und Handeln" bleibt natürlich auch der Regierung nicht verborgen. Warum sollte sie sich gefordert sehen, über das bisher Veranlaßte hinaus mehr für den Mittelstand zu tun?

Die relativ eindeutigen parteipolitischen Präferenzen sind natürlich auch für die Opposition wenig Anlaß, sich intensiv mit dem Mittelstand auseinanderzusetzen, bzw. Mittelstandspolitik zu betreiben. Zwar gibt es innerhalb der SPD die „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen", die es jedoch außerordentlich schwer hat, ihr Gewicht im Rahmen der Politik der Gesamtpartei in die Waagschale zu werfen.

Und „Farthmann-Thesen" machen es Sozialdemokraten wie Hans Apel und Wolfgang Roth auch nicht gerade leichter, mittelständische Wählerschichten davon zu überzeugen, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD die bessere Alternative seien.

Organisationen auf einen Blick

Bundesverband der Freien Berufe BFB, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/37 66 35

Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V. HDE, Sachsenring 89, 5000 Köln 1, Tel. 0221/33 98-0

Zentralverband des Deutschen Handwerks ZDH, Johanniterstr. 1, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/545-1

Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e. V. AWM, Adenauerallee 11 b, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/21 90 77-79

Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V. ASU, Mainzerstr. 238, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/34 30 44-7

Bundesverband der Selbständigen e. V. BDS – Deutscher Gewerbeverband, Coburger Str. 1 a, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/23 20 26-28

Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V., Kaiser-Friedrich-Str. 13, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/26 00 40

Europaverband der Selbständigen Cedi, Bundesverband Deutschland e. V. BDV, Bundesgeschäftsstelle, Stiftsgasse 17 a, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/20 03 + 65 26 00

SCHULABGÄNGER / Zahl der Lehrverträge stagniert seit einem Jahr

Selbständige bilden emsig aus

Von HANS DACHS

Auch die freien Berufe haben in den vergangenen Jahren erheblich mehr Jugendliche ausgebildet, als sie selber benötigt hätten. Nach Angaben des zuständigen Verbandes lag die Zahl fast doppelt so hoch wie der tatsächliche Bedarf.

Damit hat auch dieser Bereich einen gesellschaftspolitischen Beitrag geleistet, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann: Durch solche *Initiativen konnte verhindert werden,* daß Schulabgänger in die Arbeitslosigkeit fielen. Sie wurden vielmehr ausgebildet. Und das, was sie bei Rechtsanwälten, Steuerberatern, Architekten, Ingenieuren oder Ärzten lernen konnten, das können sie auch in anderen Bereichen wie in der Industrie oder im Handel nutzen.

Überhaupt wird die Weiterbildung in den nächsten Jahren zu einem immer wichtigeren Thema, wenn von *1987 an die Zahl* der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, sinken wird.

Allerdings hat der Bundesverband der freien Berufe bereits kapazitative Grenzen geortet – trotz größter Anstrengungen. Bereits 1985 stagnierte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (sie ging exakt *um 425 oder 0,7 Prozent zurück).* Als Gründe führt der Verband die Betriebsgrößen sowie sozialpolitische und volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen an.

Jedoch muß dieses vor der Entwicklung der letzten Jahre gesehen werden, in denen die Zahl der Auszu*bildenden im Bereich der* freien Berufe relativ am stärksten gestiegen ist. Im Jahre 1960 wurden nur 1,61 Prozent aller Lehrlinge im Bereich der freien Berufe ausgebildet. Dabei werden *jene* Lehrlinge *nicht* mitgezählt, die eigentlich zu den freien Berufen gehören, nach dem Berufsbildungsgesetz jedoch bei anderen Kammern registriert werden. Dies gilt besonders für technische Zeichner und Bürogehilfen. 1984 lag die Quote der Lehrlinge in den freien Berufen bereits bei 7,35 Prozent. Damit rückten die freien Berufe an die dritte Stelle, nachdem sie 1960 noch das Schlußlicht unter den großen Sektoren bildeten, in denen ausgebildet wird.

Damals fanden noch 58,7 Prozent aller Lehrlinge im Bereich von Industrie *und* Handel *ihren* Platz. *Dieser* Anteil lag 1984 nur noch bei 46,7 Prozent. Leicht gestiegen ist auch die Bedeutung des Handwerks für die Auszubildenden, und zwar von 35,3 auf 38,5 Prozent *aller Lehrlinge. In* der Landwirtschaft verharrte der Anteil knapp unter drei Prozent. Dagegen hat er sich im öffentlichen Dienst von 1,5 auf 3,85 mehr als verdoppelt.

Auch die absoluten Zahlen, die hinter diesen Anteilen stehen, können sich sehen lassen. Im Jahre 1960 bildeten die „verkammerten" freien Berufe 20 410 der insgesamt 1,266 Millionen Lehrlinge aus. *Die Zahl* stieg kontinuierlich auf 132 392 im Jahr 1984, bei einer Gesamtzahl von 1,8 Millionen Auszubildenden.

Allein auf die Gesundheitsberufe wie Arzt-, Zahnarzt-, Tierarzt- *und* Apothekenhelfer entfielen 1984 rund vier Prozent aller Lehrlinge. Dies waren mehr als die Hälfte aller Auszubildenden im Bereich der freien Berufe. Von großer Bedeutung waren auch die Gehilfen bei Rechtsanwälten der unterschiedlichen Ausprägung – vom Notar bis zum Patentanwalt – und die *Fachgehilfen in steuer- und* wirtschaftsberatenden Berufen.

Auch die Veränderungen, die sich im gesamten Ausbildungsbereich abspielen, machen vor den freien Beru*fen keinen Halt.* Der Trend, *daß* immer mehr Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung wünschen, macht sich hier ebenso bemerkbar wie der Umstand, daß viele Jugendliche mit einer *Hochschulreife* eine berufliche Ausbildung anstreben. Mit 16,1 Prozent Abiturienten an den Auszubildenden lagen die freien Berufe auch 1984 an der Spitze aller Bereiche.

Gerade für Mädchen mit gehobener Schulausbildung besteht im Bereich der freien Berufe eine gute Chance, eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten. Dieses ist nach *Angaben des zuständigen* Verbandes eine Besonderheit der freien Berufe. Gerade der Andrang junger Frauen in die Gesundheitsberufe ist nach wie vor erheblich.

Es wird von den Verantwortlichen immer wieder darauf hingewiesen, daß Jugendliche nicht schon deshalb ohne Ausbildung bleiben dürfen, weil ihre *spätere* Weiterbeschäftigung nicht gesichert ist. Zum einen wird damit den Jugendlichen eine Chance genommen, später einen Arbeitsplatz in anderen Sektoren zu finden. Zum anderen hat es immer Bereiche gegeben, wie zum Beispiel das Handwerk, die ständig über ihren eigenen Bedarf hinaus junge Leute geschult haben, die dann ihren Platz in der Industrie gefunden haben.

Auch die Bereitschaft der freien Berufe, sich in diesem Bereich stark zu engagieren, hat dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht so gravierend ist wie in anderen Ländern. Staatliche Eingriffe haben sich als weniger wirkungsvoll erwiesen. In den nächsten Jahren werden sich die Akzente verschieben. Wenn die geburtenschwächeren Jahrgänge einen Ausbildungsplatz suchen werden, was bereits in den nächsten Jahren anlaufen wird, dann wird sicher der Blick auf den eigenen Bedarf bei der Ausbildung wieder schärfer werden. Dann wird auch das Problem der Weiter- und Fortbildung erheblich an Gewicht gewinnen. Die Diskussion darüber ist bereits im Gange. Und die Wirtschaft bereitet sich auch darauf vor. Aber dies schmälert nicht den Beitrag gerade auch der freien Berufe, die Lage zu meistern, als es darum ging, die große Zahl der Ausbildungswilligen unterzubringen.

Günstige Bedingungen

Die allgemeinen Entwicklungsbedingungen sind für den Mittelstand in der überschaubaren Zukunft *so günstig wie lange nicht mehr, und* zwar aus mehreren Gründen. Die Entwicklung der modernen Technologie läßt in wichtigen Bereichen eine Tendenz zur Miniaturisierung der Geräte und Anlagen erkennen. *Dazu sei beispielhaft* auf die Computer- und Kommunikationstechnologie verwiesen. Damit wird die Anwendung von technischen Hochleistungssystemen in kleineren Einheiten möglich.

Die private Nachfrageentwicklung weist in die gleiche Richtung. Sie richtet sich mit steigendem Wohlstand nicht nur vermehrt auf den dezentraler gestalteten Dienstleistungssektor, sondern ist auch in bezug auf die Verbrauchs- und Gebrauchsgüterproduktion durch einen Zug zur Individualisierung bestimmt, der vermehrt Chancen für mittlere und kleine Unternehmen eröffnet. Die Produktion in größeren Unternehmungseinheiten ist überdies häufig mit externen Folgekosten ökologischer oder sozialer Art verbunden.

GERHARD ZEITEL

Wenn man in seiner eigenen Rentenkasse wohnt

Von ACHIM ZINK

Daß die Leistung und Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft, der Selbständigen und Freiberufler einer der tragenden Säulen der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik ist, wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Immerhin erwirtschaftet dieser Sektor rund 50 Prozent des Sozialproduktes.

Demgegenüber erscheint die soziale Absicherung der Lebenszyklen der in diesem Bereich selbständig Tätigen sehr viel weniger gewährleistet als zum Beispiel die der Arbeitnehmer. Immer noch sind freiberuflich Tätige nur zum Teil in das System der gesetzlichen sozialen Sicherung einbezogen. Während für die Arbeitnehmer durch die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung ein breitgefächerts soziales Netz geschaffen wurde, ist der Selbständige sehr viel stärker auf seine Eigeninitiative angewiesen.

Dabei muß er unabhängig davon, ob er der gesetzlichen Rentenversicherung freiwillig beitritt oder eine andere Form der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge anstrebt, die erforderlichen Mittel im wesentlichen aus dem versteuerten Einkommen ansammeln, während für den Arbeitnehmer die Hälfte der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung durch den Arbeitgeber übernommen werden.

Der Selbständige wird mehr noch als jeder pflichtversicherte Arbeitnehmer seinen Lebensstandard in aller Regel nur durch zusätzliche eigenverantwortliche Vorsorgemaßnahmen sichern können. Diese müssen gerade beim Selbständigen einen besonders hohen Stellenwert einnehmen, da die berufliche Existenz in hohem Maße von seiner Schaffenskraft abhängt. Es ist deshalb unverständlich, daß bis heute eine Gleichstellung der Selbständigen mit den Arbeitnehmern bei der Besteuerung der Vorsorgeaufwendungen nicht geschaffen worden ist.

Kein Selbständiger kann es sich leisten, ohne ausreichende Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu sein. Er muß daher im Laufe seines Erwerbslebens Vermögenswerte aufbauen, von denen oder aus deren Erträgen er nach Beendigung der beruflichen Tätigkeit leben kann. Grundsätzlich stehen zur Altersvorsorge eine Reihe von Anlagemöglichkeiten zur Verfügung. Dabei gilt seit langem als besonders bevorzugte Vermögenslage für den Mittelstand ein sorgfältig ausgewählter Immobilienbesitz an guten Standorten.

Da Grund und Boden steuerlich nicht nach dem nur schwer zu schätzenden Verkehrswert, sondern nach dem wesentlich geringeren Einheitswert bewertet werden, ist Immobilienbesitz auch aus vermögenssteuerlicher und erbschaftssteuerlicher Sicht besonders interessant.

Der Erwerb von Eigentum an Grund und Boden kann für den Mittelstand der Eigennutzung oder darüber hinaus der Geldanlage dienen. Das eigengenutzte Wohnungseigentum dient auf der Basis der heute erreichten Immobilenpreise zweifellos der Werterhaltung des angelegten Kapitals. Der Gesichtspunkt, im Alter mietfrei zu wohnen, hat zudem in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen und kann als wichtiger Teil einer sinnvollen Altersvorsorge angesehen werden.

Dem hat die Bundesregierung durch die Neuordnung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums Rechnung getragen. Nach der bis zum Jahresende 1986 geltenden Rechtslage mußte nach Tilgung der Darlehen der Nutzungswert der eigenen Wohnung unter den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung versteuert werden. Für das Wohnen in den eigenen vier Wänden bestand bisher grundsätzlich eine Steuerpflicht.

Ab 1987 wird niemand für die Selbstnutzung des eigenen Wohnraumes mehr besteuert werden. Selbstgenutztes Wohneigentum gilt steuerlich fortan als ein Konsumgut. Dessen ungeachtet können nach Paragraph 10e EStG im Jahr der Fertigstellung und in den folgenden sieben Jahren jeweils fünf Prozent der Herstellungs- und Anschaffungskosten bis zu 300 000 Mark steuerlich geltend gemacht werden. Im Gegensatz zum bisher geltenden Recht darf dabei die Hälfte der Aufwendungen für den Grund und Boden berücksichtigt werden. Mit dieser Neuordnung verknüpft die Bundesregierung das Ziel, die Eigentumsquote im Wohnbestand von gegenwärtig rund 40 Prozent auf 50 Prozent zu steigern.

Aber auch als Kapitalanlage ist Grund und Boden nach wie vor für den Mittelstand interessant, denn eine sachwertgesicherte Vermögensbildung sollte stets auch Immobilienbesitz umfassen. Allerdings hat nicht erst der Fall Neue Heimat deutlich gezeigt, daß der rechtliche Status der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen längst einer gründlichen Überprüfung und einer umfassenden Neuregelung bedarf. Es besteht nämlich leider immer noch eine geradezu diskriminierende Differenzierung zu Lasten mittelständischer Investitionen im Wohnungsbaubereich, die es so rasch wie möglich abzubauen gilt.

Hinsichtlich der Wahl der individuellen Vorsorge wird nun gegen den Erwerb von Wohnungseigentum gelegentlich eingewendet, der Wohnungsmarkt sei gesättigt. Hier wird ein Tatbestand dramatisiert, der in den angegebenen Dimensionen von beispielsweise einer Million leerstehender Wohnungen nicht existiert. Ein funktionierender Wohnungsmarkt wird immer bedeuten müssen, daß es Wohnungen gibt, die leerstehen; gerade 250 000 Wohnungen sind gegenwärtig ungenutzt – und dies sind vornehmlich Wohnungen in Wohnsilos oder nicht modernisierten Gebäuden, die älter als 60 Jahre sind.

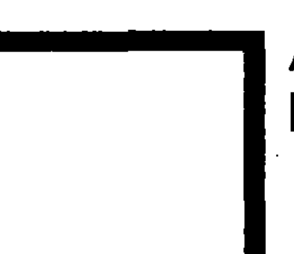
Auch die abnehmende Bevölkerung in Deutschland ist kein Argument für eine Übersättigung des Wohnungsmarktes. Es läßt sich vielmehr statistisch nachweisen, daß trotz leicht abnehmender Gesamtbevölkerung die Zahl der Haushaltungen in den kommenden zehn Jahren noch steigen wird.

Die vielfach beschworene allgemeine Immobilienkrise gibt es nicht. Der Wohnungsmarkt ist wesentlich differenzierter geworden. Aber gerade deshalb ist eine sorgfältig ausgewählte Immobilie auch heute noch eine hervorragende Kapitalanlage zur Sicherung des Lebensabends gerade für Angehörige des Mittelstandes.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Bausparkasse Badenia und Professor an der Universität Karlsruhe.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE



Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment.

BAUSPARKASSEN / Neue Regelungen im Einkommensteuergesetz begünstigen den Hauseigentümer

Den Zeitpunkt der Zuteilung steuern

Zwischen 80 und 85 Prozent der Deutschen wollen – das zeigen Befragungen immer wieder –, in den „eigenen vier Wänden" wohnen. Die Hälfte hat es erst geschafft. Die Gründe für den hohen Rang des Eigenheims in der Gunst der Bürger sind vielfältig.

Im Gegensatz zu abstrakten Vermögenswerten in Form von verbrieften Titeln und Edelmetallen ist das eigene Haus mit dem eigenen Garten eine Eigentumsform, welche die persönliche Lebensqualität ganz unmittelbar fördert.

Was die Finanzierung anlangt, so deutet die Beliebtheit des Bausparens gerade auch bei Selbständigen darauf hin, daß diese Personengruppe die Vorzüge des relativ frühen Entschuldens für die eigene Sicherheit erkannt hat.

Dieser Vorzug läßt sich künftig noch steigern. Denn ab 1. Januar 1987 gilt bei der Einkommensteuer eine Regelung, die als „Konsumgutlösung" bekanntgeworden ist. Wer sie nutzt, braucht ab Jahresbeginn für die Nutzung der eigenen vier Wände keine Einkommensteuer mehr zu bezahlen.

Die Einzelheiten des neuen Paragraphen 10 c des Einkommensteuergesetzes (der den legendären Paragraphen 7 b ablöst) klärt man am besten mit seinem Steuerberater. Denn wer vor Ende 1986 ein Haus gebaut, eine Wohnung gekauft hat und darin wohnt, kann die bisherige Regelung für weitere zwölf Jahre beibehalten – oder auf Wunsch in das neue System umsteigen. Die Vor- und Nachteile sind stets individuell abzuwägen.

Für alle Selbständigen aber gilt: Das Bausparen als Spar- und Finanzierungsinstrument ist für zukünftige Bauherren wie für Hausbesitzer interessant. Schließlich lassen sich Modernisierungsvorhaben, An- und Umbauten ebenfalls mit Bausparverträgen günstig finanzieren.

Das Bausparen ist gerade jetzt für Selbständige besonders interessant geworden, da neuartige Optionstarife die Individualität der Vertragsabläufe wesentlich begünstigen. So hat der Bausparer beim neuen „Wüstenrot-Rendite-Programm" nicht nur die Wahl zwischen drei sehr verschiedenen Zinsvarianten, erstmals im Bausparen kann er zusätzlich den Zuteilungszeitpunkt beeinflussen.

Dieses Bausparsystem zeichnet sich in seiner Normalversion durch die sehr hohe Guthabenverzinsung von rund 4,5 Prozent aus. (Mit Hilfe der Bausparförderung kann daraus eine Rendite von bis zu 15,8 Prozent erwachsen.) Der Darlehenszins beträgt in diesem Fall nominal 6,4 Prozent, ein Disagio fällt nicht an.

Mittelfristig planende Bauherren werden die Mittelzinsvariante mit dem Guthabenzinssatz von rund 3,5 Prozent und einem Darlehenszinssatz von 5,5 Prozent wählen. Die Wahl der Zinsebenen ist auch rückwirkend jederzeit möglich.

Völlig neuartig ist, daß der Bausparer beim „Wüstenrot-Rendite-Programm" zusätzlich den Zuteilungszeitpunkt in gewissen Grenzen steuern kann. Wählt er – etwa für eine dringende Modernisierung – eine rasche Zuteilung, hat dies einen höheren Tilgungsbeitrag und damit eine schnelle Entschuldung zur Folge. Wählt er eine längere Sparzeit, kann er mit niedrigem Tilgungsbeitrag längerfristig tilgen.

Diese Besonderheiten, insbesondere die vielfältigen Variationsmöglichkeiten, machen das neue Bausparsystem zu einem idealen Spar- und Finanzierungsinstrument nicht zuletzt für alle Selbständigen, die unter Renditegesichtspunkten sparen, vorsorgen und finanzieren wollen.

GERNOT von HAHN

HANDWERK / Flexibler Service und Vielseitigkeit entscheiden über den guten Ruf

Was zählt, ist die eigene Leistung

Von R. H. KINDERMANN

Ist der Kunde bei Dieter Ripken und seinen Mitarbeitern König? Der staatlich geprüfte Augenoptikermeister aus Osnabrück muß unwillkürlich schmunzeln, denn er weiß, in welchem Zusammenhang die Frage gestellt wird. Natürlich wird hier jeder Kunde aufmerksam bedient – nicht nur jener Rentner aus der „DDR", dem Dieter Ripken damals in einer schwierigen Situation geholfen hat und der dafür sorgte, daß sein Betrieb in der bundesweiten Aktion „König Kunde" des Südwestfunks als zweiter Preisträger ermittelt wurde.

Der ältere Herr hatte auf der Fahrt zu Verwandten in die Bundesrepublik im Zug seine Brille vergessen, auf die er dringend angewiesen ist. Sein Schwiegersohn rief bei Ripken an und fragte um Rat. Der Handwerksmeister reagierte spontan, bat den Besucher in sein Geschäft, ermittelte die Stärke der Brillengläser und verhalf dem Kunden schnell zu einer neuen Sehhilfe, die er ihm auch noch kostenlos überließ.

Auch wenn normalerweise im Handwerksbetrieb Qualität ihren Preis hat, der Fall zeigt, daß in Deutschlands vielseitigstem Wirtschaftbereich, dem Handwerk, flexibler Service und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche großgeschrieben werden. Dieter Ripken: „Ein Kunde, der lächelnd danke sagt, ist besser als eine teuere Anzeige."

Auch für Ernst Lautenbach, Metzgermeister aus Bad Kreuznach, ist die Mundpropaganda zufriedener Kunden der wichtigste Werbeträger. Der Obermeister der Fleischerinnung hält nichts davon, an der Klagemauer zu stehen. Seiner Meinung nach muß der Handwerksunternehmer rechtzeitig die Lücken und Nischen am Markt erkennen, sie mit seinen speziellen Möglichkeiten und Fähigkeiten ausfüllen, ja notfalls den Standort wechseln, um sich gegen die zunehmende Konkurrenz von Supermärkten und Warenhausketten behaupten zu können.

Insgesamt ist die Zahl der Fleischerfachgeschäfte in den letzten 20 Jahren von knapp 36 000 auf rund 27 200 zurückgegangen. Aber die verbleibenden Geschäfte können durchaus mit Phantasie und zusätzlichen Initiativen weiter bestehen.

Einen Weg zeigt Metzgermeister Lautenbach: Morgens bringt sein Kollege von der backenden Zunft mehrere Säcke Brötchen, die dann – meist nach telefonischer Bestellung – aufgeschnitten und individuell nach Geschmack belegt werden. Die Lieferungen gehen an benachbarte Büros oder Kleinbetriebe.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind weniger Merkmale von Großunternehmen, sie sind vielmehr das Markenzeichen von Handwerk und Mittelstand. Handwerksbetriebe wie Ripken oder Lautenbach belegen dies deutlich.

Interessant ist hier die Feststellung, daß in kommunistischen Ländern, wo der selbständige Mittelstand weitgehend fehlt, Freiheit und Wohlstand gegenüber den westlichen Industrieländern erheblich zurückgeblieben sind. Neuerdings wird allerdings auch hier der Wert eines selbständigen Mittelstandes erkannt. So beginnt man in Polen, in Ungarn oder in der Volksrepublik China damit, kleine Handwerksbetriebe verstärkt zu fördern.

Übrigens: In der Bundesrepublik weiß das Handwerk, daß es für seinen politischen Flankenschutz selbst verantwortlich ist und Pflichten übernehmen muß. Von den zirka 15 700 Kommunalvertretern in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens können 8,1 Prozent dem Handwerk zugerechnet werden. Eine Zahl, die sich sehen lassen kann und die in Bayern oder Baden-Württemberg eher noch höher liegen dürfte.

Auch Metzgermeister Ernst Lautenbach gehört seit 1978 für die CDU dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Das politische Engagement muß um so höher gewertet werden, wenn man berücksichtigt, daß Selbständige normalerweise eine 70-Stunden-Woche absolvieren. Das Pensum kann nur geschafft werden, wenn die Ehefrau kräfig mithilft und auch die Kinder bei der Berufswahl in die Fußstapfen der Eltern steigen.

Der Wirtschaftsfaktor Handwerk mit seinen 126 Berufen – vom Augenoptiker bis zum Zinngießer – dokumentiert eine enorme Bandbreite unterschiedlicher fachlicher Angebote und Dienstleistungen, die in der deutschen Wirtschaft ihresgleichen sucht. Stellt man die Zahl der Unternehmen (zirka 500 000) und der Beschäftigten gegenüber, dann entfallen auf einen Handwerksbetrieb im Durchschnitt acht Arbeitsplätze.

Diese überschaubare Größe signalisiert etwas von dem, was Handwerkspräsident Paul Schnitker gern als „personales Wirtschaften" umschreibt. In einer Zeit, in der persönliche Bindungen und Verbindungen eher ab- als zunehmen, ist dies zweifellos ein Faktor, dessen Wert kaum zu überschätzen ist.

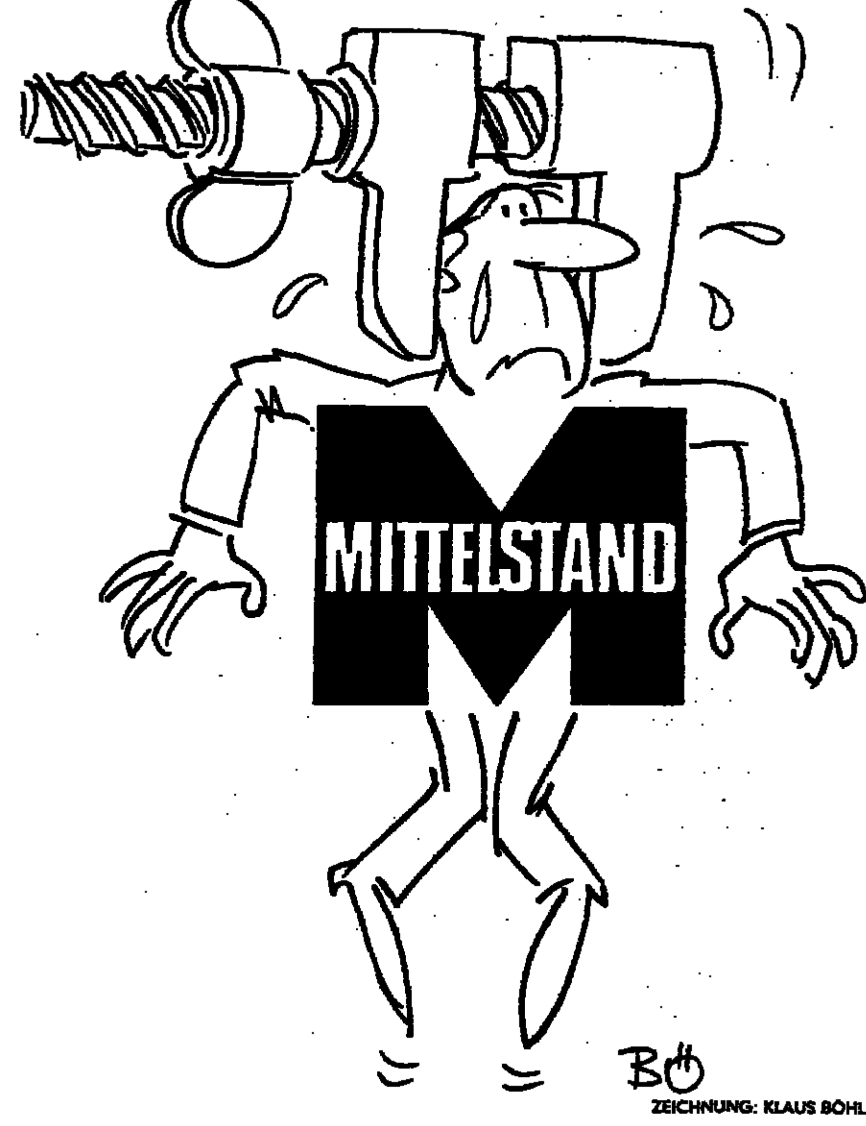
Insgesamt sind es rund vier Millionen, die nach gründlicher Ausbildung in einem Handwerksbetrieb und Prüfung durch die Handwerkskammern in der Bundesrepublik rund zehn Prozent dessen erwirtschaften, was in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als „Bruttosozialprodukt" bezeichnet wird.

Trotz der Einführung neuer Technologien steht im Handwerk der Mensch, nicht die Maschine im Mittelpunkt. Was zählt, ist die eigene Leistung, die gerade das Handwerk für so viele junge Menschen attraktiv macht. Nicht umsonst strömen in jüngster Zeit immer mehr Abiturienten in Handwerksberufe, viele von ihnen mit dem Ziel, eines Tages den Schritt in die Selbständigkeit zu tun. Auch die Bundesregierung in Bonn sieht dies gern und hilft Existenzgründern mit speziellen Programmen.

Rund 700 000 Lehrlinge befinden sich gegenwärtig in einer handwerklichen Vollzeitausbildung. Somit ist das Handwerk die größte Lehrwerkstätte der Bundesrepublik und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum sozialen und inneren Frieden.

Die Qualität der handwerklichen Ausbildung gründet auf dem bewährten „dualen System" der beruflichen Bildung, einer Verbindung von Praxis und Theorie in Betrieb und Schule, die in modernen überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks ergänzt wird. Dieser soliden Ausbildung ist es sicherlich zuzurechnen, daß das Handwerk die letzten Jahre der wirtschaftlichen Rezession relativ robust überstanden hat.

Gerade dieses weltweit anerkannte Ausbildungssystem garantiert meisterliche Vielfalt und Fachwissen, darauf basiert die Qualität handwerklicher Erzeugnisse. Politiker, die hieran etwas ändern wollten, würden sich schnell die Finger verbrennen. Die mächtige Handwerksorganisation hat in dieser Frage einem Bildungsminister – er hieß von Dohnanyi – schon einmal die Krallen gezeigt.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Autor ist Chefredakteur des Deutschen Handwerksblattes, Herausgeber der KHZ, Korrespondent für Handwerkszeitschriften und Mitglied der Fachkommission „Redaktion" im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ).

MITTELSTAND
Verantwortlich: H.-H. Holzamer, Klaus Boden, Dietrich Rollmann, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg